

D 20 488 F

MARXISMUS DIGEST

Theoretische Beiträge
aus marxistischen
und antiimperialistischen
Zeitschriften

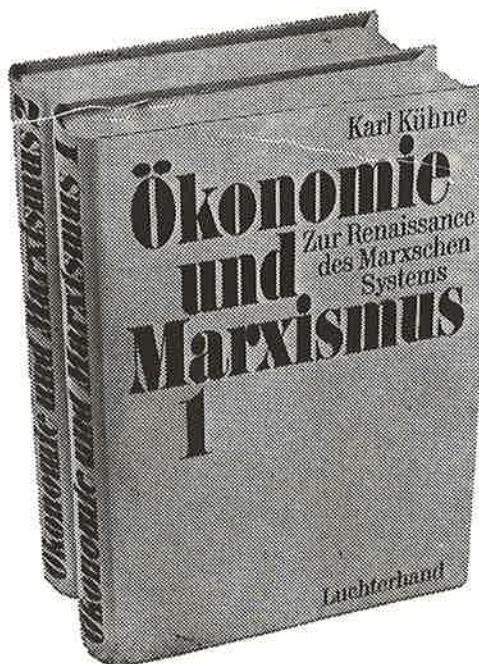
herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Frankfurt/Main

4
'72

Oktobe - Dezember

**Zur Soziologie der
herrschenden Klasse
im Kapitalismus**

Wolfgang Albus



Subskriptionsangebot, gültig bis 31.12.1972!

Dieses zweibändige Werk ist die erste zusammenfassende Auseinandersetzung mit den ökonomischen Aussagen von Karl Marx. Es enthält die bisher umfangreichste Marx-Bibliographie ökonomischer Publikationen. Der Autor weist über 1000 Veröffentlichungen aus der gesamten internationalen Fachliteratur nach.

Band I: Zur Renaissance des Marxschen Systems.
Ca. 500 Seiten. Erscheint September 1972.

Band II: Zur Dynamik des Marxschen Systems.
Ca. 500 Seiten. Erscheint Herbst 1973.

Bestellen Sie rechtzeitig zum günstigen Subskriptionspreis.
Fordern Sie umgehend den 16-seitigen Sonderprospekt an.

Bei Ihrer Buchhandlung oder beim
Hermann Luchterhand Verlag 545 Neuwied Postfach 1780

Marxismus Digest

Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften

herausgegeben vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)

**4
'72 Zur Soziologie der
 herrschenden Klasse
 im Kapitalismus**

Oktober – Dezember

I M
S F

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
6 Frankfurt/Main, Liebigstr. 6

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| A. Galkin | |
| Die herrschende Elite des gegenwärtigen Kapitalismus | 3 |
| A. M. Sutulin | |
| Verschwindet das Finanzkapital? | 20 |
| Peter Hess | |
| Hintergründe der ideologischen Offensive des BRD-Monopolkapitals | 37 |
| Anneliese Werner | |
| Neue Tendenzen in den imperialistischen Pluralismus-Konzeptionen | 52 |
| Lucio De Carlini | |
| Bemerkungen zur Entwicklung der Confindustria | 67 |
| Attilio Esposto | |
| Zur Rolle der herrschenden Agrarklassen in Italien | 85 |
| M. Českov | |
| „Elite“ und Klasse in den Entwicklungsländern | 98 |
| A. Šestopal | |
| Die Krise der „integral-elitären“ Konzeption. Der ideologisch-theoretische Kampf im Zusammenhang mit der Entwicklung der Soziologie in Lateinamerika | 107 |
| Carlos Arizaga | |
| Zur Struktur des Finanzkapitals in Uruguay | 120 |
| Anhang I | |
| Die Klasse der Bourgeoisie | 141 |
| Anhang II | |
| Die Bourgeoisie in Frankreich | 145 |
| Hinweise der Redaktion | 148 |

Bitte beachten Sie die Beilagen des IMSF und des Verlags Sozialistischer Politik GmbH.

Erstauflage dieses Heftes: 1.-5.000.

Marxismus-Digest. Theoretische Beiträge aus marxistischen und antiimperialistischen Zeitschriften. 3. Jahrgang.
Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main. Der Marxismus-Digest erscheint vierteljährlich. Bestellungen sind an den Buchhandel oder an das IMSF zu richten. Preis: Einzelheft DM 8,-, Jahresabonnement DM 26,-. Für Studenten gilt ein ermäßigter Preis von DM 5,- für das Einzelheft, DM 16,- für das Abonnement, zuzüglich Porto. Bestellungen von Studenten können nur an das IMSF gerichtet werden.

Redaktionsekretär: Thomas Müller. Verantwortlich für den Inhalt: Dieter Schmidt.

Anschrift der Redaktion, Anzeigen: Institut für Marxistische Studien und Forschungen, 6 Frankfurt/Main, Liebigstraße 6, Tel. 0611/72 49 14. Postscheckkonto: Frankfurt 51 627.

Preis im Ausland nach dem offiziellen Umrechnungskurs der DM zur jeweiligen Landeswährung.

Abonnements sind stets für ein volles Kalenderjahr gültig. Kündigung des Abonnements ist möglich bis sechs Wochen vor Jahresende.

Herstellung Anton Hain KG, Meisenheim/Glan.

A. Galkin

Die herrschende Elite des gegenwärtigen Kapitalismus

*Aus: Weltwirtschaft und internationale Beziehungen, Heft 3, Moskau 1969,
S. 74-86*

Ein unveräußerliches Element der wissenschaftlichen Analyse des Machtsystems in der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist das Studium des Teiles der herrschenden Klasse, der seine Herrschaft unmittelbar realisiert. Von der marxistischen Wissenschaft wurden auf diesem Gebiet bemerkenswerte Erfolge erreicht. Nichtsdestoweniger ist das Problem nicht vollständig erforscht. Lange Zeit konzentrierte sich das wissenschaftliche Denken vorwiegend auf das Studium der ökonomischen Oberschicht – der Finanzoligarchie. Ein solches Herangehen ist durch deren bestimmende Rolle bei der Verwirklichung der Macht völlig gerechtfertigt. Dabei wurde jedoch den anderen herrschenden Gruppen weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Es ist umso wichtiger, eine solche Lücke zu schließen, da mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Rolle solcher Gruppen ständig und schnell wächst.

Aufgabe vor allem ist es, sich über ein mehr oder weniger einheitliches Herangehen an die Forschungsmethodik zu verständigen. Die Auseinandersetzungen um diesen Problemkomplex lassen bekanntlich nicht nach. Einwände ruft sogar der Begriff „herrschende Elite“ hervor, obwohl er sich schon längst in der soziologischen Wissenschaft durchgesetzt hat. Die Kritiker dieses Begriffes gehen davon aus, daß er, von dem lateinischen Wort „eligere“ (auswählen, auslesen) abstammend, Elemente einer positiven Charakteristik in sich trägt. Deshalb werden äquivalente Termini vorgeschlagen: „herrschende Schichten“, „herrschende und einflußreiche Gruppen“, „Leitungszentren“.

Über den Begriff kann man selbstverständlich streiten. Letztlich findet man für jeden traditionellen und allgemeingebrauchlichen Begriff, wenn es notwendig sein sollte, einen anderen. Wichtig ist nicht so sehr die Semantik des Wortes als der reale Inhalt, der in den Begriff hineingelegt wird.

Die bürgerliche Soziologie stellt die Analyse der herrschenden Elite der Klassenanalyse der Gesellschaft gegenüber. Für sie ist die herrschende Elite eine soziale Kategorie, die außerhalb der Klassen oder über den Klassen steht. Für die marxistische Soziologie ist das Studium der herrschenden Elite das Element zum Studium der Klassenzusammensetzung der Gesellschaft. Denn unter der herrschenden Elite versteht sie die Obergruppen der verschiedenen Schichten, die in ihrer Gesamtheit die herrschenden Klasse bilden, die Gruppen, die ihre Interessen widerspiegeln und die in ihrem Namen und in ihrem Auftrag die Leitung des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens verwirklichen.

Damit sind die Auseinandersetzungen um den Inhalt dieses Begriffes nicht erschöpft. In der bürgerlichen Soziologie gibt es ein sogenanntes institutionelles Herangehen; in Übereinstimmung damit wird unter herrschender Elite nur die politi-

sche Oberschicht, genauer gesagt, der Teil von ihr, der über die institutionellen Machthebel verfügt, verstanden. Bei einem solchen Herangehen ist es unvermeidlich, die Rolle des formalen Machtmechanismus zu übertreiben und sogar zu verabsolutieren. Das Problem der realen Herrschaft wird durch das Problem der Rechtsstruktur zur Leitung der Gesellschaft ausgetauscht.

Es existiert auch noch eine andere extreme Anschauung, nach der die herrschende Elite nur die ökonomische Oberschicht der Gesellschaft – das personifizierte Monopolkapital – in sich einschließt. Nach diesem Standpunkt werden die Funktionen der politischen Elite im wesentlichen auf die einer Verschleierung der wirklichen Herrschaftsverhältnisse zurückgeführt. Ein solcher Standpunkt spiegelt jedoch die reale Situation in den Ländern des entwickelten Kapitalismus nicht wider und er demonstriert seine Haltlosigkeit schon bei einer nur oberflächlichen Betrachtung der Realität. Im Unterschied zu diesen Positionen geht der Autor davon aus, daß der Begriff der herrschenden Elite so umfangreich sein muß, daß unter ihn die gesamte Oberschicht, die über die reale Macht verfügt, subsumiert werden kann.

Die Elitetheorie in der bürgerlichen Soziologie

Ein Unterscheidungsmerkmal der bürgerlichen Forschungen auf dem uns interessierenden Gebiet, sowohl der historischen als auch der zeitgenössischen Forschung, bildet die außerordentliche Divergenz der Anschauungen und Beurteilungen. Dabei kann man jedoch einige Schulen, die eine bestimmte Beständigkeit zeigen, herausstellen. Eine der einflußreichsten unter ihnen war seinerzeit die Schule der „Machiavellisten“ (Pareto, Mosca und Michels). Das Gemeinsame in ihren Theorien kann man wie folgt formulieren:

1. Die herrschende Elite – das ist eine mehr oder weniger geschlossene Gruppe, die besondere geistige, soziale und politische Qualitäten besitzt.
2. Sie versteht sich als eine privilegierte und dominierende Schicht und faßt sich in diesem Selbstverständnis als einen bedeutenden Teil der Gesellschaft auf.
3. Bei einer Veränderung der gesellschaftlichen Herrschaftsformen und -arten bleiben bestimmte Machtverhältnisse erhalten, ebenso wie auch ihre Erscheinungsformen. Mit anderen Worten, die Veränderungen führen letzten Endes nur zu einem Austausch von Personen und nicht zu strukturell neuen Kombinationen.

Den meisten Vertretern der genannten Schule ist ein äußerst unhistorisches, rein formales Herangehen an das Forschungsobjekt eigen. Die herrschende Elite tritt als außer der Zeit stehende Kategorie auf, die von den sozialen Prozessen nicht oder fast nicht abhängt. Der Unterschied in den gesellschaftlichen Systemen wird völlig nivelliert. Die Elite der Sklavenhaltergesellschaft wird der Elite der Feudalgesellschaft, die Elite der Feudalgesellschaft der kapitalistischen Elite usw. angenähert, die Unterschiede zwischen ihnen verschwinden.

Aber die Mängel der Konzeptionen dieser Schule bestehen nicht nur darin. Bei ihren Anhängern verwandelten sich die Anerkennung der Existenz der Elite und des besonderen Mechanismus ihres Zusammenwirkens mit der Gesellschaft in eine Apo-

logeik des „elitären“ Systems schlechthin. Die Teilung der Gesellschaft in die allmächtige Elite und die sich ihr unterordnende passive Masse wurde zur unverrückbaren Entwicklungsbedingung erhoben. Dementsprechend wurde die Geschichte der Menschheit als die Geschichte der Entwicklung und des Verfalls der Elite behandelt.

Lange Zeit erfreuten sich in der bürgerlichen Soziologie die sogenannten Werttheorien der Elite großer Popularität. Der unbedingte Aristokratismus und die Apologetik der Elite vereinigte die Anhänger dieser Theorien mit den „Machiavellisten“. Die Rechtfertigung des elitären Herrschaftssystems stützte sich bei ihnen jedoch auf ein anderes System der Argumentation. Nach den Werttheorien ist die herrschende Oberschicht keine geschlossene soziale Gruppe, die die Macht über die Gesellschaft ergreift und realisiert, sondern eine Gesamtheit herausragender Individuen, die von den gesellschaftlichen Gruppen auf der Grundlage der verschiedenen Wertkriterien ausgesucht werden. Die Evolution und der Wechsel der Eliten wurden von den Anhängern dieser Theorie als vom Wechsel der Wertkriterien der Gesellschaft abgeleitet behandelt.

In den letzten Jahrzehnten erlitten die Werttheorien der Elite das gleiche Schicksal wie auch die „machiavellistische“ Schule. Ihr Aristokratismus geriet in Widerspruch zu dem wachsenden Einfluß der Massen auf die gesellschaftliche Entwicklung, die herrschende Klasse dabei vor die Notwendigkeit stellend, sich diesem Prozeß anzupassen. Einen immer größeren Einfluß errang eine neue Strömung – die der funktionalen Elite –, deren Anschauungen eng mit der Theorie der funktionalen Stratifikation, die von der amerikanischen bürgerlichen Soziologie entwickelt wurde, verbunden sind. Die führenden Vertreter dieser Schule sind Robert F. Merton und Otto Stammer¹.

Die ideologischen Aufgaben, die sich die Anhänger dieser Schule stellen, wurden von Otto Stammer am vollständigsten formuliert. Das Ziel bestand darin, schreibt er, pessimistische Anschauungen über die Entwicklungsperspektiven der bestehenden (der kapitalistischen, A.G.) Gesellschaft zu zerstreuen. Insbesondere mußte die These von der Bürokratisierung des gesellschaftlichen Lebens widerlegt werden. Die Theorie von der funktionalen Elite eröffnete in dieser Beziehung große Möglichkeiten, denn von ihrem Standpunkt aus ist die funktionale Elite die Form der Realisierung der Demokratie.

Wie Otto Stammer behauptet, bringt jede gesellschaftliche Mutter-(Basis-)Gruppe ihre Elite hervor. Die gemeinsame Elite bildet sich „unter den Bedingungen der Demokratie“ durch die „Integration“ der einzelnen Eliten. Dabei tritt eine bestimmte Tendenz zur Oligarchisierung in Erscheinung, der demokratische Mechanismus erlaubt es jedoch, die Isolierung der Eliten von den Basisgruppen zu unterbinden².

1 Zum ersten Mal dargelegt von: K. Dabis and W. B. Moore. Some Principles of Stratification („American Sociological Review“, Nr. 10, 1945, pp. 242–249).

2 Siehe Otto Stammer. Das Elitenproblem in der Demokratie („Schmollers Jahrbuch“, Bd. 71, München, 1951, S. 526).

Die Idee von der Vielfalt der Eliten übte auf die konkret-sozialen Forschungen einen großen Einfluß aus. Unter ihrem Einfluß konzentrierten sie sich im wesentlichen auf das Studium des Formierungsprozesses der Eliten durch einzelne mehr oder weniger kleine Gruppen. Im Verlauf dieses Studiums wurden bestimmte positive Resultate erzielt. Das Problem der herrschenden Elite ging jedoch im Verlauf der Forschungen zum Problem der Elite als solcher irgendwie unter. Der Herrschaftsmechanismus wurde als Resultante aus den Bemühungen der verschiedenen Eliten und als Ergebnis des Kompromisses zwischen ihren Interessen behandelt. Objektiv bedeutete das, sich von einem wissenschaftlichen Herangehen an das Problem loszusagen, zugleich die realen Herrschaftsverhältnisse vertuschend und sich der bürgerlichen Gesellschaft unterordnend.

In den Nachkriegsjahren entstand in den westlichen Ländern, vor allem in den USA, eine Gruppe linksliberaler Forscher, deren markantester Vertreter der inzwischen verstorbene Mills war. Die westlichen Soziologen rechnen sie, ausgehend von einigen rein formalen Merkmalen, zu der machiavellistischen Schule. In Wirklichkeit jedoch stellen sie eine besondere Schule dar, deren Unterscheidungsmerkmal der entschiedene Bruch mit der für die Machiavellisten charakteristischen Apologetik der Elite und des Elitensystems ist. Das Studium der gegenwärtigen herrschenden Elite verbinden die Anhänger dieser Schule mit einer scharfen Kritik am staatsmonopolistischen System und den mit ihm verbundenen Erscheinungen der Bürokratisierung der Gesellschaft und der Aushöhlung der Demokratie³.

Struktur und Grenzen der herrschenden Elite

Die Erforschung der herrschenden Elite muß natürlich mit einer Definition ihrer Struktur beginnen. Es ist offensichtlich, daß es sich im gegebenen Fall um eine Kategorie von Personen handeln muß, die solche Entscheidungen treffen, die wesentlichen Einfluß auf das Funktionieren des gesellschaftlichen Organismus ausüben oder den Charakter dieser Entscheidungen bestimmen.

Politische Entscheidungen treffen – das ist ein komplizierter Prozeß, der die Verarbeitung, Erörterung, unmittelbare Entscheidung und Kontrolle der Ausführung einschließt. Personen, die Gruppen leiten, die all diese Handlungen vollziehen, können zur Zahl derer, die diese Entscheidungen treffen, gerechnet werden. Nun existieren jedoch auch Personen, die an diesen Entscheidungsprozessen nicht oder doch nur in geringem Maße beteiligt sind. Nichtsdestoweniger ist aber der reale Einfluß dieser Personengruppe auf den Verlauf des gesellschaftlichen Lebens nicht geringer, in einer Reihe von Fällen sogar größer, als bei der zuerst genannten Gruppierung. Hier handelt es sich um Personen, die über mächtige Druckmittel in Form von ökonomischer Macht, politischem und sozialem Prestige verfügen.

Von dem oben Gesagten muß man auch bei der Bestimmung des Rahmens der herrschenden Elite ausgehen. Das gilt vor allem für die *politische Elite*. Vom Stand-

³ Siehe besonders R. Mills. Herrschende Elite, 1959.

punkt der Machtstruktur aus zerfällt sie in zwei Teile: in die Gruppe, die die politischen Entscheidungen trifft, und die Gruppe, die politischen Druck ausübt. Die Möglichkeiten der politischen Elite sind äußerst groß, denn letztlich tragen die von ihr getroffenen Entscheidungen allgemeinen und öfter sogar gezielt-bestimmten Charakter. Die politische Elite ist jedoch beim Fassen dieser Beschlüsse bei weitem nicht frei. Ihre Rolle und ihr Einfluß hängt von der konkreten Situation ab: vom Kräfteverhältnis der Klassen im Lande, von der Schärfe der sozialen Widersprüche, von der Kräftegruppierung in der herrschenden Elite selbst, von der Form der politischen Ordnung.

Die größte Handlungsfreiheit hat die politische Oberschicht in den totalitären, faschistischen Regimen. Aber in den bürgerlich-demokratischen Ländern kann der Einflußgrad der politischen Oberschicht verschieden sein. Beispielsweise ist er im Frankreich der V. Republik wesentlich höher als am Vorabend ihrer Bildung. Eine nicht unwichtige Rolle spielt ein solcher Faktor wie die parteipolitische Stabilität. In England mit seinem Zweiparteiensystem besitzt die politische Elite mehr Handlungsfreiheit als in Italien mit seiner Vielzahl von im Parlament vertretenen Parteien. Von nicht unwichtiger Bedeutung sind auch die festen Mehrheitsverhältnisse im Parlament, auf die sich die herrschende politische Gruppe stützt.

Neben der politischen Elite bilden das Gerüst der herrschenden Oberschicht die Monopolbesitzer sowie die Direktoren und Leiter der privaten und staatlichen Gesellschaften – die *ökonomische Elite*. Ihr Einfluß ist bedingt durch die gewaltige Konzentration wirtschaftlicher Macht. Im Verhältnis zur politischen Elite tritt sie als entscheidende, Druck ausübende, Gruppe auf. Die Formen ihres Einwirkens auf die politische Macht sind äußerst vielfältig. Hier findet man sowohl die finanzielle Unterstützung der Parteien als auch die Finanzierung politischer Kampagnen, Druck auf die Regierung durch das Parlament und auf das Parlament durch ein entwickeltes System des Lobbyismus, direkte Bestechung, Sabotage einiger Entscheidungen und Organisierung von Maßnahmen zum Sturz von unangenehm gewordener politischer Herrschaftsausübung. Natürlich ist auch die Macht der ökonomischen Elite nicht unbegrenzt. Sie hängt besonders vom Grad der Konzentration der wirtschaftlichen Macht, die in den verschiedenen Ländern nicht gleich groß ist, ab. Eine nicht unwichtige Rolle spielt der Grad der Geschlossenheit der wirtschaftlichen Oberschicht selbst. Ihre Machtgrenzen schränken auch die ihr entgegenstehenden Klassenkräfte, das Vorhandensein einer starken Arbeiterbewegung, die von einer revolutionären Partei geführt wird, und der Organisationsgrad der antimonopolistischen Kräfte ein.

Kleiner als die ersten beiden Gruppen, aber nichtsdestoweniger über einen großen Einfluß verfügen die führenden Persönlichkeiten des bürokratischen Apparates. Manchmal rechnet man sie als Bestandteil der politischen Elite. Aber die Spezifik ihrer Lage im System der Macht, ihrer Interessen und des Charakters ihres Einwirkens auf den gesellschaftlichen Organismus erlauben es, sie als einzelne Gruppe darzustellen. Der Einfluß der *bürokratischen Elite* wird durch zwei Wege verwirklicht. Erstens: sie besitzt die Vollmachten, wichtige Beschlüsse in der Sphäre, der sie unmittelbar vorsteht, zu fassen. Zweitens: sie hat große Möglichkeiten, den Cha-

rakter der zu fassenden allgemeinpolitischen Entscheidungen zu beeinflussen, deren Vorbereitung wie auch Verwirklichung sie durchführt. Die Geschichte der entwickelten kapitalistischen Länder kennt viele Beispiele, wo die formale Entscheidungsgewalt der politischen Macht sich aufgrund der Sabotage der Beamtenbürokratie nicht durchsetzen konnte.

Die Stellung der *militärischen* Elite in der herrschenden Oberschicht hängt vom Entwicklungsstand des Militarismus ab. Bei einem niedrigen Stand spielt sie keine selbständige Rolle. Die wachsende Bedeutung der Militärclique verwandelt sie indessen in eine selbständige Kraft. Den größten Grad der Militarisierung unter den entwickelten kapitalistischen Ländern erreichten die USA und gerade dort ist auch der größte Einfluß der militärischen Oberschicht zu vermerken. Dieser Einfluß realisiert sich sowohl in der politischen als auch in der wirtschaftlichen Sphäre. Die gewaltigen Ausmaße des Militärbudgets und die wachsenden Kosten der Militärtechnik verwandelten die Militärbehörde in den größten staatlichen Auftraggeber. Auf dieser Grundlage entstand die Interessengemeinschaft des obersten Militärrückmandos und der privaten Monopole, die für militärische Zwecke arbeiten. Das Entstehen des Militärisch-Industriellen Komplexes als wichtigster Faktor der Entwicklung der Gesellschaft ist ein Ausdruck solcher Gemeinsamkeit.

Etwas abgesondert steht die sogenannte *geistige* (oder „Prestige“) Elite. Zu ihr gehören gewöhnlich die führenden Vertreter von Wissenschaft, Kunst und Kultur, sowie Personen, die die Richtlinien für die Tätigkeit der Massenkommunikationsmittel festlegen, bzw. diese leiten. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die herrschende Klasse gezwungen, ein Maximum an Bemühungen aufzuwenden, um das ideologische Leben der Gesellschaft zu formieren, die herrschende Stellung ihrer Ideologie zu unterstützen und ihren Einfluß auf die Massen zu verstärken. Die wichtigste Gewähr für die Effektivität dieser Tätigkeit ist eine aktive Beteiligung der Personen, die eine führende Rolle im ideologischen und geistigen Leben der Gesellschaft spielen. Eine solche Beteiligung zu gewährleisten, gelingt bei weitem nicht immer und vollständig. Die führenden Vertreter von Wissenschaft und Kultur bemühen sich, trotz der Tendenz des Staates, sie zur Ausarbeitung, Definition und Verwirklichung von politischen Entscheidungen heranzuziehen, ihre unabhängige Stellung zu erhalten. Infolgedessen kann man die geistige Oberschicht nur teilweise und bedingt zur herrschenden Elite zählen.

Die Charakteristik der Zusammensetzung der herrschenden Elite skizziert in gewissem Maße auch ihre Grenzen. Im Strukturplan werden sie mehr oder weniger klar, Viel komplizierter ist es, jenes Merkmal, wonach man den wesentlichen Teil der herrschenden Klasse von der Elite unterscheiden kann, zu definieren. Wissenschaftlich ausgearbeitete Kriterien fehlen auf diesem Gebiet fast völlig.

Die in den meisten kapitalistischen Ländern übliche Aufteilung der Bevölkerung in vier Gruppen: die obere, mittlere, mittlere untere und untere, kann man nur mit Vorbehalten benutzen. Dieser Einteilung liegt gewöhnlich das formale Prinzip, vor allem der Einkommensstand, zugrunde. Die Anwendung dieses Prinzips entstellt das Bild in der Regel sehr. Beispielsweise werden in die höchste Gruppe, die der Idee nach mehr oder weniger der herrschenden Elite entsprechen muß, beispiels-

weise durchwegs auch populäre Sänger oder Schauspieler eingestuft. Höchste Staatsbeamte, Minister und Parteiführer dagegen stehen manchmal nach formalen Angaben (Umfang des offiziellen Verdienstes) als Vertreter für die mittlere Gruppe usw.

Bei dem Versuch, die Lücken der offiziellen Statistik zu schließen, nutzen einzelne bürgerliche Soziologen bei der Bestimmung der Grenzen für die Elite Methoden einer subjektiven Beurteilung der sozialen Positionen aus. Aber die wissenschaftliche Glaubwürdigkeit solcher Methoden ist äußerst relativ. Auf das entscheidende Kriterium der Auswahl übt eine Vielzahl von Neben- und zufälligen Faktoren Einfluß aus. Im Ergebnis können Berechnungen, die auf der Grundlage einer solchen Methodik angeführt werden, nur benutzt werden, wenn sie anderen, zuverlässigeren gegenübergestellt werden.

Viel richtiger ist unserer Meinung nach der Weg, eine Liste der Ämter und Positionen zusammenzustellen, deren Besitz die Aufnahme in die Elite gewährleistet. Diese Methode wird von einzelnen westlichen Soziologen ziemlich erfolgreich angewandt⁴. Der Umgang damit ruft jedoch eine Reihe von Streitfragen hervor, deren wichtigste die Frage nach dem Umfang der Elite ist. Es herrscht die Tendenz, diese Kategorie auf einen engen Kreis zu reduzieren – auf einige hundert Personen. Ein solches Herangehen kann man wahrscheinlich nicht völlig ablehnen und es ist offensichtlich, daß man so, in einem eng begrenzten Rahmen, die Oberschicht der herrschenden Elite sichtbar machen kann. Insofern eine solche Abtrennung den objektiven Konzentrationsprozeß der politischen und wirtschaftlichen Macht widerspiegelt, verdient diese Gruppe zweifellos eine sorgfältige Analyse. Aber die außerordentliche Zusammenschrumpfung des Umfangs der Elite ist mit großen wissenschaftlichen Verlusten verbunden. Das Studium nur eines, wenn auch sehr wichtigen, horizontalen Schnittes gibt keine adäquate Vorstellung von der sozialen Schicht insgesamt.

Die Aufstellung der Ämter und Positionen, deren Besitz mit der Einbeziehung in die politische Elite gleichbedeutend ist, muß offensichtlich abhängig von der Spezifik der nationalen politischen Struktur gesehen werden. Für die Bundesrepublik Deutschland würde diese Aufstellung folgenden Personenkreis einbeziehen: den Präsidenten, den Kanzler, die Mitglieder des Bundeskabinetts, die Ministerpräsidenten und Minister der Bundesländer, die Oberbürgermeister und Bürgermeister der größten Städte, die Vorsitzenden jener politischen Parteien, die für eine Aufrechterhaltung des bestehenden Systems eintreten, die Mitglieder der Vorstände dieser Parteien, die Vorsitzenden der Landes- und der größten örtlichen Organisationen, die Mitglieder des Präsidiums des Bundestages, die Fraktionsvorsitzenden und die Vorsitzenden der parlamentarischen Kommissionen, die Fraktionsvorsitzenden in den Landtagen und in den größten Stadtverwaltungen.

Für die USA müßten in diese Aufstellung einbezogen werden: neben dem Präsidenten und den Ministern den Stab der persönlichen Berater des Weißen Hauses, alle Senatsmitglieder, Gouverneure der Staaten, Bürgermeister der größten Städte, die Führer der Mehrheit und der Minderheit in der Abgeordnetenkammer und in

⁴ Siehe „Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht“. München. 1965, S. 16.

den gesetzgebenden Versammlungen der Staaten, die führenden Mitarbeiter des Parteiapparates der demokratischen und republikanischen Partei auf höchster und mittlerer Ebene.

Wenn man die wirtschaftliche Elite nach dem Prinzip, von dem oben die Rede war, bestimmt, erhielten wir für die BRD folgende Aufstellung: die Vorsitzenden und Mitglieder der Aufsichtsräte, die Vorsitzenden und Mitglieder der Vorstände, die Eigentümer und Direktoren der größten Privatfirmen, die die Angelegenheiten der Gesellschaften mit beschränkter Haftung leiten, die Vorsitzenden und Mitglieder der Leitungen der Unternehmerverbände, die Vorsitzenden und Mitglieder der Leitungen der Unternehmerverbände, die Vorsitzenden der Industrie- und Handelskammern, die Großaktionäre, die keine der oben erwähnten Ämter innehaben. In diesem Zusammenhang ist es ebenfalls wichtig, den Kreis der Firmen, deren Chefs in die oben vorgeschlagene Aufstellung mit einbezogen werden können, zu bestimmen. In der Bundesrepublik werden beispielsweise oft folgende Kriterien dafür, ob ein Betrieb zu den Großbetrieben gezählt wird oder nicht, angewandt: der Jahresumsatz darf nicht unter 3 Millionen Mark liegen, das Grundkapital darf nicht niedriger als 0,5 Millionen Mark sein oder es dürfen nicht weniger als 200 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sein. Für die anderen entwickelten kapitalistischen Ländern werden die Kriterien offensichtlich etwas anders aussehen, wenn man die Unterschiede in der industriellen Entwicklung im Konzentrationsgrad des Kapitals und im Umfang des Nationalreichtums berücksichtigt.

Die bürokratische Elitegruppe schließt den Führungssapparat des Staats- und Regierungschefs, die Leitung der Ministerien und Ämter (im gesamtnationalen wie auch im regionalen Maßstab), die leitenden Mitarbeiter der Verwaltungen der größten Städte ein. Beim Studium der bürokratischen Elite der Bundesrepublik ist es zweckmäßig, in diese Aufstellung all jene Personen miteinzubeziehen, die im Dienste des Staates stehen – Beamte im Range eines Regierungsrates und höher. Das ergibt eine ziemlich umfangreiche Gruppe, vermittels derer bestimmte Gesetzmäßigkeiten sichtbar gemacht werden können. Auf England bezogen muß es sich um die Oberstufe des Staatsapparates handeln – um die sogenannte administrative Klasse, deren Zahl ungefähr 35 000 Personen beträgt, usw.

Eine entsprechende Aufstellung ist selbstverständlich auch für die militärische Elite möglich.

Bildung und Zusammensetzung

Einen zentralen Platz bei der Erforschung der herrschenden Elite nehmen die Fragen ihrer Formierung ein. Die Lösung dieser Fragen ist von großer ideologischer Bedeutung. Die Klassenbedingtheit der Elitebildung, der Tendenz zum Bruch der sozialen Bindungen mit der Gesellschaft sowie die Selbstisolierung der von ihr hervorgebrachten Klasse zu zeigen, bedeutet, die prinzipielle Unvollkommenheit des Systems darzulegen, unter der diese Klasse entsteht. Sie bedeutet ein weiteres Argument bei der Begründung der Notwendigkeit ihrer Ablösung.

Die der herrschenden Elite eigene Tendenz zur Selbstisolierung war natürlich niemals absolut. Sogar die Sklavenhalteroligarchie bezog, trotz ihrer Unbeweglichkeit und, zugegebenermaßen nur mit großer Mühe, die hervorragendsten Vertreter anderer sozialer Gruppen mit ein. Die Relativität jener Tendenz der Elite schwächt jedoch in keinem Maße die Bedeutung dessen, daß sie aufgrund ihrer inneren Gesetzmäßigkeiten ständig bemüht ist, sich von der übrigen Gesellschaft abzusondern.

Die bürgerliche Soziologie erkennt diesen Umstand in dem Maße an, wie er die Vergangenheit betrifft. Sobald man aber auf den heutigen Kapitalismus zu sprechen kommt, wird ein ähnlicher Standpunkt entschieden verworfen. Für die bürgerlichen Soziologen, die auf den Positionen der absoluten Apologetik der bestehenden Ordnung stehen, ist die gegenwärtige herrschende Elite eine offene soziale Gruppe. Allein von den persönlichen Eigenschaften des Einzelnen hängt es ab, ob er von ihr akzeptiert wird⁵.

Es wäre natürlich nicht richtig zu behaupten, daß die persönlichen Leistungen keine wichtige Rolle bei der Formierung der gegenwärtigen kapitalistischen Elite spielen. Insgesamt ist heute das Interesse der herrschenden Klasse an einer effizienten herrschenden Elite wie auch der Maßstab der Anforderungen, denen letztere, bedingt durch die objektive Lage, nunmehr unterworfen ist, unvergleichlich höher als in früheren Zeiten.

Die Bildung der Elite wird jedoch hauptsächlich von den sozialen Gesetzmäßigkeiten bestimmt. Um ihre Macht zu erhalten, versucht die herrschende Klasse, die historisch ihre gesellschaftlichen Funktionen erfüllt hat, sich in der Regel vom Druck der neuen sozialen Kräfte, darunter auch rein persönlich, abzugrenzen. Im Ergebnis dessen verringert sich die Fähigkeit, sowohl der herrschenden Klasse als auch ihrer Elite, sich auf Kosten der fähigsten und aktivsten Elemente der Gesellschaft zu erweitern.

Die herrschende Klasse des gegenwärtigen Kapitalismus bildet in dieser Beziehung keine Ausnahme. Wenn man auch davon spricht, das Kriterium der persönlichen Leistung anzuwenden, so geschieht dies doch nur in begrenztem Maße. Nach dem Prinzip der Effizienz rekrutiert sich nur ein Teil der Elite, wobei die Auslese in der Regel nicht in der gesamten Gesellschaft, sondern nur in ihrem oberen Teil erfolgt. Mit anderen Worten, um in die herrschende Elite Eingang zu finden, muß man schon über ziemlich hohe soziale Positionen verfügen: über einen bestimmten Grad der materiellen Unabhängigkeit, über einen bestimmten Bildungsstand und Bildungsart, über Beziehungen und Bekanntschaften in den herrschenden Kreisen.

Man muß auch noch den Umstand berücksichtigen, daß Effizienz nicht nur die nötigen persönlichen Eigenschaften, sondern auch das Vermögen voraussetzt, sie mitzuteilen (Reklame), um so eine entsprechende gesellschaftliche Wertung zu erreichen. Einige westliche Soziologen, die sich mit diesen Fragen befassen, sind der Meinung, daß es richtiger wäre, nicht von den persönlichen Verdiensten, sondern vom Erfolg zu sprechen. Dieses Kriterium wird tatsächlich bei der Auswahl der Elite verwandt. Es gewährleistet jedoch in keiner Weise die Verwirklichung jenes abstrakten Ideals

⁵ Siehe H. Dreitzel, Elitenbegriff und Sozialstruktur, Stuttgart, 1962.

(„der erforderliche Mann an der erforderlichen Stelle“), das die Apologeten des heutigen Kapitalismus versuchen, als Realität auszugeben.

Die Vertreter der Elite, die die Auslese verwirklichen, lassen sich praktisch von vier Motiven, die seinerzeit Max Weber formulierte, leiten: Erstens von dem traditionellen Motiv, d.h. von dem Bestreben, Personen ihres Kreises herauszuheben, um damit die Homogenität und Geschlossenheit der Führungsgruppe zu fördern; zweitens von den emotionalen Motiven, d.h. den subjektiven Sympathien oder Antipathien; drittens von abschätzenden Vorstellungen, d.h. Prüfung des Kandidaten an den für die Elite verbindlichen bestehenden subjektiven Vorstellungen über bestimmte Verhaltensweisen und Anschauungen und ganz zuletzt lassen sie sich von den sachlichen, rationalen Vorstellungen leiten – von der objektiv erwiesenen Fähigkeit des Kandidaten, die ihm zugedachten Funktionen zu erfüllen⁶.

Die Personen, die in die herrschende Elite durch das festgelegte System von Sperren eindringen wollen, müssen nicht nur ihre volle ideologische Gemeinsamkeit demonstrieren, sondern auch noch einer Reihe zusätzlicher normativer Forderungen entsprechen

In der Bundesrepublik muß man, um Karriere zu machen, deren höchste Stufe der Zugang in die herrschende Oberschicht wäre, über eine Anzahl spezifischer Voraussetzungen verfügen. Vor allem muß die soziale Herkunft der Eltern ziemlich hoch sein. Die Chancen für ein schnelles Vorwärtskommen auf der sozialen Stufenleiter sind für aus der unteren, mittleren Sphäre Kommenden nicht groß und für die aus der unteren Sphäre Kommenden praktisch gleich null. Ausgleich für eine ungenügend repräsentative soziale Herkunft kann die Heirat mit einer Vertreterin einer höheren sozialen Gruppe sein. Ebenfalls notwendig ist eine bestimmte Art der Erziehung, die man in der Regel nur in einer großen Stadt, im Zusammenhang mit einer Universitätsausbildung erhalten kann. Der Kandidat für die Elitegruppe muß einer der zwei Grundreligionen angehören und ein bestimmtes Anschauungssystem besitzen. In welchem Maße diese Bedingungen in der Struktur der herrschenden Oberschicht zum Ausdruck kommen, ist aus Tabelle 1 ersichtlich.

Bei allen Vorbehalten gegenüber den sozialen Kriterien, die bei der Definition der Zusammensetzung der herrschenden Elite angewandt wurden, sind die Materialien der Tabelle doch äußerst aufschlußreich. Auf die zwei „unteren“ Gruppen, die mehr als 50 Prozent der Bevölkerung auf sich vereinen, kommen nur 10 % der Bundesminister, 5% Manager und hohe Beamte des Innenministeriums; innerhalb der Generalität sind sie überhaupt nicht vertreten.

Die Angaben über Italien sind mit noch größerem Vorbehalt als die über die BRD aufzunehmen. Auf Repräsentativität bei der Peronenauswahl wurde noch weniger geachtet als bei der Auswahl in der Bundesrepublik, die Fragen wurden nicht so genau formuliert. Die Trennung in Kategorien wurde ungenau differenziert (z.B. wurden in die politische Elite alle Politiker, darunter auch die Politiker, die das herrschende System scharf bekämpfen und folglich gegen die herrschende Elite

6 Siehe Fr. Fürstenberg. Aufstiegsprobleme in der modernen Gesellschaft. Stuttgart, 1962, S. 65–66.

Tabelle 1

Die soziale Struktur der Bevölkerung und die Herkunft der herrschenden Elite in der Bundesrepublik (alle Zahlenangaben in %)

| | I. Höchste Gruppe | II. Gruppe | III. Gruppe | IV. Unter Gruppe | Nichtklassifizierte Gruppe |
|---|-------------------------|-----------------|----------------|------------------------|-------------------------------|
| Bevölkerung (Insgesamt) | 4,6 | 38,6 | 13,3 | 38,6 | 4,9 |
| Bundesminister (1949–1963) | 30 | 50 | 4 | 6 | 11 |
| Höchste Beamte des Innenministeriums | 50 | 44 | 5 | - | 1 |
| Hohe Richter | 60 | 35 | 3 | - | 2 |
| Mitarbeiter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten | 73 | 25 | 2 | - | - |
| Generäle der Bundeswehr (1955–1962) | 91 ¹ | 9 ¹ | - | - | - |
| Professoren | 66 | 32 | 2 | - | - |
| Manager | 79 ¹ | 16 ¹ | 5 | - | - |

1 Angaben, die aus ausgewählten Beurteilungen stammen. Quelle: „Beiträge zur Analyse der deutschen Oberschicht“. München, 1965, S. 16.

Tabelle 2

Die soziale Herkunft der herrschenden Oberschicht Italiens (alle Zahlenangaben in %)

| | I. Höchste Gruppe | II. Gruppe | III. Gruppe | IV. Unter Gruppe | Nichtqualifizierte Gruppe |
|---|-------------------------|---------------|----------------|------------------------|------------------------------|
| Politische Persönlichkeiten | 21,1 | 50,0 | 9,9 | 4,8 | 14,1 |
| Wirtschaftsführer und Verwaltungskräfte | 44,5 | 45,7 | 5,2 | 1,9 | 2,7 |
| Kirchendiener | 26,3 | 23,7 | 39,5 | 10,5 | - |
| Universitätsdozenten | 51,0 | 40,8 | - | 8,2 | - |
| Angehöriger freier Berufe und Kunstschaaffende | 42,3 | 51,1 | 5,0 | 0,4 | 1,2 |

Quelle: J. Meynaud. Rapporto sulla classe dirigente italiana. Milano, 1966, p. 339.

sind, einbezogen). Das Hinzurechnen der zwei letzten Kategorien, die in Tabelle 2 angeführt sind, zur herrschenden Elite, ist, wie schon früher gesagt, äußerst relativ usw. Bei all dem aber zeigt sich die Tendenz zur sozialen Abkapselung doch deutlich genug.

Die Bedeutung des Bildungsgrades bei der Formierung der herrschenden Elite ist aus folgenden Angaben ersichtlich. In Italien sind 80 % der herrschenden Oberschicht Personen mit Universitätsbildung. Eine solche Bildung haben 75 % der führenden Politiker und 71 % der Wirtschaftsführer und Verwaltungskräfte (Administratoren). Von den 102 Ministern, die in den Jahren von 1946 bis 1963 die Regierung bildeten, hatten 93 Universitätsbildung. In England waren von 65 Mitgliedern der konservativen Regierung (1960) 48 Absolventen der privilegierten „Public schools“ und 46 hatten die Oxford oder Cambridger Universität abgeschlossen. Von 73 hohen Beamten (1958) hatten 50 ihre Ausbildung in Oxford und Cambridge und 15 an anderen Universitäten erhalten. In den USA sind in der herrschenden Elite die Absolventen der privilegierten Privatschulen und der acht führenden Universitäten, die zur sogenannten „Plüschi-Liga“ gehören, besonders stark vertreten. Unter den Beamten des State Department hatten 65 % Privatschulen besucht, obgleich im gesamten Land solche Schulen nur von 6 % der Kinder besucht werden.

Da zur unbedingten Voraussetzung für ein schnelles Vorwärtskommen auf der sozialen Stufenleiter gegenwärtig nicht einfach Hochschul-, sondern Universitätsbildung gehört, bleiben die Chancen, aus den unteren sozialen Kategorien aufzusteigen, mehr als bescheiden. 1958 wurden unter den Absolventen der höheren Schulen in der Bundesrepublik nur 6 % Arbeiterkinder gezählt. An den Universitäten ist dieser Prozentsatz noch niedriger. In Italien erbrachte eine Überprüfung, die in den Jahren 1956 bis 1957 in Bologna durchgeführt wurde, ungefähr die gleiche Ziffer (6 %). In Frankreich erhielten zu diesem Zeitpunkt weniger als 1 % Arbeiterkinder eine Ausbildung an höheren Schulen.

Die Einseitigkeit der sozialen Rekrutierung ist ein direkter Beweis dafür, daß bei der herrschenden Elite die notwendigen sozialen Verbindungen mit der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft fehlen, daß sie in sich selbst abgeschlossen ist. Aber die Diskrepanz dieser Verbindungen und der Grad ihrer Abgeschlossenheit ist in Wirklichkeit noch beträchtlich höher, als das aus den Angaben über die Vertretung der aus den unteren sozialen Kategorien aufsteigenden Personen hervorgeht. Wenn sie in die Elite aufgenommen werden, stellen die aus den unteren Schichten aufgestiegenen Personen in ihr keine sozialen Schichten dar. Unter dem Einfluß des Auslesemechanismus in der herrschenden Oberschicht behaupten sich nur die, die das herrschende Wertesystem voll und ganz angenommen haben. Unter diesen Bedingungen geht die völlige Adaption der Emporkömmlinge sehr schnell vor sich. Häufig sind viele von ihnen, die ihren Komplex der Nichtvollwertigkeit, der mit ihrer „niedrigen“ sozialen Herkunft zusammenhängt, zu überwinden versuchen und letzten Endes in das „Allerheiligste“ gelangt sind, eifrigere Verfechter der Interessen und Vorurteile der Elite als ihre traditionellen Mitglieder.

Die Beziehungen zwischen den Gruppen

Die komplizierte strukturelle Zusammensetzung der herrschenden Elite schließt einen hohen Grad von Geschlossenheit nicht aus. Alle in sie eintretenden Elemente sind an einer Erhaltung und an einer normalen Funktion der bürgerlichen Gesellschaft interessiert. Alle vertreten sie die Interessen der herrschenden Klasse, mit der sie durch viele Fäden verbunden sind. Der Mehrzahl von ihnen ist die Gemeinsamkeit der Traditionen, Gewohnheiten, Anschauungen und Ideen eigen. Viele von ihnen verbinden persönliche und manchmal auch familiäre Bände.

Eine wichtige Rolle spielt die dem staatsmonopolistischen Kapitalismus eigene Tendenz des Zusammenwachsens der privaten Monopole mit dem Staat. Dieser Prozeß wirkt wesentlich auf die Beziehungen in der herrschenden Elite ein. Da die Lösung der ökonomischen Fragen zunehmend politischen und die der politischen Fragen umgekehrt ökonomischen Charakter annimmt, beginnen sich die Grenzen zwischen der politischen und ökonomischen Elite zu verwischen. Der Austausch zwischen diesen Elitegruppen verstärkt sich. Es gibt zwei weitverbreitete Formen. Erstens, mit der Abtrennung des Kapital-Besitzes von der Kapital-Funktion wendet sich ein Teil der Großbesitzer, besonders aus der jungen Generation, anderen Tätigkeitssphären zu, indem sie die Oberschicht des bürokratischen Apparates und der Militärclique auffüllen oder in die Politik gehen. Zweitens gehen Verschiebungen vor sich, die mit der Karriere zusammenhängen. Die Großbesitzer und Manager werden Politiker und Militärs, die Politiker und Generale ihrerseits nehmen führende Posten in der Wirtschaft ein, die Oberschicht der wissenschaftlich-technischen Intelligenz verwandelt sich in Manager der Wissenschaft oder übernimmt politische Funktionen.

Die Klassengeschlossenheit der herrschenden Elite ist keineswegs gleichbedeutend mit der Übereinstimmung zwischen den sie bildenden Gruppen. Die spezifische Lage der einzelnen Gruppe in der herrschenden Elite führt oft zu einer unterschiedlichen Auffassung von den Interessen ihrer Klasse und damit der Gesellschaft insgesamt.

Für die Vertreter der privaten Monopole ist ein ausgeprägtes egoistisches Herangehen an die ökonomischen und politischen Probleme charakteristisch. Die Monopole lehnen sich häufig gegen eine staatliche Regulierung auf, weil sie befürchten, daß ihre Handlungsfreiheit eingeschränkt wird. Von der wirtschaftlichen Elite geht der Hauptwiderstand gegenüber solchen Maßnahmen aus, die in finanzieller Beziehung ihre Interessen schmälern könnten, sogar wenn diese Maßnahmen wirtschaftlich notwendig sind. Ungeachtet dessen, daß sie an einer Schwächung des Klassenkampfes interessiert sind, hemmen die Monopolvertreter für gewöhnlich die Durchführung herangereifter sozialer Maßnahmen.

Demgegenüber hat die politische Elite die Möglichkeit, an die Probleme vom Standpunkt, der die Interessen der Klasse insgesamt widerspiegelt, heranzugehen. An einem normalen Funktionieren des gesamten gesellschaftspolitischen Mechanismus ist sie weit mehr interessiert als an einem Wohlergehen eines kleineren Teiles. Eine nicht unwichtige Rolle spielt auch, daß Personen, die auf politischem Gebiet

tätig sind, mit dem Interessenunterschied in der herrschenden Klasse selbst und mit der Position der anderen Klassen rechnen müssen.

Wesentliche Unterschiede und Nuancen in der Bewertung der Interessen der Klasse und des Systems insgesamt bestehen auch zwischen den bürgerlichen Politikern und der Oberschicht der Militärkaste. Den bürgerlichen Politikern ist gewöhnlich eine größere Flexibilität und Kompromißbereitschaft eigen. Natürlich gibt es auch Fälle, in denen ein General in politischer Verantwortung die notwendige Flexibilität und Verständnis für die Situation zeigt, während ein bürgerlicher Politiker mit der dem Militär eigenen Starrsinnigkeit handelt. Aber in der Regel ist es umgekehrt.

Es gibt auch Konflikte zwischen den privaten Monopolen und der Bürokratie. Erstere sind unzufrieden mit dem ihrer Meinung nach übermäßigen administrativen Eifer des bürokratischen Apparates und gleichzeitig mit der Schwerfälligkeit der bürokratischen Maschinerie. Letztere sind verstimmt über den Starrsinn des Privatkapitals, seine Fähigkeit, sich erfolgreich der Umarmung des bürokratischen Mechanismus zu entziehen.

Komplizierte Beziehungen bilden sich in einer Reihe von Fällen zwischen der Oberschicht der Bürokratie und der politischen Elite. Die Staatsmänner der entwickelten kapitalistischen Länder beklagen in einem fort die Unbeweglichkeit, die mangelnde Flexibilität und Nachlässigkeit der bürokratischen Maschinerie. Ihrerseits verbirgt die hohe Bürokratie kaum ihr skeptisches Verhalten gegenüber der beruflichen Qualifikation und den Fähigkeiten der politischen Persönlichkeiten, nach deren Anordnungen sie arbeitet.

Jede der elitären Gruppen tritt nur im Verhalten zur anderen Gruppe oder zu äußeren Kräfte als Ganzes auf. In sich selbst sind sie keineswegs einheitlich. Wenden wir uns der politischen Elite zu. Sogar in Staaten faschistischer Natur, wo die Widersprüche gewöhnlich nicht nach Außen zutagetreten, zerfällt die herrschende politische Gruppe in der Regel in sich bekämpfende Cliquen; der Kampf zwischen ihnen verliert deshalb nicht an Schärfe, weil er, vor der Öffentlichkeit verborgen, vor sich geht. Dieser Kampf führt ständig zu personellen Veränderungen und in einigen Fällen zu einer vollständigen Ablösung der politischen Oberschicht, wobei die Grundlagen des Regimes unangetastet bleiben.

Noch offensichtlicher sind die Zusammenstöße innerhalb der politischen Elite in Staaten mit bürgerlich-demokratischer Ordnung. Das Mehrparteiensystem, bei dem die Interessen der einzelnen Schichten der herrschenden Klasse durch verschiedene politische Kräfte vertreten werden, bringt unvermeidlich den Kampf um Einfluß hervor. Er wird dann besonders scharf, wenn die Frage der Ablösung der Regierungsform im Rahmen des Systems auf der Tagesordnung steht. In diesem Falle stört die Einheit der Klasseninteressen die verschiedenen Teile der politischen Elite nicht, die Ausschaltung der konträren politischen Gruppe zu planen.

Innerhalb der wirtschaftlichen Oberschicht gehört der Kampf zwischen den einzelnen Monopolen und den Monopolgruppen zur Tagesordnung. Es besteht eine ständige Interessenkollision zwischen der Monopol- und der nicht monopolisierten Großbourgeoisie. Im Ergebnis eines verstärkten Prozesses der Trennung des Kapital-

Besitzes von der Kapital-Funktion entstand eine besondere Schicht der leitenden Kräfte – die der Manager. Ihr Unterschied zu den Kapital-Besitzern ist nur bedingt. In einer Reihe von Fällen halten die Besitzer die Leitungsfunktionen selbst in der Hand. Andererseits werden die Leiter, die Erfolg haben, vom Kapital eingegliedert. Ungeachtet des wachsenden Einflusses der Manager hat das entscheidende Wort in allen Fällen der Kapital-Besitzer⁷, doch ist eine bestimmte Interessenkollosion der Manager und Besitzer eine objektive Realität. Immer enger mit dem Wirtschaftsleben und der Produktion verbunden, legen die Manager in der Regel ein großes Verständnis für die Notwendigkeit der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft, eines umfassenden sozialen Manövriens, das auf die Abmilderung eines scharfen Klassenkampfes gerichtet ist, an den Tag.

Die militärische Elite tritt gewöhnlich geschlossener auf. Es gibt jedoch auch innerhalb der militärischen Elite verschiedene, miteinander rivalisierende Gruppen. In Frankreich z.B. war während der Krise der IV. Republik die militärische Oberschicht in *de-Gaulle*- und OAS-Anhänger gespalten.

Um das Verhältnis der Tendenzen zur Geschlossenheit und zur Trennung der herrschenden Elite zu bestimmen und die Resultate zu zeigen, ist es wichtig festzustellen, wie folgende drei Faktoren darauf einwirken: das Nebeneinanderbestehen und der Kampf der entgegengesetzten sozial-ökonomischen Systeme, die wissenschaftlich-technische Revolution und die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Eine der wichtigsten Folgen des Kampfes der beiden Systeme ist der verstärkte Einfluß der Volksmassen auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Die Schwächung der imperialistischen Front als Ergebnis des Sieges des Sozialismus in einem Teil der Welt, half den Völkern in einigen Ländern des entwickelten Kapitalismus, große soziale und demokratische Errungenschaften zu erzielen. Die Festigung der Positionen der Arbeiterklasse wird ebenfalls durch ihre wachsende Organisiertheit und Geschlossenheit bestimmt.

Gleichzeitig forcierte die kapitalistische Form der wissenschaftlich-technischen Revolution und die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus den Prozeß der Formierung einer starren und allumfassenden bürokratischen Struktur. Die schnelle Erweiterung der Sphäre der staatlichen Einmischung, der anwachsende bürokratische Apparat und die Vervollkommenung des Instrumentariums, das eine effektive Einwirkung auf die Gesellschaft gewährleistet, haben der herrschenden Elite eine neue mächtige Waffe in die Hand gegeben. Politischer Ausdruck dieser Prozesse war die Verstärkung der Handlungsfreiheit der Exekutivorgane, die Schwächung der Rolle des Parlaments, das Anwachsen der Selbständigkeit besonders derjenigen Teile des Staatsmechanismus, die die Möglichkeit haben, eine unmittelbare Kontrolle über die Machtorgane auszuüben.

Die politische Oberschicht sah sich unter den neuen Bedingungen vor die Notwendigkeit gestellt, in viel größerem Maße als früher die Positionen nicht nur der herrschenden Klasse, sondern auch die der anderen Klassen und sozialen Schich-

⁷ Siehe S. Menschikow. Millionäre und Manager. Moskau, 1965.

ten zu berücksichtigen. Das hat in gewissem Maße ihre Handlungsfreiheit erweitert und dadurch die direkte Abhängigkeit von den einzelnen Monopolen geschwächt. Gleichzeitig verringerte die verstärkte Exekutivmacht die Möglichkeiten eines direkten Druckes auf sie über die gesetzgebenden Organe, der lange Zeit eine der Hauptformen der Realisierung des Einflusses der Monopolbourgeoisie war.

Die Erweiterung der Funktionen des Staates in der Wirtschaft erhöhte die Möglichkeit der politischen Elite, entsprechende Entscheidungen auf einem Gebiet zu treffen, wo sie früher nur minimale Befugnisse besaß. Das bedeutet natürlich keineswegs, daß die Positionen des privaten Monopolkapitals automatisch untergraben werden. Vor allem ist die politische Elite selbst, ungeachtet der Spezifik ihrer Funktionen und Interessen, „vom Fleische“ ihrer Klasse. Sie bringt in allgemeinster Form die Interessen des Systems zum Ausdruck. Außerdem greifen die Veränderungen, von denen die Rede war, nicht die monopolistische Oberschicht insgesamt, sondern nur denjenigen Teil an, der in geringerem Maße mit dem Staatsmechanismus verbunden ist. Gleichzeitig wächst der Einfluß des Teiles der wirtschaftlichen Oberschicht, der unmittelbar mit dem System der ökonomischen Regulierung, die durch den Staat verwirklicht wird, verbunden ist; sie profitiert ihrerseits vom verstärkten Einfluß der politischen Elite. Wesentliche Veränderungen gehen auch in den Positionen der Bürokratie vor sich. Die Entstehung einer starren, administrativen Struktur trägt zur Erweiterung ihres Einflusses auf neuen Gebieten bei. Praktisch geht das Entscheidungsrecht auf politischem Gebiet in einigen Fällen an die Kategorie von Personen über, die offiziell als Exekutivbeamte auftreten. Es kompliziert sich die Zusammensetzung der bürokratischen Elite selbst. Traditionsgemäß war das wichtigste Gebiet ihrer Tätigkeit die staatliche administrative Verwaltung. Die verstärkte Tätigkeit des Staates auf ökonomischem Gebiet eröffnete der Bürokratie eine neue Sphäre. Das Bestreben, das geistige Leben der Gesellschaft zu disziplinieren, führte zur Bildung einer kultur-ideologischen Bürokratie. Parallel dazu verläuft der Prozeß der Bürokratisierung des parteipolitischen Lebens und der schon existierenden parteipolitischen Apparate, die formal von der Staatsmaschinerie unabhängig sind, aber in engem Kontakt mit ihr stehen.

Die Kompliziertheit der Beziehungen zwischen den verschiedenen Gruppen der herrschenden Elite und innerhalb derselben, die durch die veränderte Rolle und Einfluß der einzelnen Gruppen vertieft wird, findet ihren Ausdruck auch in einer verschärften Konkurrenz. Die Vertreter der politischen Elite und der höchsten bürgerlichen Bürokratie sind für gewöhnlich nicht begeistert, wenn Militärs in die Sphäre ihrer Tätigkeit eindringen. Umgekehrt reagieren Berufsmilitärs auf eine Einmischung in ihre Angelegenheiten durch Manager, bürgerliche Theoretiker usw. äußerst scharf.

Ohne die allgemeine Geschlossenheit der herrschenden Elite, die sich besonders dann deutlich zeigt, wenn es um das Schicksal der sozialen Ordnung geht, zu untergraben, können die Widersprüche und Zusammenstöße in der Oberschicht der herrschenden Klasse unter bestimmten Bedingungen die Effektivität ihrer Handlungen paralysieren und ihr Herrschaftssystem zerrütteln. Einen bestimmten Stand errei-

chend, schaffen sie objektive Bedingungen für eine Krise der oberen Schichten als eine der Voraussetzungen für das Entstehen einer revolutionären Situation.

Die Prozesse in der herrschenden Oberschicht können nur im untrennbarum Zusammenhang mit den Prozessen, die in der Klasse, die sie bildet, und in der Gesellschaft insgesamt vor sich gehen, richtig beurteilt werden. Die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und die Veränderung der objektiven Lage der herrschenden Klasse beeinflussen, wie wir uns überzeugten, die Größe der herrschenden Elite, ihre Struktur, die Effektivität ihrer Herrschaft, das Kräfteverhältnis zwischen den sie bildenden Gruppen. Vom Zustand und der Zusammensetzung der Elite, von der Effizienz ihrer Tätigkeit hängt seinerseits in bedeutendem Maße die Festigkeit der Positionen der herrschenden Klasse sowie die Richtung und das Tempo der gesellschaftlichen Entwicklung ab.

Man muß jedoch die Grenzen einer solchen gegenseitigen Abhängigkeit klar sehen. Unter Beibehaltung des bestehenden sozial-ökonomischen Systems können keine gesellschaftlichen Veränderungen, keine Modifikationen in der Lage der herrschenden Klasse prinzipielle Veränderungen in die elitäre Struktur hineinbringen, sie von den ihr eigenen organischen Mängeln befreien. Gleichzeitig ist sogar die raffinierteste Politik der herrschenden Kreise nicht in der Lage, die tiefen Widersprüche der Klassengesellschaft zu überwinden. Die Versuche der herrschenden Elite, sich an die gegenwärtige Situation anzupassen, befinden sich im Widerspruch mit den Gesetzmäßigkeiten des sie hervorbringenden Systems. Letzten Endes ist die herrschende Elite der kapitalistischen Gesellschaft nicht fähig, die komplizierten sozialen und politischen Probleme der Gegenwart zu lösen. Auch das ist ein Beweis für die historische Überlebtheit des Systems, das auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht.

Im Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, erschienen die ersten beiden Bände der vom IMSF herausgegebenen Reihe:

Klassenkämpfe im kapitalistischen Europa

Band 1: Klassenkämpfe in Frankreich heute

Autor Lothar Peter, 118 Seiten, DM 4,-

Band 2: Klassenkämpfe in Italien heute

Autor Helga Koppel, 112 Seiten, DM 4,-

Bezug über den Buchhandel oder den Verlag.

A. M. Sutulin

Verschwindet das Finanzkapital?

Aus: USA. Monatszeitschrift, herausgegeben vom USA-Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Moskau 1970, Heft 19, S. 29–38

Einige bürgerliche und reformistische Theoretiker in den USA, die einzelne Teilveränderungen in der wirtschaftlichen Struktur des Imperialismus der 50er und 60er Jahre betonen, erklären, das Finanzkapital – das eigentliche Herzstück der imperialistischen Struktur – sei im Begriff abzusterben. P. Baran und P. Sweezy halten z.B. die Konzeption einer Interessengemeinschaft („interest group“), unter der sie eine Gruppe von Gesellschaften verstehen, die sich zur Kontrolle einer Bank zusammengeschlossen haben (also im Grunde einer Finanzgruppe) für veraltet. Das bedeutet ihrer Meinung nach nicht, daß diese Zusammenschlüsse verschwunden sind oder keine Bedeutung mehr haben, aber diese Bedeutung „nimmt rasch ab“, und bei der Untersuchung des Grundmodells des Kapitalismus können sie nicht berücksichtigt werden¹.

Ähnlich sind die Überlegungen vieler anderer amerikanischer Wirtschaftsexperten. Sie schreiben, daß die Banken ihre Rolle als mächtige Zentren des Finanzkapitals verlieren. Das wird mit Fakten über die heutigen Veränderungen im Bankwesen „belegt“. Solche amerikanischen Soziologen und Wirtschaftswissenschaftler wie J. Galbraith und A. Berle benutzen diese Thesen, um zu beweisen, daß die Leninische Analyse des Imperialismus angeblich auf die heutige amerikanische Wirtschaft nicht anwendbar sei.

Derartige Ansichten ergänzen nur die allgemeine Konzeption von der „Verwandlung des Kapitalismus“, einer Konzeption, die in der heutigen bürgerlichen Wissenschaft so modern ist und zur Verherrlichung und Verteidigung des Kapitalismus benutzt wird, der trotz einiger neuer Erscheinungen doch ein Kapitalismus mit allen seinen unheilbaren Mängeln bleibt. Die Rolle des Finanzkapitals und der Finanzoligarchie bleibt dabei nicht nur erhalten, sondern verstärkt sich noch in der gesamten Wirtschaft und Politik des Imperialismus, insbesondere in den USA. Die Banken bleiben dabei die feste Grundlage des Finanzkapitals. Ein neuer Beweis dafür ist die Schaffung von Gesellschaften eines neuen Typs, die in den USA als „one-bank holding companies“ bezeichnet werden, also als Holding-Gesellschaft mit einer Bank, als „Beteiligungsgesellschaft“, die die Aktienmajorität einer bestimmten Bank besitzt. Für die Frage, der sich dieser Artikel widmet, ist es zweckmäßig, zunächst eine knappe Charakteristik des Wesens des Finanzkapitals und der Lage der Banken in diesem System vorauszuschicken.

Imperialismus bedeutet Monopolkapitalismus, doch die höchste Stufe der Monopolisierung wird unter der Herrschaft des Finanzkapitals erreicht. W. I. Lenin hat

1 P. Baran/P. Sweezy. *Monopoly Capital*, New York – London, 1966, p. 17, 18; deutsche Ausgabe Frankfurt/Main 1967.

darauf hingewiesen, daß „das Finanzkapital die Epoche der Monopole (erzeugte)“, und in einigen Fällen definierte er die Epoche des Imperialismus als „Epoche des Finanzkapitals“². Lenin schrieb: *Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie – das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs“³.*

Die Hauptfunktion der Banken in der vormonopolistischen Phase des Kapitals war die Vermittlung zwischen den Industrie- und den Finanzkapitalisten (Depositenannahme und -verwahrung und kurzfristige Kreditgewährung). Mit dem Übergang zum Imperialismus ändert sich die Rolle der Banken grundlegend. „In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhabern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen.“, schrieb W. I. Lenin⁴. Dieser Veränderung liegen die Konzentration und Zentralisation der Produktion und des Industriekapitals zugrunde, die ihrerseits die Konzentration und Zentralisation des Bankwesens, die Bildung von Bankmonopolen, vorantreiben.

Die formale Zersplitterung im Banksystem der USA (es gibt im Land etwa 13 500 Handelsbanken) verbirgt den sehr hohen Grad der tatsächlichen Konzentration und Zentralisation des Bankkapitals. Auf den Anteil der fünfzig größten Banken (das sind 0,4% der Gesamtzahl der Banken), wobei jede dieser Banken über Vermögenswerte von über einer Milliarde Dollar verfügt, entfiel 1968 etwa 42% der gesamten Vermögenswerte der Handelsbanken und 44% aller Kredite. Dabei verfügen sieben Banken (das sind 0,05% der Banken) mit Vermögenswerten zwischen 5 und 10 Milliarden Dollar über 9,4% der Vermögenswerte und gewähren 9,9% aller Kredite⁵. Die Aktiva jeder der drei amerikanischen Superbanken – „der Bank-America Corporation“, der „First National City Corporation“ und der „Chase Manhattan Corporation“ – überstiegen 1969 20 Milliarden Dollar, die Aktiva der ersten überstiegen sogar 25,6 Milliarden Dollar. Die Einkommen dieses „großen Dreigespanns“ beliefen sich im vergangenen Jahr auf ca. 400 Millionen Dollar, das sind mehr als 23% der gesamten Einkommens der fünfzig Banken⁶.

In der Nachkriegszeit und besonders in den letzten Jahren geht die Konzentration des Bankkapitals rasch voran. Diese Entwicklung verläuft parallel zur beschleunigten Konzentration des Industriekapitals, die vor allem durch das Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution bedingt ist. Die bedeutende Erweiterung des Produktionsapparates der Industriefirmen, die zum rentablen Einsatz von neuen kostspieligen technischen Anlagen notwendig ist, führt zum Wachstum des Geldkapitals dieser Firmen. Dieses Kapital, das von den Banken verwaltet wird, vergrö-

2 W. I. Lenin. Werke, Band 22, S. 248, 259.

3 Ebenda, S. 230.

4 Ebenda, S. 214.

5 Mirovaja ekonomika i međunarodnyje otnosenija, 1970, Nr. 9, str. 154.

6 Fortune, May 1970, p. 204/205.

ßert ihre Einkommensquellen und ihren Gewinn. Andererseits übersteigen die gigantischen Ausmaße der modernen Produktion, die Schaffung und der Ankauf neuer technischer Anlagen, um ein Vielfaches das Minimum des Kapitals, das für die Einrichtung eines neuen oder die Erweiterung und Modernisierung eines schon vorhandenen Unternehmens notwendig ist. Besonders die Bildung einer Vielzahl von neuen Industriezweigen, deren Erscheinen für die wissenschaftliche-technische Revolution typisch ist, erfordert die schnelle Bereitstellung von großen Kapitalien. Das ist ein Grund für die stark gestiegene Nachfrage nach Bankkrediten, besonders langfristigen, für die steigenden Gewinngeschäfte der Banken und den Anstieg ihrer Finanzressourcen.

Infolge der Konzentration des Bankkapitals verstärkt sich die Konkurrenzsituation der großen Banken, denn gerade sie stehen in erster Linie mit den großen Industrie- und Handelsgesellschaften in Verbindung, die den Banken der Hauptanteil an frei verfügbaren Geldmitteln zur Verfügung stellen und die umgekehrt den größten Teil der Kredite erhalten.

Einige amerikanische Wissenschaftler, wie z.B. der Professor der University of California, *D. Alchader*, bestreiten nicht die Tatsache, daß eine kleine Gruppe von Banken über den größten Teil der Geldressourcen des Landes verfügt. Aber sie behaupten, das führe nicht zur Kontrolle der großen Banken über Tausende von Gesellschaften. Sie beachten nur nicht die vielfältigen Beziehungen der Monopolbanken, mit deren Hilfe diese Kontrolle erlangt wird. Die Monopolbanken besitzen enge und außerordentlich verzweigte Verbindungen zu den Monopolen der verschiedenen Wirtschaftszweige. Dadurch, daß die Banken Industrie- und Handelsfirmen sowie anderen Gesellschaften Kredit gewähren, die laufende Rechnungsführung, die Abwicklung des Zahlungsverkehrs, die Ausgabe von Wertpapieren, den Aufkauf von Aktien für sie übernehmen, die Verwaltung großer Vermögen in Treuhänderschaft durchführen, die Personalunion ihrer Leiter verstärken, dringen sie konsequent in andere Wirtschaftsbereiche ein. Dadurch verwandeln sich die größten Banken, die das Monopol an Geld und Krediten besitzen, in Mitbesitzer des Industriekapitals und der Produktion.

Die Entwicklung geht auch in umgekehrter Richtung – die Industriegesellschaften dringen in den Bankbereich vor. Sie erwerben die Aktien der großen Banken und eröffnen eigene Bankinstitute. Dadurch können die Industriellen nicht nur einen Teil des Gewinns, sondern auch günstige Kredite erhalten. Außerdem können sie im Konkurrenzkampf aus den Banken Nutzen ziehen. Die monopolistische Konzentration des Industrie- und des Bankkapitals treibt dessen gegenseitige Durchdringung voran und beschleunigt sie. Es entsteht eine enge Verflechtung der Interessen des Bankkapitals mit dem Industriekapital, die gegenseitige Abhängigkeit und Verschmelzung miteinander verstärkt sich. Natürlich bleiben die funktionalen Unterschiede bestehen. Aber die frühere Trennung dieser beiden Formen des Kapitals ist durch ihre Fusion abgelöst. Durch die „Methode der Beteiligung“ wurde eine kleine Gruppe von Monopolisten zu Mitbesitzern von Banken und gleichzeitig von Industriegesellschaften und erlangte so die gemeinsame Kontrolle über einen entscheidenden Teil der finanziellen Ressourcen. Den Profit daraus erhält sie in allen möglichen

Formen. Diese Gemeinsamkeit des Eigentums verstärkt sich durch die Verflechtung der Vorstände untereinander, nämlich in den Fällen, wo z.B. Bankdirektoren in die Führungsorgane von Industriefirmen berufen werden oder umgekehrt.

So entstand das Finanzkapital und so entwickelt es sich fort, ein monopolistisches Bankkapital, das mit dem Industriekapital eine enge Verbindung eingegangen ist. Finanzkapital bedeutet nicht Herrschaft des Bankkapitals über das Industriekapital, wie seinerzeit *R. Hilferding*, einer der Führer der deutschen Sozialdemokratie, annahm, sondern es bedeutet ihre Verschmelzung, ihre gegenseitige Verflechtung, ihre Konzentration in den Händen von Kapitalisten eines besonderen Typs, der Finanziers. Diese Magnaten des Finanzkapitals bilden eine Finanzoligarchie.

Die Kontrolle dieser Oligarchie umfaßt nicht nur die Industrie-, Handels- und Transportgesellschaften und die Banken, sondern auch das große System anderer spezieller Kredit- und Geldinstitute (Investmentgesellschaften, gemeinnützige Sparkassen, Spar- und Darlehensvereinigungen, Versicherungsgesellschaften, Gesellschaften mit gegenseitiger Kreditgewährung, Kreditvereine, Rentenfonds), deren Bedeutung im Kredit- und Finanzwesen und in der Gesamtstruktur des amerikanischen Imperialismus ungeheuer gewachsen ist. Es handelt sich hier um einen flexiblen Apparat zur Beschaffung von vorübergehend frei verfügbarem Kapital, von Einkünften und Ersparnissen der Bevölkerung, mit dem Ziel einer gewinnbringenden Kapitalanlage. Die Aktivbestände dieser Unternehmungen machen eine riesige Summe aus, im großen und ganzen 400 Milliarden Dollar⁷. Ihre Interessen und die Interessen der Banken überschneiden sich in vielfacher Weise. Denn „...über die Milliarden-einlagen der Sparkassen (verfügen) zu guter Letzt ein und dieselben Magnaten des Bankkapitals“, betonte schon *W. I. Lenin*⁸. Durch die Beteiligung am Kapital der spezialisierten Kapitalgesellschaften und durch Personalunion erhalten die Banken die zusätzliche Möglichkeit, Einfluß auszuüben und die finanzielle Kontrolle über die Industriegesellschaften zu erreichen. So fügen sich allmählich, ähnlich wie die Banken, andere Finanzunternehmen in das System des Finanzkapitals ein und üben dabei verschiedene Funktionen im Interesse der Hochfinanz aus.

Die Organisationsform der Finanzoligarchie, die für den Kampf um die Kontrolle der Wirtschaft geschaffen wurde, bildet die monopolistische Finanzgruppe. Sie verknüpft alle Formen der Konzentration und der Monopolisierung der Produktion wie des Kapitals und führt sie so auf eine neue, höhere Stufe. Eine solche Gruppe vereinigt einige Finanzmagnaten und ihr Kapital, ihre Beziehungen und ihren Einfluß. Gewöhnlich schließt sie eine Hauptbank und einige andere, weniger mächtige Banken, ein, bestimmte spezialisierte Kredit- und Finanzunternehmen sowie eine größere Anzahl von Industriegesellschaften und andere Firmen. Diese allmächtigen Gruppen stützen sich auf die bedeutendsten Banken, auf die Monopolbanken. So umfaßt die Einflußsphäre der Gruppe *Rockefeller* zahlreiche Unternehmen in der Ölindustrie der USA und anderen Ländern der kapitalistischen Welt. Sie besitzt ferner eine führende Stellung in solch wichtigen amerikanischen Wirtschaftszweigen

7 R. Barber, The American Corporation. Its Power, Its Money, Its Politics, N.Y., 1970, p. 64.

8 W. I. Lenin, Werke, Band 22, S. 221.

gen wie der chemischen Industrie, der elektro- und radiotechnischen Industrie, dem Flugzeug- und Raketenbau, der Atomindustrie, dem Versicherungswesen. Die Guthaben der Banken und Kapitalgesellschaften der Gruppe *Rockefeller* belaufen sich auf etwa 125 Milliarden Dollar. Die Spitze dieser riesigen, vielstufigen Pyramide bildet die Hauptbank der Finanzgruppe, die „Chase Manhattan Corporation“ mit Aktiva in Höhe von 22,2 Milliarden Dollar, (fast 4 000 Korrespondenzbanken in den USA), mit einer Vielzahl von Filialen in Dutzenden von Ländern, mit einem ausgebauten System von miteinander verflochtenen Vorständen, das dieser Bank weitreichende Verbindungen in Geschäftskreisen verschafft.

Die Verknüpfung von Finanzkapital und Staatsapparat verstärkt sich. Das zeigt sich vor allem darin, daß viele Vertreter des Monopols bedeutende Posten in Regierungsorganen erhalten. In der Regierung *Eisenhower* wurden der ehemalige Präsident der Firma „General Motors“, *Wilson*, und der Großfinanzier *Weeks* Minister. Der jetzige Finanzminister der USA, *David Kennedy*, war vorher Vorsitzender der „Continental Illinois National Bank“, einer der größten des Landes. Wieder bestätigen sich die Worte *W. I. Lenin* über das persönliche Bündnis von Finanzoligarchie und Staat: „Heute Minister, gestern Bankier; heute Bankier, morgen Minister.“ Die Banken und die Industriemonopole finanzieren die Wahlkampagnen der ihnen genehmen Politiker. Staatliche Organisationen subventionieren Monopole, bürgen für die Kredite der Privatbanken und ähnliches mehr. So verwächst das Finanzkapital immer mehr mit dem System des staatsmonopolistischen Kapitalismus als einem seiner wichtigsten Bestandteile.

Das Finanzkapital herrscht nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Bereich, verfügt über die Massenmedien und die Mittel zur ideologischen Beeinflussung aller Gesellschaftsschichten. Für die Epoche des Finanzkapitals ist die politische Reaktion auf der ganzen Linie typisch.

In der letzten Zeit brachte der amerikanische Kapitalismus neue Formen und Methoden der Verflechtung des Bankkapitals mit dem Industriekapital hervor. Das hängt zusammen mit einer neuen Welle der Konzentration und Zentralisation des Industriekapitals und der Produktion, die die amerikanische Wirtschaft bedeutend stärker und andauernder erfaßt hat als gegen Ende des vorigen Jahrhunderts und in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts. Das Problem der Konzentration muß Gegenstand einer Spezialuntersuchung sein. Im Zusammenhang dieses Artikels erscheint es aber als zweckmäßig, diesbezüglich eine Reihe von Fakten und Überlegungen heranzuziehen.

1968 registrierte man schon etwa 4 500 Fusionen und Aufkäufe einzelner Firmen durch andere⁹, 1969 aber bereits 5400, das sind siebenmal mehr als im Jahresschnitt zu Beginn der 50er Jahre¹⁰. Dabei erhöht sich der Grad der Zentralisation des Kapitals und der Produktion, mathematisch ausgedrückt, schneller als die Zahl der Fusionen und Aufkäufe. Das hängt erstens damit zusammen, daß nun nicht nur

9 R. Barber. op. Cit. p. 25f.

10 R. Barber. Op. cit., p. 26, 38.

die kleinen und mittleren Firmen, sondern auch immer häufiger große und sogar sehr große Gesellschaften absorbiert werden. Infolgedessen betrug noch 1965 die Gesamtsumme der Aktiva der großen Industriefirmen (mit Aktiva von mehr als 10 Millionen Dollar bei jeder Firma), die von anderen Gesellschaften erworben wurden, 3 Milliarden, 1968 aber schon 12,6 Milliarden Dollar und 1969 schätzungsweise 18 Milliarden Dollar. Zweitens geht mehr als die Hälfte der Aktiva der aufgekauften Firmen in den Besitz der 200 größten Kapitalgesellschaften über, die somit 2/3 aller Aktiva der Industrie besitzen¹¹.

All das hat zur Folge, daß die wirtschaftliche Rolle der führenden Monopole wächst. In vielen Wirtschaftszweigen herrschen nur noch einige gigantische Kapitalgesellschaften. In der Aluminiumindustrie beherrschen 4 Firmen zu 100 Prozent, im Kraftfahrzeugbau 3 Firmen zu 98 Prozent, in der Kunststoffindustrie 5 Firmen zu 97 Prozent, in der Produktion von Elektronikbausteinen eine Firma („Radio Corporation of America“)¹² zu 85 Prozent den Markt. Aber gleichzeitig muß man berücksichtigen, daß, wie aus der amerikanischen Statistik zu ersehen ist, der Durchschnitt der branchengebundenen Konzentration in der Industrie der USA viel tiefer liegt und sich vergleichsweise nur langsam erhöht.

Folglich steigern die größten Kapitalgesellschaften ihren Einfluß durch Einbruch in andere, für sie neue, Wirtschaftszweige, durch Erweiterung des durch sie produzierten Warensortiments, d.h. durch Diversifizierung. Diese riesigen diversifizierten Kapitalgesellschaften bilden sich gerade hauptsächlich durch Fusion oder Aufkauf von anderen Unternehmen. Die weitere Entwicklung führte zur Bildung von monopolistischen Mischkonzernen, riesigen Industriekonzernen, die Gesellschaften verschiedener Wirtschaftszweige, die weder technisch oder technologisch, noch standortmäßig irgendwelche Gemeinsamkeiten haben, umfassen. „Der Mischkonzern ist ein wachsendes Ungeheuer mit nur einem Finanzzentrum und einem alles leitenden Gehirn“, schreibt die „Washington Post“.

Als Beispiel für einen solchen Mischkonzern kann man die Gesellschaft „Gulf and Western Industries“ nennen, die eine Vielzahl von Firmen aus 20 Wirtschaftsbranchen erworben hat, die untereinander im Produktionsprofil keinerlei Ähnlichkeit aufweisen. U.a. handelt es sich hier um den Werkzeugmaschinenbau, um Fernseh- und Kraftfahrzeugreparaturausrüstungen, Spielfilme und Zigarren. Ein anderes Beispiel für einen Mischkonzern ist die größte Handelsgesellschaft der Welt „Sears Roebuck“ (Chicago) mit einem Umsatz von 8,9 Milliarden Dollar, die praktisch schon kein spezifisches Handelsprofil mehr hat. Sie besitzt nicht nur tausende von Kaufhäusern in den USA, in Kanada, in Südamerika und Westeuropa, sondern sie produziert auch in ihren Filialniederlassungen Elektrogeräte für den täglichen Gebrauch, z.B. Fernsehapparate und Tonbandgeräte, Rasenmäher für den Garten und Mähdrescher, Tapeten, Farben und Chemikalien, Kücheneinrichtungen, Sportartikel und Hauskleidung. Außerdem stellt diese Gesellschaft Klimaanlagen und

11 Fortune, February 1969, p. 80; Business Week, March 29, 1969, p. 36; April 19, p. 36.

12 R. Barber. Op. cit., p. 22, 23.

Schwimmbecken her, sie befaßt sich mit Versicherungen, dem Sparwesen und mit der Gewährung von Krediten an Privatleute. Sie unterhält Restaurants in 28 Staaten.

Die Bildung von Mischkonzernen zeichnete sich in den 60er Jahren als Grundtendenz der Entwicklung des Konzentrationsprozesses ab. Wenn die Mischkonzernen zwischen 1920 und 1930 nur 19% sämtliche „Firmenehen“ bildeten, so war dieser Anteil zwischen 1966 und 1968 auf 82% gestiegen¹³. Ein Geschäftsmann erklärte, in 10 Jahren gebe es in den USA nur noch 200 große Gesellschaften und alle seien Mischkonzern¹⁴. Art Buchwald schrieb mit dem ihm eigenen Humor: „Die Vermutung läßt sich nicht von der Hand weisen, daß bald das ganze Land von einer Gesellschaft ‚geschlückt‘ werden wird.“

So macht die amerikanische Wirtschaft ein neues Stadium der Konzentration durch. Dieses wurde durch besondere Bedingungen der Akkumulation und der Zentralisation herbeigeführt. Nach Meinung einiger sowjetischer Wirtschaftsexperten ist der Hauptgrund für die Diversifizierung und die Bildung von Mischkonzernen die Akkumulation von überschüssigem Kapital, für das eine gewinnbringende Anlage gesucht wird, durch die Industriemonopole¹⁵. Je stärker ein bestimmter Wirtschaftszweig monopolisiert ist und je weniger die Produktionskapazität ausgelastet ist – diese Nichtigauslastung ist in den USA schon chronisch und übersteigt jetzt 20% – desto „gefährlicher“ ist es, in diesem bestimmten Wirtschaftszweig zu investieren. Das kann zum Rückgang des Gewinns und sogar zu Verlusten führen. Die Form der Mischkonzern ermöglicht es, frei verfügbares Kapital auszuschöpfen. Es wird in Wirtschaftszweigen angelegt, die bis dahin noch weniger monopolisiert sind und aus den Wirtschaftsbranchen mit einem mittleren Konzentrationsgrad verdrängen die mächtigen Kapitalgesellschaften die schwächeren Gesellschaften. Bei den riesigen Mischkonzernen werden letztere vielmehr zur Waffe im Konkurrenzkampf um den Mehrprofit, um Einflußphären in Wirtschaft und Politik. Die Bildung von Mischkonzernen erleichtert es auch den großen Gesellschaften, die Antitrustgesetze in den USA zu umgehen. Nach diesen Gesetzen könnten sie für Handlungen, die auf die Monopolbildung durch Einverleibung von Firmen abzielen, die in verschiedenen Wirtschaftsbranchen und auf verschiedenen Märkten tätig sind, gerichtlich belangt werden.

Aber die Bildung von Mischkonzernen erfolgt hauptsächlich durch den Ankauf von Aktien verschiedener Gesellschaften, und das erfordert große Bargeldmittel. Abgesehen von dem bekannten Anstieg der Selbstfinanzierung der Industriegesellschaften mit Hilfe der riesigen finanziellen Rücklagen, die sie durch ihren monopolistischen Profit horten konnten, übersteigt der Anteil der fremden Finanzquellen für ihre Investitionen (Bankkredite, Wertpapierausgabe dieser Gesellschaften durch Banken usw.) 40%. Das bestätigt wieder einmal, daß die Industriegesellschaften ohne Fremdfinanzierung nicht auskommen. Trotz dieser offensichtlichen Tatsachen kommen viele amerikanische Autoren (P. Sweezy, P. Gordon) aufgrund der gestiegenen Selbstfinan-

13 Economic Report of the President, 1970, Washington. 1970, p. 95.

14 Fortune, February 1969, p. 79.

15 Siehe z.B. Mirovaja ekonomika i međunarodnyje otноšenija, 1969, Nr. 7, str. 21–23.

zierung der Industriegesellschaften zu dem Schluß, daß diese die „finanzielle Unabhängigkeit“ von den Banken erlangt hätten. Diese These benutzen die Verteidiger des Imperialismus zum Beweis der „Wiedergeburt der Banken“, deren Rolle im monopolkapitalistischen System sich radikal geändert hätte. Man benutzt diese These also im Grunde dazu, um das Verschwinden des Finanzkapitals zu beweisen.

Eine besonders große Rolle spielen die Banken bei der Bildung der Mischkonzernen und bei ihrer Tätigkeit, deren Umfang und Vielseitigkeit der Bereiche ohne Beispiele ist. Sehr deutlich wurde diese Rolle z.B. in den letzten Monaten, in denen die USA eine Kreditkrise erleben. Die Diskontsätze waren außergewöhnlich hoch (8,5% auf Handelskredite), und die Kreditaufnahme war mit Schwierigkeiten verbunden. In dieser Lage, die sich im Zusammenhang mit der Börsenkrise verschärfte, hatten viele Gesellschaften, darunter sogar Mischkonzern, große finanzielle Schwierigkeiten oder gingen bankrott. In solch einer schwierigen Lage befand sich besonders der bekannte Mischkonzern „Ling-Temco-Vought“. Seine Schulden betrugen (mit denen der Zweigniederlassung) 1,5 Milliarden Dollar. Da dieser Mischkonzern zur Zeit des Börsenfiebers 300 Millionen Dollar an Wertpapieren verlor und die schwebende Schuld nicht bezahlt konnte, begann er seine Filialen und seinen Landbesitz zu verkaufen und sah sich gezwungen, seinen Vorsitzenden (und Begründer) James Ling durch den Präsidenten der „First National Bank Dallas“, mit der er enge Verbindungen hatte, zu ersetzen¹⁶. Die „Harvard Business Review“ stellte die berechtigte Frage: „Können die Mischkonzern genügend Kapital für eine wirkungsvolle und rentable Befriedigung ihrer finanziellen Bedürfnisse beschaffen? Ihr Kapitalbedürfnis erreicht nie gekannte Ausmaße und die finanziellen Mittel werden wahrscheinlich teurer und schwieriger zugänglich werden.“¹⁷

Die Notwendigkeit des Vorhandenseins von großen Kreditquellen, für die industriellen Mischkonzern, bei stark gestiegener Nachfrage nach Leihkapital die schon viele Jahre anhält, bedeutete für sie in der Praxis die Gründung einer eigenen Bank. Diese Bank muß in das System des Mischkonzerns selbst eingegliedert sein, um als Quelle für leicht beziehbare und möglichst billige Kredite zu dienen. Die Bank soll alle Finanzgeschäfte zentral steuern, sie soll ein Mittel sein zur schnellen Bereitstellung von Finanzmitteln, zum Aufkauf von Aktien anderer Gesellschaften und zur Vergrößerung des Profits.

Andererseits verstärken und erweitern die vielfältigen Formen der Verbindung und Zusammenarbeit der Industriemagnaten mit den Banken die gemeinsamen Interessen des Bankkapitals und des mit ihm verbündeten Industriekapitals. Diese verstärken ihrerseits wieder die Zusammenarbeit. Die bedeutende Verschärfung der Konkurrenzlage, neue Bedingungen des Konkurrenzkampfes, die im Laufe der wissenschaftlich-technischen Revolution und der stürmischen Weiterentwicklung der Zentralisation und der Bildung von Mischkonzernen entstehen, zwingen die Banken und die industriellen Mischkonzern, neue Wege zur weiteren Bereicherung und zur Monopolstellung in der Wirtschaft zu suchen.

16 Business Week, May 23, 1970, p. 35; U.S. News and World Report, July 6, 1970, p. 33.

17 Harvard Business Review, May-June 1969, p. 6.

So entstand und entwickelte sich die neue Form der Verknüpfung des Bank- und Industriekapitals, die „one-bank holding companies“. Gesellschaften dieses Typs wurden die Zentren der in der letzten Zeit gebildeten Mischkonzerne, die Industriefirmen verschiedenen Profils, Handels- und Transportgesellschaften sowie andere Kapitalgesellschaften umfassen.

Als einer der ersten betätigte sich in diesem Wirkungskreis 1967 der relativ junge Bankfachmann *Gary Folk*. Er wandelte die ihm gehörende selbständige „Union Bank of Los Angeles“ um in eine Tochterfirma der eigens gegründeten Muttergesellschaft „Union Bankcorporation“, eine Holding-Gesellschaft mit der Aktienmajorität der betreffenden Bank. Nach beinahe einem Jahr der Konjunkturschwankungen, und nachdem die anderen Banken die bedeutenden Gewinne der „Union Bankcorporation“ schätzten gelernt hatten, folgten sie deren Beispiel, anfangs nur zögernd, dann energetischer, und schließlich begann eine wahre Massenprozession, wie „*Fortune*“ bemerkte¹⁸. Unter denen, die dem Beispiel *Folks* gefolgt sind, befindet sich die „Bank of America“, die größte Bank der kapitalistischen Welt, die zur Tochtergesellschaft der „Bank-America Corporation“ geworden ist, die „Chase Manhattan Bank“, Hauptbank der Rockefeller-Gruppe, die die Tochtergesellschaft der neuen „Chase Manhatten Corporation“ wurde, der „Morgan Guarantee Trust“, führende Bank der Gruppe Morgan, die jetzt der Gesellschaft „J. P. Morgan“ unterstellt ist. Nennen wir auch die „First National City Bank of Chicago“, die jetzt von der neu gebildeten „First Chicaco Corporation“ geleitet wird, die „Manufacturers Hanover Trust Company of New York“, die unter die Kontrolle der „Manufacturers Hanover Corporation“ kam. Reorganisiert hatten sich in kurzer Zeit fast 21 der 50 größten Handelsbanken der USA; nach der von „*Fortune*“ veröffentlichte Liste wurden die meisten von ihnen durch eine „one-bank holding company“ ersetzt. Im Frühjahr 1970 waren es sogar schon fast 900 Banken, die sich auf diese Weise neu formiert hatten. Diese Banken bilden den fünfzehnten Teil aller Handelsbanken der USA, aber ihre Einlagen (180 Milliarden Dollar) machen 43% der Gesamtsumme der Einlagen der Banken überhaupt aus¹⁹. Alle diese Banken, die in Tochterfirmen umgewandelt wurden, behalten ihre juristische Selbständigkeit, ihre Geschäftsführung, ihre eigenen Abrechnungen usw. Freilich werden ihre Geschäfte, ihre Kredit- und Investitionspolitik, die Verteilung des Profits und andere sehr wichtige Tätigkeitsbereiche abhängig von der gesamten Politik der neu begründeten Holding-Gesellschaften (dem Kern der industriellen Mischkonzerne), denen die Aktienkontrollpakete dieser Tochterbanken überlassen wurden. Durchweg nehmen in diesen Gesellschaften diejenigen eine Führungsstellung ein, die auch an der Spitze der Banken stehen, d.h. die Vertreter der Finanzoligarchie.

Der Begriff „one-bank holding company“ bedeutet nicht, daß sich in ihrem Wirkungsbereich nur eine Bank befindet. Wie gesagt, vereinigt die Holding-Gesellschaft als Mischkonzern viele Kapitalgesellschaften. Der vorher genannte Begriff

18 Fortune, May 15, 1969, p. 310.

19 Fortune, May 1969, p. 163; May 1970, p. 204; Business Week, November 16, 1968, p. 79; January 17, 1970, p. 33; Vital Speeches of the Day, June 15, 1970, p. 524.

besagt nur, daß die Holding Gesellschaft eine Bank einschließt. Diese Präzisierung ist für das Verständnis des ganzen Problems notwendig. Tatsächlich bestanden ja schon zuvor in den USA Bank-Holding-Gesellschaften. Aber diese standen an der Spitze von Bankkonzernen (einem System von vielen Banken) und hatten die Kontrolle über eine Gruppe von Banken durch Aufkauf von Aktienpaketen²⁰ erlangt. 39 offiziell registrierte Holding-Gesellschaften kontrollieren 560 Handelsbanken mit Einlagen in einer Höhe von 41 Milliarden Dollar²¹. Folglich umfassen die Bank-Holding-Gesellschaften alten Typs nur einen kleineren Teil der amerikanischen Banken insgesamt. Jetzt entstehen bei der Bildung von Holding-Gesellschaften als Zentren der industriellen Mischkonzerne immer größere Banken, darunter „wahre Ungeheuer“ der Bankwelt. Erst hier kann man von einer „one-bank holding company“ spreche. Das ist eine neue Erscheinung in der Entwicklung des Finanzkapitals. Sie bedeutet vor allem, daß sich das System der Monopolkontrolle in der kapitalistischen Wirtschaft bedeutend ausweitet. Noch stärker werden die Hauptkräfte des Bankkapitals in das System integriert, die mit dem Industriekapital eine noch engere Verbindung eingehen. Als Form dieser Verbindung entstehen die „one-bank holding companies“, die so zu einer neuen Waffe der Hochfinanz zur Stärkung ihrer Herrschaft werden.

Worin liegen nur ihre konkreten Vorteile, wo die Anstöße zu ihrer Bildung? Vor allem schaffen solche Gesellschaften eine breitere und sicherere finanzielle Basis, eine zuverlässigere Kreditbasis für die Mischkonzerne. In allgemeinen Zügen ist die Bedeutung dieses Faktors schon oben charakterisiert worden. Wir wollen hier zwei Ergänzungen machen.

Erstens: Wenn der Umfang der Außenanleihen einer bestimmten Bank, die diese für die notwendige Finanzierung ihrer Klienten (Industriefirmen und andere Gesellschaften) gewährt, stets auf etwa 1/3 des Bilanzwerts ihrer Aktien begrenzt bleibt, so kann umgekehrt die Holding-Gesellschaft soviel leihen, wie ihre sie bestimmende Leitung zu geben gewillt ist. Wie die Bankiers vermuten, ist das voraussichtlich 4 bis 5 mal mehr als der Marktwert ihrer Aktien.

Zweitens: Wenn die Nachfrage nach Kredit das Angebot übersteigt, und diese Situation ist für die heutigen Bedingungen ziemlich typisch, so wird die Bank bei der Kreditgewährung natürlich die Tochterfirmen im gleichen Mutterverband (Holding-Verband) bevorzugen. Dadurch wird sie diese Firmen stärker an die Holding-Gesellschaft binden und folglich ihren Einfluß auf diese verstärken. Unter diesen Umständen kann die Bank als Bedingung für ihre Kreditgewährung der Firma, die den Kredit erhält, vorschlagen Erzeugnisse anderer, ihr „verwandter“ Firmen zu kaufen. Die entsprechende Firma, die den Bankkredit erhalten hat, kann dann irgendeiner Firma einen Handelskredit für den Kauf ihrer Erzeugnisse gewähren. Folglich erhält diese Firma bei einer allgemeinen ungünstigen Kreditlage den Vorzug beim Absatz ihrer Waren im Vergleich zu Konkurrenzfirmen, die nicht in das System des entsprechenden Holding-Mischkonzerns integriert sind. Infolgedessen festigt sich die Marktlage der zuerst genannten Firma.

20 G. C. Fisher. Bank Holding Company. N.Y., 1961.

Die Annahme liegt nahe, daß in einer solchen Situation die Konkurrenzfirmen, die Kredite brauchen, gegenüber den Firmen der Mischkonzerne nicht konkurrenzfähig bleiben. Es folgt eine Kettenreaktion in der Erweiterung der Mischkonzerne, der Zentralisation des Bank- und Industriekapitals und deren weitere Verschmelzung. So wird eine Verschärfung der Konkurrenzlage unvermeidlich, besonders zwischen den Mischkonzernen selbst. Bekanntlich behalten in diesem Kampf die stärksten monopolistischen Räuber die Oberhand, die weniger mächtigen kapitalistischen Firmen werden absorbiert und verschwinden, ganz zu schweigen von den kleinen Unternehmen. So geht aus jeder folgenden Kampfrunde – wobei der Kampf immer erbitterter wird – als Sieger eine immer kleinere Gruppe von Finanzmagnaten hervor.

Ein anderer Anstoß für die Schaffung von „one-bank holding companies“ ist die Tatsache, daß ihre rechtliche Lage den Monopolen die Diversifizierung und Bildung von Mischkonzernen erleichtert. Es geht hier darum, daß die amerikanische Gesetzgebung eine gewisse Kontrolle der Regierungsorgane über die Handelsbanken und die Industriegesellschaften vorsieht und ihnen bestimmte Beschränkungen auferlegt. So beschränkte der *Glass-Steagel-Act* von 1933 das Recht dieser Banken auf den Besitz von Wertpapieren der Kapitalgesellschaften und auf Geschäfte mit diesen, also im Grunde das Recht, in bankfremde Wirtschaftsbereiche einzudringen, ganz empfindlich. Natürlich wurde diese Vorschrift im kapitalistischen Amerika (wie überhaupt die „Antitrust-Gesetzgebung“) durchweg verletzt, und praktisch besitzen alle Bankmonopole Wertpapiere der Kapitalgesellschaften, bringen sie heraus, legen sie an oder verwalten sie in Treuhänderschaft. Formal aber sind diese Gesetzesbestimmungen den Banken bis zu einem gewissen Grad im Wege. In den konkreten Fällen, in denen die Behörden das Gesetz absichtlich liberal handhabten und der Bank gestatteten, in irgendeiner bankfremden Branche tätig zu werden, focht der Konkurrent diese Entscheidung vor dem Gericht an. Die Zeitschrift „Fortune“, die die Banken in Schutz nimmt, schreibt, daß jene „dieses unehrlichen Spiels einfach überdrüssig waren: ‚dies ist erlaubt, jenes aber nicht‘. Um die Rechte zu erlangen, die die Freiheit garantieren, blieb den Banken nichts anderes übrig als ihre neuen Funktionen durch andere Gesellschaften, d.h. Holding-Gesellschaften, auszuüben.“²¹ Aber auch die Tätigkeit der Bank-Holding-Gesellschaft ist in den USA Vorschriften unterworfen. Ein Gesetz vom Jahre 1956 definiert sie als Kapitalgesellschaften, die mehr als 25% gewöhnlicher, stimmberechtigter Aktien („voting shares“) von zwei oder mehr Banken besitzen. Solche Gesellschaften müssen registriert werden, und um Banken kontrollieren zu können, bedürfen sie einer speziellen Genehmigung des Rates der Gouverneure des Bundesreserve-Systems. Dieser Rat verbietet es, Unternehmen zu erwerben, „die mit der Tätigkeit der Banken (darunter versteht man die Depositannahme, Kreditgewährung und andere traditionelle Bankgeschäfte) nichts zu tun haben“. Solche Unternehmen müssen ver-

21 Imperializm i krizis mirovogo kapitalizma. M. 1968, str. 72; Ekonomiceskaja gazeta, Beilage: Problemy sovremennoj kapitalizma, Vyp. 3, 1968.
22 Fortune, May 15, 1969, p. 310.

kauf werden²³. Welcher Schluß ist daraus zu ziehen? Den Handelsbanken „blieb keine andere Wahl“, als „one-bank holding companies“ zu gründen. Der ehemalige Berater der Antitrust-Ausschusses des Senats, *Barber*, schreibt in seinem Buch: „Die Banken begannen, ein Schlupfloch in der Gesetzgebung zu benutzen, ein Schlupfloch, das in Finanzkreisen über 30 Jahre lang gewöhnlich unbemerkt geblieben war... Das was die Bank nicht direkt tun konnte, das konnte sie jetzt auf Umwegen über die Holding-Gesellschaften tun, die sie geschaffen hat und kontrolliert.“²⁴ Durch diese Holding-Gesellschaften werden die Handelsbanken auch jetzt weiter in bankfremde Bereiche vorstoßen. Und zusammen mit den Banken und unter dem Firmenzeichen dieser Holding-Gesellschaften werden die Mischkonzerne ihren Tätigkeitsbereich erweitern.

Einer dieser bankfremden Wirtschaftsbereiche, den die Mischkonzerne und Banken ansteuern, ist der Sektor der privaten Dienstleistungen verschiedener Art. Die Zeitschrift „Fortune“ bemerkt dazu: „Die Handelsbanken streben danach, die Freiheit zu erlangen, ihren vielseitigen Tätigkeitsbereich auch auf Wirtschaftsbranchen auszudehnen, die ihnen bis jetzt verschlossen blieben. Diese Freiheit wollen sie nutzen, um eine Art von Supermarkt für finanzielle Dienstleistungen zu gründen, der keinen geographischen Beschränkungen unterworfen ist.“ Die Wochenzeitschrift „US News and World Report“ schreibt: „Die nächste Stufe der Expansion der Banken ist die Gründung eines ‚Finanz-Supermarkts‘.“ Dann beschreibt die Zeitschrift das breite Spektrum von Aufgaben, die solch ein Supermarkt ausführen soll: den Privatkunden soll er Kredite gewähren, deren Rechnungen bezahlen, für sie Aktien und andere Wertpapiere kaufen, Lebensversicherungen, Wohnungs- und Automobilversicherungen abschließen, Stuererklärungen abgeben, Wohltätigkeitsbeiträge einzahlen, Kostenvoranschläge für Reisen machen und das Geld für diese Reisen aufbringen, die Nutzung des Familienbudgets ausarbeiten, Ratschläge für eine möglichst günstige Anlage von Kapital geben. Man soll sich hier auch mit Fragen des Ruhestandes, der Pension usw. befassen²⁵. So geht es um die Gründung von örtlichen „Finanz-Supermärkten“ im ganzen Land durch die Banken. Diese sollen den versorgen, den man in Amerika den „kleinen Mann“ („little fellow“) nennt, und dem die Bank als potentiell Kunden nachspürt. Hier und da sind solche Einrichtungen schon aufgetaucht. So eröffnete die Holding-Gesellschaft „Transamerica Corporation“ in Los Angeles 12 „Finanz-Supermärkte“. Schon jetzt gewähren diese Kredite, schließen Versicherungen und Immobiliengeschäfte ab und erwerben Wertpapiere für ihre Klienten. In Zukunft werden sie Rentengeschäfte und ähnliches mehr abwickeln.

Die amerikanische Presse spricht von den Geschäftsleuten als von „sehr phantastiebegabten Leuten“, die die Perspektiven für eine äußerst rationelle und effektive Organisation dieses neuen Typs von Business „auf der Grundlage einer plan-

23 Siehe V. Usoskin. Monopoličeskij bankovskij kapital CSA: dejstvitel „nost“ i mify. M., Mysl, 1964, str. 39, 74.

24 R. Barber. The American Corporation. N.Y., 1970, p. 59.

25 U.S.News and World Report, May 18, 1970, p. 100.

mäßigen Finanzbetreuung breiter Schichten der Bevölkerung“ schaffen. Hier ein Beispiel für eine Variante eines solchen Systems: der Klient erhält den Besuch eines „Finanzplaners“ mit einem tragbaren Dateneingabegerät, das mit einem zentralen Computer verbunden ist. Im Laufe des Gespräches über die Finanzressourcen und die Pläne des Klienten erhält die Maschine entsprechende Informationen und schlägt ihm die „beste Verteilung“ dieser Ressourcen (Versicherungssummen, Sparkasseneinlagen, Kredite für die Familie, Hypothekenaufnahme, Geld für die Anschaffung eines Autos usw.) vor. Der Computer befindet sich im Zentralgebäude der Gesellschaft und steht in direkter Verbindung mit den lokalen Zentren der Finanzbetreuung, wo alle diese und die schon oben erwähnten Operationen, für die ja diese Zentren auch eingerichtet wurden, abgewickelt werden können.

So tauchte auch der Vorschlag auf, daß die Banken Reisebüros, Büros für den Transportservice, Handelszentren, Hypothekenbanken (als Filialen der Holding-Gesellschaften), Büros für Immobilien- und Mietgeschäfte, Beratungszentren für finanzielle Fragen u.a. errichten sollen.

Die monopolistische Presse lobt lauthals die Pläne zur Gründung von „Finanz-Supermärkten“. Sie will die Uneffektivität des alten Systems, in dem die finanzielle Betreuung durch verschiedene Einrichtungen erfolgte, und die beträchtliche Effektivität des neuen Systems, das diese Einrichtungen alle unter einem Dach vereint, beweisen. Diese Umstellung ermöglicht es dem Verbraucher angeblich, seine Einkünfte rationeller zu nutzen, seine Dollars vor inflationistischer Entwertung zu bewahren, was besonders wichtig im Zusammenhang mit dem Anstieg der Dienstleistungskosten ist. Doch hinter der Phrasendrescherei über die Fürsorge um den Verbraucher wird das Bestreben der Banken und der industriellen Mischkonzerne deutlich, ihren Besitz zu erweitern, in neue potentielle, oder von Konkurrenten beherrschte Geschäftsbereiche vorzudringen und ihre Einkünfte zu vergrößern. Der Vorsitzende der erwähnten „Transamerica-Corporation“ erklärt dazu: „Vorerst haben wir nur die Sahne vom Markt der finanziellen Betreuung der Verbrauchermassen abgeschöpft.“ Noch mehr Cents vom Dollar des Verbrauchers für sich abzuzweigen, die Ersparnisse der Bevölkerung zugunsten ihrer gewinnbringenden Verwendung anzuhäufen, das ist das Ziel des Bankiers. Die gleichen Ziele hat der Industriekapitalist. Auf die „one-bank holding company“ gestützt, rechnen beide damit, diese Cents für sich zu gewinnen. Eine andere Aufgabe der neuen Holding-Gesellschaften besteht darin, die Gesetze zu umgehen, die die Rechte der Handelsbanken, Filialen zu besitzen, einschränken. Diese Gesetze heben das Banksystem der USA von dem der anderen kapitalistischen Länder ab. Zu Beginn der 60er Jahre verboten es die Gesetze von 18 Staaten den Banken, die sich auf ihrem Territorium befanden, überhaupt Filialen zu eröffnen. In 16 Staaten und im Umkreis von Columbia wurde dieses Recht durch den Umfang des Bankkapitals eingeschränkt und auf einen bestimmten Teil des Staatsterritoriums begrenzt; in 16 Staaten konnten die Banken Niederlassungen im ganzen Staatsgebiet eröffnen. Kein Staat gestattete es aber den Banken, die sich auf ihrem Territorium befanden, Filialen in anderen Staaten zu unterhalten.

In den 50er und 60er Jahren schritt der Prozess der Erweiterung des Banknetzes sehr intensiv fort, besonders in Verbindung mit der Verlegung von Unternehmen und dem Abwandern der Bevölkerung aus den großen Städten. Aber bis heute verfügt nur ein kleiner Teil der Banken über Filialen, und die gesetzlichen Beschränkungen zügeln ihre territoriale Expansion. Die alten Bank-Holding-Gesellschaften zu diesem Ziel zu benutzen, ist durch ein Gesetz aus dem Jahre 1956 erschwert. Es verbietet diesen den Kauf von Bankaktien in Nachbarstaaten ohne Sondergenehmigung²⁶.

In den „one-bank holding companies“, die nicht der Regelung durch den Staat unterliegen, fanden die Handelsbanken ein legales Mittel zur Schaffung eines weiten und flexiblen Filialnetzes in den großen und kleinen Städten und Bezirken jedes Staates. Ein solcher Weg ermöglicht es den Banken, ihre Kundschaft und ihre Beziehungen zu erweitern, zusätzliche Ersparnisse der Bevölkerung zu akkumulieren, den Umfang ihrer Geschäfte zu vergrößern und ihre Konkurrenzfähigkeit zu steigern.

Das alles wird neben der Gründung von „Finanzsupermärkten“ dazu beitragen, die „Großhandels“-Banken mit ihrem großen Publikum und der traditionellen Spezialisierung auf Depositen- und Kreditgeschäfte in universale Organisationen zu verwandeln, die Großhandel und Einzelhandel miteinander verbinden. Diese neue Praxis bestätigt die Schlussfolgerung W. I. Lenins über die Verwandlung der Banken „in Institutionen von wahrhaft, universalem Charakter“²⁷.

Diese Unternehmen, die auf der Basis der Handelsbanken gebildet werden und die innerhalb großer Mischkonzerne tätig sind, werden den Weg zur Schaffung univeraler monopolistischer Kapitalgesellschaften bereiten, die den Großteil von Wirtschaftsbranchen des Produktionsbereiches und des nicht-produktiven Bereiches, eingeschlossen die Banken, umfassen. Dies kündigt eine neue, noch höhere Stufe der Monopolisierung der kapitalistischen Wirtschaft durch das Finanzkapital an.

So geht es hier um den Zusammenschluß ganzer Industrie- und Finanzimperien, die an die japanischen Dsabatza erinnern und die das ganze Land und Dutzende anderer Staaten umfassen, wo sie mit der ausländischen Finanzoligarchie zusammenwachsen zu dem internationalen kosmopolitischen Zusammenschluß des nationalen Finanzkapitals, sozusagen internationale Finanzgruppen bilden. Der Finanzminister der USA David Kennedy erklärte: „Wenn die Regierung nicht schnell handelt, um das Entstehen dieser Verbindungen (zwischen den Banken und den bankfremden Kapitalgesellschaften – A.S.) zu verhindern, so werden wir uns bald in einer Wirtschaftsstruktur befinden, wo 50–75 riesige Zentren der Wirtschafts- und Finanzmacht die Herrschaft innehaben. Jedes dieser Zentren würde dann einen Mischkonzern in Form einer Kapitalgesellschaft darstellen, der eine große Bank kontrolliert, oder aber eine Bank mit Finanzmitteln in Höhe von vielen Milliarden Dollar, die einen Mischkonzern, der nichts mit dem Geldgeschäft zu tun hat, kontrolliert.“

26 Siehe V. Usoskin. Uk. soč., str. 28, 74.

27 W. I. Lenin. Werke, Band 22, S. 226.

Aber wird die Regierung des kapitalistischen Amerika, die ja vor allem den Willen der Superbanken und der Superkonzerne, den Willen der Hochfinanz, ausführt, „handeln“? Es ist bekannt, daß die Antitrust-Gesetzgebung in den USA weniger dazu geschaffen wurde, um die kapitalistische Konzentration einzuschränken als vielmehr die Illusion eines Kampfes des bürgerlichen Staates gegen die Monopolisierung und die „Unterdrückung der Konkurrenz“ durch die Monopole, die die Interessen breiter nichtmonopolistischer Kreise (einschließlich eines beträchtlichen Teils der Bourgeoisie) verletzen, zu wecken. Und in der Mehrzahl der speziellen Parlamentsuntersuchungen und Prozesse, die gemäß diesen Gesetzen von Zeit zu Zeit durchgeführt werden, wurden die Gesellschaften und Banken als nichtschuldig befunden.

Jetzt werden über die Mischkonzerne und die „one-bank holding companies“ in verschiedenen Kreisen Diskussionen geführt. Natürlich billigen die Presseorgane des Big Business diese Holding-Gesellschaften. Ihre Argumentation läßt sich im wesentlichen folgendermaßen zusammenfassen: Die potentielle Möglichkeit des Mißbrauchs bei der Bildung und der Tätigkeit dieser Gesellschaften ist vorhanden, aber wenn diese Möglichkeit zur Realität wird und der Mißbrauch häufig wird, so können jederzeit angeblich Normen durch das Gesetz eingeführt werden. Indessen sind die Vorteile der neuen Holding-Gesellschaften zu groß, um ihr Verbot als zweckmäßig anzusehen.

Einen anderen Standpunkt nehmen eine Reihe von Männern der Antitrust-Bewegung, viele Mitglieder des Kongresses und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens ein. Schon im November des vorigen Jahres nahm das Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf an, nach dem die Holding-Gesellschaften entweder die Bank oder die bankfremden Firmen verkaufen müssen. Tatsächlich könnte ein solches Gesetz im Falle seiner Billigung und Anwendung die aufgezeigte Entwicklung untergraben. Aber auch in diesem unwahrscheinlichen Fall blieben die Monopolisten im Vorteil. Die erste der vorgeschlagenen Varianten würde ja zumindest die industriellen Mischkonzerne, deren Gesetzmäßigkeit jetzt in Frage gestellt wurde, anerkennen. Eine noch liberalere Entscheidung schlägt die Senatskommision für Banken- und Währungsfragen vor. Im Juli 1970 legte sie einen Gesetzentwurf vor, der die Holding-Gesellschaften verpflichtete, ihre Bank oder die bankfremden Unternehmen zu verkaufen, doch dieser Gesetzentwurf betraf nur die Holdinggesellschaften, die seit dem Mai 1969 geschaffen worden waren, als nämlich der Gesetzentwurf der Regierung Nixon eingebracht worden war. Folglich wurden alle „one-bank holding companies“, die bis zu diesem Zeitpunkt gebildet worden waren, legalisiert²⁸.

Was den Gesetzentwurf der Regierung anbetrifft, so gestattet er den „one-bank holding companies“, in allen bankfremden Bereichen des Finanzgeschäfts tätig zu werden (d.h. „Finanz-Supermärkte“ und ähnliches zu gründen) und nimmt ihnen nur das Recht, über diese Grenzen hinaus tätig zu werden, d.h. in der Industrie, dem Handel usw. Wie hieraus zu ersehen ist, beschloß die Regierung, den Banken und

28 Wall Street Journal, July 8, 1970, p. 4.

folglich auch den Mischkonzernen, in deren Verband diese sich befinden, ein ziemlich breites neues Betätigungsgebiet zu überlassen. Nichtsdestoweniger bringen sowohl die großen Industriellen wie die Bankiers ihre Unzufriedenheit über die beabsichtigten Teileinschränkungen zum Ausdruck – wie wir aus Mitteilungen der amerikanischen Presse erfahren. Auch in dieser Situation begann die Regierung zu lavieren und bemühte sich, die Entscheidung ständig rückgängig zu machen. In diesem Zusammenhang gibt auch folgende Tatsache zu denken: Als im April dieses Jahres die Senatskommision für Banken- und Währungsfragen zur Diskussion der Frage über die Holdinggesellschaften zusammentraf, wurde ihr ein Brief Präsident Nixons übergeben, dessen Inhalt darauf hinauslief, die Erörterung der Frage möglichst lange hinauszuziehen. Der Inhalt des Briefes aber wurde in den Korridoren des Kongreßgebäudes schon 24 Stunden früher durch einen Lobbyisten einer großen Bank bekannt²⁹.

Man kann kaum daran zweifeln, daß bei dieser Lage die Banken und Mischkonzerne – auch wenn irgendwelche Beschränkungen eingeführt werden – in naher Zukunft legale und illegale Wege zur weiteren „Aneignung“ der verschiedenen Wirtschaftszweige finden werden. Und das wird die weitere Zentralisation des Finanzkapitals und eine neue Phase in der Monopolisierung der Wirtschaft bedeuten. „Der Druck des Finanzkapitals verstärkt sich unentwegt“, heißt es im Programm der KPdSU. „Die Finanzoligarchie bereichert sich unglaublich... Der staatsmonopolistische Kapitalismus verbindet die Stärke der Monopole mit der Stärke des Staates zu einem einzigen Mechanismus mit dem Ziel der Bereicherung der Monopole, der Unterdrückung der Arbeiterbewegung und des nationalen Befreiungskampfes, der Erhaltung des kapitalistischen Gefüges und der Entfesselung von Angriffskriegen.“³⁰ Völlig zu Recht bemerkte der Generalsekretär der Bruderpartei der USA, Gus Hall, daß „die in den letzten Jahren zu beobachtende fiebrhafte Zentralisation des Kapitals der höchste Ausdruck des kapitalistischen Kannibalismus ist. Eine solche Entwicklung läßt ernsthafte politische und soziale Folgen befürchten... Die neue Struktur (die Mischkonzerne – A.M.S.) verstärkt die für den Kapitalismus typische Anarchie und Verwirrung. Der Gipfel der Absurdität sind die Mischkonzerne, die tatsächlich nur unrationelle Vereinigungen im Verband anderer Mischkonzerne sind, die Eigentum einer riesigen Bank sind und sich unter deren finanzieller Kontrolle befinden. Mit der Errichtung der Kontrolle der Banken über die industriellen Mischkonzerne tauchte im Arsenal des amerikanischen Imperialismus eine neue Waffe auf. Mit Hilfe dieser Banken unterwirft er sich ganzen Industriezweige und Regierungen anderer Staaten, wobei er das System der imperialistischen Herrschaft auf eine neue, höhere Stufe hebt.“³¹ Dies bestätigt wiederum überzeugend die Leninsche Analyse des Monopolkapitalismus, die Wirklichkeitsnähe ihrer Beurteilung und Charakterisierung der Rolle

29 Vital Speeches of the Day, June 15, 1970, p. 526.

30 Programma Kommunističeskoy partii Sovetskogo Sojuza. M., Politizdat, 1968, str. 26–27.

31 Problemy mira i socialzma, 1969, Nr. 11, str. 3.

des Finanzkapitals in der Epoche des Imperialismus. Dies alles widerlegt auch die Erfindungen der bürgerlichen Wissenschaft über das Absterben des Finanzkapitals.

Die Zentralisation des Bankkapitals und des Industriekapitals, besonders in Form der Mischkonzerne, die Konzentration der wirtschaftlichen Macht in den Händen der Finanzoligarchie verstärken die Widersprüchlichkeit der Entwicklung des Kapitalismus. Objektiv spiegeln sie den Anstieg der kapitalistischen Vergesellschaftung der Produktion wieder, der durch die wissenschaftlich-technische Revolution beschleunigt wird, verschärfen sie die Widersprüche zwischen der gesellschaftlichen Form der Produktion und der privaten Form der Aneignung seiner Ergebnisse, zwischen der monopolistischen Elite und den übrigen Schichten der Gesellschaft.

Peter Hess

Hintergründe der ideologischen Offensive des BRD-Monopolkapitals

Aus: IPW-Berichte, Heft 2 (Mai), Berlin/DDR 1972, S. 6-14

Im Laufe des Jahres 1971 verstärkte sich in der BRD die politisch-ideologische Offensive der Monopolbourgeoisie zur Rechtfertigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems. Neu hieran war nicht so sehr die Argumentation als vielmehr die Tatsache, daß die Vertreter der Finanzoligarchie direkt in die politische Auseinandersetzung eingriffen. Die „Diskussion“ setzte sich in den ersten Monaten dieses Jahres fort und wird zweifelsohne noch einige Zeit andauern – geht es doch bei den Auseinandersetzungen um objektive ökonomische und politische Anforderungen an das monopolistische Kapital mit kurz- und langfristigen Aspekten, die sich aus den Gesetzmäßigkeiten und der verstärkt einsetzenden Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus – einer Erscheinungsform der allgemeinen Krise des Kapitalismus – ergeben. Und diese Krise wird an der Oberfläche der Gesellschaft immer mehr sichtbar, dringt immer stärker in das Bewußtsein der arbeitenden Massen, aber auch der Monopolbourgeoisie.

Der mehr aktuelle Anlaß der ideologischen Offensive war und ist die Wirtschafts-, Gesellschafts- und Außenpolitik der SPD/FDP-Koalition vor dem Hintergrund der Wahlen im Jahre 1973. Dies erklärt auch die zum Teil widersprüchlichen Wendungen in den Äußerungen maßgeblicher Vertreter der Monopolbourgeoisie, die zum Beispiel in den Vorgängen um das „Handelsblatt“-Interview des BDA-Präsidenten Otto A. Friedrich – auf das wir noch zurückkommen – deutlich zutage traten.

Die Angriffe des Monopolkapitals auf die aktuelle Wirtschafts-, Gesellschafts- und Außenpolitik der Regierung lassen sich aber nur in ihrem untrennbarer Zusammenhang mit der tieferwirkenden „Unruhe“ der herrschenden Klasse über die Perspektive des Kapitalismus voll begreifen. In ideologisch verzerrter Weise wider-spiegelt diese „Unruhe“ die objektive und auch an der Oberfläche der Gesellschaft immer klarer in Erscheinung tretende Infragestellung des kapitalistischen Privat-eigentums an den Produktionsmitteln mit allen ihren Konsequenzen sowie die in sich widersprüchliche Reaktion des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems auf die heutigen Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Solche grundlegenden und langfristigen Widersprüche des kapitalistischen Systems verflochten sich Anfang der 70er Jahre immer stärker mit bestimmten aktuellen Anlässen und führten dazu, daß sich im Verlauf des Jahres 1971 die ideologische Aktivität der Monopolbourgeoisie sowie ihrer politischen und ideologischen Vertreter zunehmend verstärkte. Das weitgehend aufeinander abgestimmte Vorgehen schien zunächst ganz klar darauf hinauszulaufen, der SPD/FDP-Koalition die Regierungsfähigkeit abzusprechen. Die Hauptangriffslien waren:

a) grundsätzlich gesellschaftspolitischer Natur – Verteidigung der „sozialen Marktwirtschaft“, der „Leistungsgesellschaft“, des „freien Unternehmertums“,

des „Gewinnprinzips“, Angriffe auf den „schleichenden Sozialismus“ und den „staatlichen Dirigismus“;

b) konkret wirtschaftspolitischer Natur, wobei die Lohn-, Steuer-, Vermögens- und Währungspolitik im Vordergrund standen.

In der ersten Nummer des Jahrgangs 1971 der Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts (Köln), der wichtigsten Propagandazentrale des Monopolkapitals in der BRD, gab der damalige Präsident des BDI, *Fritz Berg*, den Tenor an:

„Das ganze Jahr 1970 hindurch haben wir eine vielfach schädliche Vermischung von Wirtschaft und Politik erlebt, die eine allgemeine Verunsicherung zur Folge hatte. Die zweite Quelle des Mißtrauens ist jene pausenlose Intervention des Staates im Bereich der Wirtschaft, die ihren Ausdruck in der unablässigen Produktion von Plänen und Programmen mit eminenten wirtschaftlichen Auswirkungen findet... Auch die stärker werdende Ideologisierung in Fragen der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik gibt Anlaß zu Besorgnis.“

Und er rief zum Sammeln: „Es wäre tödlich für die Erfolge, die Wirtschaft und Bevölkerung dieses Landes erzielt haben, wenn den Unternehmern nur der Weg in die Resignation bliebe.“¹ Sein Ruf wurde erhört, die Grundsatzstellungnahmen der Monopolvertreter mehrten sich.

Ihren Höhepunkt erreichte die ideologische Offensive mit einer Anzeigenaktion von 62 führenden Monopolvertretern im „Handelsblatt“ Ende November und der BDA-Jahresversammlung Anfang Dezember des vergangenen Jahres. Die Anzeige erschien unter dem Titel „Wir können nicht länger schweigen“ und forderte massiv und mit drohenden Untertönen eine grundsätzliche Wende in der Wirtschaftspolitik der BRD-Regierung. Auf der BDA-Jahreshauptversammlung wurde die Regierung ebenfalls heftigen Angriffen ausgesetzt, die im Sinne der bereits angeführten Äußerungen auf die Forderung nach einer Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Regierung hinausliefen.

1. Langfristig wirkende Hintergründe der ideologischen Offensive

Neue Anforderungen an die Profitproduktion

Die Angriffe der Monopolbourgeoisie auf die von der SPD geführte Regierung lassen sich daraus erklären, daß der Sozialdemokratismus, stärker als andere bürgerliche politisch-ideologische Richtungen, einen Pol eines grundlegenden Widerspruchs des heutigen Kapitalismus widerspiegelt, in dem sich das Monopolkapital bewegt: die ökonomischen, politischen und ideologischen Erfordernisse der Systemsicherung gegenüber den Erfordernissen der „privatkapitalistischen“ Profitproduktion.

¹ Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 5.1.1971.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist diejenige Stufe dieses Systems, auf der sich die Widersprüche zwischen den *gesellschaftlichen Anforderungen* an die Produktion von Profit und der *privaten Kontrolle* über die Bedingungen der Profitproduktion ungemein zugespitzt haben und weiter zuspitzen. Die Tatsache, daß die Sicherung der Profitproduktion immer stärker gesellschaftliche Lösungen verlangt, ist der kapitalistische Ausdruck des wachsenden gesellschaftlichen Charakters der Produktion. Dadurch wird das Kapital zu gesellschaftlichen Formen bei der kapitalistischen Anwendung der Produktivkräfte gezwungen, zu Formen, die die Gesetze des gesellschaftlichen Gesamtkapitals der Monopole und damit die Anforderungen der heutigen kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Totalität und nicht als Summe von Einzelkapitalen berücksichtigen – und das immer mehr im internationalen Maßstab.

Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse – das heißt die Beherrschung der modernen Produktivkräfte auf monopolkapitalistischer Grundlage unter Berücksichtigung des nationalen und internationalen Kräfteverhältnisses der Klassen, das immer entscheidender auf den kapitalistischen Reproduktionsprozeß einwirkt – wird unter den heutigen Bedingungen mehr und mehr davon abhängig, wie die *reellen Gesamtinteressen* des Monopolkapitals, die Interessen der Finanzoligarchie, Spielraum gewinnen gegenüber den Interessen des monopolistischen Einzelkapitals. Dies ist die Basis dafür, daß die allgemeine gesellschaftliche Macht des Kapitals (*Marx*), die sich heute im Finanzkapital, in der Finanzoligarchie und ihrem Staat äußert, ihre Herrschaft immer stärker neben und über der Herrschaft jedes monopolistischen Einzelkapitals errichten muß.

Der heutige Kapitalismus ist durch eine tiefgreifende Revolutionierung seiner Produktionsgrundlagen gekennzeichnet, was sich in gewaltigen Produktions- und entsprechenden Menschenzusammenballungen, in einer tiefgreifenden und weltweiten Arbeitsteilung und Spezialisierung, in der wissenschaftlichen Durchdringung und allseitigen Verflechtung der Produktionsprozesse, in automatisierten, großen Wirtschaftsbereichen umfassenden Informationssystemen u.a.m. ausdrückt. Gleichzeitig charakterisiert den heutigen Kapitalismus sein Gegensatz zum sozialistischen Weltsystem, zur hochorganisierten revolutionären Arbeiterklasse, zur nationalrevolutionären Bewegung in der ehemaligen Kolonialwelt. Diese seine realen Existenzbedingungen, unter denen heute die Profitproduktion vor sich gehen muß, verlangen in qualitativ und quantitativ neuartiger Weise gesellschaftliche Lösungen, zum Beispiel im Bereich der Wissenschaft und Bildung, der Struktur der großen gesellschaftlichen Produktions- und Zirkulationsbereiche, der Raumplanung und des Umweltschutzes, der Leitung des gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesses, insbesondere aber auch hinsichtlich der Reproduktion der Ware Arbeitskraft.

Gegensätzliche Anforderungen der monopolistischen Anpassung

Die Beherrschung der gesellschaftlichen Produktion auf der Basis des Profits unter Bedingungen, da der Sozialismus bereits als lebendiger Gegensatz zum Kapitalismus existiert und immer stärker auf die innere Struktur der kapitalistischen Gesellschaft einwirkt, stellt das Monopolkapital objektiv vor gegen-

sätzliche Anforderungen der Anpassung an diese Verhältnisse. Der Inhalt dieses Anpassungsprozesses kann immer nur monopolistisch sein. Die Anforderungen an die zwangswise Veränderungen des Mechanismus der Produktion und der Realisierung von Profit, die den Inhalt des Monopolisierungsprozesses ausmachen, stellen sich notwendig gegensätzlich dar. Die Gesamtinteressen des Kapitals, die nicht zuletzt im Staat personifiziert sind und von ihm getragen werden, verlangen eine wachsende Zentralisierung der Verfügungsgewalt über das gesellschaftliche Kapital, unabhängig von den durch das Privateigentum gesetzten Grenzen, um das System insgesamt geschmeidiger und anpassungsfähiger gegenüber den inneren und äußeren ökonomischen und politischen Anforderungen zu machen. Solange der Kapitalismus nicht revolutionär überwunden ist, können das jedoch nur *kapitalistisch*-gesellschaftliche Lösungen sein, allerdings auch immer weniger *privat*-kapitalistische. Der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital immer mehr gestaltet hat, und der Privatmacht der einzelnen Kapitalisten über die gesellschaftlichen Produktionsbedingungen hat sich so zugespitzt, daß er nicht mehr durch den spontan wirkenden ökonomischen Mechanismus des Kapitalismus zu lösen ist. Er zeigt an, in welchem Maße die modernen Produktivkräfte mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen in Konflikt geraten sind und daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel historisch überfällig ist. Auf kapitalistischer Basis kann ihm allein durch ökonomisch-politische *Machtentfaltung* entsprochen werden.

Diese objektive Lage des Kapitalismus liegt dem Monopol und dem unaufhörlichen Prozeß der Monopolisierung zugrunde. Jedes private Großkapital ist gezwungen, mit ökonomischer und außerökonomischer Macht, also monopolistisch, seine spezifischen Profitinteressen gegen alle anderen durchzusetzen. Gleichzeitig ist das Gesamtkapital der Monopole, das als Finanzkapital reelle Gestalt angenommen hat, bestrebt, mit ökonomischer und außerökonomischer Macht und Gewalt seine Interessen durchzusetzen, d.h. im gesellschaftlichen und auch internationalen Maßstab die ökonomisch-politischen Profitbedingungen monopolistisch mit gesellschaftlich-kapitalistischen Machtmitteln für das monopolistische Gesamtkapital, das Finanzkapital, zu stabilisieren und zu verbessern. Diesen gesamtkapitalistischen Interessen liegen die Verwertungsinteressen der Finanzoligarchie zugrunde, wie sie gegenüber individuellen monopolistischen Verwertungsinteressen real bestehen. Das Streben jedes individuellen Kapitals, mit monopolistischer Macht seine individuelle Profitrate zu steigern, geht notwendig zu Lasten derjenigen Kapitalfunktionen, die unter den heutigen Bedingungen nur im gesellschaftlichen Maßstab wahrzunehmen sind. Umgekehrt bedeutet die Sicherung der Verwertungsbedingungen des monopolistischen Gesamtkapitals die Notwendigkeit der weiteren Zentralisierung der kapitalistischen Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Produktivkräfte, also auch die Zurückdrängung der Ansprüche monopolistischer Einzelkapitale und Eingriffe in die private Verfügungsgewalt des einzelnen über Profit.

Dieser innere Widerspruch des heutigen Kapitalismus, verschärft und zunehmend mitbestimmt durch seine Konfrontation mit dem Sozialismus und der wachsenden

Kraft der internationalen Arbeiterbewegung, äußert sich in entsprechenden, in sich widersprüchlichen Reaktionen des Herrschaftssystems, die, indem sie scheinbar das private Eigentum negieren, es tendenziell und negativ im Rahmen der bestehenden Verhältnisse aufheben, unbewußt und ungewollt diejenigen Kräfte der Gesellschaft stärken, die eine positive Aufhebung des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln, nämlich die Schaffung gesellschaftlichen Eigentums, anstreben. Dieser Gefahr wird sich die Monopolbourgeoisie mehr und mehr bewußt.

„Infragestellung“ des Privateigentums an den Produktionsmitteln

BDA-Präsident und Flick-Gesellschafter Otto A. Friedrich möchte den Angriff auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln auf ein großes Mißverständnis in Hinblick auf seine „modernen“ Erscheinungsformen zurückführen: „Der zentrale gesellschaftspolitische Angriff richtet sich heute gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Dieses Eigentum ist der Eckpfeiler einer freien Ordnung. Die Anonymität des Industriesystems aber verführt dazu, besonders bei Großunternehmen, den verdeckten, aber wirksamen Zusammenhang von Eigentum und Leistungsfunktion zu leugnen...“²

Die „Anonymität des Industriesystems“ besteht aber gerade darin, daß aufgrund der fortschreitenden Trennung von Kapitaleigentum, Kapitalverfügung und Kapitalfunktion die Finanzoligarchie mir relativ begrenztem eigenen Kapital das gesellschaftliche Gesamtkapital mehr und mehr beherrscht und damit das gesamte ökonomische und politische Leben ihren Profiterfordernissen unterordnet. Die „Anonymität“ bringt nicht nur die Überlebtheit des kapitalistischen Privateigentums zum Ausdruck, sondern auch den Tatbestand, daß es zunehmend *innerhalb* der kapitalistischen Produktionsverhältnisse aufgehoben wird und somit seiner positiven Aufhebung, d.h. seiner Überführung in gesellschaftliches Eigentum entgegensteht.

Auch Hans Martin Schleyer, Vizepräsident der BDA und Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, beklagt die „Infragestellung der Funktion des Unternehmers, seiner unmittelbaren oder mittelbaren Beziehung zum Eigentum an den Produktionsmitteln ... Das aktuellste gesellschaftspolitische Thema, die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, ist ein Beweis für die Bestrebungen, die Dispositionsfreiheit des Unternehmers einzuschränken, letztlich seinen Entscheidungswillen zu lähmen.“³ Das ist es in der Tat. Die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes, eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die für viele andere hier angeführt wird, bewegt sich ganz im Rahmen des Systems, ist auf eine Verbesserung seiner Funktionsweise auf den heutigen ökonomischen und politischen Grundlagen gerichtet, die eben eine bestimmte Einschränkung der Dispositionsfreiheit des Privatkapitals verlangen.

Derartigen Bestrebungen stehen jene entgegen, die diese Entwicklung, vom kapitalistischen Standpunkt ebenfalls nicht zu Unrecht, mit allergrößten Bedenken ver-

2 Ebenda, Köln, 30.11.1971.

3 Rheinischer Merkur, Köln, 11.6.1971.

folgen. Sie wollen und können aus unmittelbaren „privaten“ Profitinteressen nicht einsehen, daß im Systeminteresse „übergeordnete“ Gesichtspunkte dominieren können, verlangen daher eine staatliche Aktivität, wollen sie aber gleichzeitig nur insofern und insoweit zulassen, als sie diesem Profit unmittelbar dient. Dabei handelt es sich natürlich nicht um subjektive Unfähigkeit zur Einsicht; diese ist sogar oftmals vorhanden. Es geht immer um objektive Kapitalanforderungen, die letztlich durchschlagen.

Das private Monopolkapital hegt folglich ein „gesundes“ Mißtrauen gegenüber dem Staat, gerade weil es den Staat zunehmend braucht. Dr. Wolfgang Eichler, Hauptgeschäftsführer der BDA, formulierte diesen von ihm begriffenen realen Widerspruch: „*Die entscheidende Frage ist lediglich, welches Ausmaß die Freiheit in der Wirtschaft dieser Ordnung bedarf und ob die Wirtschaft diese Ordnung primär selbst vollzieht oder ob der Staat sie in die Hand nimmt. Ich meine, daß die Wirtschaft ihre Ordnung in erster Linie in Eigenverantwortung gestalten soll.*“⁴ Im Hinblick auf die Profitproduktion „bedarf“ das Kapital der „Freiheit“ privatkapitalistischer Entscheidung. Das ist die unabdingbare Konsequenz des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Existenzbedingung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Die immer stärkere Präsenz des Staates im ökonomischen und gesellschaftlichen Leben ist aber auf der heutigen Entwicklungsstufe zugleich Bedingung für die Erhaltung des Privateigentums und der kapitalistischen „Freiheit“ wie Mittel und Ausdruck der Zerstörung dieser Ordnung.

Wenn auch unklar, so spürt die Monopolbourgeoisie diesen realen Widerspruch und hebt daher in letzter Zeit immer prägnanter die Rolle des „freien Unternehmers“ hervor. „*Unternehmer sein, heißt für mich, eine Dienstleistungsfunktion innerhalb der Gesellschaft ausüben*“, sagt Hans Günther Zemplin, Vorstandsmitglied der Glanzstoff AG und Angehöriger der „Studiengruppe Unternehmer in der Gesellschaft“, dem westdeutschen Ableger einer internationalen Propagandaorganisation der Monopole unter Leitung von Abs. „*Daß man dabei auch Geld verdienen kann, halte ich keineswegs für verwerflich.*“⁵

Hans Martin Schleyer formulierte noch schärfer (im Hinblick auf die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes):

„*Dieses Gesetz zeigt eine gesellschaftspolitische Tendenz, wie wir sie in vielen anderen Entwürfen, die im Augenblick im Schoße der Regierung behandelt werden, erkennen müssen. Eine Tendenz, die ... mehr und mehr erkennen läßt, Grundprinzipien der sozialen Marktwirtschaft, zu denen Dispositionsfreiheit des Unternehmers unabdingbar gehört, aufzugeben.*“⁶

Bezeichnend für die politisch-ideologische Offensive des Monopolkapitals gegen die Beschränkung dieser Rechte, auch wenn das im eigenen allgemeinen und langfristigen Interesse liegt, ist die Offenheit, mit der hierüber gesprochen wird, ist der weitgehende Verzicht, den Machtanspruch des Kapitals hinter wohlklingenden Phra-

4 Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 24.8.1971.

5 Wirtschaftswoche, Frankfurt (Main), 21.1.1972, S. 17.

6 Vortragsreihe des Deutschen Industrieinstituts, Köln, 21.9.1971.

sen zu verschleiern. Diese Offenheit zeugt gerade davon, daß die Lage ernst ist oder – wissenschaftlich ausgedrückt – daß der staatsmonopolistische Kapitalismus die Gesellschaft immer tiefer in eine allgemeine Krise stürzt.

Wie jedermann weiß, ist der „freie Unternehmer“ mit freier Disposition über seinen Profit und freier Entscheidungsgewalt über seine Verwertungsbedingungen, selbst abgesehen von dem Zwang der ökonomischen Gesetze, dem er immer unterlag, eine kleinbürgerliche Erinnerung an längst vergangene Zeiten. Das Prinzip der heutigen kapitalistischen Gesellschaft ist – objektiv und subjektiv – monopolistischer Zwang, monopolistische Macht und Gewalt in Wirtschaft und Gesellschaft. Und es sind gerade die maßgeblichen Vertreter der herrschenden Monopole, die das sehr gut wissen, die sich zu Wort melden, und nicht die vom Monopolkapital beherrschten kleinen Ausbeuter, deren Lage Gründe zur Klage (gegen Monopol und Staatsmonopol) liefern würde.

Verteidigung des Profitprinzips

Es geht in Wirklichkeit auch nicht um den „freien Unternehmer“, die immer wieder beschworene „Leistungsgesellschaft“ und noch viel weniger um die „soziale Marktwirtschaft“. Es geht um das Profitprinzip an sich, basierend auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln; es geht um das „Recht“ des Kapitals, ohne Beschränkung Profit zu produzieren. Das ist es, was sich hinter den Schlagworten von „Freiheit und Demokratie“ verbirgt, hinter „Leistung“ und „Dienstleistung“, hinter „unternehmerischer Verantwortung“, sehr unterschiedlich verstandener „Reformfreudigkeit“ und was der Dinge mehr sind.

„*Die Verteufelung des Gewinns ist symptomatisch für die Denkweise einiger Vulgärmarxisten, die die Marktwirtschaft aus den Angeln heben wollen*“⁷, klagt der Präsident des Bundesverbandes Deutscher Banken, Alwin Münchmeyer, und der Vorsitzende des Gesamtverbandes der metallindustriellen Arbeitgeberverbände, Herbert van Hüllen, „beweist“, welchen Schaden angeblich die „Hexenjagd auf die Gewinne“ anrichtet: „*Hohe Gewinne sind die beste Garantie für die Sicherheit der Arbeitsplätze, denn hohe Gewinne sind Voraussetzung für zukunftsbezügliche Forschungsleistungen und Investitionen der Industrie...*“⁸

So auch Egon Overbeck, Generaldirektor von Mannesmann:

„*Zu einer sozialen Marktwirtschaft gehört der Gewinn. Müssen wir ihn als Profit, als kapitalistischen Sündenfall verächtlich machen lassen? Ich meine entschieden: nein! Gewinne der Unternehmen sind nicht das Ergebnis von Ausbeutung und nicht das Resultat des Übervorteilens. Sie sind sicherster Beweis der Leistungskraft. Sie garantieren uns Fortbestand und Wachstum.*“⁹

Die Argumente sind so alt wie der Kapitalismus – und ebenso unwissenschaftlich wie apologetisch. Daß in jeder materiellen Produktion ein Überschuß über die ange-

7 Ebenda, 2.2.1971.

8 Ebenda, 6.4.1971.

9 Ebenda, 4.5.1971.

wandte Arbeit herausspringen muß, ist ein naturgeschichtliches Gesetz der Entwicklung der Gesellschaft. Daß dies in Form des Profits geschieht, ist eine historisch vorübergehende Form, zwar in einer bestimmten Etappe der Entwicklung der Gesellschaft historisch notwendig, aber von vornherein mit Widersprüchen behaftet, die immer schreiner werden und zur revolutionären Auflösung der auf dem Profitprinzip basierenden kapitalistischen Gesellschaft treiben. Es geht folglich gar nicht um das scheinbar so einleuchtende Argument, daß die Unternehmen Gewinn erwirtschaften müssen, sondern darum, daß die gesellschaftliche Produktion am Profit der Privateigentümer orientiert ist, statt an den unbegrenzten materiellen und geistigen Bedürfnissen der arbeitenden Menschen, und daß dieser Mechanismus immer weniger funktioniert. Es geht darum, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, die Maßstäbe der Produktion und Arbeitsteilung, also die Vergesellschaftung der Produktion einen Stand erreicht haben, der in einen derartigen Konflikt mit dem Privatziel Profit geraten ist, daß sich die kapitalistische Gesellschaft in einer tiefen Krise befindet.

Da der Profit von keiner Richtung innerhalb des herrschenden Systems in Frage gestellt wird, richtet sich die ideologische Offensive des Monopolkapitals diesbezüglich gegen die wachsende kritische Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse und bestimmter Schichten der Intelligenz, gegen kritische Stimmen sogar innerhalb der „staatstragenden“ Parteien, insbesondere der SPD, auch gegen die Ideologien eines „demokratischen Sozialismus“, die in bestimmtem Maße und ungewollt dazu beiträgt, ein beginnendes Umdenken in der Bevölkerung im Hinblick auf die sozialistischen Länder zu fördern, ein Umdenken, das vor allem durch deren wachsende wirtschaftliche und gesellschaftliche Erfolge ausgelöst wird. Daher auch manche nachgerade faschistisch anklingenden Attacken, wie die des Frankfurter Bankiers von Bethmann: „Sozialismus ist entweder Kommunismus oder es gibt ihn nicht; Kommunismus ist aber die Inkarnation des Inhumanen sowie der ärgste und aktuellste Feind der Demokratie.“¹⁰

Verschärfter Widerspruch zwischen Ökonomie und Politik

Bei den Angriffen auf „ordnungszerstörende“ Interventionen des Staates geht es allerdings nicht allein um Widersprüche innerhalb der Monopolbourgeoisie im Hinblick auf gegensätzliche Anforderungen an die Kapitalverwertung. Unter den Bedingungen, da der Sozialismus als Schranke für die Kapitalexansion und damit für die Kapitalverwertung erscheint, ist die monopolistische Expansion im Innern und auf dem äußeren Feld im verstärkten Maße notwendig.

Das monopolistische Großkapital hat die Tendenz, sich alle gesellschaftlichen Beziehungen unterzuordnen, ohne Rücksicht auf den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhalt, sei es im nationalstaatlichen Gefüge oder im internationalen

10 Frankfurter Allgemeine, Frankfurt (Main), 27.1.1972.

Maßstab. Die Aufgabe des Staates ist es aber, den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Interesse des Großkapitals und seiner privaten Entscheidungsgewalt zu wahren.

Es ist insbesondere die objektive Aufgabe des Staates, die Arbeiterbewegung in einen Rahmen zu zwängen, der die Verwertung einerseits nicht in Frage stellt, andererseits aber das System angesichts des wachsenden Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse und des Einflusses des Sozialismus nicht gefährdet. Auch hier wird es aus unterschiedlichen Interessenlagen und Einschätzungen des Kräfteverhältnisses zu verschiedenartigen und teils kollidierenden Konzeptionen kommen.

Das Gesamtinteresse des Monopolkapitals erfordert objektiv, daß der Staat seinen Einzelbestandteilen, den monopolistischen Einzelkapitalen, Zügel anlegt. In welchem Maße aber, auf welchen Gebieten, darüber gerät das Monopolkapital mit sich selbst in Streit. Dafür gibt es nicht nur eine objektive Politik, was folglich zu Auseinandersetzungen innerhalb der Monopolbourgeoisie führt. Die Stellung einzelner monopolistischer Machtzentren zur Rolle des Staates wird von ihrer eigenen Einflußnahme auf den Staat, vom Grad ihrer Begünstigungen bzw. von der relativen Benachteiligung gegenüber den Konkurrenten abhängen.

Auch hinsichtlich der Beziehungen der national-staatlich organisierten Monopolkapitale zueinander stellen sich objektiv gegensätzliche Anforderungen. Mehr und mehr wird es notwendig angesichts der wachsenden Kraft des Weltsozialismus „friedliche“ Mittel der Austragung von Konflikten und solche relative Lösungen zu finden, die die imperialistischen Hauptmächte gegen den Sozialismus zusammenschließen. Wo die unmittelbaren Profitinteressen das rücksichtslose Schlagen des Konkurrenten gebieten und nationalistisch-chauvinistische Positionen hervorbringen, erzwingen „höhere“ Rücksichten oftmals Kompromisse, gegenseitiges Stützen, das Hervorheben der gemeinsamen Interessen „Europas“, der „freien Welt“ usw. Aber zwischen diesen widerstreitenden Interessen gibt es anhaltende Konflikte, unterschiedliche Konzeptionen über die vom Staat geforderte Politik, die in der gegenwärtigen großen ideologischen Auseinandersetzung ihren Ausdruck finden.

Das gleiche läßt sich hinsichtlich der unmittelbar gegenüber dem Sozialismus betriebenen Monopolpolitik sagen. Heute den Weg der frontalen Aggression zu beschreiten, ist selbstmörderisch für das kapitalistische System, und im Wettrüsten sind selbst den reichsten imperialistischen Ländern Grenzen auferlegt, wenn sie auch andere im gesamtmonopolistischen Interesse liegende Ziele verfolgen wollen. Die Umwege in der Gestaltung der imperialistischen Beziehungen zu den sozialistischen Ländern können ihrerseits wiederum verschiedenartig sein und lassen in sich verschiedene kollidierende Konzeptionen der Monopolbourgeoisie zu. Worauf es der Monopolbourgeoisie insgesamt ankommt, ist, die monopolkapitalistische Gesellschaft mehr oder weniger am Rande des Krieges politisch, militärisch und ideologisch auf den Kampf gegen den Sozialismus einzustellen. Aber diese Einstellung birgt unvermeidlich tiefe Widersprüche in sich, führt daher auch unvermeidlich zu realen Gegensätzen innerhalb der Monopolbourgeoisie, die sich teilweise in den unterschiedlichen Konzeptionen der politischen Parteien des Systems widerspiegeln und letztlich den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zugrunde liegen.

2. Taktische Aspekte der ideologischen Offensive

Zweifelsohne boten in der BRD die heftigen Lohnkämpfe in der Metallindustrie und in anderen Bereichen, der SPD-Sonderparteitag, der andeutete, daß ein wachsender Teil der Mitgliedschaft bestrebt ist, sich dem Druck des Monopolkapitals zu entziehen, die wirtschaftlichen Stagnationstendenzen und nicht zuletzt das „Floating“ der D-Mark, das der Außenexpansion der BRD-Monopole gewisse zeitweilige Schranken auferlegte, unmittelbare Anlässe zur Verhärtung der Fronten zwischen „der Wirtschaft“ und der SPD/FDP-Regierung. Auch die befürchteten politischen und ideologischen Auswirkungen der Bemühungen der derzeitigen Regierung, ihre Beziehungen zu den sozialistischen Staaten auf einen realeren Boden zu stellen, spielten und spielen eine nicht unwesentliche Rolle.

Andererseits ist nicht zu übersehen, daß gegen Ende 1971 die konzentrierten und massiven Angriffe auf die Regierung in eine mehr ausgewogene, mäßigeren und punktuelle Kritik mit gesellschaftspolitischen Untertönen übergeleitet wurden. Das schon erwähnte *Friedrich*-Interview gab hierzu das Startzeichen. Hier hatte der BDA-Präsident der Regierung eine teilweise Absolution für die entstandene mäßliche Wirtschaftslage, insbesondere im Hinblick auf die inflationistische Entwicklung, erteilt. Er hatte betont, Reformen böten keinen Grund zur Panik, zumal sie noch gar nicht erledigt seien. Und *Friedrich* äußerte auch Kritik an der CDU/CSU: Im Zusammenhang mit der „Reform“ des Betriebsverfassungsgesetzes faßte das „Handelsblatt“ seine Auffassung in die Worte: „Im übrigen seien die Vorschläge der CDU zum BVG auch nicht in allen Punkten unternehmerfreundlich gewesen.“¹¹

Zwei Tage später ließ *Friedrich* dieses Interview formell dementieren, formell deswegen, weil er entgegen dem Plan seines Geschäftsführers die Wiedergabe seiner Ausführungen ausdrücklich nicht als „falsch“, sondern als „unverantwortlich“ bezeichnete. „Unverantwortlich“ war offenbar, daß das „Handelsblatt“ das, was er wirklich gesagt hatte, so nackt und nüchtern veröffentlichte.

Dieses Interview löste eine ziemliche Aufregung aus; es wurde tagelang in der Monopolpresse kommentiert und rief sowohl Zustimmung als auch heftigen Widerspruch im eigenen Lager hervor. Dabei hatte sich die objektive ökonomische und gesellschaftspolitische Lage gar nicht verändert. Wie ist diese Wendung also zu erklären? Was war geschehen?

Divergierende Zielsetzungen in der Monopolbourgeoisie

Sieht man von einigen Vorgängen am Rande ab, beispielsweise dem Gespräch *Brandts* mit führenden Vertretern „der Wirtschaft“ am 12. Dezember 1971, so wurde die weitgehend solidarische Aktion der Monopole gegen die Regierungs-

¹¹ Handelsblatt, Düsseldorf, 10.1.1972.

koalition offensichtlich mit zum Teil divergierenden Zielsetzungen geführt. Noch einige Tage nach dem Gespräch des Bundeskanzlers mit Vertretern „der Wirtschaft“ hatte das „Handelsblatt“ in einer umfangreichen Beilage die heftigsten Angriffe gegen die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Regierung veröffentlicht: „Industriefeindlich gewordener währungspolitischer Alleingang“; „Ideologien, ... die vorsätzlich oder fahrlässig die Rentabilität der Unternehmen auf dem Altar von Reformillusionen opfern ...“; „schon die Eckwerte der Bundesregierung zur Steuerreform führen die Besteuerung der Unternehmen in den Bereich der Konfiskation“; „die Tendenzen auch der sozial-liberalen Regierung, das individuelle Eigentumsrecht zugunsten einer ganz weit gespannten Sozialpflicht mit Enteignungseffekt auszuhöhlen, sind unübersehbar.“¹²

Aber am 12. Januar 1972 bedauerte dasselbe Blatt das Dementi zum *Friedrich*-Interview, da es eine Versachlichung der Diskussion hemme. „Jetzt geht es um die entscheidende Frage, ob es der privaten Wirtschaft dient, wenn sie auf Kollisionskurs bleibt und die Konfrontation mit der Regierung sucht ... Die ständige Kritik in der Sache ist notwendig, aber eine Konfrontation nur um der Konfrontation willen ist schädlich für die Sache, die des einzelnen, die Wirtschaft und den Unternehmer ...“

Man hätte, so wird in diesem Artikel schließlich die Meinung des neuen BDI-Präsidenten und Thyssen-Chefs Hans Günter Sohl zum *Friedrich*-Interview wiedergegeben, „auch dem BDA-Präsidenten Friedrich zugestehen sollen, Ansichten zu äußern, die nicht die Kollision mit der Regierung suchen und nicht unbedingt mit der Linie der Oppositionspartei im Bundestag übereinstimmen“.

Diese „beruhigenden“ Worte hinderten das „Handelsblatt“ aber keineswegs, knapp zwei Wochen später ein Interview mit dem Vorsitzenden des CDU-Wirtschaftsrates, v. Bismarck, zu veröffentlichen, das erneut Angriffe im Sinne und im Wortlaut der vergangenen Monate enthielt.

Diese teils scheinbare, teils wirkliche Unschlüssigkeit in den Reihen der Monopolbourgeoisie zeugt von tatsächlichen widerspruchsvollen Konzeptionen im Hinblick auf die gegenüber der Regierung einzuschlagende Taktik.

Neben einer kleinen, aber mächtigen Gruppe, deren führende Vertreter nicht zuletzt im Wirtschaftsrat der CDU organisiert sind, die sich auf die CDU/CSU festgelegt hat und sich mit der ideologischen Offensive 1971 auf die Ablösung der SPD/FDP-Regierung orientiert hatte und weiterhin orientiert, verfolgt eine andere, die gegenwärtig auch maßgebend ist und in den Verbandspräsidenten Sohl und Wolff von Amerongen (mit offensichtlicher Unterstützung von Otto A. Friedrich) ihre prominentesten Wortführer hat, eine geschmeidigere Taktik. Diese basierte darauf, daß es unter dem Druck der Monopole gelungen war, der Regierung in der praktischen Politik und in Stellungnahmen ihrer führenden Vertreter einige „Korrekturen“ abzuringen. Das muß unter dem taktischen Aspekt als ein Hauptziel der ideologischen Offensivreden der Monopole im Jahre 1971 betrachtet werden. Erwähnt werden sollen nur die Lohnverhandlungen des letzten

¹² Ebenda, 15.12.1971 (Beilage)

Jahres, in denen sich die Regierung gezwungen sah, ihren Einfluß auf die Gewerkschaften dahingehend auszunutzen, daß schließlich die Unternehmer „*nicht schlecht abschnitten*“, wie es das „Handelsblatt“ am 6.12.1971 ausdrückte. Ganz allgemein kann man feststellen, daß die Regierung weitgehend von manchen ihrer ursprünglichen Reformprojekte in dem Maße abrücken mußte, als diese – wenn auch objektiv im langfristigen Interesse der Systemstabilisierung – stärkere Eingriffe in die unmittelbaren Profitfordernisse des Monopolkapitals vorsahen und gleichzeitig bestimmte objektive Notwendigkeiten der Gesellschaft, und damit Bedürfnissen der Massen, in Rechnung stellten. In einer vom Monopolkapital beherrschten Gesellschaft kann keine Regierung, was immer auch ihre Mitglieder subjektiv für Vorstellungen vertreten, sich ungestraft den Zwängen der Profitwirtschaft entgegenstellen.

„Hinweise“ zur ideologischen Formierung der Parteien

Nun dürfen aber weder „flexiblere“ Stellungnahmen noch diese oder jene Aspekte der aktuellen Politik der Regierung zu der Annahme verleiten, daß eine sehr wichtige Fraktion des Monopolkapitals sich gewissermaßen auf die SPD „eingeschworen“ hätte, während andere die CDU/CSU „bevorzugen“. Die Frage, welche Partei die Regierung führt, ist für das Monopolkapital nicht die wichtigste. Wichtiger ist der gesamte Komplex der praktischen Politik der jeweiligen Regierung und die Ideologie, die sie verbreitet oder verbreiten hilft.

Die Frage des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“, ob die Unternehmer zur Zeit der Adenauer-Regierung besser gefahren seien als heute, bejahte der Großkapitalist Konrad Henkel eindeutig. „Demnach wünschen Sie sich wieder eine CDU-Regierung in Bonn?“, wurde er weiter gefragt. Seine Antwort: „Das hat mit der CDU nichts zu tun ... Wir brauchen eine Bundesregierung, die den Sinn und die Notwendigkeit einer gut funktionierenden freien Wirtschaft anerkennt – unabhängig davon, von welcher Partei sie gebildet wird.“¹³

Ein wichtiges Ziel der ideologischen Offensive des Monopolkapitals aus der Sicht einer großen Zahl seiner bedeutendsten Vertreter war und ist es, die SPD-Führung zur Verstärkung ihres offen antikommunistischen Kurses zu veranlassen, sie zu wiederholten, eindeutigen und bindenden Bekenntnissen zur „sozialen Marktwirtschaft“, zum „freien Unternehmertum“, zur „Unabdingbarkeit des Gewinnprinzips“ usw. zu drängen. Es kam darauf an, der SPD-Führung unmißverständlich vor Augen zu führen, daß man nicht nur faktisch die Systeminteressen vertreten, sondern dies auch deutlich und immer wieder aussprechen muß, um keinen „linken“ Tendenzen Vorschub zu leisten. Es kam darauf an, ihr klarzumachen, daß sich die Vertretung der Interessen des Monopolkapitals jeden Tag zu bewähren habe, daß das Kapital unter keinen Umständen Profitreduzierung widerspruchlos hinnehmen werde, auch nicht, um ihre künftigen Interessen zu wahren. Weiß man denn, was künftig sein wird?

13 Der Spiegel, Hamburg, 17.1.1972, S. 27/28.

Und gibt es nicht außerdem andere, die zählen können, insbesondere wenn es sich um „soziale Reformen“ handelt? Diese „Hinweise“ wurden der derzeitigen Regierung wiederholt gegeben.

Wie immer auch die Regierungskoalition auf diesen Druck reagiert, für alle Fraktionen des Monopolkapitals ist die CDU/CSU die „sympathischere Partei, „ihre“ Partei. Die Beziehungen der CDU/CSU zum Monopolkapital sind direkter Natur und haben eine lange Tradition. Ihre am unmittelbaren Profit und an der Feindschaft gegenüber der Arbeiterbewegung und den kümmerlichen Resten der bürgerlichen Demokratie orientierte Politik entspricht den Grundbestrebungen des Monopolkapitals; ihr fehlen die Verbindungen mit und die Abhängigkeit von den Gewerkschaften, wobei ihre „Liberalen“ durch und durch bürgerlich und eindeutig auf die Integration der Arbeiterklasse gerichtet sind; ihre „Reformvorstellungen“ geben sich schließlich auch nicht den Anschein, „systemverändernd“ oder gar „überwindend“ zu sein.

Aber Sympathie allein genügt nicht. Die CDU/CSU unter Adenauer war ja daran gescheitert, daß sie sich als unfähig erwies, den neuen nationalen und internationalen ökonomischen und politischen Existenzbedingungen des Systems Rechnung zu tragen. Und nach wie vor verfügt die CDU/CSU weder über ein geschlossenes und für die Monopole überzeugendes Programm, das auch deren Zukunftsinteressen gebührend berücksichtigen würde, noch – was vielleicht von minderer Bedeutung ist, aber auch eine Rolle spielt – über einen Wirtschaftspolitiker mit Profil und Format. Bislang hat sich die CDU/CSU unfähig gezeigt, den Monopolinteressen einen zusammenfassenden politischen Ausdruck zu verleihen und entsprechende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorschläge zu formulieren. Es gibt zahlreiche Äußerungen führender Monopolvertreter, die zum Beispiel vom vorjährigen CDU-Wirtschaftstag eine „nüchterne Analyse“ und „realistische Vorschläge“ verlangten. Der Wirtschaftstag war von der CDU/CSU auch zweifellos als Gelegenheit gedacht, den Vertretern des Monopolkapitals klarzumachen, daß sie sich voll auf „ihre“ Partei verlassen könnten.

„Ist das gelungen? Vom Verbalen her auf alle Fälle... Wenn Politiker allerdings ihre Zuhörer fast zwei Tage lang mit aktuellen wirtschaftspolitischen Sentenzen überschütten, dann besteht die Gefahr der Ermüdung, zumal wenn keine neuen tiefgründigen Perspektiven einer marktwirtschaftlichen Politik angeboten werden.“¹⁴

Was die personellen Fragen betrifft, so meinte das Blatt, daß „weiterhin nur noch die Erinnerung an den Wirtschaftsminister Erhard in seiner besten Zeit (bleibt)“; eine Feststellung, zu der übrigens auch Otto A. Friedrich gelangte. Die „Wirtschaftswoche“ fragte noch pointierter: „Was hat die CDU zu bieten?“ und kam zu dem Ergebnis: „Es fehlen plausible Alternativen zur Politik von Wirtschafts- und Finanzminister Schiller ...“¹⁵

Zum Fehlen einer „plausiblen“ Alternative und eines „überzeugenden“ Wirtschaftspolitikers kommt die Tatsache, daß es innerhalb der CDU/CSU durchaus

14 Frankfurter Allgemeine, Frankfurt (Main), 28.6.1971.

15 Wirtschaftswoche, Frankfurt (Main), 1.10.1971.

divergierende Kräfte gibt und es diese Partei weniger als die SPD vermag, eine einheitliche und geschlossene Linie durchzusetzen. In der Opposition bietet die CDU/CSU eine Palette von grundsätzlichen „Nein“ in allen Fragen, mit dem einzigen erkennbaren Ziel, die Regierungsmacht wieder zu übernehmen, bis zu ungereimten und von keiner Seite ernst genommenen Versuchen, die „Reform“politik der Regierung mit „linken“ Versprechungen zu übertreffen, um die Wählermassen irrezuführen.

Im Jahresbericht der BDA 1970/71 wird daher keineswegs zufällig auch Kritik an der CDU geübt, da „*deren Alternativen in der sozialen Sicherungspolitik auch klar genug*“ seien und sie zu „*wirtschaftspolitisch unvernünftigen Entscheidungen beigetragen*“ hätten¹⁶.

Und so kann es insgesamt nicht überraschen, daß noch am Ende des Jahres 1971 im Hinblick auf die nächste Bundestagswahl Otto A. Friedrich sein grundsätzliches Plädoyer für die CDU so formulieren mußte: „*Wenn die CDU mit einer überzeugenden Alternative kommt, dann kommen wir auch – mit finanziellen Opfern und persönlichem Engagement.*“¹⁷

Dieses „wenn“ ist natürlich ein „Hinweis“ und soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Monopolkapital auch jetzt zahlt, wenn notwendig, auch jetzt „engagiert“ ist. Aber der CDU/CSU die dauernde Abhängigkeit vor Augen zu führen, hat selbstverständlich Methode. Für entscheidende Kräfte innerhalb des Monopolkapitals ist die CDU/CSU, so wie sie sich heute darstellt, offensichtlich einfach noch nicht sicher, man könnte fast sagen, seriös genug. So muß man die politisch-ideologische Offensive des Monopolkapitals 1971/72 in ihrer taktischen Zielsetzung auch unter dem Aspekt verstehen, diese Partei in programmatischer, personeller und organisatorischer Hinsicht voranzubringen.

Beim jetzt erreichten Stand der Dinge konnten entscheidende Kräfte der herrschenden Klasse dazu übergehen, die Parteienfrage im Hinblick auf die Wahlen 1973 vorläufig offenzulassen. Diese Taktik soll die rechte SPD-Führung weiter nach rechts treiben, Konflikte mit den Gewerkschaften heraufbeschwören, die Abhängigkeit vom Großkapital verstärken. Die CDU/CSU dagegen soll veranlaßt werden, die Ausarbeitung ihres konkreten „Angebots“ zu beschleunigen, ihre organisatorische Einheit und innerparteiliche Disziplin zu festigen, die Personalfragen zu klären und den „arbeitnehmerfreundlichen“ Flügel niederzuhalten.

Bevor aber die CDU/CSU dem Monopolkapital dienstbar sein kann, mußte sie die Wahlen gewinnen. Gerade die CDU/CSU, die sich bei aller Taktik und teilweise echten Bedenken der Monopolbourgeoisie deren größeren Vertrauens letztlich sicher sein kann, wird dies berücksichtigen müssen. Sie wird auch solche „Hinweise“ registrieren, daß „*immer wieder die Leiter großer Unternehmen gebeten (werden), geeignete Kollegen zur Übernahme politischer Aufgaben freizustellen*“¹⁸.

So wie Strauß auf dem CDU-Wirtschaftstag mit gespielter Empörung gegen die „Vorstellung“ eiferte, „soziale Marktwirtschaft“ sei Unternehmerwirtschaft, so zitiert die „Wirtschaftswoche“ anonym die CDU-Parteizentrale, die daran erinnerte, daß Adenauer auf Forderungen der Industrie geantwortet haben soll: „*Bevor wir etwas für die Wirtschaft tun können, müssen uns die Arbeiter erst mal wählen.*“¹⁹ So wird die CDU nicht darum herumkommen, auch die Katzer-Richtung zu Wort kommen zu lassen, auch wenn dies den direkten Monopolvertretern gelegentlich Mißvergnügen bereitet. „*Als Transmissionsriemen zu wichtigen Wählerschichten – so ein Funktionär der CDU-Führung – sind die Sozialausschüsse für die CDU von unschätzbarem Wert.*“²⁰

Für die SPD-Führung sind natürlich die Probleme der Sicherung ihrer zu einem großen Teil aus Arbeitern und anderen Werktätigen bestehenden Massenbasis noch gravierender. Ihre Verbindungen zu den Gewerkschaften sind ein realer Faktor, ohne dessen Berücksichtigung sie als große Partei keine Rolle spielen kann. Ohne Gefahr zu laufen, daß ein Teil ihrer Mitglieder und traditionellen Wähler sich nach links wendet, muß sie die eigenen „Systemkritiker“ integrieren. Ohne punktuelle antimonopolistische Maßnahmen und Stellungnahmen kann sie nicht verhindern, daß sich kleinbürgerliche Schichten von ihr ab- und möglicherweise der FDP zuwenden bzw. den „Arbeitnehmerfreunden“ in der CDU auf den Leim gehen. Gerade weil das zu berücksichtigen ist und sich in der Politik niederschlagen muß, kann man erwarten, daß die maßgeblichen Kreise des Monopolkapitals ihr erneut vor den Wahlen die Regierungsfähigkeit absprechen werden.

Die ideologische Aktivität der Monopolbourgeoisie und ihrer Exponenten wird auch in Zukunft Ebbe und Flut kennen. In Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage, vom wechselnden Schwung der revolutionären Arbeiterbewegung in diesem oder jenem Lande und im internationalen Maßstab, von den mehr oder weniger großen Erfolgen der nationalen Befreiungsbewegung und von vielen anderen konkreten ökonomischen und politischen Vorgängen in den einzelnen imperialistischen Ländern wird sie in unterschiedlichem Maße aktuelle Anlässe finden. In der Tendenz muß sie sich aufgrund der tieferwirkenden gesetzmäßigen Prozesse verstärken, woraus sich die Notwendigkeit der verstärkten wissenschaftlich begründeten theoretisch-ideologischen Arbeit der revolutionären Kräfte, darunter der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaftler, unter Führung der kommunistischen und Arbeiterparteien zwingend ergibt.

16 Frankfurter Allgemeine, Frankfurt (Main), 7.12.1971.

17 Der Spiegel, Hamburg, 17.1.1971.

18 Handelsblatt, Düsseldorf, 4.2.1972.

19 Wirtschaftswoche, Frankfurt (Main), 2.7.1971.

20 Ebenda.

Anneliese Werner

Neue Tendenzen in den imperialistischen Pluralismus-Konzeptionen

Aus: JPW-Berichte, Heft 6, Berlin/DDR 1972, S. 23–31

Das System imperialistischer Machtausübung bedurfte schon immer der ideologischen Verbrämung, der Verschleierung seines reaktionären Klassenwesens. Das gilt in verstärktem Maße unter den gegenwärtigen Existenzbedingungen des Imperialismus, die ihn zwingen, sich dem zugunsten des Sozialismus veränderten Kräfteverhältnis anzupassen und der Vertiefung seiner inneren Widersprüche entgegenzuwirken. Diese Anpassung, die mit der Suche nach neuen adäquaten Herrschaftsformen verbunden ist, spiegelt sich in den ideologischen Konzeptionen imperialistischer Herrschaftssicherung wieder. Sie äußert sich sowohl in der Entwicklung neuer ideologischer Gesellschaftstheorien (wie die der „Industrie-Gesellschaft“ bzw. der „nachindustriellen Gesellschaft“) als auch in der Modifizierung bereits „bewährter“ imperialistischer Theorien und Leitbilder. Ein der herrschenden Klasse nach wie vor praktikabel erscheinendes Leitbild zur Verschleierung, Sicherung und Effektivierung der imperialistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse ist die Pluralismustheorie.

Die Theorie vom Pluralismus, der „pluralistischen Demokratie“ oder der „pluralistischen Gesellschaft“ ist seit der Jahrhundertwende in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern (vor allem in England und den USA, aber auch in Deutschland besonders in der Zeit der Weimarer Republik) verbreitet. In der BRD spielte sie eine erhebliche Rolle bei der ideologischen Verdeckung der Restauration der Machtgrundlagen des Imperialismus. Ihre Verhüllungs- und Distanzierungsfunktion war hierbei, den Anschein eines „Neubeginns“ zu erwecken, in Abhebung vom Faschismus und in offener Konfrontation zum Sozialismus.

1. Der Stellenwert der imperialistischen Pluralismustheorie heute

Auch gegenwärtig wird in der BRD von bürgerlichen Ideologen, Vertretern der Bonner Parteien und der Regierung viel von der „pluralistischen Demokratie“, dem Zusammenwirken „der Gruppen und Verbände mit dem Staat“ sowie den „Aufgaben des Staates gegenüber den sozialen Gruppen der pluralistischen Gesellschaft“ gesprochen. So ist in einem unter dem Titel „Pluralismus – Konzeptionen und Kontroversen“ erst kürzlich in der BRD herausgegebenen Sammelband davon die Rede, daß der Begriff Pluralismus „zu einem Attribut und Synonym der westlichen, freiheitlich-demokratischen Regierungssysteme und damit zu einem Schlagwort der Apologeten und Kritiker dieser Systeme geworden“ sei¹.

¹ Pluralismus – Konzeptionen und Kontroversen (Hrsg. F. Nuscheler, W. Steffani), München 1972.

Welche praktisch-politische Bedeutung die herrschenden Kreise des Monopolkapitals der imperialistischen Pluralismustheorie beimessen, geht u.a. auch aus der Springer-Zeitung „Die Welt“ (20. 3. 1972) hervor, die in antikommunistischer Abgrenzung vom Sozialismus betont, daß es für den bürgerlichen Staat „zum Pluralismus keine Alternativen“ gäbe.

Die herrschenden imperialistischen Kreise kommen immer wieder auf die Pluralismustheorie zurück, weil sie in ihren Grundthesen – anknüpfend an Oberflächenerscheinungen objektiver Prozesse (Vielfalt von Interessen und Interessenkonflikten, der Monopolmacht abgerungene Zugeständnisse an Forderungen der Werkätigen usw.) – in spezifischer Weise darauf hinzielt, das Klassenwesen des imperialistischen Staates zu verschleiern, Illusionen über die tatsächlichen Machtverhältnisse hervorzurufen und, weil sie besonders geeignet ist, den jeweiligen Bedürfnissen imperialistischer Machtausübung (mit Ausnahme der offenen faschistischen Diktatur) angepaßt werden zu können. Das gilt besonders für die in dieser oder jener Form abgewandelten Grundthesen aller Pluralismus-Konzeptionen, wonach in der „pluralistischen Gesellschaft“ sich jedermann seinen Interessen entsprechend in Verbänden oder Interessengruppen organisieren könne, die souverän und gleichberechtigt seien und durch deren Zusammenwirken mit dem Staat eine Art „kollektive Machtausübung“ zustande käme, wobei dem Staat bei auftretenden Interessenkonflikten eine Art „Ausgleichs- und Schiedsrichterfunktion“ zufallen würde².

Nach dieser Konzeption ist die imperialistische Gesellschaftsordnung in ihrer sozialen Struktur nicht durch die Existenz antagonistischer Klassen, sondern durch Interessengruppen und Verbände gekennzeichnet. Nicht Klasseninteressen und Klassenkampf seien in dieser Gesellschaft bestimmend, sondern „Interessenkonflikte“ entsprechend der „Vielzahl menschlicher Interessen“. Der imperialistische Staat wird nicht als Instrument der herrschenden Klasse, sondern als überparteiliche Institution dargestellt. Seine Aufgabe bestünde darin, „Regeln zum Austragen der Interessenkonflikte“ zu entwickeln und einen „Interessenausgleich zum Wohle der Allgemeinheit“ herbeizuführen. Durch Einwirkung der sozialen Gruppen und Verbände auf den Staat – so wird vorgegeben – seien diese am politischen Entscheidungsprozeß beteiligt.

Solche und ähnliche Thesen sind nicht nur in speziellen Publikationen von bürgerlichen Politologen, Staatswissenschaftlern und Soziologen, sondern auch auf Konferenzen politischer Parteien sowie in Dokumenten zu finden, die von Vertretern der BRD-Regierung bzw. in ihrem Auftrag herausgegeben werden. So wird beispielsweise in den „Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1972“ davon gesprochen, daß in der BRD das „Austragen der Interessenwidersprüche“ nicht im Klassenkampf erfolge. Durch die „Verbindung des Staates mit den Verbänden“ sei eine Einflußnahme der Interessengruppen und Verbände auf allen Ebenen der staatlichen Tätigkeit gegeben und die Organisationen der Arbeiter und Unterneh-

² Vgl. hierzu auch: Die Ideologie des Sozialdemokratismus in der Gegenwart (Hrsg. Akademie der Wissenschaften der UdSSR), Berlin 1971, S. 200.

mer hätten gleichermaßen die Möglichkeit, den politischen Willensbildungsprozeß in die von ihnen gewünschten Bahn zu lenken³.

Verschleierung der Machtverhältnisse – Hauptanliegen der Pluralismustheorie

Diese Behauptungen, die im krassen Gegensatz zu den tatsächlichen Klassen- und Machtverhältnissen stehen, sollen vor allem die ständig fortschreitende Machtkonzentration in den Händen einer kleinen Gruppe von Monopol- und Finanzgewaltigen, die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates und die damit verbundene soziale Polarisierung verdecken. Obwohl sich in den letzten Jahren in allen kapitalistischen Ländern – auch in der BRD, wenngleich nicht in dem Ausmaß wie in anderen kapitalistischen Ländern – der Kampf der Arbeiterklasse gegen das imperialistische System verstärkt hat, wird versucht, den Eindruck zu erwecken, als ob der Klassenkampf der Vergangenheit angehöre und vom „*Interestenausgleich der Sozialpartner*“ abgelöst worden sei.

Den Werktägigen – vor allem den Arbeitern und Angestellten –, denen echte Mitbestimmung in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft noch immer verweigert wird, soll zugleich glaubhaft gemacht werden, ihre Organisationen seien wirksam an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Tatsächlich aber werden die grundlegenden Entscheidungen im Interesse derjenigen gefällt, die die Kommandohöhen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft einnehmen. Im Ergebnis der immer engeren Verflechtung des Monopolkapitals mit der Staatsbürokratie üben die Großkonzerne und Großbanken direkt und über die Unternehmerverbände, ihre politischen Parteien, über Lobbyisten und andere Kanäle den ausschlaggebenden Einfluß auf die Gesetzgebung und die gesamte Staatspolitik in ihrem Profit- und Machtinteresse aus⁴.

Auch die Tatsache, daß der imperialistische Staat sich bei der Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals zu gewissen Zugeständnissen gegenüber nachdrücklich vertretenen Forderungen der Werktägigen gezwungen sieht, kann keineswegs als eine Bestätigung der Thesen der imperialistischen Pluralismustheorie gelten. Sie zeugt vielmehr davon, daß diese Theorie jene Bestrebungen der herrschenden Kreise des Monopolkapitals reflektiert, die darauf gerichtet sind, das staatsmonopolistische Herrschaftssystem seinen gegenwärtigen Existenzbedingungen gemäß möglichst konfliktarm zu stabilisieren und die Werktägigen verstärkt in das System zu „integrieren“.

Neben der Verhüllung der tatsächlichen imperialistischen Macht- und Herrschaftsverhältnisse soll die Pluralismustheorie der Verbreitung marxistisch-leninistischer Erkenntnisse entgegenwirken. Dabei versuchen die Pluralismus-Theoretiker die

3 Materialien zum Bericht der Lage der Nation 1972, in: Deutscher Bundestag, 6. Wahlperiode, Drucksache VI/3080, Bonn 1972, S. 7, 146–148, 175.

4 DKP kontra Großkapital, für Frieden, demokratischen Fortschritt und Sozialismus, Thesen des Düsseldorfer Parteitages der DKP, in: Einheit, Berlin, 1/1972, S. 125.

„Flucht nach vorn“ anzutreten. Anknüpfend an kleinbürgerliche Demokratieverstellungen und antikommunistische Vorbehalte preisen sie „das Modell der pluralistischen Demokratie“, der „Freiheit der Interessengruppen“ und „des freien Spiels der Kräfte“ als die einzige „wirklich freiheitliche Demokratie“ an. Und sie verfolgen das Ziel, innenpolitisch ein stärkeres „Engagement der Bürger für diesen Staat“ zu erreichen und außenpolitisch der ideologischen Diversion zur Untergrubung der Grundlagen der sozialistischen Demokratie neue Möglichkeiten zu erschließen. Dabei sind sie bestrebt, ihre Grundthese noch besser an die neuen Erfordernisse der Effektivierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems anzupassen. Sie wollen die Risiken für die Stabilisierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems, die vor allem darin bestehen, daß die demokratischen Kräfte – in erster Linie die Arbeiterklasse – echten Einfluß auf die Entscheidungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gewinnen könnten, ausschalten bzw. so gering wie möglich halten.

Der Ruf nach dem „leistungsfähigen, starken Staat“ und die Pluralismus-Konzeptionen

Der Kern der Bestrebungen nach der Modifizierung der Pluralismustheorie besteht darin, die Grundthesen dieser Theorie den veränderten Existenzbedingungen des Imperialismus anzupassen. Dem entspricht die Forderung nach einer „politischen Theorie, die uns einen leistungsfähigen, starken Staat gibt“⁵, der „nicht in lauter Gruppenegoismus zerfasert“⁶. Ihr liegen objektive Anforderungen an den imperialistischen Staat zugrunde.

Die Systemauseinandersetzung mit dem Sozialismus, der verschärft Konkurrenzkampf zwischen den imperialistischen Staaten, die wissenschaftlich-technische Revolution und die Vertiefung der inneren Widersprüche zwingt die herrschenden imperialistischen Kreise, ihrem Staat immer umfassendere Funktionen zu übertragen, die mit einer weiteren Zentralisierung des imperialistischen Machtaufbaus und dem Bestreben verbunden sind, staatlich normierte „gesellschaftliche Prioritäten zu setzen“. Damit soll eine im Interesse der Aufrechterhaltung, Sicherung und Effektivierung des imperialistischen Systems abgestimmte langfristige Politik entwickelt und durchsetzt werden. Die Prioritäten der Tätigkeit des imperialistischen Staates sind darauf gerichtet, das staatsmonopolistische Herrschaftssystem als Ganzes zu sichern und zu stabilisieren sowie den Einfluß der Arbeiterklasse und des Sozialismus abzuwehren. Das bezieht sich sowohl auf die Bereiche Wirtschaft, Wissenschaft und Technik, Strukturpolitik und Bildung, Rüstungs- und Sozialpolitik, Umweltschutz als auch auf andere Gebiete. Dabei kann der imperialistische Staat durchaus auch in zeitlich begrenzten Widerspruch mit dem unmittelbaren Profit- und Vormachtstreben einzelner Monopolgruppen geraten.

5 P. F. Drucker, Gedanken für die Zukunft, Düsseldorf 1959, S. 37.

6 W. Brandt, Verantwortung aller für den demokratischen Staat, Rede auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall am 27. September 1971 in Wiesbaden, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 29.9.1971.

In seiner Tätigkeit wird der imperialistische Staat daher in zunehmendem Maße mit den Interessen der demokratischen Kräfte, insbesondere der Arbeiterklasse, konfrontiert, während gleichzeitig der Kampf um den größten Einfluß auf die Politik des Staates zu einem wesentlichen Teil des Konkurrenzkampfes der einzelnen Monopole wird. Das zwingt die herrschenden imperialistischen Kreise, nach solchen Herrschaftsformen und -methoden sowie ideologischen Konzeptionen zu suchen, die es gestatten, die Klassenbeziehungen so zu regulieren, daß soziale Konflikte eingedämmt werden. Zugleich sollen sie sichern, daß die staatliche Politik den Interessen der stärksten Monopolgruppierungen gerecht werden kann, indem sie als die Verwirklichung allgemeiner Interessen dargestellt wird.

Mit der Anwendung flexibler Herrschaftsmethoden und der Politik der „inneren Reformen“, die den Ausbau des staatsmonopolistischen Machtmechanismus einschließt und selbst als „Reform“ deklariert wird, soll den neuen Anforderungen entsprochen werden. Diese neuen Herrschaftsbedürfnisse drängen gleichzeitig nach einer Modifizierung der auf die „Gruppeninteressen“ orientierenden Komponenten der Pluralismustheorie.

2. Gemeinsamkeit und Differenzen imperialistischer Herrschaftskonzeptionen

Bereits in den 60er Jahren, als der Imperialismus aus dem veränderten internationalen Kräfteverhältnis innenpolitische Konsequenzen ziehen mußte, wurden von den Vertretern der Monopolbourgeoisie zwei Konzeptionen zur Stabilisierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems entsprechend den neuen Anforderungen an den imperialistischen Staat entwickelt. Das war einmal die Konzeption der Stabilisierung des imperialistischen Systems mit konservativ-autoritären Mitteln und Methoden, einschließlich systemstabilisierender Reformen, die mittels der Konzeption der „formierten Gesellschaft“ durchgesetzt werden sollten. Und das war zum anderen die Konzeption der Systemstabilisierung vorwiegend mittels bürgerlicher Reformen, vor allem unter Ausnutzung bürgerlich-parlamentarischer Formen der Machtausübung. Auch diese Konzeption schließt einen Ausbau des Unterdrückungsapparates ein.

Diese beiden Konzeptionen waren Ausdruck der zwei Grundmethoden imperialistischer Herrschaftssicherung, die – wie Lenin betonte – sich in allen kapitalistischen Ländern herausgebildet haben und „bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten“⁷. Beiden Konzeptionen war eine Orientierung auf die stärkere Zentralisierung des imperialistischen Machtapparates gemeinsam. Beide strebten in dieser Hinsicht eine neue Ausrichtung der Pluralismustheorie an, wobei die konservativ-autoritäre Linie am weitesten ging.

⁷ W. I. Lenin, Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, in: Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 356.

So forderten vor allem die Vertreter der CDU/CSU mit dem Konzept der „formierten Gesellschaft“ eine „Disziplinierung des Pluralismus“⁸. Sie wandten sich gegen einen angeblich „überentwickelten Pluralismus“, gegen das „funktionslose Wuchern der organisierten Interessen“, die „die Leistungsfähigkeit“ der imperialistischen Gesellschaft, die „Führungstätigkeit“ der Regierung und die „Funktionsfähigkeit“ des politischen Herrschaftssystems erheblich schwächen würden⁹.

Diese Kritik des Pluralismus von rechts war mit der Forderung nach „Umbau der politischen Maschinerie ohne Rücksicht auf liebgewordene Konventionen“¹⁰, mit dem Bestreben nach Ablösung des „Verfassungsstaates mit seinem parlamentarischen System“¹¹ durch „neue Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung“¹², das heißt mit dem Übergang zu autoritär-diktatorischen Regierungsformen, verbunden. In letzter Konsequenz zielen diese Auffassungen – ähnlich wie am Ende der Weimarer Republik – auf eine Ersetzung der Pluralismustheorie durch ein imperialistisches Herrschaftskonzept hin, das faktisch auf die Vorbereitung und Anwendung neofaschistischer Herrschaftsmethoden hinausläuft.

Dieser offen autoritäre Kurs der Konzeption der „formierten Gesellschaft“ stieß jedoch auf den Widerstand breiter Bevölkerungskreise, besonders der demokratischen Kräfte. Die Monopolbourgeoisie wurde gezwungen, ihr Formungskonzept variabler zu gestalten und wieder zur verstärkten parlamentarischen Verbrämung ihrer Ziele überzugehen. Deshalb gewann für sie die Konzeption jener Kräfte in der Sozialdemokratie an Bedeutung, die das imperialistische System vor allem mit Reformen unter Beibehaltung und Ausnutzung der bürgerlich-parlamentarischen Formen und Spielregeln stabilisieren wollten.

Auch die Vertreter der „Reform“-Konzeption strebten nach einer Modifizierung der Pluralismustheorie, die die Konzentration des imperialistischen Machtapparates gewährleisten und rechtfertigen sollte. Sie gaben zu bedenken, daß eine „pluralistische Politik“, die sich „am Bestehenden und an den einmal etablierten Gruppeninteressen“ orientieren wolle, „tendenziell konservativ, unfähig zu grundlegenden Reformen und zur bewußten Zukunftsgestaltung“¹³ sei.

Auch sie forderten, die „alte Krankheit des Pluralismus“ zu überwinden, die angeblich in einem „durch Zersplitterung der Macht bedingten Immobilismus“ beständige. Reformen werden, so schrieb der Ordinarius für politische Wissenschaften Dr. Fritz W. Sharpf in der sozialdemokratischen „Neuen Gesellschaft“, „im doppelten

⁸ 12 Thesen zu „formierten Gesellschaft“, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn, 13/14/1965.

⁹ R. Altmann, Späte Nachricht vom Staat, Stuttgart 1968, S. 25 ff., S. 30.

¹⁰ R. Altmann, Bergedorfer Protokolle, Bd. 16, Hamburg-Westberlin 1966, S. 30.

¹¹ R. Altmann, Der Erbe Adenauers, Stuttgart 1960, S. 160/161.

¹² L. Erhard, Programm für Deutschland, zitiert nach: Der Imperialismus der BRD, Berlin 1971, S. 215.

¹³ H. Ehmke, Die Generation, auf die wir gewartet haben, Referat auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg am 19. März 1968, in: Politik der praktischen Vernunft, Frankfurt (Main) 1969, S. 202/203.

Sinne zur Machtfrage: Sie verlangen zunächst Macht in einem politischen System, das in relativer Unabhängigkeit von den zu verändernden Verhältnissen fähig ist, Entscheidungen gegen den Widerstand gewichtiger Interessen durchzusetzen. Und sie verlangen weiter Konzentration der Macht in Führungspositionen, etwa beim Regierungschef, der die Möglichkeit haben muß, Minister und Fraktionsführer auf die Verfolgung eines gemeinsamen Programms festzulegen.“¹⁴

Diese Darlegungen machen deutlich, daß auch die sogenannte „Reform“-Strategie eine Zentralisierung des imperialistischen Machtapparates beinhaltet. Aber das Streben nach Erweiterung der Vollmachten der Exekutive, der Zentralisierung und dem Ausbau des imperialistischen Machtapparates stand im Widerspruch zu der These „vom freien Spiel der Kräfte“ und der „Ausgleichsfunktion des Staates mittels Kompromissen zwischen den Forderungen der Interessengruppen“.

Pluralismustheorie unter Anpassungzwängen

Standen diese Grundthesen der Pluralismustheorie schon immer im Gegensatz zur Wirklichkeit, so reichten sie jetzt nicht mehr aus, um den Anforderungen an das imperialistische Herrschaftssystem gerecht zu werden. Daher wurde eine solche Modifizierung der Pluralismustheorie angestrebt, die die Schaffung jenes „leistungsfähigen, starken Staates“, der nicht in „lauter Gruppenegoismus zerfasert“, fördern soll. Das aber bedingt ein Konzept, das seine weitere gegen die Interessen des Volkes gerichtete Zentralisierung, Effektivierung und Stabilisierung zum Inhalt hat. Deshalb sollen Ausbau und Zentralisierung des imperialistischen Machtinstrumentes gleichzeitig mit bürgerlich-parlamentarischen Formen und Spielregeln und mit solchen theoretischen Thesen abgesichert werden, die eine stärkere Integration der Werktätigen und ein größeres Engagement der Bürger für diesen Staat bewirken. Dazu aber waren wiederum bestimmte Grundthesen der Pluralismustheorie, vor allem die These von der „Beteiligung aller sozialen Gruppen an der politischen Willensbildung“, dienlich. Als „Ausweg“ wurde daher von bürgerlichen Soziologen vorgeschlagen, die Pluralismustheorie den neuen Existenzbedingungen des Imperialismus anzupassen, um sie weiterhin als „praktikables Instrument“ der Herrschaftssicherung zu nutzen. In diesem Sinne fordert der amerikanische Soziologe Peter F. Drucker: „Wir brauchen eine politische Theorie, die uns einen leistungsfähigen, starken Staat gibt, und die gleichzeitig dem Bürger wesentliche Freiheiten garantiert... Wir brauchen Pluralismus, aber er muß in objektives, allgemeines Recht eingebettet sein und von ihm überhöht werden.“¹⁵

Das heißt mit anderen Worten: die mit der „Vielfalt der Interessen“ operierende Pluralismustheorie ist auch weiterhin zur Verdeckung der imperialistischen Macht- und Klassenverhältnisse und zur Erzeugung von Illusionen über den Charakter von Staat und Gesellschaft nützlich. Die „Interessen der einzelnen sozialen Gruppen“ –

14 F. Scharpf, Reformen in der Demokratie: Eine Machtfrage, in: Die Neue Gesellschaft, Bonn, März/April 1965, S. 123.

15 P. F. Drucker, Gedanken für die Zukunft, a.a.O., S. 37.

das gilt vor allem für die Interessen der Arbeiterklasse und die der anderen Werktagen – müßten jedoch in entschieden stärkerem Maße und mit wirksameren Methoden dem zum allgemeinen Gesetz erhobenen Willen der herrschenden Klasse – d.h. den Monopolinteressen und ihren Prioritäten – untergeordnet werden.

Auf der gleichen Linie liegt die Auffassung von Scharpf: Die BRD „kann die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts nur dann bestehen, wenn über der pluralistischen Politik eine Entscheidungsebene geschaffen wird, auf der kontroverse Fragen nicht länger ausgeklammert werden, und auf der politische Prioritäten, Richtlinien und Reformprogramme auch dann beschlossen werden können, wenn eine allgemeine Zustimmung nicht zu erzielen ist“¹⁶. Zur Verwirklichung dieser Vorstellung fordert Scharpf als ersten Schritt eine Regierungs- und Parlamentsreform und als zweiten die Ausarbeitung und Verabschließung einer Wahlrechtsreform. Aber gerade diese „beiden Schritte“ wurden von den herrschenden imperialistischen Kreisen bereits seit den 60er Jahren als wesentlicher Bestandteil der „inneren Staatsreform“ zur Formierung der Monopolmacht gefordert.

Damit wird deutlich, daß dem Bestreben nach Modifizierung der Pluralismuskonzeption sowohl durch die Vertreter der autoritär-konservativen Linie als auch der des parlamentarisch-verbrämten Reformkurses grundlegende Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Ziele, das heißt der Zentralisierung des imperialistischen Machtapparates und der Erhöhung seiner Leistungsfähigkeit zugrunde liegen, wobei auch die Vertreter der konservativ-autoritären Linie in zunehmendem Maße für die Stabilisierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems mittels bürgerlicher Reformen eintreten mußten.

Differenzierungen zeichnen sich lediglich hinsichtlich der Wege und Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels ab. Diese Tendenz hat sich bis in die Gegenwart fortgesetzt und verstärkt. Die rechte Sozialdemokratie versucht, die Effektivierung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in vorwiegend parlamentarische Formen, mit einem „stärkeren Engagement des Bürgers für diesen Staat“ zu entwickeln. Anknüpfend an die pluralistische „Mitwirkungstheorie“ sucht sie seine Bereitschaft zum „Mithören, Mitwirken und Mitgestalten“ im Sinne der Systemstabilisierung und der möglichst freiwilligen Unterordnung unter die staatsmonopolistischen Prioritäten zu erreichen. Die CDU/CSU ist nach wie vor bestrebt, eine solche Pluralismus-Konzeption zu entwickeln und durchzusetzen, die sich mehr an den konservativ-autoritären Formen imperialistischer Machtausübung orientiert.

„Konzertierte Aktion“ zur Regulierung der Klassenbeziehungen

Eine Variante der modifizierten Pluralismus-Konzeption zu möglichst freiwilligen Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals, die unter einem sozialdemokratischen Wirtschaftsministers entwickelt wurde, ist die „konzertierte Aktion“. Mit der Begründung „Regeln zum Austragen von Interessenkonflikten“ zu entwickeln, „die gesellschaftlichen Gruppen

16 W. Scharpf, Reformen in der Demokratie..., a.a.O., S. 125/126.

durch diese Orientierungsdaten auf das Gemeinwohl hinzuführen“, soll durch diese Einrichtung dem offenen Ausbrechen sozialer Konflikte vorgebeugt werden. Sowohl die Verhaltensweisen der konkurrierenden Gruppen des Monopolkapitals, vor allem aber das Verhalten der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften, sollen so entsprechend den Prioritäten und Erfordernissen der Sicherung und Effektivierung der Monopolherrschaft „diszipliniert“ und ausgerichtet werden. Dabei wird das Ziel der immer wieder geforderten „freiwilligen Aktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände zu einem stabilitätsgerechten Verhalten“ offen ausgesprochen: Steuerung der privaten Nachfrage über die Beeinflussung der Lohnentwicklung. Auf diese Weise sollen die Einkommen der Arbeiter und Angestellten zugunsten der Stabilisierung der Wirtschaft und der Profitentwicklung beschnitten werden. Durch die Bindung der Löhne an staatliche Orientierungsdaten soll die Verwendung des Nationaleinkommens zugunsten der Kapitalakkumulation und zur Eindämmung sozialer Konflikte beeinflußt werden¹⁷.

Diese Unterordnung der Interessen der Werktätigen unter die des Monopolkapitals mittels staatlicher Orientierungsdaten wurde – vor allem von Schiller – als eine „neue Form der Kooperation zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen“ ausgegeben, die die „gesellschaftliche Landschaft verändern“ werde¹⁸. Die „konzertierte Aktion“ – so wird behauptet – sei Bestandteil eines politischen Systems, das sich „als pluralistische, parlamentarische Demokratie auf repräsentativer Basis“ charakterisieren lasse, in der die Interessengruppen und -verbände als Ausdruck gesellschaftlicher Pluralität und „Träger politischer Willensbildung“ anerkannt seien. Ohne ein gutes Verhältnis zu diesen „autonomen Gruppen“ kann nach Meinung Schillers nicht mehr wirksam regiert werden. Deshalb sei es erforderlich, „gesellschaftlich mit diesen organisierten Gruppen zu einer Kooperation zu gelangen und gleichzeitig diese autonomen Gruppen zu einer Kooperation miteinander hinzuführen“¹⁹. Dieses „Zusammenwirken“ der Vertreter von Kapital und Arbeit in Gestalt der Gewerkschaften und Unternehmerverbände und gleichzeitig mit dem Staat wird als „sozialer Dialog“ bezeichnet, in dem die sozialen Gruppen die Möglichkeit erhalten, „an der Vorformung der Wirtschaftspolitik mitzuwirken“²⁰.

Daraus ziehen andere bürgerliche Theoretiker die Schlußfolgerung, daß durch die „konzertierte Aktion“ die Auffassung „vom Staat als einer nur durch Gesetze beschränkten Herrschaftsinstitution“ modifiziert werde. Nach Wallraff würde der

17 Siehe: L. Maier, Der staatsmonopolistische Kapitalismus – neue Erscheinungen, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Berlin, 2/1972, S. 790.

18 K. Schiller, Zukunftsorientierte deutsche Wirtschaftspolitik, Rede auf der Mitgliederversammlung des BDI am 11. Juni 1968 in Westberlin, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, 26.6.1968, S. 703.

19 ebenda.

20 K. Schiller, Konjunkturpolitik auf dem Wege zu einer Affluent Society, in: Jahre der Wende, Festgabe für Alex Möller zum 65. Geburtstag, Karlsruhe 1968, S. 71.

imperialistische Staat nunmehr „in die Rolle des Primus inter pares“²¹ rücken, der sich von den sozialen Gruppen einen sachlichen Rat erteilen ließe und sich mit ihnen auf ein bestimmtes Vorgehen einige. Seine Funktion sei es, „in bezug auf die Gesamtheit der erstrebten Ziele Gründe und Schritte beizusteuern, die glaubwürdiger sind als die der anderen Partner“²². Die Instrumente zur Durchsetzung des staatlichen Führungsanspruches seien damit nicht mehr Weisungen und Befehle, sondern die besseren Argumente und die größere Überzeugungskraft. Der Führungsanspruch des Staates werde damit auch durch „funktionale Autorität“ durchgesetzt.

Kritik und Widersprüche

Da die „staatliche Überzeugungskraft“ angesichts der sich vertiefenden Widersprüche des Systems in der Praxis auf erheblichen Widerstand stößt, soll die „konzertierte Aktion“ nach Schiller auch eine „Kampfarena für die Veränderung der gesellschaftlichen Landschaft“²³ sein. Die Mitarbeit der Gewerkschaften in dieser Institution allein wird bereits als „eine Änderung der Struktur der Gesellschaft“²⁴ bezeichnet.

Trotz all dieser schönen Sprüche wachsen indes in der Arbeiterklasse die Kritik und der Widerspruch gegen die sogenannte konzertierte Aktion.

Von den demokratischen Kräften, Arbeitern und Angestellten, Betriebsräten und Gewerkschaftsvertretern wird immer häufiger die Beendigung der Mitwirkung der Gewerkschaften an dieser Einrichtung gefordert. So erklärte der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, auf dem 9. Gewerkschaftstag 1971 in Nürnberg: „Ich nenne die konzertierte Aktion deshalb autoritär, weil hier von der Bundesregierung konkrete Tariflohn-Erhöhungssätze vorgegeben werden, bei deren Festlegung weder das Parlament noch die sozialen Gruppen mitbestimmen können, die aber einen entscheidenden Einfluß auf die Öffentlichkeit wie auch auf die Tarifverhandlungen selbst ausüben.“²⁵

Auch auf dem 9. DGB-Kongreß (Juni 1972 in Westberlin) wurde mit kritischen Worten an der „konzertierten Aktion“, ihren Zielen und Ergebnissen nicht gespart. Allerdings verzichtete der Kongreß darauf – offenbar mit Rücksicht auf die sozialdemokratisch geführte BRD-Regierung –, die Teilnahme an der „konzertierten Aktion“ aufzukündigen.

Aber auch die Unternehmervertreter sind trotz der Tatsache, daß sie im Ergebnis der „konzertierten Aktion“ laut „Handelsblatt“ (6.12.1971) „nicht schlecht ab-

21 H. J. Wallraff, Konzertierte Aktion – Analyse ihrer Leitideen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Köln, 6/1969, S. 339.

22 ebenda, S. 341.

23 K. Schiller, Rede auf dem 9. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall 1968 in München, in: Protokoll des Gewerkschaftstages (Hrsg. IG Metall), Frankfurt (Main) 1969, S. 458.

24 K. Schiller, Reden zur Wirtschaftspolitik, zitiert nach: WWI-Mitteilungen, Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB, Köln, 2/3/1972, S. 67.

25 Zitiert nach: Unveröffentlichtes Tagesprotokoll, 2. Tag, S. 55ff.

schnitten“ – insbesondere 1968 und 1969 hatte sie zu der besonders starken Erhöhung der Profite beigetragen –, mit dieser Einrichtung unzufrieden.

Sie sind einmal dadurch beunruhigt, daß auf längere Sicht die „*konzertierte Aktion*“ weder das Ausbrechen spontaner Streiks verhindern, noch die Bereitschaft der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften garantieren konnte, sich bei der Festlegung der Höhe der Löhne ausschließlich an den Prioritäten im Interesse des Monopolkapitals zu orientieren. Damit in Verbindung treten in der Rechtswissenschaft Tendenzen auf, die die Einhaltung der staatlichen Orientierungsdaten mit „*gemeinwohlorientiertem Verhalten*“ gleichsetzen und Streiks, deren Ziel die Durchsetzung von Lohnforderungen ist, die oberhalb der Orientierungsdaten liegen, als „*unverhältnismäßig*“, das heißt als nicht legitim bezeichnen²⁶.

Zum anderen befürchten bestimmte Teile des Monopolkapitals, daß die Vertreter der Gewerkschaften unter dem Druck ihrer Mitglieder in der „*konzertierten Aktion*“ gesellschaftspolitische Fragen aufwerfen, vor allem aber eine Begrenzung der Profite fordern und dieser Forderung mit gewerkschaftlichen Aktionen Nachdruck verleihen könnten.

Diejenigen Monopolvertreter, die sich gegen eine zu starke „*Einmischung des Staates in die Wirtschaft*“ wenden und die Rolle des Staates bei der Regulierung der Klassenbeziehungen auf die Niederhaltung der Arbeiterklasse und der demokratischen Kräfte beschränkt wissen wollen, sehen in der „*konzertierten Aktion*“ eine potentielle Gefahr der Einengung ihres „*Handlungsspielraumes*“.

Es zeigt sich immer deutlicher, daß auch solche Formen zur Regulierung der Klassenbeziehungen wie die „*konzertierte Aktion*“ die tatsächlichen Klassenwidersprüche auf die Dauer nicht eindämmen können. Das hat einen verstärkten Druck der Vertreter konservativ-autoritärer Linie zur Folge.

Die konservativ-autoritäre Pluralismus-Konzeption der CDU/CSU

Angesichts der Tatsache, daß die derzeitige Regierung in Bonn mehr als eine CDU/CSU-Regierung Rücksicht auf die Interessen der demokratischen Kräfte, der Arbeiter und Angestellten und anderer Werkätiger nehmen muß, verstärken die Unternehmervertreter in der CDU/CSU ihre Kritik an der Regierung, um einen entsprechenden Gegendruck zu erzeugen und die SPD-Führung noch weiter nach rechts zu treiben.

Von Interesse ist, daß diese Kritik (z.B. auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU im Jahre 1971) auch im Gewande der Pluralismustheorie vorgetragen wurde. Die dort entwickelte Pluralismus-Konzeption geht davon aus, daß es in der pluralistischen Gesellschaft auf längere Zeit einen Machtausgleich nicht geben könne. Es gäbe kein Gleichgewicht der Gruppen, da sich die Machtrelationen zwischen ihnen ständig verändern würden. Daher müsse der Staat bzw. die dem „*Allgemeinwohl*“ verpflichtete Regierung die Gruppen ständig in die Schranken weisen und eine

26 U. Scheuner, Verfassungsrechtliche Gesichtspunkte zur Fortbildung des Arbeitskampfrechts im Beschuß des Großen Senats vom 21.4.1971, in: Recht der Arbeit, München 1971, S. 327ff.; F. Säcker, Grundprobleme der kollektiven Koalitionsfreiheit, Düsseldorf 1970.

staatliche Bindung der Gruppen erreichen. Die derzeitige Regierung versäume das aber und beschwöre dadurch große Gefahren für den Staat herauf.

Mit dieser Konzeption wird im Gewande der Pluralismustheorie offen die Anwendung stärkerer autoritärer staatlicher Maßnahmen gegen die demokratischen Kräfte gefordert. Sehr unmöglich wurde das auch von Narjes (Schleswig-holsteinischer Minister für Wirtschaft und Verkehr) unterstrichen, der die Bonner Regierung rügte, daß sie nicht von den ihr zur Verfügung stehenden umfassenden Machtbefugnissen Gebrauch mache, daß sie „*aus unangebrachter Rücksichtnahme auf einzelne Gruppen vor unangenehmen Eingriffen*“²⁷ zurücksehe und die Gewerkschaften mit ihren Forderungen nicht genügend in die Schranken weise. Gegenwärtig befände sich nach Narjes die BRD „*in einer Krise des Pluralismus, weil offenbar vielerorts befürchtet wird, daß der Staat die Sicherheit, die Effizienz und Kontinuität der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung angesichts wild wuchernder Gruppenmacht auf die Dauer nicht gewährleisten*“ könne. Eine solche „*Krise des Pluralismus*“ – so wird gewarnt – könnte zu einem Verschleiß von „*Regierungs- und Staatsautorität*“ führen. Den Ausweg sieht Narjes darin, daß die einzelnen gesellschaftlichen Gruppen „*ohne Einschränkung das Wächteramt des Staates*“ anerkennen. Aufgabe des Staates sei es, „*den einzelnen Gruppen Grenzen zu setzen und über die Einhaltung dieser Grenzen zu wachen*“.

Der von Narjes angestrebte Ausweg aus der „*Krise des Pluralismus*“, der letztlich in der Forderung nach einem „*starken Staat*“, der energisch gegen die demokratischen Kräfte vorgehen soll, gipfelt, demonstriert den Versuch einer autoritären Ausrichtung der Pluralismus-Konzeptionen, die in der Betonung gerade der Macht- und Gewaltfunktion des imperialistischen Staates besteht. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Narjes – den die CDU/CSU in einer von ihr angestrebten Regierung für das Amt des Wirtschaftsministers vorgesehen hat – auch die „*Grenzen*“ absteckt, in denen das Wirken der gesellschaftlichen Kräfte eingegrenzt werden soll. Er betont, daß die „*gesellschaftlichen Gruppen*“ die Verpflichtung hätten, „*ihr gesamtes Verhalten jederzeit im Rahmen der geltenden Wirtschaftsordnung, also des von der Politik entschiedenen ‚Systems‘ zu halten. Die Berufung auf wirtschaftliche Gruppenmacht zur Verfolgung politischer Ziele systemsprenger oder systemüberwindender Art ist damit ausgeschlossen.*“

Der Staat bzw. die Regierung sollen also rigoros und kompromißlos all jene Kräfte in die „*Grenzen weisen*“, die politische Forderungen erheben, die nicht zur Festigung und Effektivierung des staatsmonopolistischen Systems dienen. Vor allem Forderungen nach Demokratisierung von Staat und Gesellschaft müsse der „*Wächter*“ Staat zurückweisen, denn die gesellschaftlichen Gruppen hätten angeblich „*keine Legitimationen für Gestaltungsansprüche jenseits ihres Teilbereiches oder gar in Richtung Gesamtstaat*“.

Nach Vorstellung dieses Vertreters des Wirtschaftstages der CDU/CSU können die gesellschaftlichen Gruppen – darunter versteht er in erster Linie die Arbeiter-

27 K.-H. Narjes, Verteilung der Macht: Die Gruppen in der Gesellschaft, Rede auf dem Wirtschaftstag der CDU/CSU am 24. Juni 1971, zitiert nach: Pressematerial, S. 15, 14, 2, 16, 2.

klasse und ihre Gewerkschaften sowie andere demokratische Kräfte – lediglich „anregen, diskutieren und andere zweckdienliche Sachbeiträge leisten. Die politische Aktion kann ihnen auch dann nicht zugebilligt werden, wenn sie dies mit dem Hinweis auf politische Ordnungsfunktionen begründen ...“

Den gesellschaftlichen Gruppen und Klassen – natürlich außer den Monopolen – wird nach dieser Konzeption jegliches Recht abgesprochen, für die Durchsetzung ihrer Forderungen zu kämpfen. Sie sollen lediglich „zweckdienliche Sachbeiträge“ zur Sicherung und Festigung des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems leisten, Jegliche demokratische Aktion zur Durchsetzung einer Politik, die sich an den Interessen des Volkes orientiert und damit dem Profit- und Machtstreben der Monopole zuwiderläuft, soll von vornherein – mit dem Hinweis auf das „Gemeinwohl“ – unterbunden werden. Sollte eine freiwillige Unterwerfung unter die als Gemeinwohl ausgegebenen Monopolinteressen nicht erfolgen, so soll die Regierung vor „unangenehmen Eingriffen“ – d.h. vor Gewaltanwendung – nicht zurückschrecken.

Eine Neuauflage der „formierten Gesellschaft“

Die Verwandtschaft dieser Pluralismus-Konzeption mit der „formierten Gesellschaft“ läßt sich nicht übersehen. Bereits im Jahre 1965 forderte Eric Voegelin – ein Mitautor der Konzeption von der „formierten Gesellschaft“ – für den Fall, daß sich die Werktagigen nicht freiwillig den Prioritäten des Monopolkapitals unterwerfen, mit „eiserner Faust“ durchzugreifen und, wenn es gar nicht anders gehe, „von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes“²⁸ überzugehen.

Offensichtlich wollen heute einflußreiche Vertreter der CDU/CSU diese reaktionären Grundthesen der „formierten Gesellschaft“ zwar etwas umschreiben, aber ihrem Wesen nach in eine modifizierte Pluralismus-Konzeption hinüberretten und so die „Krise des Pluralismus“ überwinden. Aber die sogenannte Krise des Pluralismus, die nur Ausdruck der Krise der bürgerlichen Ideologie ist und so die allgemeine Krise des imperialistischen Systems widerspiegelt, kann auch durch solche theoretischen Manipulationen nicht überwunden werden.

Die soziale Theorie der Pluralismustheorie – gleich in welcher Modifikation –, die wie jede Form der bürgerlichen Ideologie eine falsche, verzerrte, das Wesen der Sache verdeckende Form der Widerspiegelung der Wirklichkeit ist, besteht darin, dem Kampf der demokratischen Kräfte, besonders der Arbeiterklasse, gegen das bestehende System entgegenzuwirken, sie von dem Erkennen der tatsächlichen Konsequenzen abzulenken und sie noch stärker an das bestehende System zu binden.

Damit wird zugleich die komplizierte Situation für die herrschenden imperialistischen Kreise deutlich. Einerseits ist die imperialistische Monopolherrschaft immer mit dem Streben nach autoritären Regierungsformen verbunden. Andererseits

28 E. Voegelin, Die dritte Phase der Industriegesellschaft, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn, 15/1965.

zwingt die Ausstrahlungskraft des Sozialismus auf die Volksmassen den Imperialismus, diese autoritären Herrschaftsmethoden parlamentarisch zu verbrämen und im Interesse der Systemsicherung zu Reformen überzugehen und gewisse Zugeständnisse zu machen. Sie sind gezwungen, die beiden Grundmethoden der imperialistischen Herrschaftssicherung – die Methode der Konzentration des Macht- und Unterdrückungsapparates mit konservativ-autoritären Mitteln und die Methode der Stabilisierung des imperialistischen Systems durch Reformen von oben unter Ausnutzung bürgerlich-parlamentarischer Formen – auf neue Art miteinander zu verbinden.

3. Die Widerspiegelung imperialistischer Herrschaftsmethoden in den Pluralismus-Konzeptionen

Dieser neuartigen Kombination der beiden Grundmethoden imperialistischer Machtausübung entsprechen die neuen Tendenzen in den imperialistischen Pluralismus-Konzeptionen. Einerseits stimmen sie überein mit der imperialistischen Reformpolitik, wobei diese den kleinbürgerlichen Illusionen über das „Funktionieren“ der bürgerlichen „pluralistischen Demokratie“, das „Zusammenwirken der sozialen Gruppen mit dem Staat“ und die „Berücksichtigung der Gruppeninteressen durch die Politik des Staates“ immer wieder neue Nahrung geben soll. Andererseits spiegeln sich die Bestrebungen der weiteren Konzentration und Zentralisation des imperialistischen Macht- und Unterdrückungsapparates in den Thesen vom „starken und leistungsfähigen Staat“ wider.

Das Neue bei der Modifizierung der imperialistischen Pluralismustheorie besteht darin:

Wenn in der Vergangenheit in Situationen, da die herrschende Klasse mit den alten Methoden des Regierens nicht weiterkam, die Pluralismus-Konzeption durch andere, einen starken Staat fordernde, ersetzt werden sollten (in den 30er Jahren: Carl Schmitt mit seinen Theorien vom „starken Staat“, in den 60er Jahren durch die Schüler Schmitts mit der Theorie von der „formierten Gesellschaft“), so versuchen heute bürgerliche Theoretiker und Politiker entsprechend der Kombination der beiden imperialistischen Grundmethoden der Herrschaftssicherung die Pluralismus-Konzeptionen mit den Vorstellungen von einem „leistungsfähigen, starken Staat“ zu verbinden.

Darin zeigt sich, daß die Wahl der Herrschaftsformen und ideologischen Konzeptionen heute noch weniger als in früheren Jahrzehnten allein von den herrschenden imperialistischen Kreisen abhängt, daß sie mehr zum Lavieren und zur Anwendung flexibler Herrschaftsmethoden gezwungen sind und es heute für sie viel schwieriger geworden ist, zu offen autoritär-diktatorischen Herrschaftsformen überzugehen. Diesem Zwang zur parlamentarischen Verbrämung der Zentralisierung und Stärkung der Monopolmacht entsprechen die neuen Tendenzen der imperialistischen Pluralismus-Konzeptionen.

Dabei stützen sich die herrschenden imperialistischen Kreise und ihre Ideologen im verstärkten Maße auf die Grundthese der imperialistischen Staatstheorie, die These vom Staat als „*Vertreter des Allgemeinwohles*“.

Der imperialistische Staat – so wird vorgegeben – sei ein „*leistungsfähiger, starker Staat*“, indem er „*die gesellschaftlichen Gruppen durch seine planende und ausgleichende Politik und durch Orientierungshilfen auf das Gemeinwohl*“ hinführt. Er könne seine Aufgabe nur erfüllen, wenn er neben dem „*was für die jeweilige Gruppe möglich ist*“, auch immer berücksichtige, „*was dem Nutzen des Ganzen frommt*“²⁹; wenn er erreiche, daß die gesellschaftlichen Kräfte und Organisationen „*ihre Gruppeninteressen klar und unzweideutig in Abhängigkeit vom übergeordneten Gesamtwohl sehen*“³⁰.

Diese Orientierung auf das „*Gemeinwohl*“ oder „*Gesamtwohl*“ ist nicht neu. In den Thesen zur „*formierten Gesellschaft*“ aus dem Jahre 1965 hieß es, daß die „*formierte Gesellschaft*“ eine „*Leistungsgesellschaft*“ sei, deren einzelne Teile sich dem „*Gemeinwohl*“ unterzuordnen haben³¹. Nach diesen Thesen liegt die Verantwortung für das „*Gemeinwohl*“ bei der Staatsführung, die die Aufgabe hat, „*den Gruppenegoismus*“ zu überwinden.

Der Kern der Allgemeinwohl-Theorien- in welcher Variante sie auch immer auftreten – besteht letztlich darin, die Interessen der Arbeiterklasse und aller antimonalistischen Kräfte unter die als Allgemeinwohl deklarierten Interessen des Monopolkapitals unterzuordnen. Darüber kann auch nicht die Tatsache hinwegtäuschen, daß die Durchsetzung der Interessen der stärksten Monopole im Widerstreit mit dieser oder jener Gruppierung der herrschenden Kreise erfolgt.

Nach wie vor ist die Einschätzung von Karl Marx aktuell, daß in der antagonistischen Klassengesellschaft jede herrschende Klasse gezwungen ist, „*schon um ihren Zweck durchzusetzen, ihr Interesse als das gemeinschaftliche Interesse aller Mitglieder der Gesellschaft darzustellen, d.h., ideell ausgedrückt: ihren Gedanken die Form der Allgemeinheit zu geben, sie als einzige vernünftig, allgemeingültig darzustellen*“³².

Das muß sie heute um so mehr, als in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft die allgemeinen Volksinteressen tatsächlich zum Grundgesetz der Tätigkeit des sozialistischen Staates geworden sind, weil die Interessen des sozialistischen Staates mit den Lebensinteressen seiner Bürger übereinstimmen.

Alle Versuche zur Verschleierung des reaktionären Klassenwesens des imperialistischen Herrschaftssystems können angesichts der wachsenden Ausstrahlungskraft der sozialistischen Demokratie und der Vertiefung der imperialistischen Widersprüche auf die Dauer nicht verhindern, daß die Einsicht der anti-imperialistischen Kräfte – besonders der Arbeiterklasse – in die tatsächlichen Machtverhältnisse wächst, und der Kampf um Einschränkung der Macht der Monopole und schließlich um Sozialismus in den imperialistischen Ländern weiter fortschreiten wird.

29 W. Brandt, Verantwortung aller für den demokratischen Staat, a.a.O.

30 K.-H. Narjes, Verteilung der Macht..., a.a.O., S. 16.

31 Siehe 12 Thesen zur „*formierten Gesellschaft*“, These 6, in: Gesellschaftspolitische Kommentare, Bonn, 13/14/1965.

32 Marx/Engels, Werke, Bd. 3, Berlin 1958, S. 47.

Lucio De Carlini

Bemerkungen zur Entwicklung der Confindustria

Der nachfolgende Beitrag ist ein Auszug aus dem von Collida/De Carlini/Mossetto/Stefanelli herausgegebenen Buch „*La Politica del Padronato Italiano dalla ricostruzione all'autunno caldo*“¹. De Donato Editore, Bari 1972, S. 55–84. Der Beitrag wurde durch die Redaktion des Marxismus-Digest leicht gekürzt, desgleichen wurde der Titel geändert (Originaltitel *La Confindustria*).

Geschichte der Confindustria oder Geschichte des italienischen Unternehmertums?

Der nachfolgende Aufsatz erhebt nicht den Anspruch, eine umfassende Geschichte der Confindustria von 1945 bis heute zu bieten. Auch wenn man versuchen wollte, chronologisch Stellungnahmen und Initiativen der Confindustria in den letzten 25 Jahren zu verfolgen, so müßten dem Autor eines solchen Unternehmens doch große Zweifel angesichts der Materiallücken verbleiben, die sich zwangsläufig aus der Natur des Projekts einer fundierten kritischen Darstellung der größten Organisation des privaten Unternehmertums in Italien ergeben.

Der Zweifel würde vor allem durch den permanenten Widerspruch charakterisiert, der sich seit dem Bestehen der Confindustria zeigt. Gemeint ist damit vor allem der Widerspruch zwischen den Grundsatzlinien und den grundsätzlichen Standpunkten der Organisation einerseits und den äußerst vielfältigen Initiativen des italienischen Unternehmertums andererseits, die sich durchwegs im Bereich der einzelnen Betriebe sowie in einzelnen regionalen und politisch unterschiedlich organisierten Unternehmergruppen bemerkbar machen.

Dieser Widerspruch ist jedoch nicht strukturellen Charakters und berührt weder die Ideologie oder, wenn man so will, die „*Subkultur*“ des Unternehmers: Berührt man dieses aufgeworfene Problem jenseits aller strategischen und taktischen Wandlungen, dann stoßen wir auf eine bis heute ungebrochene substantielle Kontinuität im italienischen Unternehmertum bei der Verteidigung des Privatkapitals.

Nichtdestoweniger ist dieser Widerspruch vorhanden und Alighiero De Micheli hat ihn bei seiner Ablösung durch seinen Nachfolger Furio Cicogna (1961) mit folgenden Worten zusammengefaßt: „*In einer modernen Demokratie, die keine herrschende Klasse oder besser gesagt eine leitende Klasse akzeptieren will, eine derartige Demokratie kann nur verantwortlich gemacht werden in den Grenzen der Macht, die durch sie anerkannt werden. Heute fallen Verantwortung und Macht nicht immer zusammen und dies ist unsere eigentliche Krise.*“

Entkleidet man diese Worte ihrer mystifizierenden Form und übersetzt sie auf die Ebene des einzelnen Betriebes und der kapitalistischen Klasse insgesamt, dann existiert zweifellos eine ungebrochene Zielsetzung (Profitmaximierung). Auf der Ebene der Unternehmerorganisation dagegen ist die von den organisierten Unternehmern ausgeübte Form der Kontrolle des gesamtgesellschaftlichen Zustandes wie ihre

politische Linie nicht imstande, gewissen grundsätzlichen Prinzipien eben dieser einzelnen Unternehmer Glaubwürdigkeit zu verleihen. Dies gilt, im Falle der privaten Unternehmer, insbesondere für die „*natürliche und unumgängliche Funktion des Privatunternehmens*“.

Zweifel für jemanden, der eine Geschichte der Confindustria schreiben wollte, würden sich z.B. in der Frage konkretisieren, ob der Nachvollzug etwa der verschiedenen Etappen in den kontinuierlichen internen Krisen des Unternehmerverbandes tatsächlich nicht bloß die Mystifizierung einer substantiellen Wirklichkeit ist, die Resultat eines kontinuierlichen Wachstums der Unternehmertum in Italien ist, gleichsam das komplexe Produkt einer Jahrhunderte langen Geschichte der Entwicklung von Fabriken und Industriesektoren.

Die mangelnde Fähigkeit der Erkenntnis führt gerade aus diesem „historiographischen“ Zweifel her, der sich konkret niederschlägt in fehlenden Dokumentationen zum Thema der Beziehungen zwischen den verschiedenen Unternehmergruppen und zum Thema der Geschichte der italienischen Schwerindustrie respektive der verschiedenen Industriebereiche insgesamt. Hier liegt für die Arbeiterbewegung eine große Forschungsaufgabe vor, die so rasch als möglich in Angriff genommen werden muß, da allein durch eine derartige Forschungsrichtung die Möglichkeit geschaffen werden kann, besser eben jene Geschichte der Confindustria zu erklären.

Läßt man die genannten Grenzen und Zweifel beiseite, die einer heute zu erststellenden kritischen Geschichte der Confindustria entgegenstehen, so halten wir es immerhin für möglich, auf einige wesentliche Fragen hinzuweisen, die das Handeln der Confindustria von 1945 bis heute bestimmt haben. Tatsächlich hat die Confindustria stets eine gewichtige und substantielle Rolle, sowohl in der Verteidigung als auch im Angriff, in den verschiedenen ökonomischen, politischen und gesellschaftspolitischen Phasen des Italiens der Nachkriegszeit gespielt. Speziell in einigen entscheidenden Zeitschnitten des kapitalistischen Expansions- und Entwicklungsprozesses der Nachkriegszeit ist es der Confindustria gelungen, die restaurativen und konservativen Kräfte *insgesamt* zu stärken, indem sie die traditionell herrschende Rolle nicht nur der italienischen Industriellen, sondern der italienischen Bourgeoisie insgesamt, auf gesamtgesellschaftlicher Ebene durchzusetzen verstand.

Aufgabe des vorliegenden Aufsatzes ist es demnach, anhand einer Reihe von Fragen, Argumenten und politischen, ökonomischen und gesellschaftlich entscheidenden Punkten der letzten 25 Jahre herauszuarbeiten, wie sich die Tätigkeit der Confindustria entwickelt hat.

Die allgemeine Rolle der Confindustria von 1945 bis heute Die Confindustria und die politischen Auseinandersetzungen

Die Confederazione generale dell'industria italiana wurde formell am 10. Dezember 1945 mit einer ersten Generalversammlung ihrer Organisationen, gegliedert nach einzelnen Regionen und nach Berufsgruppen, gegründet. Mit der Berufung zum Präsidenten des Werftbesitzers Angelo Costa aus Genua suchte das ita-

lienische Unternehmertum durch betont ruhiges und gedämpftes Auftreten den Eindruck einer völligen Erneuerung zu erwecken, so als sei der Verband ausschließlich als technische- oder als Berufsorganisation gegründet worden. Eine betonte Zurückhaltung charakterisiert die ersten Schritte der Confindustria: Sie mußte die überdimensionierte Tätigkeit der Confederazione degli industriali unter dem Faschismus vergessen machen. Speziell in der zweiten Hälfte der 30er Jahre war die Confindustria gleichsam zu einem verlängerten Arm der öffentlichen Verwaltung geworden; sie schloß damit einen Wachstumsprozeß ab, der die wachsende Bürokratisierung der verschiedenen, von ihren Büros und Exponenten, ausgeübten Funktionen betraf und der sich seit Beginn des faschistischen Regimes beobachten ließ. Die minutiöse Reglementierung des Stände-Staates und die autarke Wirtschaft hatten fast vollständig den Unternehmerverband in die tagtäglichen Aktionen des faschistischen Staates miteinbezogen. Schon Ende 1945 konnte sich die Confindustria, unter dem Deckmantel „technisch“ und „Berufsorganisation“, als Organisation präsentieren, die nicht weniger als 70.000 Unternehmen erfaßte, in denen ungefähr 2 Millionen Lohnabhängige beschäftigt waren. Die bürokratischen und organisatorischen Kräfte waren somit völlig intakt geblieben. Eine bemerkenswerte Tatsache ist es jedoch rückblickend, wenn man bedenkt, daß es in nur wenigen Monaten Angelo Costa gelang, von der Basis einer zunächst rein defensiv eingestellten Organisation her eine neue politische Konzeption des Unternehmerverbandes zu entwickeln. So waren schon der in der 2. Hälfte des Jahres 1945 alle Büros und Organe der Confindustria der faschistischen Zeit wieder voll funktionsfähig. Angelo Costa konnte daran gehen, eine politische Position aufzubauen, die verständlicherweise zunächst auf einer defensiven Position beruhte, jedoch bereits durch einige prinzipielle Auseinandersetzungen gekennzeichnet war, die zwischen 1946 und 1948 siegreich für den Unternehmerverband verliefen.

Vor allem zwei Problemen widmete die Confindustria ihre Aufmerksamkeit – Einrichtung von aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzten Betriebsleitungen (*consigli di gestione*) und Freizügigkeit bei Entlassungen – da sich in der Auseinandersetzung mit ihnen die große Möglichkeit einer umfassenden Rekonstruktion der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bot.

Bezeichnend zu diesen Vorgängen ist der Brief, den Costa an den Präsidenten der verfassungsgebenden Versammlung am 26. Januar 1946 sandte. Aus dieser Erklärung spricht die Entschlossenheit und die Autorität des Unternehmertums: „*Der Unternehmer ist demnach stets auf die Zukunft ausgerichtet. Die Arbeiter kümmern sich, aus welchen Gründen auch immer, vorwiegend um das Heute: Der erstere stellt demnach das vorwärtsreibende und revolutionäre Element im Inneren des Betriebes dar, letztere verkörpern das bewahrende und konservierende Element.*“ Auf diese an Deutlichkeit nichts zu wünschen übriglassende Erklärung folgt dann, mit geradezu klassischen Argumenten vorgetragen, das Nein des Unternehmerverbandes zu den gemischten Betriebsleitungen: „...hier würde ein hemmendes Organ entstehen, das lediglich ein beständiger Herd von Ressentiments, Rivalitäten und vorgefaßten Meinungen wäre, das imstande wäre, jene tatsächlich verantwortungsbewußte Zusammenarbeit zu untergraben, die schon im Gang ist und die eine gleichsam

niemals abgeschlossene Diskussion der Probleme darstellt, deren Begriffe und Lösungen dann von nicht wenigen der Mitglieder der gemischten Betriebsleitung ignoriert würden... Die Leitung eines Betriebes ist eine Kunst und keine Improvisation. Sie erfordert darüberhinaus volle Autorität und Ansehen desjenigen, der diese Leitung ausübt: Autorität und Ansehen aber sind nicht vereinbar mit der Kontrolle des Betriebes durch einen Teil der Untergebenen.“

Diese Zeilen schrieb Costa zu Beginn des politisch harten, entscheidenden Jahres 1946. Am Ende dieses Jahres hatte sich dann das italienische Unternehmertum siegreich durchgesetzt. So konnte denn Angelo Costa auf der Jahresversammlung der Confindustria am 4. Dezember 1946 in Gegenwart von Morandi, dem Industrieminister, der das Projekt über die gemischten Betriebsleitungen vorgelegt hatte, verkünden: „*Freiheit und eine ruhige Zukunft heißen die Begriffe, um Menschen und Industriekapital zu animieren. Wir wären naiv, würden wir voraussetzen, daß die Regierung uns das ohne weiteres liefern kann: wir sind aber weder naiv noch außerhalb der Realität stehend, wenn wir nicht nur in unserem Namen, sondern im wahren Interesse des gesamten Landes, das wir nicht nur vorgeben zu vertreten, sondern von dem wir behaupten, es sehr gut zu kennen, erklären, daß die Regierung ihre bis jetzt verfolgte Politik ändern muß.*“

Neben dem Kampf der Unternehmer gegen die gemischten Betriebsleitungen stand in dieser Zeit vor allem das Bemühen der Confindustria, speziell in der Frage der Entlassungen freie Hand zu bekommen, um so zu versuchen, die Löhne niedrig zu halten. So erklärt sich die deflationistische und protektionistische Linie, der das Unternehmertum zwischen 1947 und 1950 zuneigte: Wenige und „umfassende“ intergewerkschaftliche Abschlüsse und freie Hand in den Betrieben; erneute Installation und Wiederaufbau des Produktionsapparates, dessen Profitspanne selbst in der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht geschmälert worden war; kontrollierter und kein expansiver Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts; nur gradueller Anwachsen der Industrie in einem Land, das nach dem Willen der Confindustria vorwiegend Agrarland bleiben sollte usw.

Die Confindustria wollte somit, durch keinerlei Fesseln gehemmt und mit völlig freier Hand, nicht einen intensiven und expansionsreichen Entwicklungsabschnitt bestimmen, sondern im Gegenteil durch bestimmte Schritte eine solide Klassenstruktur ohne große Unternehmerrisiken konsolidieren.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn man in einem Werk, das von der Confindustria 1948 herausgegeben wurde („Warum sind in Italien die Löhne niedrig und warum herrscht Arbeitslosigkeit?“) Behauptungen lesen kann, die voll und ganz der Begriffsbestimmung eines „klassischen Kapitalismus“ entsprechen: „*In der außergewöhnlichen Lage der unmittelbaren Nachkriegszeit war der Entlassungsstop gerechtfertigt; dies war aber nur für jene notwendige Zeit zutreffend, die benötigt wurde, um Sicherungsmaßnahmen für die Arbeitslosen zu treffen... Die weiter existierende Zahl von 2 Millionen Arbeitslosen, das entspricht ungefähr 10% der arbeitenden Bevölkerung in Italien, ist ein schwieriges, aber kein beunruhigendes Problem, vorausgesetzt, es wird mit den geeigneten Mitteln an seine Lösung gegangen, die nicht die Ursachen für dieses Phänomen noch weiter verschär-*

fen. Der Fortschritt in der Technik, die amerikanische Hilfsleistungen, die Befreiung von militärischen Lasten, eröffnen dem italienischen Volk die Aussicht auf einen höheren Lebensstandard als er jemals zuvor vorhanden war, auch wenn man die Tatsache ins Auge fassen muß, das gegenwärtig noch eine beachtliche Zahl von Arbeitslosen vorhanden ist und weiterhin vorhanden sein wird.“

Niedrige Löhne und die Beibehaltung einer enorm hohen Quote von Arbeitslosen als stabilisierendes und einschüchterndes Druckelement auf die italienischen Arbeiter, die jederzeit der Gefahr einer Entlassung unterworfen waren und sind: diese beiden Elemente ergänzen sich eng in der Politik der Confindustria, die von ihr bis 1950 betrieben wurde.

Angelo Costa konnte daher am 3. Dezember 1947 zynisch bei der Jahresversammlung der Confindustria die Frage so behandeln: „*Wenn heute in Italien die Reallöhne noch nicht das von allen erstrebte Niveau erreicht haben, dann liegt das hauptsächlich an der mangelnden und noch weitaus zu verbesserten Arbeitsproduktivität. Den weitaus schlechtesten Grad an Arbeitsproduktivität haben wir dort, wo ein Überfluß an Lohnabhängigen im Betrieb besteht und wo keine Entlassungen vorgenommen werden dürfen. Wenn wir heute in Italien eine große Anzahl von Arbeitslosen haben, dann liegt das zum großen Teil an den Schwierigkeiten, die wir als Unternehmer mit den Entlassungen haben, denn das Verbot der Entlassungen wirkt sich lähmend auf den Initiativegeist aus und beschränkt einen neuen Aufschwung.*“

Der Confindustria gelang es in diesen Jahren, voll ihren Standpunkt durchzusetzen. Und das gelang ihr ohne spezielle politische Anstrengungen, allein aufgrund ihres Selbstverständnisses als Organisation der Unternehmer. Angelo Costa verfolgte eine alte erprobte Linie der Unternehmer in allen wesentlichen Fragen. Aber auf politischem Gebiet suchte er, und zum großen Teil gelang ihm dies auch, dem direkten politischen Zusammenstoß auszuweichen. Es waren Jahre guter, ja sehr guter Beziehungen mit der DC (Christdemokratische Partei Italiens), doch herrschte in der Confindustria, alles in allem genommen, ein Gespür für Klugheit und für Vorsicht in politischen Fragen. Es waren Jahre, wie Joseph La Palombara in einer berühmten Untersuchung gezeigt hat, in denen sich erneut enge Verbindung zwischen dem Behördenapparat und der Bürokratie vom Piazza Venezia herauszubilden begann.

Angelo Costa strebte auf der einen Seite nach einer engen Verbindung mit De Gasperi. Andererseits aber war er sehr bemüht, so schnell als möglich jene engen Bande zwischen Ministerialbürokratie und der Bürokratie des Unternehmerverbandes zu konsolidieren: allein so schien es ihm möglich zu sein, eine beständige Präsenz des Unternehmerverbandes in jeder Phase der Herausbildung, der Verwirklichung und der Durchsetzung aller politischen, ökonomischen und sozialen Entscheidungen zu sichern.

Wir kommen somit nicht umhin, die Jahre zwischen 1949 und 1952 gleichsam als das „goldene“ Zeitalter der Confindustria anzusehen, in der eine echte organische Identifizierung ihrerseits sowohl in der Zielsetzung als auch in den Klasseninteressen mit zwei eng miteinander integrierten Ebenen vorhanden war: der Ebene

der politischen Leitung (*Costa – De Gasperi*) und der staatlich-bürokratischen Exekutive.

Aber gerade in diesen Jahren, die den Höhepunkt des politischen Einflusses des Unternehmerverbandes anzeigen, läßt sich ein erster Riß in den Beziehungen Confindustria-Regierung feststellen. Er entsteht beim Auftauchen des Problems der Internationalisierung des Handels sowie bei dem der Warenliberalisierung.

Im Zeitraum zwischen 1945 bis 1954 war die Politik der Confindustria stark protektionistisch ausgerichtet. Sie war vornehmlich an die Interessen der Schwerindustrie (Falck), der Elektroindustrie (Edison, Centrale, SADE), der Automobilindustrie (die damals noch nicht in nennenswertem Umfang exportierte) gebunden, darüberhinaus spielten noch traditionelle Sektoren wie die Zucker- und Zementindustrie eine gewisse Rolle.

Doch war bereits nach Abschluß der ersten Wiederaufbauphase der Industrie auf Regierungsebene ein wachsendes Bedürfnis zum Ausdruck gekommen, neue Wege zu suchen, um der Industrie eine durchgreifende Modernisierung zu ermöglichen und gleichzeitig als Produzent von Konsumgütern in Erscheinung zu treten, kurz, die Weichen in Richtung auf eine beschleunigte Expansion zu stellen.

Zwei gegensätzliche Ansichten manifestierten sich in dieser kurzen Periode; allerdings bedarf es heute wirklicher Anstrengungen, in den Polemiken der Jahre 1950–1951 über die Liberalisierung des Warenaustausches und der Reduzierung der Zölle gleichsam das hierin enthalten Moment der Weitsichtigkeit der Regierung, gemessen an der starren und doktrinären Position des Unternehmerverbandes, zu sehen.

In Wirklichkeit bestanden die Bedenken des Unternehmerverbandes darin, daß die Industriellen nicht direkt an bestimmten Entscheidungen über freien Handel und antiprotektionistische Maßnahmen beteiligt würden. Am 6. Dezember 1949 faßte Costa diesen Standpunkt wie folgt zusammen: „Vielleicht mehr als an allem hat unser Land ein reales Interesse an einer Politik des unbeschränkten Austausches von Waren, Personen und Kapitalien und aus diesem Grunde stehen wir dem im Prinzip positiv gegenüber, was man heute allgemein als ‚Liberalisierung‘ bezeichnet; aber wir in der Wirtschaft sind es gewöhnt, von festen Standpunkten auszugehen, weil man sowohl die notwendigen Voraussetzungen als auch die logischen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, bedenken muß... Schließt man weitreichende Handelsverträge ohne die Beteiligung derjenigen ab, die hierzu gute Ratsschläge beisteuern könnten, dann würde dies bedeuten, das ökonomische Interesse des Landes mit der mehr oder weniger aufrichtig gemeinten Rechtfertigung hintanzustellen, dieses Interesse würde dem der vertragschließenden Nation schon nicht zuwiderlaufen... Freundschaftliche Beziehungen schafft man nicht mit der Unterschrift unter Verträge, in denen nur die eine Seite Opfer bringt.“

Sicherlich läßt sich auch hier mangelndes Realitätsbewußtsein und eine starre Denkweise in dem von Costa vorgetragenen Standpunkt der Confindustria feststellen, aber jenseits aller polemischen Ausfälle und warnenden Cassandra-Rufe steht im Mittelpunkt der Bedenken über diese Probleme die Möglichkeit, die einzel-

nen zu realisierenden Etappen auf dem Weg zu einer ökonomischen Integration nicht voll zu durchschauen.

Seit 1951, beginnend mit der wirtschaftlichen Liberalisierung im Sinne der O.E.C.D., dann mit der partiellen monetären Konvertibilität im Sinne der Europäischen Zahlungsunion, fortgesetzt schließlich durch die verschiedenen Phasen der Realisierung der EWG, orientierte sich die italienische Wirtschaft zunehmend auf das Ausland. Festzuhalten ist, daß von diesem Zeitpunkt an bis heute, natürlich in verschiedener Akzentuierung, die Confindustria nichts unversucht ließ, diesen Prozeß durch Forderungen von ökonomischen Garantien, durch gezielte Eingriffe, zu beeinflussen. Die wahre Meinung über diese Probleme faßte die Ansprache von *De Micheli* auf der Jahresversammlung im Jahre 1956 zusammen: „Die Möglichkeit einer Steigerung der Exporte, angesichts des Diktates einer sich ständig verschärfenden Konkurrenz im internationalen Handel, hat bestimmte Grenzen, die allein dadurch hinausgeschoben werden können, indem man dem Export unseres Landes die gleichen Bedingungen gewährt, denen sich die Exporte der ausländischen Länder erfreuen.“

Sicher ist indessen, daß der sich in diesem Zeitraum rapide beschleunigende Prozeß des Wachstums der italienischen Wirtschaft einige Risse im Selbstverständnis und in der Rolle der Confindustria verursacht hat, ähnlich wie übrigens in dem Gleichgewicht Regierung-Unternehmertum. Von diesem Zeitraum an können wir von einem beginnenden Verfall der Rolle der Confindustria sprechen. Dieser Verfall wird sich in seinen Grundaspekten ungefähr erst ein Jahrzehnt später voll in seinen Konsequenzen zeigen. Zunächst hatte es in dem Zeitraum von 1953 bis 1960 den Anschein, als sei die autoritär-repressive Macht der Confindustria als Interessenverband eher noch gewachsen. Die wirtschaftliche Entwicklung beschleunigt sich: zwischen 1953 und 1958 können wir wirklich von einem „Wirtschaftswunder“ in Italien sprechen, respektive seiner Verwandlung in ein vorwiegend industriell geprägtes Land.

Aber gerade die in diesen Jahren sichtbar gewachsene Wirtschaftsmacht scheint bei der Confindustria die alten und umsichtigen Regeln eines vorsichtigen Taktierens beseitigt zu haben: In jenen Jahren, in denen wir den Versuch auf Regierungsebene verzeichnen können, eine mehr gemäßigte und ausbalancierte kapitalistische Hegemonie zu finden (Krise des Zentrismus), setzt die Confindustria alles auf die Karte des Integralismus und der politischen Dominanz im gesellschaftlichen Leben Italiens; ihre Anstrengungen gelten dem Ziel, der politischen Macht keinerlei Autonomie zu überlassen.

Der politische Niedergang von *De Gasperi* beschleunigte einen Prozeß, der insgesamt auf eine flexible Linie in der Politik ausgerichtet war. In den Wahlen von 1953 wurden viele Kandidaten mit eindeutiger Ausrichtung auf den Unternehmerverband nicht mehr gewählt, aber in der DC überwogen zugleich *Fanfani* und Gruppen, die noch weit weniger laizistisch ausgerichtet waren und direkt aus dem alten Funktionärskader um *De Gasperi* stammten. Genau dieser Entwicklungspunkt wurde bei der Confindustria nicht verstanden: das sich nämlich hinter einer formalen Differenzierung zwischen politischer und ökonomischer Macht in Wirklichkeit keinerlei

substantielle Gefahr verbirgt. Stattdessen verfolgte der Unternehmerverband eine Linie der politischen Hegemonie, eines liberalistischen Integralismus, eine Linie der täglichen und ausdrücklichen Verteidigung seiner nicht nur leitenden, sondern auch seiner beherrschenden Rolle im gesellschaftlichen Leben.

Von Mailand und von der Assolombarda, Zentren, in denen das Verständnis für die Politisierung der Rolle des Unternehmerverbandes wohl am ausgeprägtesten ist, kommt der neue Mann, *Alighiero De Micheli* (1955), ein Mann der Großindustrie, des Industriedreiecks. Der Entschluß, die kurz umrissene Linie zu verfolgen, läßt sich nachträglich nur als übereilt, dilettantisch und radikal seitens der Confindustria beurteilen: Hatte sie auch alle Fähigkeit, den Entwicklungsprozeß ökonomisch zu leiten, so hatte sie sicherlich nicht die Fähigkeit zur politischen Herrschaft respektive zur politischen Hegenomie, die eine derart umfangreiche Zielsetzung erforderlich macht.

Alighiero De Micheli bringt in seiner Ansprache vom Februar 1956 anlässlich der traditionellen Jahresversammlung der Confindustria einen offensichtlichen Widerspruch zum Ausdruck. Einerseits erkennt er an, „daß das abgelaufene Jahr unzweifelhaft für alle Welt ein Zeitraum außergewöhnlicher Prosperität war: vielleicht das beste Jahr der Nachkriegsgeschichte“, andererseits bekräftigt er, gleichsam implizit die alte Linie von *Costa* kritisierend, „daß wir einmal glaubten, uns auf die Regelung der ökonomischen und gewerkschaftlichen Fragen beschränken zu können; heute spüren wir alle, daß wir einen entscheidenden Fehler begehen würden, wenn wir es versäumen würden, unser Denken auf den allgemeinen gesellschaftlichen Prozeß zu richten... Es ist notwendig, unter persönlichem Einsatz und mit voller Verantwortung, ohne Scheu am politischen Kampf mit aller seiner Härte und mit seinen Desillusionen, teilzunehmen“. Die Confindustria bildete zu diesem Zeitpunkt mit der Confagricoltura und der Confcommercio die sogenannte „Confintesa“; sie unterstützte nachhaltig die P.L.I. (Liberale Partei Italiens), die Wahlergebnisse in den örtlichen Wahlen 1956 und in den allgemeinen politischen Wahlen 1958 aber waren für die Industriellen allerdings geradezu beschämend.

Diese von harter Polemik und Kampf gekennzeichneten Jahre sahen zunächst den Versuch der Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, sich wenigstens funktional unterschieden vom Privatkapital zu organisieren. In jene Jahre aber auch fällt der von der Confindustria lautstark und ungeschickt unternommene Versuch, die relative Verbesserung in den wirtschaftlichen Bedingungen des Landes dergestalt für sich auszunützen, indem sie eine Verschiebung des politischen Bewußtseins zugunsten eines aggressiven Konservativismus im Sinne der Liberalen Partei durchzusetzen sucht.

Das Scheitern dieser konzipierten Linie in der politisierten Öffentlichkeit zeigte sich auf verschiedenen Ebenen und anlässlich verschiedener Probleme.

So gelang es der Confindustria zunächst nicht, die Unternehmen mit staatlicher Beteiligung unter ihre Kontrolle zu bringen; durch ihre verfolgte Linie brachte sie die Liberale Partei an den Rand des politischen Geschehens; auf lange Sicht gesehen zerstörte sie den extrem rechten Flügel der DC (*Tambroni*, 1960).

Darüberhinaus hatte die akzentuierte Verteidigung der These von der Spontaneität der ökonomischen Entwicklung einerseits die Beschleunigung all jener Bewegungen zur Folge, die auf ein wachsendes ökonomisches und gesellschaftliches Ungleichgewicht in unserem Lande abzielten. Andererseits, hervorgerufen durch die Entwertung der gewerkschaftlichen Vertragsabschlüsse auf allen Ebenen, lokalkierte sich immer mehr das Lohngefüge, und damit festigte sich einer jener Ausgangspunkte, von denen dann mit Beginn des Jahres 1960 der progressive Angriff der Gewerkschaften in dieser Frage erfolgte. *De Micheli* wurde unbequem. Die gleiche Gruppe, die den Weg zu seiner Präsidentschaft freigemacht hatte (Elektroindustrie, Assolombarda usw.) betrieb nun seinen Sturz: auf den entschlossenen Laizisten *De Micheli* folgte (Februar 1961) *Furio Cicogna*, vormals Präsident der Assolombarda und der Châtillon, 70 Jahre, konservativer Katholik, der Rechten der DC mehr verbunden als der Liberalen Partei.

Die Jahre unter der Präsidentschaft von *Furio Cicogna* waren mit Sicherheit die dramatischsten in der Geschichte der Confindustria. Der Unternehmerverband jedoch führte im Verlauf derselben eine entschlossen geführte Kampagne gegen die zwischen 1960 und 1962 erlittenen Niederlagen. Dieser Kampf war identisch mit der Wiedererlangung der Fähigkeit, die ökonomische Krise politisch zu beherrschen, respektive die zwischen 1963 und 1968 von der Regierung gesammelten negativen Erfahrungen für sich auszuwerten.

Die allgemeine politische Linie der Confindustria wurde in jenen Jahren bedeutend nuancenreicher. Beim Studium ihrer Aspekte in jenen Jahren könnte man zunächst den Eindruck gewinnen, daß sich nur wenig oder nichts im Engagement der Confindustria unter *De Micheli* gegenüber der von *Furio Cicogna* geändert hatte (*Angelo Costa* blieb Vizepräsident, der von dieser Position aus immer mehr auf die Entscheidungen der Confindustria besonders nach 1963 Einfluß nahm). 1962 war zweifellos ein Tiefpunkt erreicht insofern, als die Confindustria eine durchaus defensive Linie bezog und überdies mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen hatte (hier sei an den praktizierten „Austritt“ des FIAT-Konzerns aus dem Unternehmerverband erinnert). In der darauffolgenden ökonomischen Krise des Zeitraums 1963 bis 1966 dagegen zeigten dann eine ganze Reihe von differenziert und flexibel geführten Beeinflussungsversuchen der Confindustria auf die politische Ebene an, das künftig die allgemeine Linie des Verbandes differenzierter als bisher gehandhabt werden sollte. Die Confindustria agierte auf verschiedenen Ebenen: sie anerkennt und bekräftigt die Formel des „Mitte-Links“, indem sie diese aushölt und umzuwandeln versucht; sie bekräftigt die Verteidigung des ökonomischen Systems, indem sie versucht, speziell der Großindustrie und den Exportindustrien Vorteile zu verschaffen; über eine Politik der Deflation versucht sie, das Bündnis Regierung-Unternehmerschaft wieder zu festigen; sie anerkennt formell einige Grenzen zwischen nationalisierter und privater Industrie (Grenzen, die anzuerkennen sie vorher sich immer geweigert hatte); sie konsolidiert die innere Einheit der Organisation, indem der „moderne“ Unternehmerflügel (FIAT, Montecatini usw.) zwischen 1964 und 1965 wieder in den Verband eingegliedert wird.

Und doch können diese teilweise taktischen Erfolge, die sich freilich auch mit Niederlagen abwechseln, nicht den wesentlichen Kern des Scheiterns der Führung der Confindustria durch *De Micheli* verdecken. Dieser liegt in der Tatsache begründet, daß ausgerechnet in den Jahren des „Wirtschaftswunders“ in der Confindustria sich langsam die Überzeugung festigte, von gewissen politischen Entscheidungen ausgeschlossen zu sein und daß die Beziehungen Regierung-Unternehmertum sich über den Kopf des vereinigten Unternehmerverbandes hinweg entwickelten. Diese oder jene Unternehmergruppe, die nicht mit der geschilderten Linie der Confindustria, die ökonomische Krise 1964–1966 zu meistern, voll einverstanden war, begann, davon zu profitieren.

1966 übernahm *Angelo Costa* erneut den Präsidentenstuhl bei der Confindustria. Schon 1961 drängten FIAT und Montecatini darauf, *De Micheli* durch ihn zu ersetzen, was damals indessen nicht gelang. Tatsächlich wurde der traditionelle Transformismus der vorsichtigen und gemäßigten Gruppen des italienischen Unternehmertums bestätigt durch die offen zutage tretende reaktionäre Unfähigkeit, zuerst von *De Micheli* und dann von *Cicogna*. In den ersten beiden Jahren seiner erneuten Amtstätigkeit konnte *Costa* für den Unternehmerverband manchen Boden wieder gutmachen, wenn von 1968 an allerdings auch das Dreigespann FIAT-*Valletta-Costa* in eine rapide Krise geriet.

Valletta war es gelungen in der Confindustria einen Skandal 1962 heraufzubeschwören, ausgelöst durch sein berühmtes Interview, das er dem „*Messaggero*“ am 26. Juni gab: „*Die Regierung der Mitte-Links ist ein Ergebnis der Entwicklung unserer Zeit. Man kann und darf nicht dahinter zurückfallen. Ich bin ein Befürworter der Mitte-Links-Regierung*“ und, bezugnehmend auf die Lage der Gewerkschaften, „*man würde bei ihrer Ablehnung gravierende Fehler nicht nur seitens der Gewerkschaften, sondern auch seitens der Confindustria begehen. Mein Eindruck ist durchwegs, daß die Mitglieder der Unternehmerorganisation sobald als möglich Druck auf die Verantwortlichen der gegenwärtigen Politik des Unternehmerverbandes machen sollten, damit gewisse allzu starre Prinzipien fallengelassen werden.*“

In Wirklichkeit war der „gattopardismo“ *Vallettas* allzu offenherzig; als Taktik war er in den 60er Jahren lediglich in den Auseinandersetzungen um Verteidigung und Festigung der Unternehmerfront erfolgreich. Und wenn diese Erfolge in die Zeit der ökonomischen Krise und des Scheiterns der Mitte-Links-Konzeption (1963–1968) fallen: nach 1968 zeigte die Wiederaufnahme des einheitlichen gewerkschaftlichen Kampfes dem gesamten italienischen Unternehmertum, welches Gelände auch unter der politischen Leitung *Costas* verlorengegangen war. In der Verteidigung der unmittelbaren Interessen respektive in den Reorganisationsbemühungen der italienischen Industrie war, wenn auch nicht explizit so ausgedrückt, die Glaubwürdigkeit des Reformismus verlorengegangen...

Der darauffolgende Zeitraum von 1968 bis heute ist zu bekannt, als daß er gesondert behandelt werden müßte. In den harten Klassenauseinandersetzungen der letzten Jahre fand die Confindustria nur unvollkommen zu einer zusammenhängenden Verteidigungslinie. Angesichts eines wirklichen, geschlossenen gewerkschaftlichen Kampfes, trugen die Äußerungen der Unternehmerfraktion zunehmend reak-

tionären Charakter. Aber nocheinmal war, wie 1962–1963, ein Versuch des Transformismus zu verzeichnen. Um *Gianni Agnelli* (FIAT) und *Pirelli* (Pirelli-Konzern) bildete sich eine jüngere und weniger mit Vorurteilen behaftete Führungsgruppe in der Confindustria. Im Gegensatz zu 1962 war *Costa* nicht mehr an den Entscheidungen beteiligt. Ein Jahr, bevor er durch *Renato Lombardi* ersetzt wurde, faßte er in seiner Ansprache anlässlich der Jahresversammlung (5. März 1969) seine Erkenntnisse wie folgt zusammen: „*Kann es irgendeinen Unternehmer unter uns geben, der dem Aufreten seiner Organisation in einer für uns nicht akzeptablen Form der heutigen Welt ruhig zusehen könnte; der befriedigt wäre über Verhandlungen der Confindustria mit dem Staat betreffs Vorteile und Konzessionen, die sicher leicht zu erhalten wären, damit Politiker und Gewerkschaftsanhänger auf einer Ebene unterstützend...*“

Die Gewerkschaftspolitik der Confindustria

Aufgabe dieses Abschnittes ist es nicht, die einzelnen Aspekte der Geschichte der Betriebskämpfe von 1945 bis heute zu untersuchen, da die Geschichte der Gewerkschaftspolitik der Confindustria zum größten Teil identisch ist mit der Chronologie eines sehr grundsätzlichen und ausdauernden „Widerstandes“ seitens des italienischen Unternehmertums. Im übrigen gibt es gerade auf diesem Gebiet umfangreiches Material und Dokumentationen seitens der Gewerkschaften. In einigen Punkten sollen jedoch kurz die charakteristischsten Merkmale der Entwicklung der Richtlinien gegenüber den Gewerkschaften seitens der Confindustria aufgezeigt werden.

I. Noch 1957 konnte sich *Alighiero De Micheli* die Feststellung erlauben, daß „*die Gründe einleuchtend sind, warum wir uns allen Versuchen widersetzen, den Lohnabschluß auf Betriebsebene einzuführen. Ebenfalls widersetzen wir uns entschieden allen Versuchen, den nationalen Lohnvertrag nicht mehr als einen Akt anzusehen, der gewerkschaftliche Probleme löst, sondern als einen Ausgangspunkt, von dem aus sich andere gewerkschaftliche Auseinandersetzungen entwickeln können mit dem Ziel, diese auf der Betriebsebene erfolgreich zum Abschluß zu bringen.*“

Bis zu diesem Zeitpunkt konnte sich das Konzept der Confindustria in Bezug auf die Lohnpolitik, nämlich geschlossen und zentralisiert zu verhandeln, durchsetzen. Daneben entwickelte sich, gleichlaufend mit der Politik des „divide et impera“, eine gewisse Aktivität auf Betriebsebene mit dem Ziel, über sekundäre Fragen zu verhandeln – Partner dafür waren vorzugsweise die Betriebsräte – und Verträge abzuschließen, in denen die zugestandenen Dinge gleichsam als Spende zusätzlich zu dem im Nationalvertrag enthaltenen Minimum erschienen, kurz: der Paternalismus stand in voller Blüte. Erst 1960 kam es mit den Forderungen der in der Elektroindustrie von Mailand beschäftigten Arbeiter zu einem ausschließlich auf den Betrieb bezogenen Vertragsabschluß (in den gleichen Zeitraum fällt der Bruch zwischen Confindustria und Intersind), was, ebenfalls erstmals, innerhalb

der Assolombarda scharfe Auseinandersetzungen zwischen *De Michelis* und *Cicogna* hervorrief.

Die innere Einheit innerhalb der Unternehmerfront war aufgebrochen und in der berühmten Auseinandersetzung zwischen *Costa* und *Sullo* (Arbeitsminister) 1961 trat ein anderer Aspekt des Bruchs zutage: in der Auseinandersetzung über die Lohnabschlüsse auf Betriebsebene konnte die Confindustria nun auch nicht mehr auf einen so traditionellen „Freund“ wie den Arbeitsminister rechnen.

II. Ausgehend von den 1960–1961 erlittenen Niederlagen setzte sich in der Confindustria eine neue, differenzierter formulierte, aber immer noch im Kern unnachgiebige Linie durch: betont wird die Notwendigkeit, die Grenzen festzulegen, innerhalb derer auf Betriebsebene über zu verhandelnde Dinge gesprochen werden kann. Zwar wandelt sich so die Struktur der Lohnverhandlung, das Unternehmertum jedoch verspricht sich von der Einengung auf die Betriebsebene Vorteile.

III. Ganz nach dem Muster „divide et impera“ verhält sich die Confindustria während der Krise 1963–1966, in der sie rücksichtslos alle von der politischen Diskussion her angebotenen Vorwände ausnützt. Gelingt indessen ihr Widerstand auf der Lohnebene in Bezug auf Lohnerhöhungen, dann scheitert sie in der Zielsetzung, unter Ausnutzung der Krise, die Lohnverhandlungen erneut von der Betriebs- auf die allgemeine zentrale Ebene zu bringen.

IV. Im Kampf gegen das „Statut der Rechte der Arbeitnehmer“ versucht die Confindustria von 1967 an bis heute einen neuen, sicheren Ausgangspunkt zu beziehen: sie spielt die Autorität und die Betriebshierarchie gegen das Anwachsen einer wirklichen Autonomie der Lohnverhandlung auf Betriebsebene seitens der Arbeiter aus.

V. Eine letzte Überlegung zu einem möglichen Standpunkt der Unternehmer zu folgender Tatsache: Kräfte innerhalb der Gewerkschaften bemühen sich, die erreichte Stärke im gewerkschaftlichen Kampf und der Macht der Arbeiter im Lohnkampf dahingehend zu nutzen, die heute gebräuchliche betriebliche Lohnverhandlung auf Abteilungs- beziehungsweise Berufsebene zu verlagern. Die Confindustria beunruhigen heute vornehmlich in den Lohnverhandlungen auf verschiedenen Ebenen jene einigenden Kräfte, die ein Auseinanderdividieren der Arbeiter in Gruppen zu verhindern wissen, die aber andererseits konsequent die Verhandlungstätigkeit auf den verschiedenen Abteilungsebenen vorantreiben.

Die Krise der Gewerkschaftspolitik der Confindustria röhrt, von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus betrachtet, vornehmlich vom Polyzentrismus der Gewerkschaften in Bezug auf die Lohnverhandlungen her. Nicht zuletzt röhrt die Krise der auf Zentralisation und auf betrieblichem Paternalismus gegründeten Lohnpolitik der Confindustria von den Niederlagen auf dem eigentlichen Gebiet der gesamtgewerkschaftlichen Lohnvereinbarungen her: wir meinen den hart geführten, aber schließlich für die Gewerkschaften erfolgreichen Kampf für die Abschaffung der „Lohnkäfige“ 1968–1969.

Erneuert sich die Confindustria?

In der Geschichte der Confindustria ist eine merkwürdige Tatsache zu verzeichnen: die immer geringere Amtszeit ihrer Präsidenten (*Costa* 9 Jahre, *De Michelis* 6 Jahre, *Cicogna* 5 Jahre, 4 Jahre noch einmal *Costa*, seit 1970 *Lombardi*). Sie bezeichnet die Notwendigkeit seitens des Unternehmerverbandes, die Richtung der politischen Linie zu ändern, eine Notwendigkeit, die zugleich laufend den Zeitraum für Änderungsversuche verkürzt. Denn seit 15 Jahren sind bei der Confindustria Versuche, nicht aber eine organische Politik zu sehen.

Der Hauptwiderspruch der Confindustria ist tatsächlich politischer Natur: der monopolistischen Expansion der italienischen Wirtschaft entspricht immer weniger eine politisch-gewerkschaftliche Stabilität, die in steigendem Maße zur Weiterführung dieser expansionistischen Ziele notwendig ist.

In den letzten Jahren sucht die Confindustria angesichts des sich verschärfenden Klassenkonflikts nach einer weitgehenden Erneuerung. Eine derartige Strategie, die über die alltäglichen Bedürfnisse hinausreicht, die das italienische Unternehmertum vorläufig noch zur Anwendung traditioneller Mittel zwingen, wurde zuerst in dem Dokument der *Pirelli*-Kommission niedergelegt.

Gerade in den Monaten des „heißen“ Gewerkschaftsberbes 1969 hat die *Pirelli*-Kommission ihr Dokument ausgearbeitet. Zwischen April 1969 und Januar 1970, während eines entschlossen geführten Kampfes der Arbeiter und dem Wachsen einer antikapitalistischen Einheitsfront versuchten alte und neue Unternehmer (*Pirelli*, *Agnelli*, *Cicogna*, *Olivetti*, *Vallarino-Gancia* u.a.) in einer zweifellos schwierigen Diagnose die Mängel festzustellen, unter denen der Apparat an der Piazza Venezia derzeit leidet.

Das der Kommission übertragene Mandat der Jahresversammlung der Confindustria war nur scheinbar begrenzt. Tatsächlich bedeutet „Änderungen und Anpassungen für das Bundes-Statut zu untersuchen und vorzuschlagen“ für die Confindustria die Suche nach einer differenzierteren Ordnung, die künftig nicht so sehr ihre traditionelle Rolle betonen, sondern vielmehr die Bildung von neuen Instrumenten, Organen und Funktionen ermöglichen soll, die eine globale Strategie des Privatunternehmertums sichtbar machen und zu einem geeigneten Zeitpunkt realisieren sollen. In dem, was die *Pirelli*-Kommission als „eine Gesellschaft, die charakterisiert ist durch einen Pluralismus autonomer Entscheidungszentren, belebt durch das Prinzip der Freiheit“ bezeichnet, lässt sich ein Kernpunkt dieser Überlegungen erkennen. So gewinnt der erste Teil der Ausführungen besonderes Gewicht, der der komplexen „Neudeinition“ der Rolle des Privatunternehmers gewidmet ist und von einem Unternehmerbewußtsein ausgeht, dem die, bedingt durch die starre Verhandlungstaktik, in den letzten Jahren erlittenen Niederlagen präsent sind.

In dem langen Dokument wird als Motivierung und Legitimierung des privaten Unternehmertums eine dreifache Funktion bestätigt: 1. „Erneuerung, verstanden als das Moment, in dem sich die wissenschaftlich-technische Erfindung in ein ökonomisches und soziales Faktum umwandelt“.

2. „Die verantwortliche Führung des eigenen Unternehmens (als) Fähigkeit, immer komplexer werdene Erfordernisse in rationale Strategie umzusetzen, immer zahlreichere Faktoren mit wachsendem Einfluß zu integrieren.“

3. Beteiligung an den allgemeinen Entwicklungs-Entscheidungen, „um zu erreichen, daß die Verwaltung der Ressourcen des Landes nach Kriterien erfolgt, die sich durch Wirksamkeit und Durchsichtigkeit auszeichnen“.

Die „ideologische“ Definition des neuen Unternehmertyps zeigt dabei allerdings schon einige Risse. Vielleicht konnte vor zwanzig Jahren die Schumpetersche Figur des Unternehmer-Erneuerers als eine mutige theoretische Entscheidung für die italienische industrielle Großbourgeoisie erscheinen, gekennzeichnet durch die Fähigkeit, Entlassungen in größerem Stil vorzunehmen und die Ausbeutung der Arbeit ohne technologische Investitionen zu reorganisieren. Aber wenn in der Unternehmer-Praxis technisch-produktive Transformationen, Investitionen und Beschäftigung gemessen werden an der Höchstrendite des Kapitals unter privater Aneignung des Profits – welche neuen Ziele, welche neuen Vorschläge der „verantwortlichen Führung“ der Unternehmen und des italienischen Wirtschaftssystems bringt dann die *Pirelli-Kommission*?

Nun wäre es billig und demagogisch, *Agnelli* und Co. vorzuwerfen, nicht die wirklichen Ursachen der Spannungen zu erkennen, aber zweifelsohne gibt es sehr wenig Neues in den Vorschlägen der *Pirelli-Kommission*, wenn sie, nach der Feststellung, daß „*Ordnung nicht Unterdrückung der Spannungen bedeutet, auch wenn sie akut sind, (sondern)... Anerkennung und Befolgung der Regeln einer zivilisierten Gesellschaft*“, ein gleichsam vermittelndes Programm vorschlägt, nämlich „*eine Ordnung aufzubauen, der auf jeder Verwaltungs- und Regierungsebene geeignete Institutionen entsprechen, um die Gegensätzlichkeiten der Interessen in der Gesellschaft administrativ zu kontrollieren, bevor diese in Konflikte ausarten.*“

Wenn man dann weiterverfolgt, wie das Dokument einige fundamentale Fragen behandelt – vom mezzogiorno bis zur Vollbeschäftigung, vom Schulsystem bis zur wissenschaftlichen Forschung – dann entspricht das, was wir finden, zweifellos einer prinzipiellen Linie, die die Confindustria schon immer eingenommen hat. Die vorgeschlagenen Lösungen gehen von einem typischen Unternehmerstandpunkt aus, der Akzent liegt stets auf ihrer betrieblichen Effizienz. Dies läßt sich demonstrieren von der Auswahl der Entwicklungsschwerpunkte für den mezzogiorno angefangen bis zur „qualitativen“ Auflage für die Beschäftigungsprobleme, vom Hinweis auf die Beseitigung des juristischen Wertes der Hochschuldiplome bis zum Bannfluch gegen die „schleichende Nationalisierung“. Zum Thema der Wirtschaftsplanung gibt es, außer der Wiederbestätigung der Thesen zur Einkommenspolitik, die dringende Forderung, die operativen Instrumente zu rationalisieren, um „*seitens der Privatunternehmer mit Gütern und Dienstleistungen der öffentlichen Nachfrage entsprechen zu können*“. Warum? Um „*mit geringen Kosten und größerer Wirksamkeit Programme zu realisieren, die heute unmöglich über direkte Eingriffe der zentralen und örtlichen Verwaltungen gelöst werden können*“. Also der Staat unter direkter Aufsicht der Privatunternehmer statt einer Reform des Staates und der örtlichen Verwaltungen...

Nach einer ziemlich gemäßigen Klage wegen der Gefahren einer möglicherweise wachsenden Bedeutung der Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, bekundet das Dokument hinsichtlich der Beziehungen zu den Gewerkschaften – mit zahlreichen Adjektiven – das Interesse des Unternehmertums für die „*soziale und politische Funktion einer verantwortungsbewußten und wirksamen Gewerkschaftsbewegung*“:

Sind es also nur formelle- oder Anpassungsprobleme, die die Confindustria bewegen? Wir glauben nein. Die fundamentale Entscheidung, die die *Pirelli-Kommission* trifft, geht über die einzelnen Vorschläge, die immer noch viel altes Gedankengut enthalten, hinaus. Sie beinhaltet eine „*Angriffs-Strategie*“ gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen des Landes. Als Ziel wird eine Confindustria vorgestellt, die nicht mehr tagtäglich reagiert, abwehrt und somit dem italienischen Unternehmertum ein defensives Image gibt, sondern eine in ihren Zielen und Vorschlägen ganz und gar transparente Confindustria. Die unternehmerische „*Daseins-Pflicht*“ erscheint als größere Teilnahme an den Problemen des Landes, als prinzipielle Erklärung der Bereitschaft, an ihrer Lösung mitzuarbeiten, um so ein Vakuum an Glaubwürdigkeit zu beseitigen, das zweifellos die Kapitalisten quält und vermutlich immer quälen wird.

Gavino Manca erinnert in „*24 Ore*“ vom Februar 1970 an den Fehler der Unternehmer, der in der Zurückweisung und in der Unfähigkeit liegt, Probleme nach einer umfassenden Konzeption anzupacken: „*Es ist wie der Kampf, ein tragfähiges Gewölbe zu errichten: während man an einer Stelle Anstrengungen dazu unternimmt, stürzt es an anderer Stelle wieder ein.*“ So ist es mit dem Dokument der *Pirelli-Kommission*: es genügt, *Angelo Costa* in Pension zu schicken, doch für den Palast an der Piazza Venezia genügen bloß wiederholte Thesen und Konzeptionen nicht mehr.

Renato Lombardi wird im März 1970 Präsident, gleichsam „*vermittelnder*“ Ausdruck seitens der „*Jungtürken*“ von der *Pirelli-Kommission*.

Damit kommen wir zur jüngsten und kompliziertesten Periode in der Geschichte der Confindustria. Die Anzeichen der Verjüngung und des Generationswechsels mehren sich. Die Confindustria bildet eigene regionale Koordinierungsstrukturen aus; an die Spitze der Assolombarda tritt ein neuer Mann, gleichsam Ausdruck des Wechsels, Ingenieur *Pellicanò*; es entsteht, wenn auch noch in der zweideutigen Form von Auseinandersetzung und Begegnung mit der Confindustria, die Vereinigung der metallmechanischen Industriellen.

Das Jahr 1971 mit seinen schweren wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krisen reflektierte die Confindustria ziemlich intensiv in Form einer Reorganisation und Verallgemeinerung ihrer „*Neuen Politik*“, die stark insbesonders gegenüber dem Ausland herausgestellt wurde. Sie war gekennzeichnet durch eine größere Kapazität an programmatischen Hinweisen, durch die Multiplizierung von dynamischen Auseinandersetzungen mit der Regierung und mit den Gewerkschaften. Also die Confindustria in der Offensive? Vielleicht ja, aber ohne die wesentlichen Probleme ihres Ausbaus und inneren Einheit gelöst zu haben.

Wenn der Wechsel von *Costa* zu *Lombardi* ein Moment der inneren Einheit und des Erneuerungswillens darstellt, ausgelöst von der Angst und der Verteidigung an-

gesichts des großen und vielschichtigen Erfolgs der Arbeiterkämpfe 1968–1969, dann haben die zunehmende politische Radikalisierung 1971–1972, die Schwierigkeiten in der Arbeiterbewegung und den Gewerkschaften, zur Herausbildung von zwei Linien in der Politik der Confindustria geführt.

Tatsächlich besteht diese Polarisierung heute noch nicht explizit, doch ist leicht vorauszusehen, daß in diesem Sinne sowohl die allgemeine politische Lage nach den Wahlen vom 7. Mai sowie der Ausgang der Kämpfe um die Vertragsreneruerungen in der 2. Jahreshälfte 1972 wirken werden. Diese Polarisierung leitet sich ab aus zwei unterschiedlichen Verhaltensweisen angesichts der Krise der italienischen Gesellschaft. Nicht mehr die Auseinandersetzung zwischen „Konservativen“ und „Erneuerern“ steht im Vordergrund, sondern, ausgehend vom *Pirelli-Dokument*, die gegensätzlichen Auffassungen innerhalb der Confindustria von „Integralisten“ und Verfechtern des „Dialogs“.

Die integralistische Tendenz entstand in Turin, wo der Verband der Metallindustriellen, die Fondazione Agnelli und die „jungen Erneuerer“ der letzten vier bis fünf Jahre (*Umberto Agnelli, Vallarino-Gancia*) darin übereinstimmten, Sinn einer Verschiebung der politischen Achse des Landes nach rechts sei nicht eine, mit lauter Stimme von den erklärten Reaktionären geforderte, Rache an der Arbeiterbewegung. Im Gegenteil: indem sie Stabilität und institutionelle Sicherheit garantiere, müsse es dadurch dem Unternehmertum in relativ kurzer Zeit möglich sein, in erster Linie eine entscheidende Hinwendung zur Rationalisierung inner- und außerhalb des Betriebes durchzusetzen.

So faßte *Umberto Agnelli* vor dem Rotary Club Turin im Februar 1972 die Krise der Unternehmer zusammen: „*Wir waren die Protagonisten der Industrialisierung, aber nicht der Industriegesellschaft.*“ Also sind die Ungleichheiten, die sozialen und kulturellen Verzerrungen außerhalb der Fabrik zu beseitigen, ohne gleichzeitig den vertikalen Aufbau der Industriegesellschaft und ihr vitales Zentrum, nämlich die Fabrik, zu beseitigen. „...vielleicht ist heute das, was das Forum im antiken Rom war, das, was die Kathedrale und der Markt im Mittelalter repräsentierten, der Arbeitsplatz. In einer Gesellschaft, in der das beherrschende Charakteristikum die Unmöglichkeit der Verständigung zu sein scheint, bietet der Arbeitsplatz die einzige Möglichkeit zu Bindung, Meinungsaustausch und ist das leichteste Feld der Begegnung für gemeinsame Interessen. Wenn es wahr ist, wie ich glaube, daß der Protest in der Fabrik auch hauptsächlich eine organisatorische Gelegenheit für andere, verschiedene und generellere Ziele ist, muß uns aus dieser anscheinend ausweglosen Situation der Schlüssel kommen, um das Problem besser zu verstehen und eine Lösungsmöglichkeit zu finden.

Der neue Weg, den gerade wir Industriellen ohne Zögern einschlagen müssen, ist, Verantwortung und Aufgaben zu delegieren, zu dezentralisieren und ein Klima der Übereinstimmung und der Teilnahme zu schaffen, die Quantität und die Qualität der Führungsgruppe zu erweitern. Wir dürfen keine Angst davor haben, unsere Gedanken auszudrücken und unsere Lösungen zu verfechten, so wie wir den Mut haben müssen, all das zu akzeptieren, was an den Vorschlägen, die von anderer Seite kommen, brauchbar scheint. Wir dürfen uns nicht darauf beschränken, ein

Teil der öffentlichen Meinung zu sein. Wir müssen überall präsent sein und unseren Beitrag liefern. Um in unseren Betrieben zu erreichen, daß die Unternehmer-Strategie zur Unternehmer-Politik wird, ist es notwendig einer größeren Anzahl von Personen Verantwortung zu übertragen und die Zustimmung der Arbeitnehmer (dipendenti) zu suchen. Auf die gleiche Art müssen wir versuchen, die Zustimmung zu unseren Auffassungen auch auf allgemeingesellschaftlicher Ebene zu suchen, indem wir eine Erweiterung der Zahl der mit Verantwortung vertrauten Personen anstreben müssen und um so eine wirksame Entwicklung der Demokratie unseres Landes zu gewährleisten.“

Dieses lange Zitat läßt verstehen, daß das Ziel der „integralistischen Erneuerer“ recht ehrgeizig ist und darauf abzielt, einen vertikalen Prozeß von der Fabrik bis zur Staatsgewalt, ja zur politischen Macht überhaupt, zu verwirklichen, um so einen möglichst breiten Konsens zur Unternehmerpolitik zu schaffen. Das Heilmittel läge in den „demokratischen“ Charakteristika einer Dezentralisierung der Verantwortung, die jedoch immer hierarchisch organisiert verstanden werden muß, dabei ausgehend vom Betrieb, dem neuen „Forum“ der Begegnung zwischen Ausgeberen und Ausbeutern. Gelinde Zweifel tauchen jenseits der neuen Terminologie auf, wenn man sich daran erinnert, daß die Politik von *Valetta* (Vorgänger von *Gianni Agnelli* bei FIAT) sich nicht wesentlich von dem neuen Integralismus unterschied und daß vielleicht *Umberto Agnelli* weniger vorsichtig auf nationaler Ebene das zu erreichen versucht, was in den 50er Jahren durch *Valetta* immerhin auf der Ebene FIAT-Turin zeitweise erreicht worden war.

Gegenwärtig aber scheint die Mehrheit der Confindustria noch der vorsichtigen Linie der Verfechter des „Dialogs“ à la *Lombardi* zuzuneigen. Hinter dem augenblicklichen Präsidenten der Confindustria stehen immer noch *Gianni Agnelli* und *Leopoldo Pirelli*, d.h. das wirklich große Privatunternehmertum Italiens.

Einige kürzlich erzielte Erfolge müssen zweifellos *Lombardi* und seiner Gruppe zugeschrieben werden: die Korrektur in der Richtung der anzustrebenden gesamtwirtschaftlichen Ziele und ein insgesamt nüchterner und sachlicher Bericht an die Regierung in einer homogenen Sprache, die heute *Lombardi*, *Forlani* und *Malagodi* miteinander verbindet; die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik der Regierung in Richtung auf eine größere Übereinstimmung mit den Zielen der Privatunternehmer als in der Periode 1968–1970; größere Festigkeit und Härte des Widerstandes in den Lohnverhandlungen, hauptsächlich auf Betriebsebene, in den letzten anderthalb Jahren.

Diese Ergebnisse haben es dann der Confindustria erlaubt, in der Auseinandersetzung mit den Arbeiterorganisationen den Versuch einer wirklichen Verhandlungspolitik mit den Gewerkschaften zu starten, die in dem berühmten „Arbeitsdokument“ ihren Höhepunkt fand, das die Confindustria am 14. Januar 1972 der CGIL, der CISL und der UIL überreichte.

Die Bedeutung dieses Unternehmer-Dokuments liegt sicher nicht in den prognostischen Zahlen für die Beschäftigung, die Einkommen und die Investitionen für 1972. Im Gegenteil – in dieser Hinsicht war die grobe Propaganda der Unternehmerhypothesen derart durchsichtig, daß sie eine trockene Richtigstellung sei-

tens Giolitti, des Ministers für Bilanz, notwendig machte. Wenn aber die prognostischen Zahlen falsch waren, dann erwies sich der „Rahmen“ des Dokumentes und die Bereitschaft, über zahlreiche Fragen der Wirtschaftspolitik und Vertragspolitik zu verhandeln, als subtiler und hinterlistiger. Der von der Confindustria angebotene Dialog konnte für einige Monate, dank der anfänglichen Störungen der CISL und UIL bei der Suche nach einer Basis mit der CGIL für ein festes und begründetes „Nein“ auf die neo-korporativistischen Versuche des italienischen Unternehmertums, als etwas politisch Neues und Ernsthaftes gelten. Die einheitliche Antwort der Gewerkschaftesverbände (März 1972) macht jenseits von speziellen Fragen des negativen Hauptelement des Unternehmerdokuments folgendermaßen deutlich: „*Die drei Gewerkschaftsverbände haben die Auseinandersetzung mit der Confindustria als auf konkrete Probleme bezogen aufgefaßt, strikt in Zusammenhang mit der Verantwortung des privaten Unternehmertums. Das bedeutet, daß die Gewerkschaften nicht beabsichtigen, mit der Confindustria die Reformpolitik und ihre charakteristischen Maßnahmen wie strikte Befugnisse der öffentlichen Macht, noch die Politik der staatlichen Beteiligung oder der Landwirtschaft zu diskutieren. Die Confindustria muß präzise und konkrete Aufgaben präsentieren, die auf den verschiedenen Gebieten die Kontrolle der Investitionen und ihre Auswirkung vor allem auf die Beschäftigung möglich machen.*“ Hier liegt tatsächlich der Knotenpunkt der Unternehmer-Haltung: viel zielstrebiger als in den vergangenen Jahren versucht die Confindustria Verantwortung auf den Staat abzuladen, die aus einer gemeinsamen Bankrott-Politik herrührt. Damit versucht sie (in dieser Phase gemeinschaftlich mit der Intersind) eine politische Richtungsänderung.

Dieser Versuch wird in den nächsten Monaten verstärkt werden, sobald sich die neue Verwaltung der Confindustria in ihrem Innern konsolidiert hat. Es bleibt bei der Gewerkschaftsbewegung und den Kämpfen der Arbeiter, zu verhindern, daß der Prozeß der Erneuerung der italienischen Gesellschaft, ein Prozeß, der hauptsächlich über eine zusammenhängende Politik der Strukturreformen und die qualitative Entwicklung der Autonomie der Forderungen der Arbeiter verläuft, zum Stillstand kommt.

Attilio Esposto

Zur Rolle der herrschenden Agrarklassen in Italien*

Aus: *Critica Marxista, Rom 1970, Heft 1/2, S. 237–262. Der Beitrag wurde durch die Redaktion des Marxismus Digest gekürzt.*

I.

Die Veränderung in der Stärke des politischen Einflusses zunächst innerhalb der herrschenden Agrarklassen Italiens, vom Verlauf der faschistischen Diktatur angefangen über die letzte Phase des zweiten Weltkrieges bis heute, ist letztlich Ausdruck einer Machtverschiebung vom Grundbesitz hin zum Agrarkapitalismus. Von diesen beiden Komponenten der Klassenkräfte des Agrarbürgertums zusammen aber verlagert er sich in dem gleichen Zeitraum mehr und mehr auf die Klassenkräfte des monopolistischen Finanzkapitals. Der politische Einfluß stellt sich dar als eine Verbindung neuer Formen der Aneignung des Arbeitswertes und der Ausbeutung von Ressourcen mit den alten Formen, die zugleich eine tiefgreifende Wandlung erfahren und mit ersteren gleichsam zu einer neuen ‚Kombination‘ führen. Von den beiden traditionellen Formen der Verwertung des Landmonopols und des Kapitals in der Ausbeutung der landwirtschaftlichen Arbeit, die zum Ausdruck kamen und kommen in der Grundrente des Landbesitzers und im Profit des Agrarkapitalisten, geht man sozusagen zu einer ‚trinitarischen‘ Formel über, die die kapitalistische Rente und den Profit umfaßt, zugleich aber und hauptsächlich den

* Die italienische Landwirtschaft ist durch den außerordentlichen Gegensatz einer zahlenmäßig kleinen Gruppe von Großgrundbesitzern und einer in eine Vielzahl von Gruppen zersplitterten Bauernschaft gekennzeichnet. Daher seien nachfolgend kurz die wichtigsten Gruppierungen genannt und erklärt:

coltivatori diretti: Kleinbauern, die das ihnen gehörende Land nur bearbeiten, nicht aber darauf ihren Wohnsitz haben.

Coltivatori: im allgemeinen Kleinbauern, die ihren Wohnsitz auf dem ihnen gehörenden Land haben, das sie bearbeiten. Wird auch generell für Landwirte gebraucht.

mezzadri: Halbpächter, die das Land von Großgrundbesitzern bearbeiten und dafür durchschnittlich 42 % ihrer Erträge abführen müssen. Sie wohnen auf dem von ihnen bewirtschafteten Land.

braccianti: Landarbeiter, die tageweise beschäftigt werden (Tagelöhner).

salariati: Landarbeiter, die monatlich beschäftigt und bezahlt werden (landwirtschaftliche Lohnarbeiter).

Confagricoltura: Confederazione Generale dell’Agricoltura, Allgemeiner Italienischer Landwirtschaftsverband.

Coldiretti: Confederazione Nazionale Coltivatori Diretti, Allgemeiner Verband der Kleinbauern und Landwirte.

Federconsorzi: Federazione Italiana dei Consorzi Agrari, Italienischer Agrargenossenschaftsverband.

(Anmerkung der Redaktion)

Extraprofit des Monopols, der im wesentlichen in der Aneignung von nicht bezahlter Landarbeit besteht. Diese Form der Aneignung ist von den traditionellen dadurch unterschieden, daß sie das Charakteristikum eines Extraprofits zeigt, der in einem außerlandwirtschaftlichen „Ertrag“ gegründet ist. Auch hinsichtlich des Produktionsprozesses in der Landwirtschaft, der Distribution und Zirkulation der von ihr erzeugten Waren, konzentriert sich die Leitung in den Händen der Kräfte des monopolistischen Finanzkapitals, in den Händen der Mächtigen von Banken, Großindustrie und Handel.

Heute kann man sagen, daß in der Epoche der monopolistischen Entwicklungsphase des Kapitalismus die Entscheidungsgewalt auf jene Kräfte übergeht, deren Ziel in der Schaffung von Bedingungen besteht, die eine Verwirklichung der Gesetze der ‚Profitmaximierung‘ ist. Diesem Ziel müssen sich auch ‚zurückgebliebene‘ Gruppen der herrschenden Klassen unterordnen, wobei man sich ihrer auf verschiedenster Weise bedient: einmal läßt man einige Randgruppen fallen, beispielsweise die Gruppe von Grundbesitzern, die die Erträge von ihrem Gut in der Stadt verschleudern (assenteisti), die vom Beginn der Bodenreform an durch Enteignungsmaßnahmen, obwohl mit Entschädigung, betroffen wurden; ein andermal indem andere Gruppen, die bereits, ausgehend von der Unvermeidlichkeit der Klassenentscheidung, in und mit der Bourgeoisie insgesamt ihre Rolle als untergeordnete Agenten der neuen Herrschaft der Monopole ausüben, integriert werden.

Diese Phänomene, die diesen „Wechsel in der Entscheidungsgewalt“ charakterisieren, zeigen sich schon seit Jahrzehnten in unserem Land und stellen die entscheidende strukturelle Tatsache für die italienische Agrarsituation dar. Sie stehen im Zusammenhang mit den Abänderungen des Bodensystems, der Agrarverhältnisse, des Arbeitsmarktes und der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Ferner haben sie Bezug zu den einschneidenden Veränderungen, die eingetreten sind in den Beziehungen zwischen: Landwirtschaft und Finanzkapital; Landwirtschaft und Industrie, die Rohstoffe agrarischen Ursprungs verwertet und verarbeitet; Landwirtschaft und Industrie, die technische Geräte für die Landwirtschaft liefert sowie endlich zwischen Landwirtschaft und Markt im weitesten Sinne des Wortes.

Die Hinwendung zum Kreditwesen nimmt stets zu in einer Situation fortgeschrittenener Konzentrationsprozesse von Banken, einer Ausweitung des Hypothekenkredits, einer direkten Beteiligung des Bankkapitals an den Aktiengesellschaften mit Agranteil, eines ‚Überganges‘ zu Agrarkreditinstituten, die fast sämtliche öffentlichen Investitionen in der Landwirtschaft tätigen, Investitionen, die entweder den Betrieben zur Ausübung der Landwirtschaft und zur Verbesserung des Landgutes (Mechanisierung, Bewässerung usw.) zukommen, oder zur Bildung bürgerlichen Eigentums bestimmt sind. Das Bankkapital interveniert direkt bei den Land- und Agrarinvestitionen, tritt an die Stelle des Agrarkapitals, wobei es sich einen Teil des Profits aneignet; ähnliches geschieht bei der Nutznutzung der Grundrente, wo es an die Stelle des Grundbesitztums tritt, wobei es auf diese Weise große Prozentsätze des landwirtschaftlichen Ertrages auf sich vereinigt.

In einer Phase, in der landwirtschaftlichen Produzenten die technischen Geräte erwerben, die zur Ausübung der Produktionstätigkeiten notwendig sind, ist der

„landwirtschaftliche Ertrag“ darüberhinaus nochmals einer Aneignung unterworfen. Die ganze Entwicklung der zunehmenden Verwendung von technischen Geräten wird von diesem charakteristischen Maß der „bestimmenden Präsenz“ des Finanzkapitals und der Interventionenformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus beherrscht.

Eine andere Aneignung monopolistischer Art interveniert dann bei der Bestimmung des „landwirtschaftlichen Ertrags“. Sie kommt in starkem Maße in der Differenz zwischen den Erzeugerpreisen für die Landwirte und den Verbraucherpreisen zum Ausdruck¹.

Die Profite der Agrarkapitalisten sind in den allgemeinen Kämpfen durch große Teile des Agrarproletariats, mit unterschiedlichen Ergebnissen in den verschiedenen Phasen, kritisiert worden. Wenn die kapitalistischen Landwirtschaftsunternehmen durch das Erreichen eines bestimmten Produktionsniveaus eine privilegierte Stellung behaupten, so liegt das hauptsächlich daran, daß die öffentlichen Investitionen zu einem großen Teil auf derartige Betriebe und auf die Infrastrukturen, die von ihnen im wesentlichen gefordert werden, konzentriert sind. Und auf die ökonomischen Auswirkungen solcher Investitionen brauchen wir hier nicht zurückzukommen².

Die Grundrente ihrerseits hat in diesen Jahren einen schweren Rückschlag durch die Beiseitigung des Prinzips der Unantastbarkeit des Landbesitzes erlitten. Die Kämpfe der Tagelöhner (braccianti) und armen Bauern haben mit den Reformgesetzen dem Grundbesitz ca. 767.000 ha entrissen. Der „Drang nach Land“ und deshalb in bemerkenswerten Maße der Anstoß und das Bestreben, die Grundrente zu schmälern, hat auf zwei weiteren Wegen neue Errungenschaften durchgesetzt: mit den Gesetzen über das bäuerliche Eigentum sind für die landwirtschaftlichen Betriebe 1.935.518 ha (von 1948 bis zum 31. Dezember 1967, für 972.296 beteiligte Einheiten) erworben worden; mit dem Gesetz über die Vierzigjahr-Darlehen sind am 3. Dezember 1967 86.588 ha von 6.264 Landwirtsfamilien erworben worden. Man

¹ Jene Differenz ist zwischen 1953 und 1966 durch folgende Daten gekennzeichnet: 1953 – ursprüngliche Werte 2.899 Milliarden (Index 100), Werte beim Konsum 4.993 Milliarden (Index 100). 1966: ursprüngliche Werte 5.410 Milliarden (Index 186,5), Werte beim Konsum 10.530 Milliarden (Index 210,8). Das alles geschah zu einer Zeit, als die Monopole nicht nur die Märkte beherrschten, sondern auch – und mit den gleichen Zielen – einen großen Teil der rückständigen Strukturen der Warenzirkulation und -distribution verwerteten. Neben dem Gewicht der indirekten Steuern und anderer „Weggelder“ des Distributionsumlaufes kommt der andere, damit zusammenhängende Aspekt der monopolistischen Ausbeutung ins Blickfeld, nämlich die in großem Maßstab praktizierte Abschöpfung der Arbeitseinkommen der Mehrheit von Konsumenten, Bauern und Landarbeitern. Vgl. dazu Redditi contadini e programmazione democratica, in: Atti del Convegno dell’alleanza nazionale dei contadini, März 1968.

² Auf der Nationalen Landwirtschaftskonferenz (Juni-Oktober 1961) wurden die negativen Konsequenzen einer Politik der Bereitstellung öffentlicher Kapitalien zu Nullkosten, die gegenüber den kapitalistischen Agrarunternehmen betrieben wurde, mit unbestrittenen Argumenten und Daten verurteilt.

kann somit feststellen, daß mit diesen Gesetzen Übertragungen von 2,6 Millionen Hektar stattgefunden haben. Andere Einbußen hat die Grundrente durch den Stopp der Agrarverträge, durch die Verschiebungen der „Produktiverteilung“ in den Halbpacht- und Pachtverträgen, durch die Veränderungen, die bei den Werten der Pachtgelder der Bauerngüter eingetreten sind, durch den Beginn der Auflösung des Typus von Pachtvertrag, der durch den Erlös der Ländereien verbesserungsfähig ist, usw., erlitten. Ferner ist zu beachten, daß selbst die Entwicklung der Agrarpreise auf die Größe der Grundrente eingewirkt hat (allerdings nicht immer negativ), die als eine „außerordentliche Steuer“, die auf der gesamten Gesellschaft lastet, angesehen wird.

Ein weiterer Schlag wird der Grundrente versetzt werden können mit der Verbesserung und endgültigen Billigung des neuen Gesetzes über die Pacht der Bauerngüter, das vom Senat angenommen ist und gegenwärtig in der Kammer geprüft wird. Sowohl die aus den in Halbpacht- oder Pacht gegebenen Ländereien stammende Grundrente als auch die kapitalisierte Grundrente entstanden aufgrund der durch die Agrarreformgesetze angeordneten Enteignung und der Zunahme der Bodenwerte; sie suchen zunehmend den Weg in den städtischen Bereich in Form von Investitionen. Das hat, auch auf diesem Wege, wieder zur Klassenallianz mit dem Finanzkapital geführt; trotzdem hat sich die Rolle der Unterwerfung selbst sowie der Charakter der Unterordnung unter den Mechanismus einer von den Monopolen beherrschten Entwicklung bei der Ausbeutung der Ressourcen nicht verringert.

Demnach geschieht es, daß – unter den neuen Mechanismen der Verwirklichung der monopolistischen Beherrschung von Land – bei der Wiederverteilung des Wertes der nichtbezahlten Landarbeit einerseits ein wachsender Teil derselben dem Extraprofit eben der Monopole zufließt und zwar durch die Kontrolle des Marktes und der Produkte. Andererseits verteilt das Finanzkapital – zum Erhalt der eigenen ökonomischen und politischen Vorherrschaft und innerhalb jener Mechanismen verbleibend – wiederum einen Teil der Extraprofite an die verschiedenen Ländereibesitzer und zwar vermittels der Kontrolle des Kredits und der öffentlichen Investitionen.

„...die Hinwendung zum Kredit und zu den öffentlichen Investitionen (...) sind zwei der wesentlichen Mechanismen geworden (...), mit Hilfe derer die Gruppen des monopolistischen Finanzkapitals die Nutznutzung eines Teils der von ihnen auf Kosten unserer gesamten Agrarwirtschaft realisierten Extraprofite den oberen Schichten der Klassen der Besitzer unserer Landgüter, und in den letzten Jahren in besonderer Weise den großen Agrarkapitalisten überlassen (und damit in gewisser Weise wiederum verteilen). Andererseits sind letztere durch ihre Positionen im Agrargenossenschaftsverband, in den Kredit- und Bodeninstituten, in den landwirtschaftlichen Organisationen korporativer Art, in den Sanierungskonsortien, und sogar in den Organen der Regierung weitgehend ins System der Monopole integriert... In einem System, das (auf diese Weise) immer weitgehender die charakteristischen Formen eines staatsmonopolistischen Kapitalismus annimmt, in dem die Interessen der größten Agrar- und Landbesitzgruppen die Tendenz haben, sich in jene der Monopolgruppen selbst zu integrieren, werden die Erfordernisse der Profitmaximierung solcher Gruppen allmählich zum ‚entscheidenden Regu-

lator‘ nicht nur der Agrar-, Fiskus-, Steuer-, Assistenz- und staatlichen Wirtschaftspolitik, sondern des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses überhaupt: und auch dort, wo die Interessen bestimmter Sektoren des Landbesitztums mit der systemeigenen Linie in Konflikt geraten (wie es zum Beispiel in Bezug auf den EWG-Vertrag geschehen ist), kommt immer weitergehend jenem ‚entscheidenden Regulator‘ das letzte Wort zu.“³

Aus dieser ständigen Verringerung des ökonomischen Einflusses der Land- und Agrarbourgeoisie – im Vergleich zu den Kräften des monopolistischen Industrie- und Finanzkapitals – und der Intervention der Instrumente des staatsmonopolistischen Kapitalismus, deren Aufgabe es ist, den allgemeinen Mechanismus der kapitalistischen Entwicklung in seiner aktuellen Phase funktionsfähig zu machen und zu erhalten, sowie den Versuchen, die gegenseitige Interessenverflechtung der Monopol-, Agrar- und Landbesitzgruppen zu regulieren, ergibt sich ein neuer Aspekt des Grundwiderspruches des Kapitalismus. Er ergibt sich aus den Dimensionen und Funktionen, die gerade den öffentlichen Investitionen in der Landwirtschaft zugewiesen werden und aus den Aufgaben, die den Instrumenten des staatsmonopolistischen Kapitalismus zur Erfüllung übertragen werden. Einmal besteht er in der massiven Ausweitung des gesellschaftlichen Charakters der landwirtschaftlichen Produktion in Konsequenz eben derade des dominierenden Gewichts, das dem öffentlichen Kapital in dem landwirtschaftlichen Produktionsprozeß zugewiesen wurde und zum anderen in der Aufrechterhaltung und Verschärfung des privatkapitalistischen Charakters der Aneignung, der aus jenem Produktionsprozeß selbst resultiert. Es ist diese charakteristische Spezifizierung des traditionellen Widerspruchs zwischen privater Aneignung und gesellschaftlichem Charakter der Produktion, die als Klassengrundlage der politischen Kräfte aufeinanderstoßen, um die Verwirklichung und die Verwirklichung und die Respektierung der republikanischen Verfassung zu unterstützen oder zu unterbinden. So hat der politische Einfluß der herrschenden Agrarklassen in einer Zeit sich geltend machen können, die gekennzeichnet ist durch große Veränderungen in den inneren Beziehungen der bürgerlichen Kräfte zueinander und aufgrund der Verschiebung der Rolle des Gewichts und der Stellung, die in den sozialen Konflikten von der Masse der bäuerlichen Produzenten eingenommen wird. Deutlicher als zuvor treten seine Grenzen hervor. Ursache ist die sich entwickelnde antimonopolistische Richtung, sichtbar gemacht durch die in den Kämpfen der Tagelöhner (braccianti), Lohnarbeiter (salariati) und armen Bauern durchgesetzten Errungenschaften und durch die allgemeinen Aktionen, die von der Arbeiterklasse auf politischer, gewerkschaftlicher und sozialer Ebene unternommen worden sind.

³ Vgl. Paragraph IV der ‚Denkschrift‘, die vom Nationalen Bauernverband auf der Nationalen Landwirtschaftskonferenz (Juni-Oktober 1961) vorgelegt worden ist. Abgedruckt in: Atti della Conferenza, Istituto Poligrafico dello Stato, Rom 1962, Band I, S. 343f.

II.

Der durch eine Wandlung im wirtschaftlichen und politischen Charakter gekennzeichnete Einfluß der herrschenden Agrarklassen auf die italienische Gesellschaft hat mit Hilfe traditioneller oder neu geschaffener Organe seine Präsenz spürbar verstärken können. Gemeint sind damit staatliche Organe oder solche des „öffentlichen Interesses“, die schon seit geraumer Zeit in der zentralisierten Organisation des italienischen Staates existieren und die entweder schon vom korporativen System in der faschistischen Zeit geschaffen worden waren oder aber speziell für die neuen Notwendigkeiten des staatsmonopolistischen Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg gebildet wurden. Diese Organisationen tragen Verbands-korporativen und privaten Charakter und wurden teils, im Vergleich zur vorfaschistischen und faschistischen Zeit, neu strukturiert, teils in jeder Beziehung neu geschaffen.

Um die Kriterien einer allgemeinem Einschätzung anzugeben, mit denen wir die konkrete Ausdrucksweise des Einflusses der herrschenden Agrarklassen auf die Politik des Landes nachprüfen und feststellen können, müssen wir erstens auf die Funktion eingehen, die diese Organisationen in 25 Jahren ausgeübt haben und die sich als ‚Vehikel‘ des staatsmonopolistischen Kapitalismus darstellen läßt (Sanierungskonsortien, Agrargenossenschaftsverband, Reforminstitute und Institute für landwirtschaftliche Entwicklung). Zweitens ist auf die Funktion, die dem Land- und Forstwirtschaftsministerium zugewiesen worden ist und die es bis heute ausübt, hinzuweisen. Drittens haben wir die Beziehungen zwischen der Organisation der Land und Großgrundbesitzer (Confagricoltura) und der extrem christdemokratisch ausgerichteten Berufs- und Verbandsorganisation der Landwirte und Kleinbauern (Confederazione nazionale dei coltivatori diretti, abgekürzt Coldiretti), zu untersuchen⁴.

Die gemeinsam durchgeführte Aktion der Coldiretti und Confagricoltura mit dem Ziel, zwei Hauptorgane der faschistischen Agrarpolitik, nämlich die Sanierungskonsortien und die Federconsorzi, unter Kontrolle zu bringen, weist bezeichnenderweise auf eine weitgehende Übereinstimmung hin. Diese beiden Organe waren die „Kanäle“, durch die allmählich – und dies betrifft zunächst hauptsächlich die Sanierungskonsortien – ein beachtlicher Teil der Investitionspolitik verwirklicht worden ist – einer Politik, die öffentliche Mittel in die Landwirtschaft investiert und die schon in faschistischer Zeit nutzlos gewesen ist. Mit den Federconsorzi stand eine Organisation zur Verfügung, deren Hauptaufgabe es war, die Landwirtschaft und die landwirtschaftlichen Unternehmen den Interessen der Unternehmer aus der Maschinenbau- und Chemieindustrie sowie denen der die Agrarprodukte verarbeitenden Industrie unterzuordnen. Hier läßt sich deutlich die Kontinuität der Aufgabenstellung, die den Federconsorzi von der korporativen Autarkiepolitik des Faschismus zugewiesen worden war, ablesen.

⁴ In seiner Eigenschaft als Generalsekretär der Democrazia Cristiana (DC) erklärte Aldo Moro 1966, daß die coldiretti die „Projektion der DC im Agrarbereich“ darstelle.

Reforminstitute wie die Institute für landwirtschaftliche Entwicklung waren und sind beide gesetzlich zu Aufgaben verpflichtet, die für die Erneuerung der Landwirtschaft von großer Bedeutung sind. Indessen lag ihre Funktion hauptsächlich in der Desorientierung der Tagelöhner (braccianti) und Bauern in ihren Kämpfen und zwar vermittels Interventionen, deren Direktiven von Coldiretti und Confagricoltura bestimmt wurden. Sie erwiesen und erweisen sich noch heute somit als Instrumente der Agrarpolitik der herrschenden Klassen Italiens. Hier mag der Hinweis auf die Tatsache genügen, daß diese Institute seit 1962 durch Gesetz den Auftrag haben, „regionale Entwicklungs- und Verwertungspläne“ zu erstellen, auszuarbeiten und zu verwirklichen. Zu Beginn der 70er Jahre, und nachdem das Gesetz über die Programmierung die Notwendigkeit der ‚Regionalpläne‘ sowie die Verantwortung der Förderungsinstitute für diese wiederholt und betont hat, ist kein Regionalplan für die Verwirklichung entwickelt und abgeschlossen worden und sei es auch nur im Modell.

Ähnlich haben sich die Sanierungskonsortien verhalten: sie haben den Landbesitz aufgewertet, indem sie beträchtliche öffentliche finanzielle Mittel Lösungen zugeführt haben, die lediglich die Interessen der Privilegierten berücksichtigten. Während des genen Zeitraumes ist kein einziger Hektar Land in Italien wegen Nichteinhaltung der Sanierungs- und Umwandlungsverpflichtungen, – gemäß dem, was auch die staatlichen Gesetze vorschreiben – enteignet worden. Ebenso muß die Tatsache bewertet werden, daß die Federconsorzi und die Agrargenossenschaften in Wirklichkeit das größte und ausschlaggebende Hindernis für die Ausweitung und Entwicklung des demokratischen Agrargenossenschaftswesens in Italien gewesen sind – obwohl sie durch Gesetz zu einem gewerkschaftlichen Engagement verpflichtet sind⁵.

⁵ Paragraph 26 des Berichtes (Schlußreferat) der Nationalen Landwirtschaftskonferenz besagt u.a.: „Genossenschaften und Federconsorzi haben zweifellos Probleme der Weiterbildung und Entwicklung vor sich. Das wichtigste unter ihnen, daß in gewisser Hinsicht die anderen bestimmt, ist die Anpassung der Organisationen an den Charakter einer im Umbruch begriffenen landwirtschaftlichen Welt-Anpassung, die dem Interesse der Organisation selbst entspricht, weil sie auf diese Weise einen Weg finden können wird, zu Gunsten einer erneuerten Landwirtschaft zu handeln. Sich mehr um die Probleme bemühen, die aus der zunehmenden Entwicklung des landwirtschaftlichen Unternehmens entstehen, zur Vollkommenung des Charakters und der Aktivitäten der Genossenschaft beitragen – das ist eine Aufgabe von größter Bedeutung“. (Vgl. die zit. Dokumente, IV/V, Seite 99ff.).

Mehr als sieben Jahre später, als der Abgeordnete Rumor den Kammern seine erste Regierung vorstellte, sagte er in Bezug auf die Agrargenossenschaften und die Federconsorzi: „Es ist darüberhinaus Absicht der Regierung... eine Revision der Gesetzgebung über die Genossenschaften wie über die Vereinigungen der Produzenten anzustreben, unverzüglich eine Anpassung der Federconsorzi wie der einzelnen Agrargenossenschaften an die neue Realität der landwirtschaftlichen Welt voranzutreiben, wobei u.a. die autonome Funktion der Genossenschaften, eine progressive Erweiterung ihrer Assoziierungsbasis und die volle Anerkennung ihres genossenschaftlichen Charakters Hauptpunkte darstellen werden“ (vgl. Parlamentarische Akten, V. Legislaturperiode, Sitzung vom 16. Dezember 1968, Seite 31/32).

Oft ist hervorgehoben worden, daß die „traditionelle Bürokratie immer für die Agrarbourgeoisie Partei ergriffen hat“. Für die Vergangenheit ist dies vollzutreffend und doch geht die gegenwärtige Funktion des Landwirtschaftsministeriums über eine einfache „Verteidigung“ eben dieser Agrarbourgeoisie weit hinaus. In Wirklichkeit ist dieses Ministerium aufgrund der logischen Konsequenzen, die aus der grundsätzlichen politischen Entscheidung der herrschenden Klassen für die Christdemokratische Partei (DC) im allgemeinen und der der herrschenden Agrarklassen im besonderen folgen, eine Zentrale geworden, von der aus die Regierung die wechselseitige Verbindung von monopolistischen Interessen (unter Berücksichtigung der neuen, untergeordneten Rolle des Agrarkapitalismus) und dem Einfluß der Coldiretti (als christdemokratische Machtgruppe Garant der Unterordnung der Masse der Landwirte unter eben jene Interessen) verwirklicht.

Das Landwirtschaftsministerium beteiligt sich an den Verletzungen der staatlichen Gesetze, die mit den Agrarkämpfen errungen worden sind und deren Inhalt, durch die Kämpfe bestimmt, immerhin auf eine Erneuerung abzielen. Es schafft eine hochentwickelte Form der ‚Kooperation‘ zwischen „öffentliche“ und „privat“ in der staatlichen Verwaltung wie in der Wirtschaft des Landes, notwendige Bedingung für ein gutes Funktionieren jener wechselseitigen Beziehungen zwischen Monopolinteressen, Interessen der herrschenden Agrarklassen wie Interessen der Coldiretti, deren gemeinsame Plattform es ist.

Das Ministerium ist demnach als ein Bereich anzusehen, in dem, bezogen auf das „System“, die Autonomie des Staates sowie die seiner politisch-administrativen Organe zeitlich rasch verfiel. Diese Situation muß gleichzeitig als ein notwendiger Aspekt des „Vertrauensüberganges“, den die herrschenden Klassen von den alten politischen Formationen, besonders von den Liberalen, hin zur DC vollzogen haben, gesehen werden. Festzuhalten ist, daß sich angesichts dieser Realität nicht nur jenes überhebliche intellektuelle Gerede über die Autonomie des Staates – etwas, was die Politik der Sozialistischen Partei (PSI) unverständlich macht – als theoretische Phrasendrescherei erweist, sondern erst recht auch jene sonderbare Propagandakampagne über den „Rechtsstaat“, mit der die Liberale Partei (PLI) die öffentliche Meinung Italiens in regelmäßigen Abständen zu konfrontieren pflegt. Nimmt man das Landwirtschaftsministerium als Beispiel, so hat der „Rechtsstaat“ nie in unserem Land existiert, noch kann er – bei der augenblicklichen Lage der Zielsetzung und Ausrichtung besonders der DC, – existieren, versteht man unter „Rechtsstaat“ heute die Gewißheit und Sicherheit der Respektierung der Rechte des Bürgers und der Gesamtheit, die Garantie einer Verwirklichung der Verfassung der Republik.

Verletzung von Staatsgesetzen, Nichtbeachtung von Aufgaben, die, öffentlichen Organen übertragen, von Gesetz wegen dazu bestimmt waren und sind, die nationalen Interessen zu achten und zu wahren, Verwendung von staatlichen finanziellen Ressourcen entgegen den Interessen der Gesamtheit – so – hat man den grundlegenden Widerspruch Italiens in der Nachkriegszeit weitgehend aufrechterhalten können, wobei natürlich auch andere Verantwortlichkeiten eine Rolle spielen. Wir spielen damit auf die Tatsache an, daß mit der Formel von der „Einheit des Landvolkes“ (so die klassische Formel der katholischen und christdemokratischen auf dem

Land), durch die Vermittlung von DC und mit Hilfe der Verbands- und Berufsorganisation der Coldiretti, eine beachtliche Anzahl von bäuerlichen Produzenten dahin gebracht worden ist, zu einer politischen Stütze der monopolistischen Kräfte der Industrie, der Finanzwelt und des Handels, zur politischen Stütze der Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzer zu werden. Sie bildeten und bilden die Basis jener Klassenkräfte, die ihren wirtschaftlichen Forderungen und ihrem Streben nach Freiheit geschlossen extrem feindselig gegenüberstehen.

Diesen politisch-sozialen Prozeß, der einer der bedeutsamsten für das Leben der Nation gewesen ist und noch bleibt, hat man – im politischen Bereich wie auf Regierungsebene im engeren Sinn – aufgrund der ununterbrochenen Leitung des Landwirtschaftsministeriums durch Repräsentanten der DC und aufgrund der Rolle, die die DC der Coldiretti zuwies, außerordentlich erfolgreich durchführen können. Er war erfolgreich aufgrund der Tatsache, daß der herrschenden Fraktion innerhalb der Coldiretti die Funktion einer höchsten Instanz für die italienische Agrarpolitik zuerkannt wurde – und zwar von allen bestimmenden Exekutivorganen, angefangen von der Confagricoltura über die katholisch inspirierten Gewerkschaften bis hin zur sogenannten „weißen“ Genossenschaftsbewegung und sogar, für lange Zeit, von der ACLI (Katholischer Arbeitervereins Italiens). Letzterer hat erst nach dem jüngsten Kongreß von Turin seine Zustimmung zu dieser Politik verweigert und zwar in Form einer Absage an eine Jahresveranstaltung, den „Tag der Danksagung“. Dieser wurde bis dahin stets in Übereinstimmung mit der Coldiretti einberufen, um die Agrarbevölkerung Jahr für Jahr daran zu erinnern, daß die katholische Kirche die tatsächlich praktizierte Agrarpolitik vorzieht und unterstützt.

Die herrschende Fraktion der Coldiretti setzte sich von Anbeginn mit Nachdruck für eine Interpretation der „öffentlichen Gewalt“ im Sinne der Monopole ein. Sie war desgleichen in der praktischen Politik der die Agrarpolitik bestimmende Organe der Motor der Integration, der die Interessen der Agrarbevölkerung den monopolistischen Kräften unterordnete. Konsequenterweise sucht sie mit allen Mitteln die Gewinnung von Macht- und Ausgangspositionen für Vertragshandlungen, bei denen die Masse der Landwirte den wirtschaftlichen und sozialen Kräften gegenübersteht, die den Bildungsprozeß des bäuerlichen Arbeitseinkommens maßgebend bestimmen. Die der Coldiretti zugeteilte Funktion läßt sich demnach zunächst wie folgt umschreiben: Ihre Aufgabe ist es, analog den grundsätzlichen Klassenentscheidungen, die von den in der DC organisierten herrschenden Klassen getroffen werden, entsprechende Entscheidungen auf der staatlichen Ebene bzw. auf der Verbands- bzw. -beruflichen Ebene zu treffen. Diese ihre Funktion läßt sich noch verdeutlichen. Man denke zum Beispiel an das gemeinsame Auftreten von Coldiretti, Confagricoltura und Federconsorzi in den Berufsvertretungsorganen der EWG – eine Dreiergruppe, die bezeichnend ist für die wahre Natur der Agrarpolitik der Gemeinschaft gegenüber den landwirtschaftlichen Unternehmen Italiens und Westeuropas und auch gegenüber den allgemeinen gemeinschaftlichen Interessen der Länder der EWG. Man denke auch an das Verhalten der Coldiretti bei der Regelung der landwirtschaftlichen Arbeitsverträge:

einseitiges Eintreten für die kapitalistischen Agrarunternehmen mit der entschlossenen Zielsetzung, zu vermeiden, daß in der Arbeitsverhandlung die notwendige Anerkennung der Unterschiedlichkeit der Beziehungen erfolgt, die zwischen der abhängigen landwirtschaftlichen Arbeit, landwirtschaftlichen Betrieben und kapitalistischen Agrarunternehmen bestehen.

In den Fragen der Federconsorzi, der Sanierungskonsortien, der in den Vertretungsorganen der EWG einzunehmenden Haltungen, in der Bestimmung der Arbeitsbeziehungen – über alles hat sich die Coldiretti mit der Confagricoltura geeinigt. Letztere hat, abgesehen von einigen unzumutbaren Ambitionen der Coldiretti, diese „zweitrangige“ Funktion akzeptiert und das nicht nur, weil die Härte der sozialen Auseinandersetzungen nach dem Krieg diese „Umverteilung“ in der Verantwortung der Großgrundbesitzerorganisation erforderlich machte und noch macht, sondern auch, weil auf diese Weise die möglichen ökonomischen und politischen Ergebnisse für die herrschenden Agrarklassen des Landes sicherer erreicht werden konnten.

Die herrschende Fraktion der in der italienischen Landwirtschaft dominierenden Klassen setzte dieses Konzept konsequent in die Praxis um. Zunächst erhielten sowohl der Verband der Landwirte (damals CONFIDA) als auch die Coldiretti autonome, an keine Partei gebundenen, Vertretungen im Nationalrat. Dann widersetzte sich die Coldiretti, geleitet von dem Abgeordneten *Bonomi*, den Abmachungen des Gewerkschaftsvertrages von Rom, die zwischen kommunistischen, sozialistischen und christdemokratischen Kräften in der Gewerkschaftsbewegung getroffen worden waren. Damit wurde zugleich eine gegen die Arbeiter gerichtete Politik, eine Politik der Spaltung von Arbeitern und Bauern, eingeleitet, was bezeichnend für die Aktivitäten der von der DC inspirierten „bäuerlichen“ Organisation war. Ganz in diesem Sinne war es auch, den Rechtsanwalt *Marino Rodinò*, Präsident der Confagricoltura, als Verhandlungspartner zu akzeptieren, um mit ihm im September 1950 das „Abkommen“ über eine „einheitliche Aktion im wirtschaftlichen und technischen Bereich der Landwirtschaft“ zu unterzeichnen.

Die Unterzeichnung dieses „Abkommens“ muß zusammen mit einem anderen bedeutsamen Beschuß erwähnt und beurteilt werden, der ebenfalls 1950, d.h. kurz nach der Spaltung der Einheitsgewerkschaft 1948, von der CISL, gefaßt wurde (von der Einheitsgewerkschaft abgespaltene christdemokratische Gruppe, AdU), nämlich der Beschuß, die Entscheidung zur konfessionellen Bindung, die von der Coldiretti getroffen worden war, nicht zu behindern. Dieser Beschuß wird nach einigen Jahren zu dem Vorschlag führen, vom Sekretariat der CISL auf dem Konvent über die autonomen Arbeiter (1966) vorgelegt, jeden Ansatz zur Organisation der CISL selbst im Agrarbereich zu unterlassen und stattdessen mit der Coldiretti ein Bündnis einzugehen.

Der Gegensatz zwischen den grundlegenden Interessen der Masse der Landwirte und dem Agrarkapitalismus, der ein untergeordneter Verbündeter der Monopole ist, führt fortwährend zu schweren Auseinandersetzungen und unterschiedlichen Positionen innerhalb der CISL selbst. Und es ist eine außerordentlich bedenkliche Tatsache, daß Teile der CISL – unter dem Deckmantel der Arbeitsge-

meinschaftspolitik und mit bestimmten Absichten einer außergewerkschaftlichen Aktivität – explizit eine Allianz fördern und auch zu verwirklichen suchen, die letztlich den Zielen jener Confagricoltura dient, die ihrerseits mit der Coldiretti verbunden ist. Sie fördern die Allianz mit Kräften, die letztlich im Interesse von Agrarkapitalisten und Großgrundbesitzern arbeitet, mit der Coldiretti, die ihre eigene Funktion als Vertretung der arbeitenden bäuerlichen Massen konsequent mißachtet.

Die konservativen Kräfte der italienischen Agrargebiete haben aus dem Offenbarwerden dieser Widersprüche direkte Vorteile ziehen können – Widersprüche, die seit jeher Arbeiterorganisationen katholischer Prägung immanent sind. Sie haben sich über viele Jahre hinweg in Form der Negierung von gemeinsam geführten Gewerkschaftsaktionen, in Form von separaten Arbeitsverträgen mit Unternehmern, in Form der Unterstützung von Lösungen, die außerordentlich schädlich für die Interessen der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter (salariati), der Halbpächter (mezzadri) und Landwirte waren, gezeigt. Weit mehr als in anderen Arbeitsbereichen zeigten und zeigen sich im Agrarbereich bei Zielen wie etwa der Entwicklung einer einheitlichen gewerkschaftlichen Aktion, der Forderung nach Einheit zwischen den Gewerkschaften der abhängigen Landarbeiter, und, unter bestimmten Gesichtspunkten, auch zwischen den Gewerkschaften der Halbpächter, ernste Schwierigkeiten. Die Ursache dafür ist in erster Linie in der dominierenden Rolle zu suchen, die der Coldiretti bei der Entwicklung und Leitung der Agrarpolitik im Sinne der Confagricoltura übertragen worden ist.

Analoge Widersprüche sind in der „weißen“ Genossenschaftsbewegung anzutreffen. Ein deutlicher Beweis dafür ist die Zustimmung der genossenschaftlichen Landwirte, organisiert im italienischen Genossenschaftsverband, und der Beitritt der katholischen Agrargenossenschaften zu der von Coldiretti, Federconsorzi und Confagricoltura gebildeten „Einheitsfront“, um so Tendenzen im Sinne einer Assozierung der landwirtschaftlichen Produzenten besser zu kontrollieren und im korporativen, antidebaktrischen Sinne prägen zu können. Die von den herrschenden Klassen Italiens getroffenen politischen Entscheidungen haben sich in dem Maße durchzusetzen können, in dem die die DC bestimmenden Kräfte bereit waren, das politische Monopol dieser Partei flexibel zu handhaben, dabei voll gedeckt von der politischen Einheit der Katholiken und zugleich unterstützt durch die Spaltung der Arbeiter in Stadt und Land.

Der Kampf um Verteidigung und Ausweitung der Einheit der italienischen Arbeiter- und Volksmassen, an der Arbeiter und Bauern teilgenommen haben und dabei außerordentliche Erfahrungen über die Notwendigkeit des einheitlichen Kampfes der Arbeitermassen gesammelt haben, hatte ohne Zweifel einen Höhepunkt erreicht, als einige Gruppen in der PSI die Spaltung der CGIL für möglich hielten. Das hohe gewerkschaftliche und politische Bewußtsein der italienischen Arbeiter – Kommunisten, Sozialisten, Katholiken, Personen mit unterschiedlicher ideeller, politischer und gewerkschaftlicher Orientierung – hat allerdings nicht nur diesen Bruch verhindert, sondern hat – ausgehend von den Konsequenzen einer solchen Spaltung – eine rasche Entwicklung der einheitlichen Gewerkschafts-

aktion und den eigentlichen Prozeß der gewerkschaftlichen Einheit gefördert und beschleunigt.

Auf dem Land hat man unter den Tagelöhnnern (braccianti) und auch unter den Halbpächtern (mezzadri) die erfolgversprechenden Anfänge einer einheitlichen Gewerkschaftsaktion verbuchen können. Schon in den letzten Monaten hat man positive Veränderungen in der Einheitsaktion zwischen den Agrargewerkschaften der drei Gewerkschaftsverbände (gemeint sind die CGIL, CISL und UIL, Anm. d. Redaktion) registrieren können, die den Weg freigemacht haben – besonders für die Tagelöhner (braccianti) und landwirtschaftlichen Lohnarbeiter (salariati) – für die großen Errungenschaften in Bezug auf Verträge, Löhne und neue Betriebszeitungen sowie schließlich für die Übernahme und Verwaltung der Arbeitsvermittlung. Natürlich führen die von der Coldiretti ausgeübte Funktion sowie andere und vielfältige besondere Bedingungen der italienischen Bauernbewegung zu einem notwendigerweise unterschiedlichen Aufbau einer einheitlichen Bauernbewegung gegenüber dem gewerkschaftlichen Einheitsprozeß bei den lohnabhängigen Arbeitern.

Die Schwierigkeiten bei der Suche nach einer einheitlichen Aktion der Landwirte zeigen sich beispielsweise im Bemühen um gemeinsame Forderungen gegenüber der Sozialfürsorge – einer Institution, die sich in einen von der Mafia kontrollierten Bereich verwandelt hat und die der Beistandsdarlehenskasse der Landwirte mit offenkundiger Billigung der öffentlichen Gewalt aufgezwungen worden ist.

An diesem Punkt stoßen wir wiederum auf die Funktion, die der Coldiretti, genauer gesagt ihrer herrschenden Fraktion, zugewiesen ist und die von ihr ausgeübt wird. Sie läßt sich nun kurz dahingehend ergänzen, nicht nur die einheitliche Gewerkschafts- und Berufsaktion der arbeitenden Massen auf dem Lande mit allen Mitteln zu verhindern, sondern ganz einfach jede Forderungsaktion der Landwirte überhaupt zu blockieren.

Als größtes Verdienst des maßgebenden Mannes einer Organisation, die als eine „Projektion der DC im Agrarbereich“ gilt, muß die Verhinderung der Einheit zwischen Arbeitern und Bauern angesehen werden. Die Klassenlogik, die aus dem Abgeordneten *Bonomi* eine unangreifbare Person im politischen Geschehen Italiens gemacht hat, liegt genau in dem Verdienst, das ihm zukommt, begründet.

Die herrschenden Klassen Italiens haben sich auf die Ergebnisse seines Bemühens um Spaltung von Arbeitern und Bauern, um ein reales soziales Gefälle, verlassen können, weil sie das Maximum des Erreichbaren in diesem Bereich darstellten und darstellen. Von daher ist ihr Zusammenarbeiten mit dem „Diktator“ der Federconsorzi, der Entschluß, ihre eigene Klassenorganisation (Confagricoltura) auf eine „sekundäre“ Rolle zu reduzieren, jede ihrer Äußerungen zur Agrarpolitik mit der Politik der Machtgruppe in der Coldiretti abzustimmen, zu erklären. Wie jede andere Klassenentscheidung der italienischen Monopole unter den heutigen Bedingungen ist diese ihre Entscheidung geprägt von ihren Zielen: Teilung und, wenn möglich, Spaltung der lohnabhängigen Massen, Sicherung der Machtkontrolle über die Staatsorgane und deren Instrumente.

Daß solche Ziele unverändert verfolgt werden sind, ist eine harte Wahrheit des politischen Lebens Italiens in den letzten 25 Jahren. Sie wird belegt durch die kontinuierliche Präsenz von Personen in verschiedenen Regierungen – Ministern und Staatssekretären – die direkt von den leitenden Funktionären der Coldiretti vorgeschlagen und durchgesetzt worden sind. Die Feststellung, daß die erzielten politischen und sozialen Erfolge nicht entfernt den erhofften Ergebnissen entsprechen, überrascht daher kaum. Niemand kann den Ernst der Lage bestreiten, die durch einen systematischen Abbau des öffentlichen Charakters der Funktion des Landwirtschaftsministeriums und aller anderen ausführenden und verantwortlichen Staatsorgane gekennzeichnet ist. Niemandem können die Bedingungen entgehen, denen jede Agrarpolitik in unserem Land unterliegt und die Ausdruck der Verteidigung von Interessen und Privilegien der herrschenden Klasse sind: von den Verdrehungen und Verzerrungen bei der Verwirklichung und dem Inkrafttreten der Bodengesetze angefangen bis zur Annahme der EWG-Agrar „Philosophie“.

Aber auf einer viel entscheidenderen Ebene hat die Politik der Ausbeuterklassen mit dem Einsatz aller ihrer Instrumente nicht gesiegt. Wenn auch auf dem Lande keine Einheit der Landwirte existiert, so wie sie für die landwirtschaftliche Erneuerung nötig wäre, und wenn auch der Aufbau einer wirksamen einheitlichen Initiative der Bauern für die genossenschaftliche Landwirtschaft schwierig bleibt, so ist doch die Mehrheit der Landwirte nicht das „Anti-Arbeiter-Heer“ geworden, geführt von der Fraktion eines *Paolo Bonomi*. Seine Spaltungspolitik hat die Klassenstärke der Halbpächter (mezzadri) in den entscheidenden Jahren der Halbpächterkämpfe nicht berührt. Die Konsequenzen, die sich aus den Widersprüchen einer arbeitsgemeinschaftlichen Agrargewerkschaftspolitik ergeben, wie sie für lange Jahre durch die katholischen Agrargewerkschaften betrieben wurde, hat die traditionelle Kampfbereitschaft- und fähigkeit, die große Klassenstärke der Tagelöhner (braccianti) und landwirtschaftlichen Lohnarbeiter (salariati), nicht wesentlich geschwächt.

Während so die positiven und wesentlichen Voraussetzungen für die Kämpfe einer radikalen Landwirtschaftserneuerung und einer Stärkung der demokratischen Kräfte des ganzen Landes offen bleiben, ist der Einfluß der herrschenden Agrarklassen dazu verurteilt, abzunehmen, parallel zur Verringerung des Einflusses jener politischen Kräfte, die deren Interessen verteidigen, sie in den Machtbereich der Monopole integriert haben. Auch für diese im Gang befindlichen Entwicklungen müssen sich die im Agrarbereich tätigen lohnabhängigen Kräfte organisieren, assoziieren und für ihre Zukunft mit hoher politischer und sozialer Verantwortung kämpfen. Dies gilt ungeachtet der Verringerung der Bedeutung der Landwirtschaft und der Zahl der in ihr Beschäftigten in einer Wirtschaft mit vorwiegend industriellem Charakter. Man kann nicht auf die Lohnabhängigen in der Landwirtschaft, auf bäuerliche Produktion und auf das freie Genossenschaftswesen verzichten, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen und politischen Ursachen zu beseitigen, die es bis jetzt den Ausbeuterklassen erlaubt haben, Einheitsaktionen im Ansatz zu verhindern.

M. Českov

„Elite“ und Klasse in den Entwicklungsländern

Aus: *Weltwirtschaft und internationale Beziehungen*, Moskau 1970, Heft 1, S. 85–91

Das Thema, das in diesem Artikel zur Diskussion steht, wurde in den letzten Jahren mehrfach direkt oder indirekt in unserer Forschungsliteratur berührt. Es geht dabei um die soziale Charakteristik der herrschenden politischen Gruppen in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien. Das Problem besteht darin, daß der Kolonialismus, der die sozial-ökonomische Entwicklung dieser Länder gehemmt hat, diesen eine nur schwach differenzierte Klassenstruktur hinterließ. Häufig gelingt es der konkreten Analyse der Situation in einem bestimmten Entwicklungsland nicht, die Klassengrundlage der politischen Spalte der Gesellschaft genau zu bestimmen. Durchweg sieht sich der Forscher mit einer Situation konfrontiert, in der die Begriffe „Elite“ und „Klasse“ zwei selbständige soziale Kategorien zu sein scheinen. Die bürgerliche Soziologie sieht sich hier in der traditionellen Gegenüberstellung dieser beiden Begriffe bestätigt. Die marxistische Theorie kann sich natürlich mit einer so oberflächlichen Behandlung der Materie nicht begnügen. Offensichtlich besteht die Aufgabe darin, die tatsächlichen Verhältnisse und Beziehungen zu klären, die die Lage, Rolle und soziale Perspektive der „Elite“ in den sich entwickelnden Klassenstrukturen der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien charakterisieren.

Der Autor setzt es sich als Ziel, einige Aspekte dieses Problems allgemeintheoretisch zu untersuchen, wobei er auf die spezifischen Bedingungen der einzelnen Länder nicht eingeht und zugibt, daß viele von ihm vorgelegte Schlüsse nicht in gleicher Weise etwa auf Indien und Tansania angewendet werden können. Eine andere Vorbemerkung muß bezüglich des im Artikel verwendeten Begriffs „Elite“ gemacht werden. Seine Bedingtheit und Unbestimmtheit liegen auf der Hand. Sogar die bürgerlichen Soziologen, die diesen Begriff häufig verwenden, sind über seinen Inhalt durchaus nicht einer Meinung. Wenn von den Entwicklungsländern die Rede ist, so schließen sie gewöhnlich solche Gruppen in den Begriff mit ein, die mit irgend einer Form des „Überbaus“ in Verbindung stehen. Das sind hauptsächlich Leute, die die höchsten Stellungen im Staats-, Militär- und ideologischen Apparat innehaben. Entsprechend überwiegen auch in den quantitativen Schätzungen sehr bescheidene Zahlen¹.

1 Beispielsweise wurde als Zahl für die politische „Elite“ Indonesiens in den 50er Jahren 500 Personen angegeben, für die Philippinen 200 Personen. („Gouvernement and Politics of South-East-Asia“. Ed. by G. MacKalin. New York 1959, pp. 211, 417). Als entsprechende Indexziffer erschien für den Iran zu Beginn der 60er Jahre „Tausend Familien“ („Le rôle extra-militaire de l'armée dans le Tiers-monde“. Paris 1966, p. 198). Die Beamtenelite Thailands wurde für den gleichen Zeitraum auf tausend Personen geschätzt (D. Wilson. Politics in Thailand. New York 1967, pp. 60–61).

Im vorliegenden Artikel wird der Begriff zur Bezeichnung der obersten Gruppen der Gesellschaft verwendet, die ihrer sozialen Lage nach nicht zu den werktätigen Klassen gezählt werden können und gleichzeitig auch nicht Vertreter der Bourgeoisie sind, wenn auch nur deshalb, weil eine entsprechende sozial-ökonomische Basis in der Form kapitalistischer Produktionsverhältnisse fehlt. Im Grunde ist die Frage nach dem Verhältnis und der Wechselbeziehung zwischen der „Elite“ und der gerade entstehenden oder sich herausbildenden Bourgeoisie der Hauptgegenstand der Erörterung in diesem Artikel.

Eine Klasse in einer anderen Form

In den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien vollzieht sich die Bildung der Bourgeoisie durchaus nicht so, wie unter den Bedingungen des „klassischen“ Industriekapitalismus.

Als Gesamtheit der Eigentümer der Produktionsmittel ist die Bourgeoisie natürlich immer eine Klasse. Aber selbstverständlich darf man sie nicht als historisch unveränderliche Erscheinung betrachten. In der Entwicklung des Kapitalismus unterscheiden wir bestimmte Stadien und diesen entsprechen bestimmte Reifegrade der Bourgeoisie. Ganz offensichtlich bestehen qualitative Unterschiede zwischen einem Bourgeois der Epoche der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, des Stadiums des Industriekapitalismus und der Epoche des Imperialismus². Die konkret-historische Form der Bourgeoisie, die im Stadium des Industriekapitalismus entsteht, trägt die typischsten Züge dieser Klasse als sozialer Gemeinschaft.

Marx gibt im „Kapital“ eine erschöpfende und vollständige Definition der Bourgeoisie. Dabei behandelt er in seiner Analyse nicht ausschließlich oder vorzugsweise die westeuropäische Bourgeoisie, die der konkrete Gegenstand seiner Untersuchung ist, sondern die Bourgeoisie allgemein – als Ergebnis wissenschaftlicher Abstraktion. Sie wird als Personifikation des gesellschaftlichen Gesamtkapitals betrachtet, das im Prozeß seiner Reproduktion und seines Kreislaufs ein einheitliches Ganzes darstellt. Die Bedingungen für die Bildung des Gesamtkapitals sind das Vorherrschen einer bestimmten Form, nämlich der Form des Industriekapitals und, auf dieser Grundlage, die Gültigkeit des Gesetzes der Durchschnittsprofitrate.

Welches sind nun die besonderen inneren und äußeren Faktoren für die Bildung einer nationalen Bourgeoisie in den Ländern, die sich vom Kolonialismus befreit haben?

In den vorkolonialen Gesellschaften führten einzelne Elemente kapitalistischer Verhältnisse in der Regel nicht zur Formierung einer bestimmten Klasse³. Demgemäß darf man behaupten, daß der Kapitalismus und die durch ihn entstehende Klasse der Bourgeoisie hier keine eigentlichen geschichtlichen Wurzeln hatte, und daß die

2 W. I. Lenin hob in der Polemik mit den Volkstümern z.B. die „Plutokratie“ (60er Jahre des 19. Jh.) als besondere Form der Bourgeoisie, entsprechend dem Entwicklungsgrad des Kapitalismus in Rußland, hervor.

3 Siehe das Sammelwerk, o genezise kapitalisma v stranach Vostoka (XIV–XIX), Moskau, 1962.

Herausbildung einer Bourgeoisie – meist handelt es sich hier um eine andere, schwach entwickelte Form – in der Zeit der ausländischen Kolonialherrschaft begründet liegt.

Der Imperialismus beschleunigte ohne Zweifel die Bildung der Oberschicht der nationalen Bourgeoisie in den Kolonien. Die koloniale Ausbeutung richtete aber gleichzeitig die Kleinproduktion zugrunde und untergrub damit die Basis der überwiegenden Mehrheit dieser Klasse. Bei der Bildung höchster und niedrigster Formen des nationalen Kapitals und der entsprechenden bürgerlichen Schichten entstand ein starkes Mißverhältnis⁴. Hinter diesem Mißverhältnis verbirgt sich indessen noch ein tieferer Widerspruch, der in der Natur des nationalen Kapitals begründet lag. Dieses wurde ja faktisch von außen hineingetragen und – was noch wichtiger ist – es bildete sich ja heraus als ein Element des übergeordneten weltweiten kapitalistischen Systems. Deshalb war unter den kolonialen Bedingungen der klassische Weg zur Bildung einer Bourgeoisie, über die Entwicklung eines nationalen Marktes, eines nationalen Industriekapitals und eines gesellschaftlichen Gesamtkapitals, versperrt. Die Herausbildung einer nationalen Bourgeoisie wurde nicht einfach „aufgehalten“ und „gebremst“, sondern änderte hier von Grund auf ihre Form.

In einem bestimmten Sinne hat der Imperialismus hier in nicht mehr umkehrbarer Weise gewirkt: Er zog die Kolonien und abhängigen Ländern in das weltumfassende System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung hinein. Die Erringung der nationalen Unabhängigkeit bedeutet durchaus keinen Bruch mit diesem System. Deshalb erfolgt die weitere Herausbildung und Entwicklung einer Bourgeoisie in den ehemaligen Kolonien und Halbkolonien nicht im Rahmen relativ isolierter, nationaler Märkte, sondern innerhalb des weltweiten kapitalistischen Systems, das sich seinerseits nun auf die wissenschaftlich-technische Revolution – einer neuen Phase in der Entwicklung der maschinellen Produktion – stützt. Diese beiden grundlegenden und langfristig wirkenden Faktoren (der Einschluß in das weltweite kapitalistische System und die Einwirkung der wissenschaftlich-technischen Revolution) beeinflussen die Herausbildung der Bourgeoisie in den Entwicklungsländern in einer Weise, die sich stark vom analogen Prozeß im Westeuropa des 18./19. Jh. unterscheidet.

Diese Länder (oder zumindest die Mehrzahl dieser Länder, die unwiderruflich in den Prozeß der globalen Reproduktion) hineingezogen wurden, entwickeln sich in einer Richtung, die weniger zur Bildung eines vollständigen Reproduktionszyklus innerhalb eines Landes führt, sondern eher zu einer Lage, in der die nationale Wirtschaft die Funktion einer Phase der weltumfassenden Reproduktion erfüllt. Deshalb gibt es auch keinen geschlossenen Kreislauf des sich bildenden, nationalen gesellschaftlichen Gesamtkapitals. In seiner Bewegung durchläuft das Kapital nicht alle Phasen, sondern nur die, in denen es am Kreislauf des Weltkapitals teilnimmt. Mit anderen Worten: Das nationale Gesamtkapital ist nicht unabhängig, sondern vom Weltkapital abgeleitet. Auch der ihm entsprechende soziale Prozeß der Herausbildung einer bürgerlichen Klasse vollzieht sich weniger auf nationaler Ebene als viel-

4 Siehe z.B. A. Levkovskij, Nekotorye osobennosti razvitiya kapitalizma v Indii do 1947, Moskau, 1956.

mehr innerhalb des weltweiten kapitalistischen Systems. Diese Besonderheit kann man kaum nur als „Verzögerung“ bei der Bildung einer bürgerlichen Klasse in den Entwicklungsländern betrachten. Insofern, als im weltweiten kapitalistischen System nach wie vor die Monopole herrschen, wird unter den neuen Bedingungen wieder jenes Mißverhältnis im Akkumulationsprozeß des Kapitals erzeugt, das schon in der Kolonialzeit bestand. Die höchstentwickelten Formen des Kapitals im Inland lassen sich leicht in das weltumspannende Kreislaufsystem einbeziehen, während seine niedrigste Form einen wirtschaftlichen Stand behalten, den *W. I. Lenin* als „mittelalterlichen Kapitalismus“ bezeichnete. Die Stagnation der niedrigsten Formen des Kapitals ist dadurch bedingt, daß der Niveauabstand in der Arbeitsproduktivität zwischen den Industrieländern und den wirtschaftlich rückständigen Ländern sehr lange bestehen bleibt. So erfolgt der Entzug eines bedeutenden Teils der Rücklagen (und nicht selten auch eines Teils des notwendigen Produkts), die in der Landwirtschaft gebildet wurden, zugunsten der einflußreichsten Kreise des nationalen und internationalen Kapitals. So bleibt das Vorhandensein eines „mittelalterlichen Kapitalismus“ eine Bedingung für die rasche Entwicklung höchster Formen des Kapitalismus im Inland.

Demgemäß offenbart sich innerhalb der Bourgeoisie als Klasse ein scharfer Gegensatz zwischen den niederen Schichten, die sich häufig in einer Grenzsituation zwischen Unternehmer- und Kleinbürgertum befinden, und den obersten Schichten. Letztere kommen nicht nur auf wirtschaftlicher Ebene leicht in Kontakt mit dem ausländischen Kapital. Bei den heutigen Kommunikationsmitteln eignen sie sich schnell die Lebensweise, die Bildung, die Denkungsart, die ideologische Orientierung und die soziale Mentalität der Bourgeoisie des Westens an. Dadurch wird die Spitze der nationalen Bourgeoisie ein Bestandteil und untergeordnetes Element der kosmopolitischen Weltbourgeoisie.

Die Bildung der Bourgeoisie als einer Klasse muß auch unter dem Blickwinkel der wissenschaftlich-technischen Revolution gesehen werden, deren Einfluß auf die Entwicklungsländer ein konstanter Faktor ist. Auf der Grundlage des, dieser Revolution entsprechenden, Entwicklungsgrades der Produktivkräfte erhöht sich die organische Zusammensetzung des Kapitals sehr stark⁵, vergrößert sich die durchschnittliche Wertmasse, die als ursprüngliche Kapitalquelle benötigt wird, erhöht sich die Akkumulationsrate, wachsen die Ausgaben für wissenschaftliche Forschungsarbeiten und für die Ausbildung qualifizierter Arbeitskräfte.

Aber obwohl dies alles die Bildung einer Bourgeoisie als Klasse in den Entwicklungsländern auch erschwert, so wäre es doch falsch, den Schluß zu ziehen, daß die Möglichkeiten zu ihrer Herausbildung versperrt sind.

Der besondere Typus einer sozialen Gemeinschaft

Das Spezifische der sozial-ökonomischen Lage der Entwicklungsländer ist die ständig wachsende Rolle des Staates in ihrem Wirtschaftsleben. Der Staat stützt

5 Dementsprechend vergrößert sich der Anteil des Kapitals, das aus dem allgemeinen Kreislauf „herausfällt“, es tritt eine relative Verringerung der Profitmasse ein.

sich hier indessen nicht auf die gesellschaftliche Basis der entwickelten kapitalistischen Verhältnisse, sondern überwiegend auf die sozial-ökonomische Struktur des vorkapitalistischen Typs. Daraus folgt erstens, daß der Staat in der Mehrzahl dieser Länder nicht ein Werkzeug der Klasseninteressen der Bourgeoisie ist, die sich herausgebildet hat, und zweitens, daß wirtschaftliche Aktivität, streng genommen, nicht mit dem Begriff „Staatskapitalismus“ umschrieben werden kann. Denn der Staat tritt ja selbst – nicht nur im heutigen Entwicklungsstadium, sondern voraussichtlich auch in Zukunft – als selbständiger Eigentümer an den Hauptproduktionsmitteln auf, keinesfalls aber als Vertreter der Eigentumsrechte der bürgerlichen Klasse.

Marx unterschied bekanntlich primäre und sekundäre Formen der Ausbeutung, d.h. jene, die direkt im Wirtschaftsbereich entsteht, und jene, deren Vertreter die politische Herrschaft, die Macht, ist⁶. In der klassischen westlichen Variante der kapitalistischen Gesellschaft war immer die „primäre“ Ausbeutung vorherrschend. Unter den heutigen Bedingungen der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien tritt in erster Linie die „sekundäre“ Form der Ausbeutung auf. Die zusätzliche Besonderheit der hier entstehenden Lage besteht darin, daß die Macht und das Eigentum an den Hauptproduktionsmitteln einen einheitlichen Komplex in der Person des Staates bilden.

Die „Elite“, die die höchsten Posten in der staatlichen Hierarchie einnimmt, tritt hier nicht einfach als Vertreter „fremder“ Klasseninteressen auf, sondern als eine gewisse soziale Gemeinschaft, die den Staat als Eigentümer personifiziert. Die „Elite“, von der die Rede ist, unterscheidet sich auch von dem historischen Grundtypus herrschender sozialer Gruppen.

Im Unterschied zu der politischen „Elite“ der Periode des Industriekapitals, tritt diese „Elite“ in ihrer administrativen Tätigkeit auch als Gesamteigentümer auf. Eine Analogie mit dem, für die asiatische Produktionsweise typischen, Gegensatz von Staat und kleinen Produzenten bietet sich an. Aber das war ein geschlossenes, autarkes System. Und die heutige „Elite“ der Entwicklungsländer erscheint als Glied in einer Kette verwickelter, internationaler wirtschaftlicher und politischer Beziehungen. In diesem Sinn steht sie häufig mit der „Außenwelt“ in engerer Verbindung als mit der eigenen Nation. Und nichtsdestoweniger besitzt sie eine stabile Stütze im Inland, den Staat. Das Staatseigentum ist eine Form der Produktionsverhältnisse, die in den Entwicklungsländern einen historisch neuen, spezifischen Typus einer sozialen Gemeinschaft hervorbringt. Deren usprüngliche Funktion – die Verwaltung – wirkt sich entscheidend auf die Produktionsverhältnisse und auf die sozialen Beziehungen im allgemeinen aus. Das besondere Wesen der Verwaltung als einer Tätigkeit, die nicht zur Bildung eines besonderen, abgesonderten Produkts führt, entspricht der entscheidenden Rolle der staatlichen Aneignung. Gerade deshalb sollte man, meiner Meinung nach, die „Elite“ der ehemaligen Kolonien und Halbkolonien nicht als eng-„bürokratische“ Kategorie des „Überaus“ auffassen. Sie

ist eher ein eigenständiger Pol der Klassendifferenzierung, die charakteristisch ist für die Gesellschaft, die sich nach der Liquidierung der kolonialen Regime bildete.

Die sozialen Perspektiven der „Elite“

Noch eine, auch für die Zukunft höchst wichtige, Besonderheit der „Elite“ in den Entwicklungsländern besteht, unserer Meinung nach, darin, daß diese sich in ihrem sozial-ökonomischen Gehalt nach entgegengesetzten Richtungen entwickeln und verändern kann. Diese Eigenschaft liegt begründet in dem tiefen Widerspruch, der augenscheinlich ein wichtiges charakteristisches Merkmal des Gesellschaftsaufbaues der Mehrzahl der Entwicklungsländer ist. Das ist der Gegensatz zwischen dem individuellen Charakter der Arbeit des kleinen Produzenten, der die Gesellschaft am typischsten repräsentiert, und den staatskollektivistischen Formen der Aneignung, wobei der Staat als Eigentümer die führende Rolle spielt. Darin besteht auch eigentlich die sozial-ökonomische Grundlage, hier liegt die Voraussetzung für die Entscheidung zwischen einer kapitalistischen und einer nichtkapitalistischen Entwicklung der befreiten Länder, d.h. zwischen Wegen, die entweder zur Vorherrschaft privater Formen des Eigentums oder zur Errichtung echt gesellschaftlicher Formen des Eigentums führen. Demgemäß sind auch die sozialen Perspektiven der „Elite“ verschieden. Sie kann der Kern für eine zukünftige Bourgeoisie mit bürokratischen und technokratischen Zügen sein. Wenn aber die nationale Revolution weiter und immer intensiver fortschreitet und von sozialem Gedankengut getragen ist, kann die „Elite“ die Führungsgruppe werden, die die Interessen der werktätigen Klassen vertritt, besonders der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, der Bauern. Freilich kann sich die „Elite“ bei jeder dieser Varianten der Entwicklung an die verschiedensten politischen Orientierungen halten, was ganz natürlich ist bis zu der Zeit, wo sich ihr Klassenwesen und ihre Klassenbeziehungen herauskristallisieren.

Bei dem Prozeß der sozial-ökonomischen Veränderung der „Elite“ können zwei Stadien unterschieden werden. Nennen wir sie mit Vorbehalt Ausgangsstadium und Bewegungsstadium.

Im Ausgangsstadium befinden sich jene „Eliten“, die, ähnlich den herrschenden Gruppen in vielen Staaten Zentralafrikas und in einer Reihe von Staaten in Südostasien, unter gesellschaftlichen Bedingungen leben, die einen sehr niedrigen Grad der sozialen Differenzierung und Klassendifferenzierung aufweisen. Hier repräsentiert die „Elite“ die Spitze des Staats- und Parteiapparates, sie steht einer Masse von Produzenten als ihr „Gesamt“-Vertreter und „Gesamt“-Ausbeuter gegenüber. Die Aneignung des Mehrprodukts der kleinen Produzenten erfolgt hier im allgemeinen in kollektiven Formen – durch Staat, Stamm oder Gemeinde. Die „Elite“ tritt als Vertreter der traditionellen Verhältnisse auf in dem Sinne, daß sie sich im großen und ganzen nach Prinzipien herausbildet und organisiert, die auf einer noch überwiegend stammes- und gemeindebetonten Gesellschaftsstruktur beruhen. Die höchsten Staats- und Parteiorganisationen sind von ein oder zwei Stämmen besetzt, die politischen Parteien werden oft als Stammesorganisationen usw. gegründet. Gleich-

6 Marx/Engels, Werke, Band 23 (Das Kapital, Bd. I), Dietz Verlag, Berlin 1962.

zeitig führen die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen, die den nationalen Rahmen weit überschreiten, zu einer bestimmten Absonderung der „Elite“, zu ihrer Entfremdung von der eigenen „traditionellen“ Gesellschaft.

Der Übergang von diesem Stadium zum Stadium der Bewegung im Verlauf der sozialen Veränderung der „Elite“ kann sich in Gestalt der Auflösung der Naturalwirtschaft der kleinen Eigentümer, ihrer Verdrängung durch die stark erweiterte Reproduktion, des Zerfalls der Bluts- und Stammesbindungen, der Einbeziehung der gesamten Gesellschaft in das System der internationalen Beziehungen vollziehen. Die politische Übergangsperiode wird nicht selten durch Staatsstreichs, Militärputsche und die Herrschaft einer „starken Persönlichkeit“ charakterisiert. In sozialer Hinsicht erweist sich diese jähre Wendung durchweg als Grenze, jenseits der die Absonderung zweier Funktionen der „Elite“ beginnt – der Funktion der „Repräsentation“ und der Funktion des „Besitzes“ und der „Ausbeutung“. Bei der ersten Variante erscheint die „Elite“ als Kraft, die die Gesellschaft zur Errichtung kollektiver Formen des Eigentums, der Produktion und der Aneignung führt. Sie selbst wird in diesem Fall der Vertreter der beiden demokratischen Schichten der Bevölkerung. Bei der zweiten Variante beginnen bei der „Elite“ die Merkmale einer Klasse der Besitzenden zu dominieren. Die „Elite“ wird sozialer Anziehungspunkt anderer ausbeuterischer Gruppen, die sich auf das Privateigentum stützen.

In der Realität kann es zwischen diesen beiden Wegen der „Elite“ keine klare Trennung geben. Mehr als das: Diese Wege können sich kreuzen, die Fortbewegung auf ihnen erfolgt nicht geradlinig sondern in Zickzacklinien. Aber je stärker das Klassenbewußtsein der „Elite“ ist, desto seltener gehen diese Wege auseinander, desto geringer wird die Möglichkeit einer Umkehr.

Im Fortschreiten dieses komplizierten Prozesses vollziehen sich in der Struktur der „Elite“ grundlegende Veränderungen. Anfangs überwiegen in ihr die Politiker und Ideologen, die nicht selten eine Militäruniform tragen. In der Folge wächst, wie man der Beobachtung gewisser Tendenzen entnehmen kann, der Einfluß der Offiziere und übrigens auch der Gruppen, die direkt in der staatlich verwalteten Wirtschaft tätig sind. Bei dieser Variante, wo die „Elite“ verbürgerlicht, verschmelzen diese beiden letzteren Gruppen mit den Privatunternehmern, den Managern usw. zu einem Ganzen. Die Politiker, die ihre frühere Monopolstellung verlieren, gewinnen jedoch, als ein zum Zusammenhalt dieser „Elite“ notwendiges Element, Bedeutung.

Zu Beginn des Stadiums der Bewegung haben die Offiziere die Funktionen von Politikern, Ideologen und Bürokraten, die Bürokraten die Funktionen von Politikern usw. Entsprechend der Labilität und der Austauschbarkeit dieser Gruppen kann man gewöhnlich auch die Ineffektivität der Institutionen, in denen sie auftreten, beobachten (Parlament, Partei). Als dauerhafter erweisen sich dagegen die nicht formellen kleinen Gruppen⁷, die sich auf traditioneller Grundlage – durch

⁷ Unter den vielen offenkundigen Beispielen könnte man die „Zellen“ anführen, die die oberste Führungsschicht Thailands bildet. Siehe F. Riggs, The Modernization of Bureaucratic Policy, Honolulu, 1966.

ethnisch-regionale oder religiöse Zugehörigkeit und persönliche Beziehungen – bilden.

Eines der Hauptprobleme bei der Bildung der „Elite“ ist die Auffüllung ihrer Reihen. Mit der Erlangung der Unabhängigkeit erweiterten sich in der Regel die Gruppen der „Elite“ zugunsten der „Afrikanisierung“, der „Arabisierung“ usw. In fünf Ländern Südostasiens fiel vom Augenblick der Befreiung an bis 1964 der Anteil der Ausländer in der hohen Beamenschaft von 52% auf 0,03%⁸.

Jedoch zeigten Untersuchungen repräsentativer Gruppen in Indien und Pakistan, daß sich die Hauptmasse der neuen Mitglieder der „Elite“ aus eben dieser bürokratischen Schicht rekrutiert (Indien : 44,5% aus einer Gruppe von 614 Menschen, Pakistan: 60% aus einer Gruppe von 388 Menschen)⁹. In einer Reihe von Ländern behielten die Beamten der ehemaligen Kolonialverwaltung ihre dominierende Stellung, wie beispielsweise in Indien, wo diese 1963 83% der wichtigen Posten in den Zentralministerien und 16 % der Posten der Sekretäre der Regierungen der Gliedstaaten innehatteten¹⁰. Untersuchungen, die in einigen afrikanischen Staaten (z.B. Dakar) durchgeführt wurden, bestätigten eine eindeutige Tendenz zur Sicherung der Privilegien der höheren Bildung für einzelne Gruppen der „Elite“, eine Tendenz, die man schon in der Mitte der 50er Jahre beobachten konnte¹¹.

In vielen Ländern hat die Struktur der „Elite“ nach wie vor den Charakter einer regional-ethnischen oder religiösen Absonderung. 1955 stellten z.B. in Indonesien die Javaner 2/3 aller Politiker und hohen Beamten (aus einer Gruppe von 441 Menschen)¹². In Südvietnam entfiel in den Jahren 1956–1958 beinahe 1/3 der höchsten Beamten auf den Anteil der Katholiken, die nur 7% der Bevölkerung ausmachen (aus einer Gruppe von 186 Menschen)¹³.

So befreit sich die „Elite“ sogar im Stadium der Bewegung bei weitem nicht von allen Merkmalen, die sie im Ausgangsstadium besaß.

Wenn man die „Elite“ nur oberflächlich, begrenzt, sieht, d.h. nur als Gruppe der höchsten Leiter des Staats-, Partei- und ideologischen Apparats, unabhängig von ihrer sozialen Natur, so gibt es eine „Elite“ natürlich in jeder Klassengesellschaft und wird dort immer bestehen. In diesem Artikel jedoch erhielt der Begriff „Elite“ einen anderen Inhalt. In den beiden Varianten ihrer möglichen Entwicklung wurde die Elite als Kern für neue spezifische Klassenbildungen betrachtet. Solange dieser Prozeß abläuft, existiert und handelt die „Elite“, wobei sie

⁸ The Asian Bureaucratic Systems, Durham 1966, pp. 645, 647

⁹ Administration and Economic Development in India, Ed. by R. Braibanti and J. Spengler, Durham 1963, p. 54; The Asian Bureaucratic Systems, p. 264.

¹⁰ The Asian Bureaucratic Systems, pp. 155, 252.

11 P. Mercier. Aspects des problèmes de stratification sociale dans l'Quest Africain („Cahiers internationaux de sociologie“, vol. XVII, Paris, 1954, p. 52).

12 S. Soemardi, Some Aspects of the Social Origins of Indonesian Political Decision Makers („Transactions of the Third World Congress of Sociology“, London 1956, Vol. III, p. 340).

13 R. Scigliano, South Vietnam: Nation under Stress, Boston 1964, p. 151.

eine relative Selbständigkeit bewahrt. Dabei spielt sie gleichsam die Rolle einer noch nicht zur vollen Ausbildung gekommenen Klasse. Daher erklärt sich auch die Selbständigkeit ihres politischen Verhaltens, das nicht an eine bestimmte Klasse gebunden ist. Aber wenn sie ihre Rolle bei der Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung, bei der Herausbildung von Klassen gespielt hat und selbst das Zentrum für ihre Organisation geworden ist, verschwindet die „Elite“ unvermeidlich, hört sie auf, eine besondere soziale Gemeinschaft zu sein.

Vorläufig behält die „Elite“ ihre Bedeutung als eines selbständigen und wichtigen Elements im sozial-politischen Leben der Entwicklungsländer, sie trägt nicht wenig zu dessen besonderem Charakter bei. So lenkt die „Elite“ die entstehenden und sich weiter entwickelnden kapitalistischen Verhältnisse in die Geleise des „Oktabristen-Kapitalismus“. Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts wanderte das „Oktabristen-Kapital“ aus Europa nach Asien. Nicht die Bourgeoisie selbst, sondern die verbürglichte „Elite“ ist der Träger dieser Entwicklung. So erklärt sich auch jene spezifische Gruppierung der sozial-politischen Kräfte in vielen Entwicklungsländern, bei der der „Elite“ nicht nur die werktätigen Schichten der Bevölkerung, sondern auch die Masse der kleinbürgerlichen Unternehmer und Kapitalisten gegenüberstehen.

Bei der entgegengesetzten Variante der Entwicklung der Gesellschaft und der Elite, d.h. bei der nichtkapitalistischen Entwicklung, muß sich die Führung des Landes mit dem Problem der Aktivierung der Massen und der Demokratisierung des Staatsapparates auseinandersetzen. Die Lösung dieses Problems entspricht den Forderungen des nationalen Fortschritts und den Interessen der führenden Gruppen selbst, denn anderenfalls können diese die gesellschaftliche Unterstützung, ihre Macht und ihren Einfluß verlieren.

Offensichtlich führt die Logik der gesellschaftlichen Entwicklung die „Elite“ – und dies unabhängig von den verschiedenen Varianten ihrer sozialen Umformung – unerbittlich dazu, ein integraler Bestandteil der aufsteigenden Klassen zu sein.

A. Šestopal

Die Krise der „integral-elitären“ Konzeption. Der ideologisch-theoretische Kampf im Zusammenhang mit der Entwicklung der Soziologie in Lateinamerika

Aus: *Voprossy filosofii, Moskau 1970, Heft 1, S. 173–179*

Zu Beginn der 60er Jahre erlebte die Gesellschaftskunde in Lateinamerika einen „soziologischen Boom“, als sich die Methoden der empirischen Wissenschaften auf den Bereich der sozialen, der sozial-psychologischen und der politischen Prozesse und Strukturen ausweiteten und die Forscher von einfachen Feststellungen zu analytischen und prognostischen Verfahren übergingen. Die Entwicklung der empirischen Beobachtung und die Spezifik der Erkenntnisaufgaben im Bereich der Verallgemeinerung von zu beobachtenden Kennziffern waren durch den Aufschwung der Industrialisierung und die Zunahme der sozial-politischen Aktivitäten verschiedener sozialer Kräfte und Gruppen in den lateinamerikanischen Ländern bedingt.

Vom wissenschaftlich-theoretischen Gesichtspunkt aus gesehen, hatte diese Entwicklung eine bestimmte progressive Bedeutung, da sie einerseits den Einfluß der politischen Formalistik und historischen Scholastik der „klassischen“ lateinamerikanischen Gesellschaftskunde einengte, die aufs engste mit der Ideologie der alten Oligarchie der Feudalherren und Kompradoren verknüpft war und andererseits neue Möglichkeiten für die Erkenntnis der Probleme der sozialen Realität durch die Intelligenz eröffnete. Diese Umstände erklären auch in erster Linie die Hoffnungen, die sich mit der neuen Disziplin verbanden, sowie das große Interesse, das ihr zahlreiche fähige Vertreter der lateinamerikanischen Intelligenz entgegenbrachten.

In der Mitte des vergangenen Jahrzehnts nahm die „integral-elitäre“ Schule, die solche Wissenschaftler wie die Brasilianer *Fernandes, Cardoso, Soares, Costa Pinto, Janni, Diegues*, den Peruaner *Obregon*, die Chilenen *Briones, Ratinov*, den Uruguayer *Solari*, die Argentinier *Germani, Di Tella, de Imaz*, den Mexikaner *Alba*, die Venezolaner *Silva Michelena, Kotler* u.a. vereinigte, den ersten Platz in der lateinamerikanischen bürgerlichen Soziologie ein. Ihre Mitglieder stellten sich die wichtige Aufgabe, die gegenwärtig herrschenden Gruppierungen und Eliten in Lateinamerika zu untersuchen und sammelten umfangreiches Tatsachenmaterial, das die realen Prozesse der Bürokratisierung der wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Struktur in den Ländern Mittel- und Südamerikas widerspiegelt¹.

¹ F. H. Cardoso, Empresário industrial é dedenvolvimento econômico no Brasil, São Paulo, 1964; F. Fernandes, A sociologia numa era de revolução social, São Paulo, 1963; L. A. Costarinto, The Process of Social in Latin America (Unpublished paper presented to the Seminar on Latin American Studies), Stanford, Calif., 1963; O. Ianni, Estudo de comunidade e conhecimento científico, „Revista de antropologia“ (São Paulo, Vol. IX (1–2) 1961; M. Diegues jr., Imigracão, urbani zacao, industrializacão; estudos sôbbralguns aspectos da contribuição cultural do imigrante no Brasil, Rio de Janeiro 1964; A. Q. Obregon, „Contemporary Peasant Movements“, in: S. Lipset and A. Solari

Dieses Material bot reiche Möglichkeiten für kritische Verallgemeinerungen, gab die Möglichkeit, die Verbindungen zwischen der örtlichen bürokratischen Oligarchie und den Interessen des nordamerikanischen Imperialismus aufzudecken, sowie die Unwirksamkeit sogenannter struktureller Reformen, die zur Unterstützung des Status quo vorgenommen wurden, darzustellen. Ferner ermöglichte es eine Prognose der negativen Konsequenzen des proimperialistischen Entwicklungsweges der lateinamerikanischen Staaten und, endlich, die Aufstellung von Forderungen nach tiefgreifenden revolutionären Veränderungen der bestehenden Ordnung durch Entwicklung der Initiative aller demokratischen Kräfte der lateinamerikanischen Gesellschaft.

Doch wurden die verallgemeinernden Interpretationen der „elitären Integralisten“ in eine andere Richtung gelenkt. Großen Einfluß auf die Position der Wissenschaftler hatte die unmittelbare Abhängigkeit der empirischen Soziologie von ihrem Hauptauftraggeber, den großen monopolistischen und bürokratischen Organisationen. Ein anderer Grund war jene geistige Atmosphäre, geschaffen durch die unaufhaltsame ideologische Expansion der Vereinigten Staaten, von der das vergangene Jahrzehnt in Lateinamerika geprägt war. Die Allianz mit dem USA-Imperialismus wurde gekrönt von der breiten Propagierung einer Theorie neuer Art – der Theorie der „integrierten Gesellschaft“.

Das Modell der „integrierten Gesellschaft“ beruht nach Meinung ihrer Schöpfer nicht auf der grundlegenden Teilung der Gesellschaft in soziale Klassen, die einander gegenüberstehen. Als Hauptkomponenten werden verschiedene funktionelle Gruppen genannt, die einander ergänzen und am Erfolg der gemeinsamen Sache „gegenseitig interessiert“ sind. Zur Zentralfigur dieser idealisierten Variante der Organisation des entwickelten Kapitalismus wird ein gebildeter Bürokrat, ein Manager-Experte, erhoben, der die Technik der sozialen Analyse und Planung allseitig nutzt. Der propagierte „Idealzustand“ wird erreicht durch eine „integrale Revolution“, die von der örtlichen Bürokratie bei allseitiger Unterstützung durch die USA, die in der Rolle eines besonderen Emissärs des „Integralismus“ auftreten, in Gang gesetzt wird. Unter Verwendung der Schlagworte von der Industrialisierung und der wissenschaftlich-technischen Revolution erklärten die „Integralisten“ diesen Entwicklungsweg als einzige möglichen unter den Bedingungen der lateinamerikanischen Staaten, wobei sie à priori alle ihre Gegner in das Lager der Konservativen und Fortschrittsgegner einreihen.

(ed. Elites in Latin America. N.Y.–L., 1967); G. A. Soares, The Active Few: A study of Ideology and Participation, „Comparative Education Review, vol. 10, 1966; G. Briones, El Empresario Industrial en America Latina: Chile, Mar del Plata, 1963; Aldo E. Solari, Estudios sobre la sociedad uruguaya, Montevideo, 1964; G. Germani, Política y sociedad, en una época de transición: de la sociedad tradicional a la sociedad de masas, Buenos Aires (BA) 1963; G. Germani, La sociología en la América Latina. Problemas y perspectivas, B.A., 1964; T.S. Di Tella, G. Germani, et al. Argentina, sociedad de masas, B.A., 1965; Jose L. de Imaz, Los que mandan, B.A., 1964; V. Alba, El Ascenso del militarismo tecnocrático, Mexico, 1963; G. Guzman Campos, o. Fals-Borda, E. Umaña, La violencia en Colombia, Bogota, 1963–64. Vol. I–II; F. Bonilla, J. Cotler, J. A. Silva Michelena, La investigación sociológica y la formulación de políticas, Caracas, CED, 1967, Mim.

Die Theorie der „integralen Revolution“ hatte wesentlichen Einfluß auf die lateinamerikanischen Soziologen, die unfähig waren, die Dialektik der modernen Entwicklung zu erkennen, sich in dem komplizierten Netz verschiedener Erscheinungen, Prozesse und Tendenzen zurechtzufinden und ihre genauen Wechselbeziehungen und Perspektiven zu bestimmen. In den widersprüchlichen Prozessen der modernen Entwicklung der lateinamerikanischen Länder widerspiegelt sich ein bestimmter Stand der Industrialisierung, eine nur teilweise geglückte Realisierung bürokratischer Vorhaben und zeitweilige Kompromisse zwischen den miteinander konkurrierenden herrschenden Gruppen. Sie reflektieren ferner die sich vertiefende allgemeine wirtschaftliche und politische Krise sowie die Verelendung und Revolutionierung der Massen und die Entfaltung des nationalen Befreiungskampfes. Diese Prozesse indessen wurden in den Arbeiten der führenden Soziologen, der Vertreter der „integral-elitären“ Theorie aus einem weiteren Grund nicht richtig gedeutet. Die unkritisch aufgenommenen Methodologie des einseitigen strukturellen Funktionalismus, gekennzeichnet durch Verabsolutierung der Momente des sozialen Gleichgewichts, sowie enge „elitäre“ Schemata, die von der Erörterung der Dynamik politischer Massenbewegungen abstrahiert wurden, förderten die Festigung der apologetischen Tendenz der lateinamerikanischen bürgerlichen Soziologie².

Doch begannen mit der Zeit die weitsichtigsten lateinamerikanischen Soziologen zu begreifen, daß die „integral-elitäre Schule“ nicht nur eine theoretisch-methodologische Richtung in der Soziologie ist, sondern vor allem eine ideologische Doktrin, 2 Jener Prozeß, den der mexikanische Wirtschaftswissenschaftler und Soziologe U. Urquidi eine „methodologische Expansion der Vereinigten Staaten im Bereich der lateinamerikanischen Gesellschaftswissenschaften“ nannte (V. Urquidi, Financimiento de las actividades de investigación científica y tecnológica de Mexico, 1968, S. 12) erfolgt nicht nur durch eine spontane Aneignung und Kopierung der klassischen Formen des nördlichen Nachbarn durch die junge lateinamerikanische Soziologie. Experten aus den Vereinigten Staaten standen an der Wiege solcher soziologischen Zentren wie das Lateinamerikanische Zentrum für Sozialforschung in Rio de Janeiro und die Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaft in Santiago. Das vereinigte Komitee für lateinamerikanische Forschungen beim amerikanischen Rat wissenschaftlicher Gesellschaften und beim Rat für Forschung im Bereich der Sozialwissenschaften organisierte mit Unterstützung der Ford-Foundation eine Serie interamerikanischer Konferenzen und Seminare (Stanford, 1961, u. 1963, Santiago, 1962; Scottsdale, 1963; Rio de Janeiro, 1965) und förderte die Aufnahme vieler bilateraler Kontakte zwischen den soziologischen Zentren der USA und Lateinamerikas mit dem nach außen neutralen Ziel der „Hebung des technischen Niveaus der soziologischen Forschungen im Maßstab der Erdhalbkugel“ (Social Science Research on Latin America, ed by Ch. Wagley, N.J.–L., 1964, S. VI). Große Leistungen bei der Erarbeitung methodologischer Hinweise für soziologische Forschungen in den Ländern Lateinamerikas vollbringt die 1966 gegründete Assoziation lateinamerikanischer Forschungen (Washington). Die bekannten USA–Soziologen S. Lipset, A. Inkeles, A. Feldmann, W. Moore, M. Kling, P. Heintz, P. Hopper, F. Bonilla, G. Landsberger, R. Scott nahmen unmittelbar teil an der detaillierten Erarbeitung der lateinamerikanischen Problematik auf der Grundlage der elitär-funktionellen Methodologie und im Rahmen der proimperialistischen Ideologie der „integralen Revolution“, (siehe z.B. S.M. Lipset and A. Solari (eds.) Elites in Latin America, N.Y.–L., 1967, M. Tumin and F. Feldman Social Class and Social Change in Puerto Rico Princeton, N.J. 1961, P. Heintz, Research models for Latin America, Second interamerican meeting of sociologists, Princeton, N.J., Sept. 1962).

die die Interessen der jeweiligen ökonomischen, politischen und militärischen Bürokratie der geistigen („Prestige“) Elite und der rechtsgerichteten Gewerkschaftsführung, die eng mit den imperialistischen Kreisen verbunden sind, widerspiegelt. Die Logik der objektiven politischen Entwicklung, die sich den einförmigen Schemata des „Elitarismus“ nicht anpaßt, sowie die Diskreditierung der bürokratischen Soziologie von den Augen der fortschrittlichen Öffentlichkeit können die Soziologen der Länder Lateinamerikas nicht ruhig lassen.

Der namhafte brasilianische Soziologe *Florestan Fernandes*, Soziologieprofessor an der Universität von São Paulo, schreibt mit Besorgnis über die realen Bedingungen, unter denen die Soziologie in Lateinamerika sich zu entwickeln gezwungen ist³. In seiner bekannten Übersicht über die lateinamerikanische Soziologie polemisiert er mit den nordamerikanischen „Lateinamerikanisten“ und beschuldigt sie der Verzerrung der realen historischen Prozesse sowie der Orientierung auf den engen Kreis der US-amerikanischen Theorien und ihrer Vertreter, die unmittelbar mit der Politik des „wissenschaftlichen Kolonialismus“ in Lateinamerika verbunden sind. „Die nördlichen Nachbarn“, so schreibt *Fernandes*, „sprechen oft über unsere Arbeit oder darüber, was getan werden muß, so als ob wissenschaftliche Forschung im Vakuum betrieben würde, wobei sie die historische Erfahrung ihrer Länder und die besondere soziale Atmosphäre und die engen Ressourcen der schwach entwickelten Welt vergessen“⁴.

Nach *Fernandes*' Meinung denken die nordamerikanischen Wissenschaftler selten darüber nach, welche Rolle die Gesellschaftswissenschaften in Lateinamerika spielen und ihre Werke sind von engem Akademismus und ideologischer Voreingenommenheit geprägt. Die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Zentren in den USA trägt teilweise Korruption in die lateinamerikanischen Forscherkollektive hinein. Die Meinung der Lateinamerikaner wird nicht berücksichtigt, ihre Arbeiten werden nicht beachtet; die Voreingenommenheit, die dem allgemeinen Geist entspricht, wird höher als originelle Forschung gewertet. In den Vereinigten Staaten werden viele oberflächliche Arbeiten über Lateinamerika veröffentlicht, in denen aus den Angaben, die man von lateinamerikanischen Wissenschaftlern erhielt, falsche Schlußfolgerungen gezogen werden.

Andererseits meint *Fernandes*, daß in letzter Zeit gerade die Wissenschaft im geistigen Leben der lateinamerikanischen Gesellschaft die Quelle von Stimmungen, Erwartungen und sogar Mythen war, die mit der Rolle des Wissens und dem Übergang der Gesellschaft auf die Stufe wissenschaftlicher Technologie und wissenschaftlichen Denkens verbunden sind. Es stieg die Aufmerksamkeit der Gesellschaft gegenüber der wissenschaftlichen Forschung, es bildete sich die Meinung heraus, daß die sozialen Wissenschaften eine notwendige Komponente der modernen Zivilisation darstellen.

³ Siehe F. Fernandes, The Social Sciences in Latin America, in: Social Science in Latin America..., ed. by M. Diégues and B. Wood, New York 1967.

⁴ ebenda, S. 19–21.

Was jedoch die Soziologie betrifft, so stießen hier die Bestrebungen vieler Wissenschaftler bald mit der politischen Wirklichkeit zusammen. Den Wissenschaftlern stellten sich mächtige „druckausübende Gruppen“ entgegen, die die Möglichkeiten der Kritik und selbst die Anwendung sozialer Kenntnisse in der Praxis einschränkten. Die lateinamerikanischen Soziologen müssen die Erfahrung machen, daß es unmöglich ist, das Wohlwollen einflußreicher Persönlichkeiten zu erlangen, „wenn man nicht eine Reihe von Reverenzen nach der Seite der herrschenden Ideologie macht“⁵. Konflikte vermeiden kann ein Wissenschaftler nur, wenn er seine Schlußfolgerungen in einen „superwissenschaftlichen“ Kontext kleidet, der den Erwartungen der herrschenden Kreise entspricht.

In den letzten Jahren erhielt eine Reihe von Vertretern der sozialen Wissenschaften Zutritt zur obersten administrativen und politischen Sphäre. Doch diejenigen, die den Interessen der gesamtnationalen demokratischen Entwicklung treu blieben, stießen mit den Anhängern der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität der proimperialistischen Regimes zusammen und wurden des Extremismus beschuldigt.

Die alte Kulturelite, die mit der Oligarchie der Feudalherren und Kompradoren verbunden ist, beharrte wie eh und je auf ihrem Wissensmonopol, schreibt *Fernandes*. Gleichzeitig genießt diese Elite alle Früchte der Reformen und des ökonomischen Fortschritts. Die überzeugten Anhänger der „integralen Revolution“ von einst mit ihrem unerschütterlichen Glauben an „freie Wahlen als untrennbarer wertvoller Bestandteil der westlichen Zivilisation“, müssen einsehen, daß nicht nur die alte geistige Elite, die als „reaktionär und obskuranistisch“ gebrandmarkt wurde, sondern auch die neue Elite, die die Interessen der bürokratischen Bourgeoisie widerspiegelt und sich die Bezeichnung „aufgeklärt und fortschrittlich“ aneignete, in Wirklichkeit eine wahrhaft soziale Umwandlung behindert. Der lateinamerikanische Erforscher politischer Strukturen stößt auf den Umstand, daß die gegenwärtige Gesellschaft jene politischen Prozesse unterdrückt, die nach Meinung der „integralen Revolutionäre“ zur Veränderung des Machtsystems führen müßten. Der Übergang von der „traditionellen“ Gesellschaft zur „Industriegesellschaft“, der zu Beginn der 60er Jahre erfolgte, wurde von vielen lateinamerikanischen Soziologen als Übergang vom Autoritarismus zum System demokratischer Strukturen aufgefaßt. Jetzt müssen sie enttäuscht einsehen, daß die „modernisierenden“ Eliten zur Identifikation ihrer moralischen Werte mit denen der alten politischen Struktur neigen. Die Schwäche konstruktiver Einflüsse und die Dürftigkeit realer Resultate der „Modernisierung“ rufen eine unaufhaltsame Welle der Demagogie hervor, die immer häufiger die bürgerlichen Soziologen mit sich fortreißt. Sogar die unpolitischsten von ihnen müssen erkennen, daß diejenigen, die noch gestern den Idealen des Christentums, der Menschenliebe und der Demokratie die Treue schworen, heute als glühende Anhänger von Diskriminierung, Chauvinismus und Autoritarismus auftreten.

⁵ ebenda, S. 27.

Fernandes bemerkt, daß in der gegenwärtigen Etappe die Aneignung der Methoden der wissenschaftlichen soziologischen Analyse für jeden lateinamerikanischen Wissenschaftler, jeden Intellektuellen, unabhängig vom Beruf, zur richtigen Orientierung im komplizierten Prozeß der sozialen Umwandlungen notwendig ist. Für jeden Intellektuellen sei es Pflicht, beim Aufbau jener Gesellschaft tätig zu sein, „*deren Notwendigkeit ihm sein Wissen voraussagt*“⁶. Ungeachtet dessen, daß gegenwärtig die konkret-empirische Analyse in der lateinamerikanischen Soziologie meistenteils keine verallgemeinernde Methodik besitzt, zeugen schon „*der Verzicht auf den Import nordamerikanischer Theorien und Rezepte*“, die Erkenntnis „*der großen Enttäuschung in der Großen Gesellschaft*“ (darunter faßt man die Pläne der „*integralen Revolution*“ in Lateinamerika analog identischen Programmen, die L. B. Johnson für die USA entwarf, zusammen – A. §.) von großen Veränderungen im Bewußtsein der lateinamerikanischen Gesellschaftswissenschaftler.

Die lateinamerikanischen Soziologen müssen sich davon überzeugen, daß sie im Suchprozeß viele Schwierigkeiten erwarten: Mangel an qualifizierten Mitarbeitern und Ressourcen, die gewinnssüchtigen Bestrebungen vieler Leiter wissenschaftlicher Organisationen, das feindselige Verhältnis der herrschenden Elite und ihrer Repräsentanten zu ihr u.a. Doch bricht sich die Anschauung Bahn, nach der soziologische Forschungen kein Instrument zur Erlangung akademischen Prestiges, sondern eine Voraussetzung für eine richtige Orientierung der Gesellschaft sind, die den Weg einer grundlegenden sozialen Umwandlung geht.

Während die gesellschaftspolitischen Bedingungen der Entwicklung der lateinamerikanischen Soziologie in Fernandes' Artikeln klar umrissen sind, tritt die kritische Position gegenüber den theoretischen und methodologischen Grundlagen der „integral-elitären Schule“ am deutlichsten in den späten Arbeiten des berühmten brasilianischen Soziologen Cardoso zutage. Eine bestimmte Periode in der Entwicklung der lateinamerikanischen bürgerlichen Soziologie zusammenfassend, schreibt Cardoso, daß die „*Versuche, den Prozeß der gesellschaftlichen Entwicklung ohne Nutzung der historisch-strukturellen Methode bei gleichzeitiger Entpolitisierung der Analyse der gesellschaftlichen Entwicklung globaler Systeme darzustellen, zu sehr dürftigen Resultaten führten*“⁷.

Nach seiner Meinung können die rein funktionellen Modelle der gesellschaftlichen Entwicklung kraft ihres methodologischen Wesens nur eine äußerliche Beschreibung einiger existierender Strukturen abgeben, wobei letztere als progressiv und beständig angesehen wurden. Cardoso erklärt weiterhin, daß das traditionelle strukturell-funktionalistische Schema den Begriff der Bildung neuer, radikal entgegengesetzter gesellschaftlicher Formationen ausschließt. Die eng formalistische Charakteristik widerspiegelt die unwissenschaftliche Behandlung der Veränderungen und Prozesse, die in der gegenwärtigen Etappe vor sich gehen.

6 ebenda, S. 30.

7 Fernando H. Cardoso, La contribution de Marx à la théorie du changement social, Paris 1968, S. 31.

Unter diesen Bedingungen erlangt die Hinwendung der lateinamerikanischen Soziologen zu den Erfahrungen des marxistischen wissenschaftlichen Gedankengutes besondere Bedeutung. So meint Cardoso, daß selbst für Wissenschaftler, die dem Marxismus sehr kritisch gegenüberstehen, die marxistischen Methode der Erklärung des Prozesses sehr wertvoll sein kann. Darüber hinaus ist die Theorie von Marx nach Cardosos Meinung „*die Bedingung für die Existenzmöglichkeit der Gesellschaftswissenschaft selbst*“. Und zwar deshalb, weil die marxistische Theorie „*eine solche Erklärung gibt, in der zwei Prozesse verbunden werden, die einander radikal fremd und miteinander unvereinbar erscheinen: einerseits die Erfassung der strukturellen Verbindungen der Existenz und der Fortsetzung der Existenz, andererseits das Vorhandensein sozialer Negationskräfte, die im Innern dieser Strukturen herrschen. Kurz gesagt, es wird das alte Problem der Verbindung zwischen der allgemeinen Struktur und der konkreten Geschichte gelöst*“⁸.

Unter Berufung auf die Logik des „Kapital“ von Marx schreibt Cardoso, daß eine wissenschaftliche Analyse ohne Gegenüberstellung der allgemeinen Prozesse und der historisch determinierten, spezifischen sozialen Prozesse unmöglich ist. In seiner Analyse der ökonomischen Krisen wies Marx nach, daß diese Krisen bezüglich das Funktionieren des kapitalistischen Systems keine äußeren Unordnungen sind, im Gegenteil, sie widerspiegeln die inneren Prozesse der kapitalistischen Akkumulation.

So gibt der brasilianische Soziologe der marxistischen Methode der Analyse historischer Erscheinungen gegenüber der abstrakt-funktionellen den Vorzug. Er bemerkt, daß auf der Ebene allgemeiner Abhängigkeiten (struktureller Gesetzmäßigkeiten) die marxistische Dialektik „*bewegliche Strukturen*“ gestattet, wobei sie eigene, mit Möglichkeiten reich ausgestattete, Modelle vorlegt. Der Unterschied zwischen solchen Modellen mit funktionalistischen oder kybernetischen Modellen ist offensichtlich, aber dieser Unterschied besteht nach Cardosos Meinung nicht darin, daß die marxistische Dialektik die Möglichkeit von Strukturveränderungen zuläßt. Alle modernen Typen soziologischer Modelle erlauben in der Endkonsequenz die Möglichkeit der gesellschaftlichen Entwicklung. „*Der Unterschied besteht in der Besonderheit der theoretischen Vorstellung des Prozesses der gesellschaftlichen Entwicklung, wo, nach Marx, die innere Entwicklung in der Aktualisierung der Struktur selbst übergeht.*“⁹

Es ist charakteristisch, daß sich die Position Cardosos gegenüber der formell-funktionalistischen Methode auch auf seine Kritik der abstrakt-logischen Verabsolutierungen bei einigen marxistischen Wissenschaftlern auswirkt. Unter Berufung auf die Arbeiten von Althusser, die gegenwärtig sehr populär in Lateinamerika sind¹⁰, schreibt Cardoso, daß einige marxistische Wissenschaftler in ihrem Bestre-

8 ebenda, S. 7.

9 ebenda, S. 9.

10 Mit Recht wird bemerkt, daß, wenn Althusser den Begriff der „Negation“ in einen rein ideologischen Begriff verwandelt („Pour Marx“, S. 221) und damit weiter über die politische Praxis spricht

ben, Irrtümer bei der Beschreibung der Funktionsmechanismen des kapitalistischen Systems zu vermeiden, die Aufmerksamkeit zu stark auf formelle und strukturelle Aspekte der marxistischen Lehre konzentrieren: nimmt man nämlich diese Aspekte isoliert, dann kann die Kritik von Marx' als Szenitismus entstellt werden.

Seine Überlegungen über die gegenwärtige Bedeutung der marxistischen Theorie als Form wissenschaftlicher Kenntnisse zusammenfassend, betont *Cardoso*, daß sie imstande ist, Struktur und Geschichte, objektiven Determinismus und Politik zu vereinigen. „Wenn man die neuesten Errungenschaften der Gesellschaftswissenschaft bei der Klärung der Prozesse der Entwicklung globaler gesellschaftlicher Systeme und besonders bei der Klärung von Prozessen der sozial-ökonomischen Entwicklung betrachtet, sieht man, daß das von Marx vorgeschlagene Modell noch Gültigkeit hat, besonders jetzt erlangt die marxistische Dialektik ihre ganze Bedeutung für die Gesellschaftswissenschaften“.¹¹

Es muß jedoch gesagt werden, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit des Studiums wissenschaftlicher Traditionen und methodologischer Prinzipien der marxistischen Soziologie bei den lateinamerikanischen Soziologen unter den schwierigen Bedingungen eines scharfen ideologischen Kampfes, der Überwindung von Illusionen, Gewohnheiten und Denkweisen, verläuft.

So unterliegt *Cardoso* von Zeit zu Zeit Einflüssen vulgärer Interpretationen des Marxismus, die das marxistische Prinzip von der Verschärfung der Widersprüche zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie mit der Idee der obligatorischen absoluten Verelendung der Arbeiterklasse verbinden. *Cardoso* schreibt dem Marxismus derartige Festellungen zu und nimmt die verbreitete These der bürgerlichen Ideologie über die Aufhebung von Unterschieden im Niveau des materiellen Wohlstandes zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie in entwickelten kapitalistischen Ländern unkritisch auf. Davon ausgehend schreibt er, daß die Perspektive der revolutionären Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft heute hauptsächlich mit den Widersprüchen zwischen den entwickelten und den schwachentwickelten Ländern verbunden ist. Gleichzeitig meint *Cardoso*, daß der klassische Marxismus die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlich herrschenden und den wirtschaftlich abhängigen Ländern nicht berücksichtigt hat und „folglich die soziale Dynamik innerhalb eines homogenen und geschlossenen Systems betrachtet wurde, in dem der Klassenkampf, genauer, nur der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie, auf die Möglichkeit gesellschaftlicher Veränderungen hinwies“¹².

Wenn man der Entwicklung der lateinamerikanischen Soziologen wie *Cardoso* Gerechtigkeit widerfahren läßt, muß man hinzufügen daß er sich in seinen letzten Arbeiten von der Konvergenztheorie lossagte, als er die Beziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern, den Ländern des Sozialismus und den Ländern der Dritten Welt analysierte. Doch sein Verständnis der sozialistischen Revo-

(„Lire le capital“, ch. I), damit die Möglichkeit für eine unnötige theoretische Doppeldeutigkeit auftritt.

11 ebenda, S. 11.

12 ebenda, S. 4.

lution bleibt beschränkt, sozusagen an die konkreten Formen vergangener Revolutionen gebunden; dabei konzentriert sich seine Aufmerksamkeit nicht auf allgemeine, sondern auf spezifische Bedingungen ihrer Entwicklung. Das fördert die Verzerrung der sozialen Perspektiven revolutionärer Bewegungen in Ländern, die schon in die Epoche intensiver Industrialisierung sowie der wissenschaftlich-technischen Revolution eingetreten sind.

Im schwierigen Prozeß der Aneignung der marxistischen Theorie und ihrer Anwendung im Lichte der Widersprüche der gegenwärtigen lateinamerikanischen Gesellschaft sind Komplikationen natürlich. Doch um so genauer müssen davon die Arbeiten revisionistischer Prägung unterschieden werden, die auf Schwierigkeiten spekulieren, die unausweichlich in der wissenschaftlichen Arbeit auftreten, die die konsequente marxistische Methode negieren und sie durch eklektische Aufgüsse des Neohegelianismus sowie durch jene bereits angezielten spekulativen Konzeptionen abstrakt-funktioneller und formell-struktureller Art zu ersetzen suchen. Nicht zufällig häufen sich mit der Verstärkung des Einflusses der marxistischen Theorie in der lateinamerikanischen Gesellschaftswissenschaft diese pseudotheoretischen Versuche. Sie zu kritisieren wird immer schwieriger und gleichzeitig immer notwendiger.

Ein typisches Beispiel dieser Versuche sind die letzten Arbeiten von *José Nun*¹³. Dieser Autor gibt zu, daß er nicht daran zweifelt, daß von den konkurrierenden Richtungen in der lateinamerikanischen Gesellschaftswissenschaft die Zukunft dem Marxismus gehört. Die Frage ist nur, was das für einen Marxismus sein wird.

In unseren Tagen fallen vielen Vertretern der lateinamerikanischen wissenschaftlich-technischen Intelligenz, deren Tätigkeit in die engen Rahmen bürokratischer Organisationen gepreßt wird, der legale Formalismus und der Geist des „sozialen Managements“, die im Bereich der offiziell geförderten Wissenschaften vorherrschen, immer lästiger. Häufig ist die einzige Alternative für solche Intellektuelle die „Anti-Status-quo“-Ideologie, die die linken politischen Bewegungen vorschlagen. Doch diese Ideologie läßt nach Meinung von *José Nun* wenig Platz für eine wirkliche politische Wissenschaft, da diese Ideologie mit „dogmatischen Marxismus“ infiziert ist.

So tritt im ideologischen Modell von *José Nun* die Zweiteilung in „dogmatischen“ und „kritischen“ Marxismus auf. Auf den ersten Blick ist *José Nun* tatsächlich über das Schicksal der Wissenschaft beunruhigt und entlarvt mit Recht den „dogmatischen Marxismus“, der anstelle des Studiums der gesellschaftlichen Umstände ein abstraktes Schema postuliert und so praktisch eine konkrete Analyse verhindert. Die Forschung wird durch Sentenzen und teleologische Konzeptionen ersetzt und führt zum Idealismus, da das Verhalten schon vorhergesagt wurde. Diese Kritik der dogmatischen Einstellungen des Marxismus kann beim unerfahrenen links eingestellten Leser Achtung und Vertrauen gegenüber den Absichten des Autors hervorrufen, doch auch Achtung und Vertrauen verflüchten sich, wenn man sich nur in den Text hineinliest und begreift, wie der Autor die Gründe für diesen Dogmatismus darstellt.

Nach *José Nun* stellt sich heraus, daß die Grundursache die parteiliche Orientierung des Forschers ist. Weiterhin werden unter der Rubrik „dogmatischer Mar-

xismus“ alle Arbeiten zusammengefaßt, die unmittelbar mit der Praxis der gegenwärtigen kommunistischen Bewegung zusammenhängen. Um die Objektivität sichtbar zu machen, hebt *José Nun* aus der Gesamtmasse der lateinamerikanischen marxistischen Theoretiker den Peruaner *Mariategi* hervor, dessen Talent es ihm gestattete, sich vom Schematismus freizumachen und „*in seinen Forschungen Menschen aus Fleisch und Blut vorzustellen*“¹⁴. Interessanterweise erwähnt *José Nun* mit keinem Wort, daß *Mariategi* – der Gründer der Peruanischen Kommunistischen Partei – gerade ein Vertreter der parteilichen kommunistischen Soziologie ist.

José Nun meint, daß, wenn man die Frage von der sozialistischen Gesellschaft ausschließlich auf die Frage der Errichtung einer Diktatur des Proletariats zurückführt (schon die Fragestellung soll den Leser in der Meinung bestärken, daß alle Kommunisten gerade diese einseitige Anschauung über sozialistische Umgestaltung vertreten), dann das Problem tatsächlich auf das Problem der Kontrolle über die Staatsmaschinerie reduziert wird. Zur Verwirklichung dieser Funktion dient dann die Partei als wirksamstes Instrument, aber „*nicht als Avantgarde der Massen, sondern als Generalstab*“. So bedient sich *José Nun* eines gewöhnlichen Tricks. Der Fall, der infolge einer Nichtbeachtung oder Abweichung vom Prinzip der echten Diktatur des organisierten Proletariats, das über ein hochentwickeltes Klassenbewußtsein verfügt, eintreten kann, wird verallgemeinert und erlangt allgemeine Bedeutung. *José Nun* behauptet, daß jede Partei, die die Politik der Diktatur des Proletariats verfolgt, die Kluft zwischen dem Staat und der bürgerlichen Gesellschaft vergrößert, wodurch die „*Gesellschaft politisch impotent wird und nur im Versprechen künftiger Seligkeit lebt*“¹⁵. Nachdem *José Nun* seiner Meinung nach die Ideen der Diktatur des Proletariats „*zerschlagen*“ hat, unterzieht er das Prinzip des historischen Determinismus in der marxistischen Theorie einer Kritik. Interessant ist die Folgerichtigkeit seiner Kritik: vom Infragestellen des Prinzips der Parteilichkeit der Gesellschaftswissenschaften zur Negation der Idee der Diktatur des Proletariats und weiter zur Kritik der allgemeinsten Prinzipien der marxistischen soziologischen Theorie.

In seiner abschließenden kritischen Spekulation weicht *José Nun* den Arbeiten des Theoretikers und Begründers der Italienischen Kommunistischen Partei, *Antonio*

13 *José Nun*, Argentiner von Geburt, ist Professor für politische Wissenschaften am Institut für Internationale Forschungen der Kalifornischen Universität (Berkeley). Seit 1966 leitet er das Vereinigte Forschungsprogramm für politische Probleme Lateinamerikas des Lateinamerikanischen Instituts für Wirtschafts- und Sozialplanung (ILPES) und des Zentrums für das Studium der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Lateinamerika (DESAL). Er ist bekannt durch seine Arbeiten zur Frage der politischen Instabilität und der militärischen Umstürze in Lateinamerika (siehe z.B. *José Nun*, A Latin American Phenomenon: The Middle Class Military Coup, in: Trends in Social Science Research in Latin America Studies, Berkeley, Institute of International Studies, March, 1965). Uns interessiert in diesem Fall sein Artikel: „Notes on Political Science and Latin America“ in: „Social Science in Latin America“, ed. by Manuell Diégues and Bryce Wood, New York 1967.

14 ebenda, S. 97.

15 ebenda, S. 102.

Gramsci, aus. Das ist kein Zufall. In den letzten Jahren erlangte der Name *Gramsci*, neben anderen wichtigen marxistischen Theoretikern, große Popularität unter der lateinamerikanischen Intelligenz. Doch werden dem lateinamerikanischen Leser teilweise nicht ihre Originalarbeiten, sondern Umarbeitungen, Fragmente, die nach eigenem Ermessen von „linken“ Revisionisten benutzt werden, vorgelegt. Der letztere Umstand erleichtert die Aufgabe von *José Nun*. Er äußert, daß *Gramsci* „*die Fragen der Politik zum Wichtigsten in der Soziologie macht*“, und zitiert einen Auszug, in dem der italienische Marxist schreibt, daß die gegenwärtige bürgerliche (kapitalistische) Gesellschaft zu einer sehr komplizierten Struktur wurde, die die unmittelbare Wirkung ökonomischer Kataklysmen (Krisen, Depressionen usw.) verhindert. Insgesamt „*erinnert der Überbau der gegenwärtigen Gesellschaft an ein System von Schützengräben im modernen Krige*“. Deshalb besteht *Gramsci* auf der Notwendigkeit des genauen Studiums des einheitlichen Machtsystems, das sich zusammensetzt aus bürgerlichen politischen Parteien, mannigfaltigen bürokratischen Hierarchien, religiösen Gruppen, Leitungen rechtsgerichteter Gewerkschaftsverbänden usw. Daraus folgert *José Nun*, daß *Gramsci* in der gegenwärtigen Gesellschaft die endgültige Bedingtheit des Überbaus durch den Stand der Produktivkräfte und die Dynamik der Produktionsverhältnisse insgesamt negiert. Sehen wir zu, was im Ergebnis der Anwendung des „*kritischen Marxismus*“ durch *José Nun* auf die lateinamerikanische Wirklichkeit zutage tritt. Aus seinen Überlegungen folgt, daß mit der industriellen Entwicklung Amerikas und den Veränderungen in den bürokratischen Leitungsspitzen sich die Frage von der Diktatur des Proletariats in den meisten Ländern dieses Weltteils historisch überlebt hat. *José Nun* beruft sich dogmatisch auf die Worte *Engels*' über die Notwendigkeit, einen Unterschied zwischen dem Staat als Instrument der Unterdrückung und dem Staat als organisierte Gesellschaft zu machen und postuliert, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen die Hauptaufgabe der Lateinamerikaner sei, ein Programm der kollektiven Rekonstruktion und Reintegration sowie der Überwindung jener Isolation und Zersplitterung zu verwirklichen, die das System der klassischen kapitalistischen Produktion der bürgerlichen Gesellschaft aufzwang. Diese „*kollektive*“ Reintegration (die Verschwommenheit des Begriffes läßt auf einen klassenneutralen Inhalt schließen) kann angeblich selbst die Grundlage für eine sozialistische Demokratie in den Ländern Lateinamerikas bilden.

Die Sozialisierung der Produktionsmittel allein schafft noch nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Überwindung der Isolierung in der Gesellschaft, schreibt *José Nun*¹⁶. Gesetzmäßig müßten nun weitere Überlegungen zur Notwendigkeit grundlegender Veränderungen in der politischen Struktur der lateinamerikanischen Gesellschaft folgen. Doch er verbindet alle Leiden des modernen bürgerlichen politischen Staatsaufbaus mit dem Wahlsystem, mit der „*Mystifikation der Abstimmung*“. „*Die persönliche Abstimmung allenthalben ist eine Parodie auf den Universalismus, ist ein Ritual das jeglicher Bedeutung entbehrt*“, meint er abschließend, wobei er die Sphäre seiner Schlüssefolgerungen sowohl auf die kapitalistischen

16 ebenda, S. 108.

als auch auf die sozialistischen Staaten ausweitet und zur Suche nach „*neuen Methoden der Herausbildung von beschlußfassenden Eliten*“ als letztes Mittel der Veränderung der lateinamerikanischen Realität aufruft.

Abschließend kann man sagen, „*daß der außerhalb der Klassen stehende kritische Marxismus*“ José Nuns letztlich in das alte Programm der proimperialistischen „integralen Revolution“ mündet, die mit Hilfe marxistischer Terminologie aufpoliert und mit „Berufungen“ auf marxistische Autoritäten gestärkt wurde.

In einer Atmosphäre schwierigen theoretischen Suchens und scharfen Kampfes erlangt die Forschungsarbeit der lateinamerikanischen marxistischen Wissenschaftler in der gegenwärtigen lateinamerikanischen Soziologie besondere Bedeutung. In den letzten Jahrzehnten machten in den Reihen der kommunistischen Bewegung der Länder Lateinamerikas neue interessante Theoretiker wie José Carlos Mariátegi (Peru), Rodney Arismendi (Uruguay), Victoria Codovilla (Argentinien), Luis Corvalán (Chile), Julio Antonio Malla (Kuba) von sich reden. Interessante Arbeiten stammen von G. Alberdi, R. Iscaro, R. Guido, E. Ramírez, Necochea, W. Teitelboim, R. Facs, F. Pintos, F. Mierez, C. Medina, R. Dalton, W. Miranda, R. Otero, Brito Fuigeroa, P. Cuintero und anderen marxistischen Autoren¹⁷. Ihre Forschungen enthalten eine entwickelte Analyse der Krise der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen der lateinamerikanischen Länder sowie ein konstruktives Programm demokratischer Umgestaltungen im Interesse der Überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung, die dem proimperialistischen Kurs der „integralen Veränderung“ entgegensteht.

Wichtige Theoretiker der kommunistischen Bewegung widmen dem Kampf gegen die ideologische und methodologische Expansion der Vereinigten Staaten viel Kraft. Die Autoren des programmatischen Artikels in der ersten Nummer der neuen theoretischen Zeitschrift der uruguayischen Marxisten „Praxis“ charakterisieren die Besonderheiten der gegenwärtigen Etappe des theoretischen Kampfes und bemerken, daß „*gegenwärtig, obgleich der Kampf gegen den Marxismus an Intensität nicht abnahm (wie es in einer Zeit wachsender Aktivität des Kapitalismus sein könnte), er doch in der ideologischen Sphäre viel elegantere Formen annahm. Jetzt ist es nicht mehr üblich, den Marxismus zu ignorieren, ihn offen zu attackieren, im Gegenteil, man bemüht sich, ihn zu übernehmen, teilweise zu integrieren, nachdem man ihn zerfetzt und verfälscht hat. Da das Vorhandensein einer Bombe nicht mehr unbemerkt bleiben kann, bemüht man sich, den Zünder zu entfernen und die Bombe zu einer dekorativen Skulptur zu machen*“¹⁸. Die uruguayischen Marxisten stellen fest, daß keine der neumodischen „Überwindungen“ des Marxismus positive Ergebnisse gezeigt hat und daß eine Bereicherung und Entwicklung des Marxismus nur auf marxistischer Grundlage

17 Einen gewaltigen Beitrag zum Kampf gegen die bürgerliche Ideologie leisten die theoretischen Zeitschriften der Kommunistischen Parteien Argentiniens (Nueva era), Venezuelas (Principios), Kolumbiens (Documentos políticos), Martiniques (Action), Mexikos (Nueva epoca), Uruguays (Estudios), Chiles (Principios).

18 Praxis, Nr. 1, 1967, S. 4.

möglich ist. Sie ziehen die Schlußfolgerung, daß man nicht selbstzufrieden sein darf, sondern begreifen muß, daß die Fehler und Mängel nicht von anderen berichtigt werden dürfen. „*Die Grenzen unserer Historiker, Soziologen oder Philosophen können auf fremde Kosten nicht überwunden werden.*“¹⁹

Die lateinamerikanischen marxistischen Theoretiker postulieren geradezu, daß die „*Erarbeitung einer wissenschaftlichen Wahrheit einem Akt des Kampfes gleichkommt, einem Akt, der mit dem Leben verbunden ist, einem politischen Akt.*“ Die bewußten und unbewußten Fälschungen zurückweisend, die die Erhaltung des politischen Status quo fördern, schreiben sie über die Verantwortung derer, „*die an die Herausarbeitung einer Denkweise herangehen, die, frei von zufälligen Meinungen, in der lateinamerikanischen Gesellschaft vorherrschen, auf dem Weltniveau der soziologischen Forschungen stehen soll und dabei gleichzeitig die wahren Interessen der Völker Lateinamerikas widerspiegelt*“²⁰.

Das Studium der inneren Prozesse und Tendenzen, die für die lateinamerikanische Soziologie charakteristisch sind, beweist mit aller Deutlichkeit, daß die besten intellektuellen Kräfte des „unruhigen Kontinents“ zu einer solchen theoretischen und politischen Einigung mit der antiimperialistischen demokratischen Bewegung neigen.

Arbeitsmaterialien des IMSF

Mit der Reihe „Arbeitsmaterialien des IMSF“ will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen einem größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen) zu Themen, die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichung bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben.

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien

Dokumente – Statistiken – Analysen

Band 3 der Reihe Arbeitsmaterialien des IMSF, Frankfurt/Main 1972, VII und 381 Seiten, Format DIN A 4, DM 17,-

Dem Band liegt eine statistische Aufgliederung der Arbeitskräfte Italiens in Form eines Bogens bei.

Der vorliegende Band enthält, nach Themenkreisen geordnet, folgende Schwerpunkte:

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969
2. Probleme und Aspekte der italienischen Arbeiterbewegung in den Klassenkämpfen 1969 und 1970
3. Zur Entwicklung der Gewerkschaftseinheit
4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer
5. Bibliographie (Publikationen der italienischen Arbeiterbewegung seit 1968)
6. Interview-Anhang
7. Enrico Berlinguer, Eröffnungsrede auf dem XIII. Parteitag der PCI in Mailand, 13. März 1972
8. Ergebnisse der Wahlen vom 7. Mai 1972

19 ebenda,

20 ebenda, S. 5.

Carlos Arizaga

Zur Struktur des Finanzkapitals in Uruguay

Der nachfolgende Beitrag ist die Wiedergabe zweier Aufsätze des Autors in der Zeitschrift „estudios“, Montevideo. Sie wurden veröffentlicht in Heft Nr. 49 (1969) S. 39–53 (hier Teil I, geringfügige Kürzung des Originaltextes durch die Redaktion des Marxismus Digest) und Heft Nr. 50 (1969), S. 57–64 (hier Teil II). Die Überschrift wie die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion des Marxismus-Digest eingefügt. Die Originalüberschriften lauten:

‘Apuntes sobre la concentración del capital financiero en el Uruguay’ (49) und ‘Bancos y financieras – enemigos públicos’ (50).

I. Zur Konzentration des Finanzkapitals in Uruguay

Die Finanzstruktur Uruguays, sein Banksystem und dessen Handhabung sind derart umfassend und verwickelt, daß es fast vermessen erscheint, auch nur deren Grundzüge in Aufsatzform darzustellen, besonders, da bis heute nur wenig darüber geschrieben wurde (logischerweise liegt es nicht im Interesse der Oligarchie, ihre „Spitzengeschäfte“ offen darzulegen). Was hierüber geschrieben wurde, ist im allgemeinen eher verwirrend und zeigt nicht die Grundzüge des Systems auf, sondern berührt nur sekundäre oder sog. technische Aspekte.

Ziel dieses Artikels ist es, den angesprochenen Komplex unter einem neuen Gesichtspunkt zu entfalten und das Interesse für dieses Thema zu wecken. Unser Bestreben sind exakte und gründliche Untersuchungen vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus, die das Aufgreifen und die Enthüllungen zu diesem Thema durch unsere Tageszeitung „El Popular“ rechtfertigen und unterstützen.

„Die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol ist der ökonomische Grundzug, das Wesen des Imperialismus. Der Monopolismus tritt in fünf Hauptformen zutage:

1. Kartelle, Syndikate und Trusts; die Konzentration der Produktion hat eine solche Stufe erreicht, daß sie diese monopolistischen Kapitalistenverbände hervorgebracht hat; 2. die Monopolstellung der Großbanken: drei bis fünf Riesenbanken beherrschen das ganze Wirtschaftsleben Amerikas, Frankreichs, Deutschlands; 3. die Besitzergreifung der Rohstoffquellen durch die Trusts und die Finanzoligarchie (Finanzkapital ist das mit dem Bankkapital verschmolzene Industriekapital); 4. die (ökonomische) Aufteilung der Welt durch internationale Kartelle hat begonnen... 5. die territoriale Aufteilung der Welt (Kolonien) ist abgeschlossen.“¹

Problemstellung und Begriffe

Seit sich die kapitalistische Produktionsweise in Uruguay durchsetzen konnte (etwa Mitte des 19. Jahrhunderts) wurden die Finanztransaktionen des Kapitals

¹ W. I. Lenin, Werke, Band 23, Dietz Verlag Berlin 1960, S. 102f.

von den Banken durchgeführt; sie wurden dabei im Verlauf der Entwicklung fast vollständig mit den Bankaktionen selbst identifiziert, was mit einem besonders nachhaltigen und langdauernden Aufstieg („crescendo“) verbunden war. Die Feststellung, daß Uruguay im Verhältnis zur Entwicklung seiner Wirtschaft einen außerordentlichen Aufstieg der Finanzspekulation zu verzeichnen hatte und hat, ist völlig gerechtfertigt.

Die ursprüngliche Verflechtung der Kaufleute mit den Großgrundbesitzern hatte zur Folge, daß in Montevideo der aus der Viehzucht resultierende überschüssige Ertrag – in Uruguay ist Montevideo als Handelszentrum maßgebend – in Finanzspekulationen investiert wurde, selbst wenn das Volumen nicht dem kapitalistischen Entwicklungsgrad entsprach.

Der Typ Kaufmann/Großgrundbesitzer entwickelte sich im Wirtschaftsprozeß Uruguays zum Kaufmann/Großgrundbesitzer/Spekulant und er führte zur Herausbildung einer kleinen oligarchischen Schicht innerhalb der Bourgeoisie, deren wirtschaftliche Macht durch die Ausübung der Funktion des Bankiers gekennzeichnet war und ist (zugleich Großgrundbesitzer und/oder Kaufmann).

Vorab ist es notwendig, einige Begriffe und verschiedene Finanzoperationen zu erläutern, um sich über deren Kompliziertheit wie über die Tendenz, sie zu verschleiern, klarzuwerden.

Innerhalb des Bankbereiches – und das ist für den Kapitalismus und im weiteren Sinne für die gesamte Geldwirtschaft bezeichnend – werden Geschäfte ganz verschiedener Art abgeschlossen: Verwaltung oder Betreuung von Gütern, Kapitalinvestitionen, Förderung von bestimmten Industriebereichen, Anleihen zu Wucherzinsen (vorkapitalistisches Überbleibsel, von dem die Finanzierungsgesellschaften sich niemals befreien werden), Ausbeutung industrieller oder landwirtschaftlicher Aktivitäten durch die Banken, Hypotheken, Versicherungen, Übernahme von Firmenleitungen durch die Banken etc. Die Banken dringen in die verschiedensten Gebiete des nationalen Wirtschaftslebens ein, was der Öffentlichkeit nicht immer bekannt ist; es gibt aber Bereiche, für die die Tätigkeit des Finanzkapitals kennzeichnend ist, an denen man seine Bedeutung innerhalb der gesamten Wirtschaft und den Grad seiner Kontrolle über andere Sektoren ablesen kann.

In den imperialistischen Zentren findet eine Spezialisierung und Institutionalisierung in verschiedenen Bereichen statt: beispielsweise ist es nicht die gleiche Bank oder Finanzierungsgesellschaft, die zugleich investiert und individuelle Anleihen gewährt. Im Falle unseres Landes (wie allgemein in Lateinamerika) sind alle Finanzierungstätigkeiten in einem Unternehmen zusammengefaßt, obgleich jeder einzelnen Tätigkeit eine unterschiedliche Bedeutung zukommt – Folge der Tendenz zur Spezialisierung, die mit dem Beginn der Herrschaft des konzentrierten, und folglich mit dem Imperialismus eng verbundenen, Kapitals zusammenfällt. Die Bankunternehmen lassen sich nach ihren Funktionen wie folgt unterscheiden:

– Verwaltung von Kapitalien, Spartätigkeit, Kreditvergabe ist Aufgabe der Handelsbanken (bancos comerciales).

– Finanzierung von Unternehmen (im allgemeinen industrieller und kommerzieller Art), die den Interessen der Bank dienen, obliegt Finanzierungsbanken (ban-

cos financieros); wir unterscheiden diese von denjenigen, die, technisch gesehen, einen ähnlichen Status besitzen, sich aber grundlegend davon unterscheiden: sogenannte Entwicklungsbanken (bancos de formento), bei denen die Finanzierung überwiegend sozialen Charakter trägt.

– Investitionen und Kontrolle über andere Wirtschaftszweige werden von den sogenannten Investitionsbanken – oder -gesellschaften (bancos de inversión) durchgeführt.

Das ist natürlich nicht das klassische Schema zur Unterscheidung von Banken, das für Großbritannien im 18. und 19. Jahrhundert galt, sondern wir haben im Interesse einer flüssigen Darstellung vereinfacht; selbstverständlich könnte man noch genauer klassifizieren und die Begriffe analysieren.

Erwähnt sei auch kurz, daß die genannten Banktätigkeiten nicht das gesamte Finanz- und Geldwesen des Landes erfassen, sondern daß sie hauptsächlich die Privatbanken oder, genauer gesagt, die privaten Finanzierungsgesellschaften betreffen: nicht alles läuft durch die Banken, wie wir noch sehen werden.

Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde aufgrund der kapitalistischen Entwicklung die heraufkommende industrielle Bourgeoisie gezwungen – und dies stimmte mit den nationalen Interessen jener Zeit überein, – mit staatlicher Hilfe bestimmte Finanzparteien zu entwickeln. An einer solchen Entwicklung mitzuarbeiten, war der Privatkapitalist in der Regel nicht bereit, da es nicht im Interesse des Privatunternehmens lag. In die ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts fällt daher ein bemerkenswerter Aufstieg der Staatsbank, die folgende Aufgabenbereiche hatte: Emission, Kredit- und Hypothekengeschäft, Verwaltung und Kontrolle des Wechselmarktes und des Außenhandels, Versicherungen, Förderung der öffentlichen Spartätigkeit usw.

Diese von den Regierungen der aufsteigenden Bourgeoisie unterstützte Staatsbank, die gewissermaßen den Interessen der traditionellen Oligarchie entgegenstand, erreichte einen Entwicklungsgrad, der sie in den Stand versetzte, die Kontrolle – oder zumindest die Möglichkeit der Kontrolle – der Finanzgeschäfte auf nationaler Ebene wahrzunehmen. Auf diese Weise war sie auch erfolgreich im Konkurrenzkampf mit dem privaten Bankbereich. Aber diese Lage änderte sich grundlegend mit dem Beginn der Diktatur im März 1933 und sie verschlechterte sich im Laufe der folgenden Jahre immer mehr zu Ungunsten der Staatsbank. In den Jahren nach 1950 übernahm dann das private Bankkapital, eng verbunden mit den monopolistischen Investoren, nach und nach entscheidende Funktionen – Beherrschung des nationalen Finanzwesens, Ernenntung und Absetzung von Ministern, Ausnutzung der durch Ministerämter gebotenen Vorteile, Einflußnahme auf die Gesetzgebung, die schließlich zu der beherrschenden Rolle führten, die das mit den Monopolen verschmolzene Bankkapital heute im nationalen Bereich innehat.

Ein kompliziertes System von Verbindungen

Die Entwicklung der Privatbank in Uruguay – um dies zu betonen – ist der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und dem kapitalistischen Eindringen

in eine unterentwickelte Wirtschaft gleichzusetzen, in der noch vorkapitalistische und feudalistische Überreste bestehen. Diese Entwicklung ist natürlich nicht als linearer Prozeß (mit Ausnahme der Tendenz zur Kapitalkonzentration) zu verstehen, sondern als eine Geschichte der Ungleichgewichte in der nationalen Wirtschaft, ihrer Anarchie, ihrer Krisen, als deren Folgen die Entbehrungen der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung insgesamt anzusehen sind. Die Privatbank ist – und war es immer – grundlegend oligarchisch strukturiert und durch ausländischen Einfluß gekennzeichnet (oder direkt vom Ausland beherrscht): so wie beispielsweise die Banco Mauá und die Banco de Londres, beide ausländischen Ursprungs; oder die Banco Comercial, finanzieller Mittelpunkt der Elite der Landaristokratie und der aufsteigenden Bourgeoisie. Heute ist bis zu 45 % des Kapitals der nationalen Privatbanken ausländischen Ursprungs (diese Zahl wurde nachgewiesen; wahrscheinlich ist aber der Prozentsatz höher, außerdem kommt die Kontrolle der Kreditlinien durch ausländische Gesellschaften, in den Händen großer US-Investoren, hinzu). Ungefähr 70 % aller Finanztransaktionen werden auf dem Gebiet der Spekulation getätigkt bzw. dem der „Anlage“ in ausländischen Währungen (meist US-Dollar). Beide Tatsachen sind von gleicher Wichtigkeit.

Dieser private Banksektor hat die Bankkrisen im Land hervorgerufen, die Entwicklung von kapitalistischen Gruppen verhindert, deren Ursprung nicht in der englischen oder nordamerikanischen Oligarchie zu suchen ist. Außerdem überließen die Privatbanken den auftretenden Kapitalisten die Finanzgeschäfte nur solange, als sie ihnen beim Entstehen neuer Märkte, bei der Herstellung kapitalistischer Beziehungen, beim Eindringen des Kapitalismus in zurückgebliebene Wirtschaftszweige nützlich waren. Zu dem bisher Ausgeführten einige Beispiele:

a. Die Krise von 1890 wurde durch die von *Emilio Reus* gegründete und maßgeblich von ihm bestimmte Banco Nacional abgeschlossen, die sich der Förderung derjenigen Industrie- und Agrarsektoren zuwandte, die nicht zum Bereich der Oligarchie gehörten.

b. In den 20er Jahren wurde die französische Bank Supervielle & Cia. als Konkurrenzbank ausgeschaltet; sie erhielt später, nach Reduzierung des Geschäftsumfangs, den Namen Banco de Montevideo und wurde zu einer ausländischen, unter der Kontrolle der niederländischen Gruppe Bunge & Born stehenden, Bank.

c. Der Aufkauf der Italienisch-Belgischen Bank durch die Banco Mercantil. Hierbei handelte es sich um eine kleinere Bank, die jedoch bestimmte wichtige Positionen im Wolle-Welthandel besaß. Bei diesem Geschäft konnte die Elite der Oligarchie nicht untätig zusehen.

d. Der vor einigen Jahren (1965) erfolgte Zusammenbruch der Banco transatlántico sowie anderer kleinerer Unternehmen (Regional-, Agrar-, Produktions- und Konsumptionsbanken). Aufgabe dieser Banken war es, gleichsam die Rolle der „Pioniere“ zu spielen, indem sie neue Märkte für die Geldspekulation mit den, die kapitalistischen Entwicklung kennzeichnenden, Methoden des Betrugs eröffneten. Sobald sie ihre Pflicht getan hatten, wurden sie buchstäblich von den „Großbanken“ liquidiert, besonders durch die Banco Comercial, die zu jenem Zeitpunkt eine Schlüsselstellung im Vorstand der Banco de la República innehatte. Die „Ehre“

der Banken wurde gerettet, da die „Schuldigen“ aus dem Geschäftsleben ausgeschlossen wurden. Natürlich erfuhr die Öffentlichkeit nie, daß Mitglieder der Oligarchie leitende Positionen in diesen Privatbanken innehatten und jetzt weiterhin im Bankbereich, diesmal aber in „seriösen“ Unternehmen, tätig sind.

Man könnte noch weitere Fälle von ähnlicher Bedeutung erwähnen, wie beispielsweise den Aufkauf von Banken im Landesinnern und den Wiederaufstieg von bereits bedeutungslos gewordenen Banken, bedingt durch das „Eindringen“ von Fremdkapital. Oder: seit 60 Jahren fehlen ausführende Vorschriften zu dem Verfassungsauftrag, das Versicherungswesen in den Händen der staatlichen Banco de Seguros del Estado zu monopolisieren. Unnötig hinzuzufügen, daß dies im Interesse der privaten ausländischen Versicherungsgesellschaften liegt, die – in den Städten zumindest – mit den privaten Großbanken verbündet sind.

Selbst eine bloße Beschreibung des Finanzkapitals, respektive seiner Bedeutung und Tätigkeit, muß der Tatsache Rechnung tragen, daß nicht nur Banken sondern im allgemeinen auch Finanzierungsgesellschaften darunter subsumiert werden müssen. Letzterer Begriff ist recht ungenau, da er sich sowohl auf Verwaltungsgesellschaften als auch auf wirkliche Holdings beziehen kann. Das Ganze kompliziert sich weiter, wenn man merkt, wie sich hinter den Finanzierungsgesellschaften ganz verschiedene Gruppierungen verbergen können: angefangen von getarnten Banken (z. B. Credito Comercial), bis hin zu einfachen administrativen Agenturen (ACSA). Außerdem funktioniert beispielsweise die Credito Comercial als Kontrollinstrument (holding) der Banco Comercial und spielt eine gewichtige Rolle innerhalb ihrer Gruppe insgesamt.

Bisher haben wir eine bloße Beschreibung der Banken gegeben, ohne weiter ihre Verbindungen mit den imperialistischen Monopolen zu untersuchen. Hier aber wird das „Spinnennetz“ (um einmal diesen Vergleich zu gebrauchen) besonders kompliziert. Das im Lande operierende Kapital – nationalen oder ausländischen Ursprungs – wird von imperialistischen Interessen kontrolliert und geprägt.

Zum System des „Spinnennetzes“

Interessanter als die Definition – und sicherlich aufschlußreicher – ist es, Entschlüsse der Bankiers und deren Durchsetzung auf den verschiedenen Ebenen, auf denen sie sich bewegen, zu verfolgen und zu analysieren. „Wenn das Sparen bedeutende Ausmaße in einem sich im Entwicklungsprozeß befindlichen Lande erreicht, so ist im allgemeinen dafür ein organisiertes Bank – und Finanzsystem verantwortlich, das aus öffentlichen oder privaten Kreditinstitutionen besteht, die Bankoperationen kurz-mittel-und langfristiger Art ausführen“, – dieser Ausspruch von Raul Martinez Ostos (Direktor der Banco Interamericano de Desarrollo, BID, interamerikanische Entwicklungsbank) wäre kaum der Erwähnung wert, wäre er nicht in einem ganz bestimmten Zusammenhang in einem bestimmten Kreis gefallen. Der Kommentar von John D.J. Moore, Vizepräsident des New Yorker Bankhauses W.R. Grace & Co. macht deutlicher, was gemeint ist: „...zu diesem Zeitpunkt konnten wir von der Grace & Co. erstmalig die Tragweite von Privatinvestitionen in Latein-

amerika genau einschätzen. Maßstab und Kriterium war für uns das Auftreten des neuen Investortyps, des hauptberuflichen Anlegers fremder Kapitalien. Im allgemeinen löst er die früheren Handelsbankiers und Privatunternehmer, die ihr eigenes Geld riskierten, ab.“ Fürwahr: eine zutreffende Definition des modernen Bankiers! Lateinamerika wurde wiederholt vom nordamerikanischen Imperialismus zur vitalen Zone seiner Sicherheit und Wirtschaft erklärt und ist ein bevorzugtes Investitionsgebiet, obwohl andererseits in den USA eine gewisse Abneigung aufgrund der Intensivierung des anti-imperialistischen Kampfes auf eben diesem Kontinent existiert. Moore fährt fort: „Sie und ich wissen, daß viele der von den Investoren formulierten Einwände eine Antwort haben. Der Erfolg in unserer eigenen Firma und der vieler anderer ist das beste Beispiel dafür, daß es für nordamerikanische Privatunternehmen vorteilhaft ist, in Lateinamerika zu investieren. Wir wissen, daß Garantien gegen Enteignungen und andere ähnliche Risiken bestehen, ferner das Maßnahmen gegen die Abwertung von Währungen getroffen werden, selbst wenn diese Hilfsmittel nur ungenügend sind.“

Diese Ideen wurden anlässlich einer „Gesprächsrunde über Privatunternehmen und nationale Entwicklungsprogramme“, die im Rahmen der III. Konferenz der Gouverneure der BID stattfand, entwickelt. Es ist wohl nicht nötig, Erklärungen über die Art der Garantien „gegen Enteignung und andere Risiken“ abzugeben. Santo Domingo oder irgendein anderer „Gorillacoup“ sind ein Beispiel dafür, falls uns im Augenblick die zahlreichen Landungen südlich des Rio Bravo der „Leder-nacken“ nicht einfallen sollten. Und was die Maßnahmen gegen die Währungsabwertung betrifft – Mr. Moore vergaß umgekehrte Überlegungen anzustellen, nämlich wie er die Abwertungen ausnützen könne – so erfahren wir täglich durch die Presse, welche Handlungsfreiheit der Gouverneur des Währungsfonds den Ministern gewährt.

In den letzten Monaten des Jahres 1968 waren fünf bekannte nordamerikanische Investoren in Montevideo anwesend. Der Vorstand der Banco Comercial gab ihnen zu Ehren einen Empfang, bei dem, außer der Delegation mit Mr. Eugene S. Northrop an der Spitze, die Finanz-, Industrie- und Handelsminister (alle Bankiers) anwesend waren, sowie vollzählig die Vorstände der Banco de la República und der Banco Central, ferner wichtige Persönlichkeiten der Banco de Cobranzas, del Plata, de Credito, Popular, Mercantil usw. Bis vor kurzem unterhielten die als national-unabhängig geltenden Banken zu einer Reihe von ausländischen Geschäftspartnern Beziehungen auf gleichberechtigter Basis. Neuerdings jedoch sind diese Beziehungen gekennzeichnet durch das Auftreten meist nur einer Gesellschaft in der Rolle des finanzstarken Gläubigers. Nichts kennzeichnet besser den gestiegenen ausländischen Einfluß.

Tabelle 1

**Umfang des ausländischen Kapitals in den Privatbanken
(30. 6. 1968, alle Zahlenangaben in Millionen Pesos)**

| Banken | Depositen Nationale Währung | Anlagen Nationale und aus- ländische Währungen | Grundkapital | Kapitalursprungsland |
|--------------------------------|-----------------------------------|--|--------------|-----------------------------|
| Francés e Italiano | 453: | 679: | 59: | Frankreich/Italien |
| De Londres | 1.354: | 1.923: | 166: | Großbritanien |
| First N. Cty Bank | 521: | 705: | 61: | USA |
| Do Brasil | 61: | 227: | 22: | Brasilien |
| De la N. Argentina | 75: | 116: | 22: | Argentinien |
| Holandés Unido | 426: | 800: | 42: | Niederlande |
| Discount Bank | 34: | 70: | 7: | Schweiz |
| Del Plata | 155: | 871: | 40: | Spanien/Marokko |
| The Foreign T. Bank | 36: | 195: | 25: | Israel |
| International | 80: | 168: | 67: | Argentinien |
| Del Este (B. Amer.) | 29: | 83: | 17: | USA |
| | 3.224: | 5.837: | 528: | |
| De Montevideo | 514: | 572: | 60: | BRD |
| UBUR | 963: | 2.439: | 103: | Frankreich |
| C.Obrera (Bco. Ext. España) | 1.953: | 1.973: | 234: | Spanien |
| Financiero Sudam. | 129: | 199: | 21: | |
| De Cobranzas | 869: | 612: | 120: | Schweiz/BRD |
| Popular | 939: | 824: | 153: | |
| | 5.367: | 6.619: | 691: | |
| | 8.591: | 12.456: | 1.219: | |
| De Rio Negro | 110: | 83: | 14: | Frankreich/Italien |
| San José | 577: | 802: | 110: | La Caja Obrera/ Spanien |
| De Pando | 72: | 57: | 6: | ebenso |
| De Treinta y Tres | 93: | 60: | 11: | Banco Cobranzas/ Schweiz |
| Del Norte | 216: | 183: | 18: | UBUR/Frankreich |
| | 1.068: | 1.185: | 159: | |
| Gesamt | 9.659: | 13.641: | 1.378: | |

Quelle: Memorándum de la Asociación de Bancarios al Parlamento.

Tabelle 2
Anteil des ausländischen Kapitals am Gesamtvolume der Privatbanken
(alle Zahlenangaben in Millionen Pesos)

| Grundkapital | Depositen | | Anlagen | |
|--------------|-------------------------|---------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | Ausländischer Anteil | Privatbanken insgesamt | Ausländischer Anteil | Privatbanken insgesamt |
| 1963 | 85 | 881 | 291 | 3.419 |
| 1968 | 1.378 | 2.997* | 9.659 | 22.765* |
| in Prozenten | | | | |
| | | | 8,51 % | 9,26 % |
| | | | 42,45 % | 44,08 % |

* Geschätzte Zahlen

Quelle: Memorándum de la Asociación de Bancarios al Parlamento

Tabelle 2

**Anteil des ausländischen Kapitals am Gesamtvolumen der Privatbanken
(alle Zahlenangaben in Millionen Pesos)**

| | Grundkapital | | Depositen | | Anlagen | |
|------|-------------------------|---------------------------|-------------------------|---------------------------|-------------------------|---------------------------|
| | Ausländischer Anteil | Privatbanken insgesamt | Ausländischer Anteil | Privatbanken insgesamt | Ausländischer Anteil | Privatbanken insgesamt |
| 1963 | 85 | 881 | 291 | 3.419 | 443 | 4.784 |
| 1968 | 1.378 | 2.997* | 9.659 | 22.765* | 13.641 | 20.946* |

| | in Prozenten | | |
|------|--------------|---------|---------|
| 1963 | 9,65 % | 8,51 % | 9,26 % |
| 1968 | 45,98 % | 42,45 % | 44,08 % |

* Geschätzte Zahlen

Quelle: Memorándum de la Asociacion de Bancarios al Parlamento

Tabelle 3 zeigt die personellen Verflechtungen zwischen den Leitungen der Banken und der Regierung, Tabelle 4 zeigt die Macht der Bank-Unternehmen.

Tabelle 3

Personelle Verflechtungen von Banken und Regierung (seit 1965)

| | |
|--------------------------|---|
| Banco de Crédito: | Dr. Carlos Frick Davie, Minister für Viehzucht und Landwirtschaft, Mitglied der Direktion seit 1965. Isidoro Vejo Rodriguez, Ex-Minister für öffentliches Bauwesen, jetzt Mitglied der Direktion. |
| The Foreign Trade Bank: | Cr. Juan M. Bracco, Mitglied der Direktion der Banco Central. Direktor dieser Bank seit 1965. |
| Banco del Plata: | Carlos Vegh Garzón, Präsident des BROU. Direktor seit 1965. Dr. Daniel Rodriguez Larreta, Direktor der Banco Central. Gouverneur des IWF. (Internationalen Währungsfonds). Direktor seit 1965. |
| Banco La Caja Obrera: | Dr. Carlos Sanguinetti, Präsident der Banco Central, Direktor seit 1965. Ing. Alejandro Vegh Villegas, Ex-Direktor für Planwirtschaft. Direktor seit 1966. |
| Banco Aldave y Martinez: | Dr. Horacio Abadie Santos, Ex-Minister für Industrie und Handel, Direktor seit 1966. |
| UBUR: | Cr. Enrique Iglesias, Ex-Präsident der Banco Central, Ex-Generalgeschäftsführer, bis zur Ernennung, bei Banco Comercial. |
| Sociedad de Bancos: | Cr. Juan Rodriguez López, Direktor für Planwirtschaft und Haushalt. Direktor seit 1967. |
| Banco Mercantil: | Jorge Peirano Facio, Minister für Industrie und Handel, Präsident der Bank bis zu seiner Ernennung zum Minister. Dr. Enrique Vescovi, Ex-Arbeitsminister. Direktor seit 1966. |

Bemerkenswert sind auch die Bankbeziehungen (Internationale Bank) des Ministers für Staatshaushalt Dr. César Charlone.

Tabelle 4

Vergleichende Übersicht über Einnahmen sowie Dividenden
(alle Zahlenangaben in Millionen P)

| Institutionen (Banken) | Gewinne |
|------------------------------|---------|
| 1966 | |
| Comercial | 20.137 |
| La Caja Obrera | 7.215 |
| De Crédito | 26.730 |
| De Cobranzas | 11.304 |
| De Londres | 30.000 |
| Francés e Italiano | 2.145 |

Tabelle 4

Vergleichende Übersicht über Einnahmen, Kapital und Reservefonds**sowie Dividenden****(alle Zahlenangaben in Millionen Pesos)**

| Institutionen (Banken) | Gewinne | | Dividenden | | Kapital und Reservefonds | | Verhältnis Einnahmen/ Kapital und Reservefonds (ausgedrückt in Prozenten) | | Stille Reserven durch Unterbewertung der Aktiva |
|---------------------------------|---------|---------|------------|-----------|-----------------------------|--------------------|--|-----------|--|
| | 1966 | 1967 | 1966 % | 1967 % | 1966 | 1967 | 1966 % | 1967 % | |
| Comercial | 20.137 | 24.235 | 22 | 22 | R. 118.864 K. 100.000 | 118.615 115.000 | 9.47 | 10.38 | 259.135 |
| La Caja Obrera | 7.215 | 8.044 | 16 | 16 | 22.966 25.268 | 24.697 25.268 | 14.96 | 16.10 | 171.600 |
| De Crédito | 26.730 | 39.102 | 25 | 25 | 76.894 30.000 | 100.390 30.000 | 25.00 | 30.03 | 143.609 |
| De Cobranzas | 11.304 | 5.561 | 14 | 12 | 17.912 25.000 | 36.511 30.000 | 26.34 | 8.36 | 47.393 |
| De Londres | 30.000 | 75.315 | Ausland | | 58.217 1.783 | 77.190 1.783 | 50.00 | 95.36 | 47.393 |
| Francés e Italiano | 2.145 | 2.436 | Ausland | | 10.918 4.800 | 10.823 15.000 | 13.65 | 9.43 | 33.804 |
| First N. City Bank | 6.280 | 19.914 | Ausland | | 6.500 12.000 | 6.500 12.000 | 33.95 | 107.64 | 43.019 |
| Do Brasil | -2.486 | -16.843 | Ausland | | 31.319 | 22.702 | -7.94 | -74.19 | — |
| Financiero | 1.611 | 3.311 | 12 | 14 | 1.337 8.000 | 1.927 16.000 | 17.25 | 18.47 | 8.49 |
| Del Trabajo y Galicia | 7.951 | 7.362 | 14 | 14 | 7.121 22.864 | 5.631 24.746 | 26.51 | 24.24 | 36.526 |
| Del Litoral | 6.019 | 6.353 | 17 | 17 | 4.924 24.309 | 7.405 25.595 | 20.59 | 19.25 | 27.279 |
| De Durazno | 4.262 | 3.555 | 20 | 16 | 2.760 8.267 | 4.645 8.713 | 38.65 | 26.61 | 2.090 |
| Aldave y Martinez | 4.510 | 5.519 | 14 | 14 | 2.567 20.000 | 4.519 20.000 | 19.98 | 22.51 | 13.500 |
| Del Plata | 4.501 | 5.846 | 12 | 12 | 1.340 20.000 | 3.014 24.780 | 21.09 | 18.39 | 9.206 |
| De la Nación | 270 | 4.093 | Ausland | | 615 14.000 | 641 14.000 | 1.85 | 27.95 | Keine Angaben |
| De Flores | 1.270 | 1.402 | 17 | 17 | 2.526 3.760 | 1.881 4.678 | 20.19 | 21.37 | 567 |
| De Salto | 3.874 | 4.215 | 20 | 20 | 2.462 6.423 | 4.593 8.274 | 43.41 | 32.76 | 3.039 |
| De Pando | 1.054 | 7.440 | 18 | 18 | 762 3.613 | 1.031 4.056 | 24.09 | 28.31 | 301 |
| Valdense | 1.722 | 1.550 | 20 | 18 | 1.736 5.665 | 2.181 5.665 | 23.27 | 19.76 | Keine Angaben |
| De Soriano | 1.125 | 914 | 14 | 12 | 4.010 4.778 | 4.232 5.000 | 12.80 | 9.90 | Keine Angaben |
| Discount | 1.241 | 3.128 | Ausland | | 2.047 1.000 | 3.288 1.000 | 40.73 | 72.94 | Keine Angaben |
| | | | | | 346.478 372.849 | 419.614 414.260 | 19.65 | 24.77 | 850.544 |
| | 141.335 | 206.512 | | | | | | | |

Gleichsam in Form einer Hypothese – die freilich auf erwiesenen Tatsachen beruht – wollen wir versuchen, sowohl die zwischen den Banken als auch mit Dritten existierenden Beziehungen zu untersuchen. Diese Hypothese muß ständig verfeinert und weiterentwickelt werden, aber sie ist – wenn auch unvollständig – doch ausreichend, um die Zusammensetzung der großen Finanzgruppen des Landes nachzuzeichnen.

Gruppe 1

Oligarchische Banken, die in Verbindung mit den grundlegenden wirtschaftlichen Bereichen des Landes stehen, hauptsächlich mit der Landwirtschaft, der Industrie, dem Außen- und Innenhandel. Diese Banken sind durchweg vom US-amerikanischen Kapital abhängig:

Banco Comercial (als Annahme gilt, daß sie von Chase Manhattan kontrolliert wird)

Banco Popular (grundlegende geschäftliche Richtlinien: Chase Manhattan)

Ferner zählen zu dieser Gruppe noch einige Banken im Landesinnern, die sich auf bestimmte Banktätigkeiten spezialisiert haben.

Gruppe 2

Banken mit den gleichen Merkmalen wie die in der Gruppe 1 genannten, die jedoch – so vermutet man – nicht so eindeutig an das Monopolkapital gebunden sind: Banco de Credito, Banco Mercantil.

Gruppe 3

Ausländische Banken, die feste Positionen in der Wirtschaft Uruguays haben: Banco de Londres, City Bank, Banco Holández, Banco Montevideo (neuerdings unter Kontrolle von Gruppen aus der BRD).

Gruppe 4

Andere ausländische Banken, worunter wir hauptsächlich Finanzierungsgesellschaften verstehen. Ihre Aktivität im Rahmen der nationalen Wirtschaft ist noch vorläufig begrenzt, sie befinden sich durchweg im Aufbaustadium. Man kann folgende Institutionen unterscheiden:

Banco Francés e Italiano (den maßgeblichen Einfluß üben hier italienische Gruppen aus),

Foreign Trade Bank (Schweiz/Israel),

Discount Bank (Schweiz),

Banco del Este (hier maßgeblich: Bank of America, San Francisco).

Gruppe 5

Banken nationalen Ursprungs, die zwar vom ausländischen Kapital beeinflußt sind, jedoch nicht in dem Ausmaß wie in Gruppe 1. Man unterscheidet:

| | |
|---------------------|--|
| Caja Obrera | (20 bis 25 % der Aktien im Besitz von Banco Exterior de Espana), |
| UBUR | (25 % der Aktien im Besitz von Banque National de Paris), |
| Banco de Cobranzas | (ein nicht bekannter Prozentsatz von Aktien im Besitz der Deutschen Bank), |
| Sociedad de Bancos | (ein nicht bekannter Prozentsatz von Aktien in italienischen Händen), |
| Banco del Plata | (ein nicht bekannter Prozentsatz von Aktien im Besitz marokkanischer Gruppen), |
| Banco International | (ein nicht bekannter Prozentsatz von Aktien in Händen argentinischer Gruppen). |

Gruppe 6

Banken nationalen Ursprungs mit Einfluß auf gewisse Industrie-Handels-Agrarsektoren, die nicht ausschlaggebend für die nationale Wirtschaft insgesamt sind. Ferner zählen hierzu einige Filialen bedeutender ausländischer Banken: Banco Palestino, Banco de Salto, Banco del Litoral, Banco de Flores, Banco de Florida, Banco de Soriano, Banco Valdense, Banco Israelita, Banco Pan de Azucar, Banco Cacilsa.

Angaben zur Banco Comercial und Banco Mercantil**a. Banco Comercial**

Sie gilt als Modell einer oligarchischen Bank, gleichsam als klassisches Beispiel auf nationaler Ebene. Sie durchdringt sämtliche Wirtschaftsbereiche, an der Zusammensetzung ihres Aktienkapitals ist die gesamte Oligarchie beteiligt. Als entwickelteste Bank war sie allerdings hin und wieder gezwungen, um gewisse Tätigkeitsbereiche zu kontrollieren, sich übermäßig finanziell zu engagieren und auf Gebieten tätig zu werden, in denen andere Banken – selbst oligarchisch strukturierte und vom Ausland kontrollierte – mit weniger Aufwand arbeiteten. So mußte die Banco Comercial beispielsweise, um den Immobiliensektor zu kontrollieren, mit eigenem Kapital Finanzierungsgesellschaften gründen. In Stichworten einige Angaben über diese Bank:

Name: Banco Comercial, gegründet 1856

Aktienkapital zum 30.6.1968: 115.000.000 Pesos

Reserven zum 30.6.1968: keine Angaben

Reserven durch Unterbewertung der Aktiva: 259.000.000 Pesos

Vorstand: *Félix Ortiz de Taranco, Julio Braga Salvanach, Daniel García Capurro, Arnaldo Abaracón, Héctor Bove Maciá, Antonio Otegui, Eduardo Vargas Carmendia.*

Die wichtigsten Tochtergesellschaften:

ALCRESA, Finanzierungsgesellschaft, handelt mit Agrarprodukten.

ACSA, Verwaltungsgesellschaft für Immobilien. Kontrolliert wahrscheinlich den größten Teil des Immobiliengeschäfts in Montevideo.

Credito Comercial: Finanzierungsgesellschaft für Industriekredite und Wertpapiere. Ist gleichzeitig im Besitz von Aktien der Banco Comercial, daher auch die Funktion einer Investitionsfirma (holding).

Alle weiteren Finanzierungsgesellschaften der Banco Comercial sind der Credito Comercial untergeordnet. Unter ihnen befinden sich: Ediguay S.A.; El Palmer S.A.; San Cristobal S.A.; Edisalto S.A. Fontainebleau S.A.; FAI S.A.

Die Gesamteinlagen aller Finanzierungsgesellschaften belaufen sich auf 460 Millionen Pesos, die Anlagen machen insgesamt 100.000 US-Dollar aus.

Dollarreserven der Credito Comercial: 100.000

Dollarreserven der ALCRESA: 500.000

In das Aktienkapital teilen sich zahlreiche natürliche und juristische Personen. Trotz allem besitzen einige Familiengruppen Aktienpakete, die aufgrund ihres Umfangs die Vermutung zulassen, daß eben bei ihnen die Kontrolle des Finanzimperiums Banco Comercial liegt. Nachfolgend seien die größten von ihnen genannt:

(alle Aktien zum Nominalwert von 100 Pesos pro Aktie)

Gruppe Santayana: nicht weniger als 55.000 Aktien

Gruppe Peirano: nicht weniger als 38.000 Aktien

Gruppe Otegui: nicht weniger als 8.000 Aktien

Gruppe Supervielle: ungefähr 3.500 Aktien

Gruppe Irureta Goyena: ungefähr 6.200 Aktien

Gruppe Gallinal Heber: nicht weniger als 10.800 Aktien

Gruppe Braga Salvanach: nicht weniger als 6.700 Aktien

Credito Comercial: nicht weniger als 22.500 Aktien

Credito Svizzero: nicht weniger als 15.500 Aktien

Société de Banque Suisse: nicht weniger als 3.000 Aktien

Labe S.A.: nicht weniger als 1.800 Aktien

Las Araucarias S.A.: nicht weniger als 1.900 Aktien

Aicrag S.A.: nicht weniger als 1.900 Aktien

Banca Popolare de Lugano: nicht weniger als 300 Aktien

Maria Ignacia Riet de Martínez Silveira: nicht weniger als 5.000 Aktien

Pedro T. Ballefin: nicht weniger als 3.000 Aktien

Anonyme Gruppen: nicht weniger als 35.000 Aktien.

b. Banco Mercantil

Im Gegensatz zur Banco Comercial wird die Banco Mercantil von einer Gruppe beherrscht, der Familie *Peirano Facio*. Der Aktienbesitz der Eigentümergruppe

macht fast 100 Millionen Pesos bei einem Gesamtkapital von 120 Millionen Pesos aus; die restlichen 20 Millionen befinden sich im Besitz der Balboa S.A., einer holding, die von der Banco Mercantil selbst gegründet wurde. Der Vorstand wird gebildet durch *Juan Carlos Peirano, Eurique Martin, Jorge Sanguinetto und J. Perlorenzo*.

Durch die zahlreichen und engen Verbindungen der Familie entstand folgende Wirtschaftsgruppe:

Inversora Balboa S.A. (holding), French and Belgian Trust & Co. (Finanzierungs-gesellschaft mit Sitz in Panama, die aber hauptsächlich in Buenos Aires arbeitet), Untergruppe Basso, die folgende Firmen umfaßt: El Trebal S.A., Nuguazu S.A., El Rincón S.A., Ayax S.A., Avian S.A., Automotora Basso, Alba S.A., Domino Basso S.A. Weiter sind aufgrund dieser Familienverbindungen die Direktionen von Firmen, die durch die Banco Comercial kontrolliert werden, eng mit der Peirano-Gruppe verknüpft; in ihnen sitzen zumeist leitende Persönlichkeiten der Banco Mercantil.

II. Banken und Finanzierungsgesellschaften

Die Bank – wir meinen damit stets die großen Bankgruppen – besitzt eine sehr komplizierte ökonomische Struktur. Allein aufgrund der Entwicklung des Kapitalismus muß jedes kapitalistische Unternehmen in Verbindung mit anderen Unternehmen treten, um existenzfähig zu bleiben. Durch diesen Entwicklungsprozeß bilden sich zuerst große industrielle- und Handelsgruppen, die in Form von Gesellschaften Unternehmen verschiedener Industrie- und Handelszweige vereinen, doch können diese Beziehungen nur durch die Vermittlung von Geld oder anderen Werten zustandekommen. Es zeigt sich also, daß aufgrund der technischen Entwicklung (die in dauerndem Widerspruch zur kapitalistischen Wirtschaft steht) das Überleben der kapitalistischen Unternehmen – selbst der Industriemonopole – eng mit neuen Investitionen verbunden ist: diese dienen der Anpassung an die Marktlage und gestatten den Monopolen, sich trotz dem grundsätzlichen Widerspruch zur Entwicklung der Produktivkräfte weiterzuentwickeln². Im kapitalistischen Prozeß müßten

² Aber in Wirklichkeit geben uns General Motors und die Automobilindustrie im allgemeinen ein gutes Beispiel für die Verflechtung von Industrie- und Finanzmacht, für die Beherrschung der großen Gesellschaften durch eine Finanzoligarchie und für die entscheidende Bedeutung des Bankwesens in wichtigen Zeitabschnitten. Der Kampf spielt sich auf dem Gebiet der Kapitalinvestitionen, der Verteilung und der Verfügung über sichere Material- und Rohstoffquellen ab, desgleichen im Prozeß der Fusionen und Erwerbungen. Man stelle sich die ungeheueren Kapitalinvestitionen vor, um Kosten zu verringern und um Fabriken in günstiger Standortposition zu bauen, so daß mehr für die Aufmachung der Ware aufgewendet werden kann, um den Kunden rascher auf sich aufmerksam zu machen. Bis 1953 behaupteten sich die bedeutendsten Firmen durch Gewinn und akkumulierte Kapitalreserven. Aber das genügt heute nicht mehr; die Banken müssen eine grundlegende Funktion übernehmen. General Motors nahm einen Kredit von 300 Millionen Dollar auf. Diese industrielle

logischerweise diejenigen Unternehmen, die sich auf das Anhäufen von durch Arbeit entstandenem und nicht sofort reinvestiertem Kapital spezialisierten, die besten Voraussetzungen aufweisen, um die Spitze der internationalen Bourgeoisie zu bilden. In diesem Wettlauf von Akkumulation und Konzentration siegten die Bankiers (oder besser, um zu den Siegern zu gehören, mußte man Bankier werden).

Gegenwärtig haben diese Tatsachen zu einer Spezialisierung der Banken geführt, die ihren Anfang in der Beherrschung des Spekulationsgeschäfts hat und bis zur Entstehung jenes Apparates führte, der die Verflechtung des Monopolkapitals mit dem Bankgeschäft ermöglichte. Dies gab ihnen insgesamt mehr Handlungsfreiheit auch dem Staat gegenüber, was sich bei den Banken, neben ihrer Funktion als Berater der Industrie, auch in ihrer neuen Funktion als Rechtsberater zeigte, die gesetzliche Vorschriften zugunsten der Monopolgruppe, die sie umfassen, repräsentieren oder kontrollieren, auslegen können³.

Im Falle einer stark vom Ausland abhängigen Wirtschaft bilden die Banken den Kristallisierungspunkt für imperialistische Interessen, von dem aus sie eine derartig

Anleihe war die größte, die bis dahin von einer Publikumsgesellschaft aufgenommen wurde und sie wurde durch eine Gesellschaft unter Führung von Morgan, Stanley & Co. aufgebracht. Vertreten durch General Motors Acceptance Corp. und Motor Holding Plan, hat General Motors 2 Milliarden Dollar an seine Autoverkäufer vorgesossen. Diese können aufgrund ihres finanziellen Rückhalts durch die Gesellschaft die Anzahl von Autos übernehmen, die General Motors ihnen liefert. So können sie ihre Verdienstspanne beeinflussen und alle nur denkbaren Verkaufskonstrukte abschließen. Sehen wir uns die interne Struktur von General Motors und die Rolle des Finanziers innerhalb dieses Konzerns an. Um es klar zu sagen, General Motors ist derzeit mehr eine Finanzierungsholding denn ein Industrieunternehmen.

Zitiert nach: Victor Perlo, Das Reich der Hochfinanz, Editorial Platina, Buenos Aires 1962, S. 27–29.

³ Karl Marx, Das Kapital, Band 1, VII. Abschnitt, 24. Kapitel, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main 1972, S. 783. Der Text lautet: „Von ihrer Geburt an waren die mit nationalen Titeln aufgestützten großen Banken nur Gesellschaften von Privatspekulanten, die sich den Regierungen an die Seite stellten und, dank den erhaltenen Privilegien, ihnen Geld vorzuschießen imstande waren. Daher hat die Akkumulation der Staatsschuld keinen unfehlbareren Gradmesser als das sukzessive Steigen der Aktien dieser Banken, deren volle Entfaltung von der Gründung der Bank von England datiert (1694). Die Bank of England begann damit, der Regierung ihr Geld zu 8% zu verleihen; gleichzeitig war sie vom Parlament ermächtigt, aus demselben Kapital Geld zu münzen, indem sie es dem Publikum nochmals in Form von Banknoten lieh. Sie durfte mit diesen Noten Wechsel diskontieren, Waren beleihen und edle Metalle einkaufen. Es dauerte nicht lange, so wurde dies von ihr selbst fabrizierte Kreditgeld die Münze, worin die Bank von England dem Staat Anleihen machte und für Rechnung des Staats die Zinsen der öffentlichen Schuld bezahlte. Nicht genug, daß sie mit einer Hand gab, um mit der andern mehr zurückzuempfangen; sie blieb auch, während sie empfing, ewige Gläubigerin der Nation bis zum letzten gegebenen Heller. Allmählich wurde sie der unvermeidliche Behälter der Metallschätze des Landes und das Gravitationszentrum des gesamten Handelskredits. Um dieselbe Zeit, wo man in England aufhörte, Hexen zu verbrennen, fing man dort an, Banknotenfälscher zu hängen. Welchen Effekt auf die Zeitgenossen das plötzliche Auftauchen dieser Brut von Bankokraten, Finanziers, Rentiers, Maklern, Stockjobbers und Börsenwölven machte, beweisen die Schriften jener Zeit, z.B. Bolingbrokes.“

strukturierte Wirtschaft einseitig im Sinne einer Monokultur ausrichten und zweitrangige Märkte, nach Belieben manipulierbar, entstehen lassen können. Für eine Wirtschaft wie diejenige Uruguays, die genau durch eine solche einseitige Abhängigkeit gekennzeichnet ist (trotz beachtlicher kapitalistischer und auch sozialer Entwicklung), ist die Existenz von derart überdimensionierten Banken an sich überflüssig. Notwendig und geeignet allerdings sind sie erstens für die einheimische Oligarchie und zweitens für den Imperialismus um in einem Land zu wirken, dessen Entwicklung man verhindern und aus dem man immer größere Reichtümer herausholen will.

Die deformierte, für sich allein nicht existenzfähige kapitalistische Entwicklung (die trotzdem die kapitalistischen Bindungen innerhalb der uruguayischen Gesellschaft verstärkt hat), zeigte sich in der Entfaltung der Wirtschaft auf rein monetärer Basis. Andererseits führten die seit fast einem Jahrhundert andauernden Kämpfe der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Bevölkerungsschichten zu solchen Zugeständnissen wie der allgemeinen Sozialversicherung und darüberhinaus zur Herausbildung eines staatlichen Industrie-, Dienstleistungs-, Handels- und Banksektors. Dadurch konnte die Oligarchie seit Ende des vorigen Jahrhunderts ihre Geschäfte vorwiegend mit Fremdkapital, mit den Geldern breiter Bevölkerungsschichten und selbst der Arbeiterklasse ausbauen. Vom Standpunkt des Bankiers aus gesehen ist die Sozialversicherung nicht anderes als ein Zwangssparen; die Verfügung über derartige Staatsgelder gilt seit Jahrzehnten als Regel bei den privaten Banken. Wenn man die historische Kontinuität der Oligarchie in der nationalen Geschichte in Betracht zieht, dann wird klar, daß sie stets und ausschließlich zu ihrem Vorteil gehandelt hat. Sie schuf so ein umfassenden Banksystem, profitierte vom Staat, ordnete sich immer mehr ausländischen imperialistischen Einflüssen unter. Sie erleichterte den US-Banken die Übernahme von Machtpositionen in Industrie und Handel (die sie selbst kontrollierte) zu Konditionen, die es jenen gestattete, mit geradezu minimalem Eigenkapital zu arbeiten⁴. Ferner baute sie ein umfassendes System der Profitmaximierung⁵ (gekennzeichnet vor allem durch Wucherzinsen, die zu einer Mehrwertumverteilung zugunsten der Banken gehören⁶) und das bei

4 Vgl. *estudios*, Nr. 49, Montevideo, Schema 2, S. 45. (vgl. Seite 127 des vorliegenden Digest Heftes).

5 Karl Marx, *Das Kapital*, Band 1, VII. Abschnitt, 22. Kapitel, a.a.O. S. 605. Der Text lautet: „Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückverwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals...“

Der Kapitalwert war ursprünglich vorgeschoßen in Geldform; der Mehrwert verwandelt seine ursprüngliche Daseinsweise. Von diesem Augenblick an sind jedoch Kapitalwert und Mehrwert beides Geldsummen, und ihre Wiederverwandlung im Kapital vollzieht sich auf ganz dieselbe Weise. Die eine wie die andre legt der Kapitalist an im Ankauf der Waren, die ihn instand setzen, die Verfertigung seines Artikels von neuem zu beginnen, und zwar diesmal auf erweiterter Stufenleiter. Um aber diese Waren zu kaufen, muß er sie auf dem Markt vorfinden.“

6 Wenn die Zinsen, die von einer Bank verlangt werden, den Mehrwert, den sich der Industrielle mittels seiner Kaufkraft aneignet, übersteigen, nimmt das Kapital durch die Zinsen der Bank ständig ab. Dies ist der Höhepunkt des Beherrschungsprozesses durch die Banken, aber solange diese Wucher-

einer auf einer relativ niedrigen Stufe stehenden, in Entwicklung begriffenen kapitalistischen Wirtschaft. Diese Oligarchie ist ferner durch das Bestreben gekennzeichnet, alles billig zu verkaufen, wenn ihre Möglichkeiten im Inland beschnitten werden. Das nutzen ausländische Investoren.

Es sei in diesem Zusammenhang an die Kalkulation des Bankiers erinnert. Wenn Sie vom Verkauf Ihrer Arbeitskraft leben und 100 Pesos besitzen, denken Sie folgendermaßen: ich habe 100 Pesos, die ich gegen Konsumgüter tauschen kann. Wenn Sie Händler sind, denken Sie so: ich besitze 100 Pesos, die ich gegen Waren tauschen kann und diese Ware kann ich dann wiederum zu 110 Pesos verkaufen. Wenn Sie Industrieller sind, sieht die Kalkulation so aus: mit diesen 100 Pesos kann ich Gehälter, Waren und Ausrüstung bezahlen, was es mir ermöglicht Waren zu produzieren, die ich zu 120 Pesos verkaufen kann. Der Finanzier jedoch denkt in anderen Maßstäben. Besitzt er 100 Pesos, dann kann man normalerweise einen „Rückhalt“ von 2.000 Pesos voraussetzen, die ihm natürlich nicht gehören und für deren Verwendung er beispielsweise 200 Pesos bezahlt. Leihst er diese 2.000 Pesos aus, bekommt er Zinsen im Wert von 1.000 Pesos. Dabei bleiben seine ursprünglichen 100 Pesos unberührt. Die aus diesem Kreditgeschäft stammenden 800 Pesos (1.000 abzüglich 200) werden wiederum verliehen und 400 Pesos kommen als neuer Gewinn hinzu. Aber das ist noch nicht alles: über diejenige Person, die die Anleihe von 2.000 Pesos aufnahm, fließt ein Teil der 2.000 Pesos zurück und es beginnt der gleiche Kreislauf von vorn. Einerseits ist die Bank eine notwendige Institution, da sie eine Verteilerrolle innerhalb der Wirtschaft erfüllt, andererseits ist sie eine Art von Blutsauger, wenn sie in ihrem eigenen Interesse handelt. Dieser Zusammenhang erlaubt es den imperialistischen Banken, sich der Kontrolle über die Wirtschaft eines Landes, ja eines ganzen Systems, zu bemächtigen⁷.

Die Dynamik der großen Gruppen

Das Bekanntwerden des Umfangs der Geschäftstätigkeit von Finanzierungsgesellschaften und das Zusammensehen der Banco Mercantil mit der Banco Popular 1969 haben das Interesse breiter Kreise auf die Tätigkeit der Banken allgemein gelenkt. Wir wollen kurz versuchen, diese beiden Ereignisse zu analysieren, wobei wir die

zinsen das Verschwinden des industriellen Kapitalisten nicht verursachen, findet ein Prozeß immer rigoroserer Ausbeutung der Arbeiter und der arbeitenden Massen überhaupt statt.

7 Zwei beliebige Beispiele:

1. Eine Bank lehrt über eine Finanzierungsgesellschaft – oder in eigenem Namen – einem Importeur Geld, damit dieser ein Importgeschäft, das die Bank selbst vermittelt, abschließen kann.

2. Eine Bank lehrt Geld, damit ein Handelsgeschäft zustande kommt, wobei beide Geschäftspartner Bankkunden sind, so daß das Geld nur scheinbar die Bank verläßt, tatsächlich aber nur die Zinszahlung an die Bank geht.

Dies soll nur als Beweis dafür dienen, daß der Geldkreditumlauf nicht nur von den Faktoren Zinsen und Zeit bestimmt wird, sondern bestimmt sind die Möglichkeiten, mit einer gegebenen Geldmenge die größtmögliche Anzahl von Geldkreditumläufen zu erreichen.

Banco Mercantil getrennt von der Banco Popular untersuchen. Innerhalb von vier Wochen (Februar/März 1969) erhöhte die Banco Mercantil ihr Kapital um 87 Millionen Pesos von 33 auf 120 Millionen, wobei diese Kapitalaufstockung nicht etwa aus den Kapitalreserven vorgenommen wurde (was auch kaum Aufmerksamkeit erregt hätte, da ja gemeinhin eine Bank über enorme Reserven verfügt). Vielmehr ging man wie folgt vor: die Gesamtsumme des aufgestockten Kapitals betrug 87 Millionen Pesos. Insgesamt 67 Millionen davon entfielen gleichmäßig in Form von Vorzugsaktion auf die bisherigen Aktionäre, d.h. also die Mitglieder der Familie *Peirano*. Die restlichen 20 Millionen Pesos wurden durch einen neuen Aktionär, die Balboa S.A. erworben, die indes nach kurzer Zeit von der Aktionärsliste der Banco Mercantil verschwand. Schließlich konnte eine enge Verbindung zwischen der *Peirano*-Gruppe und der „*Mercantile River Plate Trust Ltd*“ (US) festgestellt werden, wobei sich herausstellte, daß jenes aufgestockte Kapital in Höhe von 87 Millionen Pesos genau einem Dollarbetrag entsprach, der zu diesem Zeitpunkt von eben jenem Trust an die *Peirano*-Gruppe überwiesen worden war. Folgende Fragen ergeben sich dabei: Handelte es sich um aus dem Ausland abgezogene Spekulationsgelder der *Peirano*-Gruppe oder lag hier ein verschleierter Verkauf der Banco Mercantil vor? Waren die neuen Aktien wirklich Eigentum der *Peirano*-Gruppe oder stand hinter der „*Mercantile River Plate Trust Ltd*“ eine neue ausländische Gruppe? War die Investitionsfirma Balboa nur eine Tochtergesellschaft, oder benutzte die *Peirano*-Holding die Balboa, um ihre Kontrolle über die Banco Mercantil zu erweitern und so die Finanzgruppe insgesamt zu stärken? Wahrscheinlich trifft jede dieser Vermutungen zu, denn einerseits ist man am Spekulationsgeschäft interessiert, andererseits sahen sich die Bankiers in Uruguay gezwungen, mit der hinter der „*Mercantile River Plate Trust Ltd.*“ stehenden ausländischen Bank (in New York) zu arbeiten, da sie sonst von letzterer geschluckt worden wären.

In den gleichen Monaten gingen auch Veränderungen in der Banco Popular vor sich. Die *Strauch*-Gruppe, die über die Aktienmehrheit verfügte und dadurch die Kontrolle über die Bank ausgeübt hatte, verkaufte ihr Aktienpaket. Anfangs hieß es, es handele sich um einen fingierten Verkauf, dies sei eine Methode, die die Eigentümergruppe benutze, um von ihr im Ausland angelegte Dollars zu reimportieren. Aber die Eintragung im Aktienbuch änderte sich, ebenso änderten sich die gesamten auswärtigen Beziehungen und die ganze Auslandskreditpolitik, die von der Chase Manhattan Bank beeinflußt wird.

Hinzuzufügen wäre nebenbei, daß beide Banken seit diesen Aktionen erheblich an Gewicht gewinnen konnten⁸.

Anfang 1969 zog die Hauptfinanzierungsgesellschaft der Banco Popular ihre Dollarreserven aus dem Land und bereits im März wurde dann der Verkauf des Aktienpakets bekannt, durch den die Kontrolle der Banco Popular auf eine Ak-

⁸ Eine Tatsache, die die Erklärung erleichtert ist, daß die Banco Popular seit einem Jahr systematisch den Geldmarkt beobachtet und Einrichtungen für eine monopolistische Tätigkeit organisiert. Nimmt man sie für sich allein, wäre sie durch die damit gesteckten Ziele sicherlich überfordert gewesen; ihre Integration in die Rockefeller-Gruppe dagegen macht diese Zielsetzung verständlich.

tionärsgruppe der Banco Mercantil (*Peirano*) überging. Man sagte, die Perspektive beider Unternehmen sei die Fusion. Dies sei verbunden mit dem Verkauf von Gebäuden an die Banco Central, der im Endeffekt den Kauf der Banco Popular durch die Banco Mercantil ermöglichte. Tatsächlich aber ist der Kern dieser Transaktionen in Folgendem zu suchen: Früher berichteten wir bereits über die Verbindungen zwischen der Banco Comercial und der Banco Mercantil, die auf die Aktivität der *Peirano*-Gruppe zurückgehen. Die Banco Comercial jedoch gehört (wie nunmehr die Banco Popular) bereits seit Jahren zum Einflußbereich von Chase Manhattan. Da sich die Banco Mercantil bereits früher eng mit der Banco Comercial assoziiert hatte (und somit Kontakte zur Chase Manhattan Bank bestanden), entsteht bei der Fusion der Banco Mercantil mit der Popular (vorausgesetzt daß die erstere nicht im Familienbesitz verbleibt) eine Super-Bankgruppe, deren Kontrolle letztlich bei der Chase-Manhattan-Bank liegt. Die Existenz einer Privatbank solcher Größe (unabhängig davon, ob sie sich hinter mehreren Namen verbirgt, denn hier interessiert nur der Konzentrationsgrad des Kapitals) ist eine Bedrohung für das Land und der nationalen Wirtschaftsstruktur, die allerdings auf den ersten Blick nur schwer erkennbar ist. Tatsächlich aber hat diese konzentrierte Bankengruppe in jeglichem Zweig des Finanzgeschäfts schon mehr Bedeutung und Gewicht als die Staatsbank von Uruguay⁹.

Eine Operationsbasis gegen das Land

Wir haben gesehen wie die Banken – direkt oder auf dem Umweg über Finanzierungsgesellschaften – praktisch alle Produktionszweige in Uruguay kontrollieren. Das industrielle Potential befindet sich hauptsächlich in den Händen von ausländischen Konsortien und die einzigen, nicht durch das Ausland kontrollierten Betriebe von einer gewissen Größenordnung, sind schon seit langem nationalisiert. Eine Politik, die sich immer mehr den Richtlinien des Internationalen Währungsfonds unterordnet, verschärft diese Lage noch zusätzlich. Der landwirtschaftliche Sektor als Basis für exportfähige Güter verschmolz allmählich – in den letzten hundertfünfzig Jahren – mit dem Finanzkapital, bis er von letzterem nicht mehr zu unterscheiden war.

⁹ Folgende Tatsache muß in diesem Zusammenhang erwähnt werden: bekannt wurde, daß die Chase Manhattan Bank (Spitze der Rockefeller-Gruppe) versucht, die früher staatlichen Banken zu beherrschen und das sie dies mit nur sehr wenig oder keinem Kapital auch schafft. Aber damit noch genug. In den letzten Tagen betrieb die Standard Oil (größtes industrielles Unternehmen der Rockefeller-Gruppe) Propaganda mit ihrem „Interesse am nationalen Fortschritt“, den sie mit dem Kauf eines Tankers angeblich „bewies“, da das Schiff unter der Flagge Uruguays als Eigentum der ESSO-Uruguay fahren soll. Tatsächlich aber geschah folgendes: ESSO-Uruguay kaufte von der ESSO-Panama einen bereits seit längerer Zeit in Fahrt befindlichen Tanker, Uruguay bezahlte diesen Kauf mit Devisen, was gleichbedeutend mit einer Verringerung der Dollarbestände war. Vielleicht sind es dieselben Dollars, mit denen unsere Banken gekauft wurden? An diesem schwer zu durchschauenden Geschäft nahm außerdem ein Anwalt teil, der einmal als Beauftragter der ESSO auftrat, dann aber gleichzeitig im öffentlichen Dienst auf dem Importsektor tätig ist. Wie wir sehen, handeln die Banken auf perfekt koordinierte Weise.

Seit der Entstehung des Landes beanspruchen die Großgrundbesitzer den größten Teil des Nationaleinkommens für sich, um ihr Geld spekulativ anzulegen, zunächst im kommerziellen und dann im finanziellen Bereich. Beispielsweise enthält das Aktienbuch der Banco Comercial die Namen einer großen Anzahl von Großgrundbesitzern (ähnlich ist es bei der Banco de Credito) und überhaupt bei den größten einheimischen Aktionären aller Banken.

Die Banken waren für die Großgrundbesitzer seit jeher eine gute Investitionsanlage und ein Weg, immer größere Gewinne zu erzielen. Dies geschah selbst in den Jahren in denen die landwirtschaftliche Produktion nachließ oder in denen die Weltmarktpreise sanken¹⁰.

Aber auch auf der Ebene der Finanzinvestitionen gerieten die Großgrundbesitzer mit der aufsteigenden industriellen Bourgeoisie in Auseinandersetzungen, die mit einer von den alten herrschenden Klassen sich abhebenden Dynamik, bezogen auf die kapitalistische Entwicklung, auftrat. Denken wir beispielsweise an das Verhalten der Banco Comercial in allen Bankkrisen, wo diejenigen Bankiers, die mit dem neuen Industriekapital verbunden waren, rücksichtslos aus den Bankiergruppen entfernt wurden. In einer total vom Ausland abhängigen Wirtschaft wie der Uruguays stimmen die imperialistischen Interessen und die Interessen der Grundbesitzer-Oligarchie überein: jenes will die Wirtschaft als Monokultur erhalten und diese die Monoproduktion besitzen – sie sind so natürliche Verbündete. Dieser Vorgang steht nicht im Widerspruch zu der Tatsache, daß einige Bankiersfamilien ursprünglich Industrielle oder Kaufleute waren (Familie Peirano zum Beispiel), da sie seit jeher mit den Finanzspekulanten und den Grundbesitzern zusammenarbeiten. Selbstverständlich kann eine solche Entwicklung nur in einem abhängigen Land stattfinden, in dem es möglich ist, den Industrialisierungsprozeß zu hemmen. Dieser wird auf die Metropolen beschränkt und man behindert sein Eindringen in die neo- und halbkolonialen Gesellschaften.

Diese Entwicklung ist in Uruguay sehr weit fortgeschritten, so daß schließlich die Großgrundbesitzer, die Bankiers wurden, diejenigen, die weiterhin ihre Interessen nur auf die Landwirtschaft beschränkten, in den Hintergrund drängten.

In Uruguay kommt durch Wucherzinsen ein Industriezweig einer nach dem anderen zum Erliegen, indem den Unternehmern der Anreiz genommen wird, in diesen Produktionszweigen zu investieren. Bezeichnenderweise machen nur die großen, mit den Banken verbundenen, Monopolunternehmen davon eine Ausnahme. Der

10 W.I.Lenin, Werke, Band 22, Dietz-Verlag Berlin 1960, S. 214. Der Text lautet: „In dem Maße, wie sich das Bankwesen und seine Konzentration in wenigen Institutionen entwickeln, wachsen die Banken aus bescheidenen Vermittlern zu allmächtigen Monopolinhalbern an, die fast über das gesamte Geldkapital aller Kapitalisten und Kleinunternehmer sowie über den größten Teil der Produktionsmittel und Rohstoffquellen des betreffenden Landes oder einer ganzen Reihe von Ländern verfügen. Diese Verwandlung zahlreicher bescheidener Vermittler in ein Häuflein Monopoliisten bildet einen der Grundprozesse des Hinüberwachsens des Kapitalismus in den kapitalistischen Imperialismus, und deshalb müssen wir in erster Linie bei der Konzentration des Bankwesens verweilen.“

Agrarmarkt wird von einem halben Dutzend Großbanken beherrscht, deren Ziel einmal die Reprivatisierung der Kühl- und Kälteanlagenindustrie ist, um so ein Abhängigkeitsverhältnis derselben von dem von ihnen beherrschten Fleischtrüst zu schaffen. Fast unnötig zu erwähnen, daß die Verarbeitung der Wolle seit Jahren praktisch völlig in den Händen von mit den Großbanken verbundenen ausländischen Unternehmen ist. Angesichts dieser Tatsachen kann es kaum einen Zweifel darüber geben, daß die Existenz eines derartigen Banksystems eines der größten Hindernisse für die Entwicklung der Wirtschaft Uruguays darstellt.

Diese Tatsachen sind keinesfalls erst neueren Datums. Sie wurden bereits zu Beginn dieses Jahrhunderts erkannt und waren die Ursache eines für die weitere nationale Entwicklung bedeutsamen Ereignisses, nämlich der Gründung einer staatlichen Bank. Hauptsächlich durch diese Bank der Republik (Banco de la República) war es in den darauffolgenden Jahren möglich, die Rückentwicklung der Wirtschaft aufzuhalten. Während der ersten drei Jahrzehnte dieses Jahrhunderts wurde diese Bank zum Instrument der Wirtschaftskontrolle, zum wichtigsten Kreditgeber und zum Garanten der aufstrebenden Wirtschaft. Wenn man weiß, daß Versicherungen und Hypotheken eine der Finanzquellen des Staates sind, dann überrascht eine Konfrontation von privater und staatlicher Bank nicht. Die Gründung einer staatlichen Bank war die geeignete wirtschaftliche Maßnahme für die Interessen der aufkommenden einheimischen industriellen Bourgeoisie; es war ihr während vieler Jahre möglich, dadurch den privaten in- und ausländischen Finanziers Widerstand zu leisten, zumindest deren Angriffe abzuschwächen, kurz: die Errichtung der Staatsbank wies dem Land neue Alternativen.

Die Privatbanken waren unterdessen nicht müßig, denn noch hatten sie ihren Einfluß im Staatsapparat nicht verloren: bis heute vermochten sie das in der Verfassung vorgesehene Monopol der staatlichen Banco de Seguro del Estado (Versicherungsbank) zu blockieren. Nach und nach dehnten sie dann ihren Einfluß auf die Banco de la República aus. Zuerst überließen sie ihr die Abwicklung der unrentablen Geschäfte, um dadurch die Staatsbank ihren Interessen unterzuordnen mit dem Ziel, gegen sie einen endgültigen Schlag zu führen: ihr die Kontrolle über den Außenhandel zu entziehen, die Kreditvergabe an die Großgrundbesitzer völlig an sich zu ziehen, den Einfluß der Bank auf die staatliche und öffentliche Verwaltung ganz allgemein abzubauen und schließlich die öffentlichen Gelder für sich zu nutzen. Im Ergebnis dieser Politik wurden die Privatbanken zum Nutznießer des größten Teils der öffentlichen Rücklagen. Die Privatbanken kontrollieren heute über ihre Vertrauenspersonen die Regierung und die staatlichen Bankeinrichtungen, gewähren höhere Zinsen als die Staatsbank, die gesetzliche Vorschriften beachten muß, die sie natürlich nicht beachten. Diese höheren Zinsen haben logischerweise höhere Preise zur Folge, mit allen negativen Konsequenzen für das Land wie Wucherpreise, Geldentwertung u.a.

Derzeit befindet sich die Konfrontation des Landes mit dem Finanzkapital auf einem Höhepunkt. Die ausländischen Finanziers haben eine „Neugestaltung“ des gesamten lateinamerikanischen Kontinents ins Auge gefaßt, wobei sie an eine mehr oder minder intensive Ausbeutung denken. Für Uruguay ist die Rolle eines exklu-

siven Rohstofflieferanten vorgesehen und aufgrund der strategisch günstigen Lage des Hafens von Montevideo soll es zu einem riesigen Handelszentrum im Südtteil des Kontinents werden. Deswegen spricht man in unseren Regierungskreisen davon, aus unserer Hauptstadt eine zollfreie Zone zu machen und deshalb soll die Entwicklung der ausländischen Banken gefördert werden.

Die Nationalisierung der Banken

Wenn bereits 1965 unsere Partei und die vereinigte Linke Befreiungsfront (Frente Izquierda de Liberación) darauf aufmerksam gemacht haben, daß nur durch die Verstaatlichung eine Wende in der durch die Finanzkonzentration entstandenen Lage erreicht werden könne, dann ist der Dringlichkeitsgrad für diese Lösung seit dieser Zeit eher noch höher geworden.

Diese gründlich durchdachte Maßnahme gehört zum Programm der nationalen Befreiung, aber sie ist nur anwendbar, wenn sie zusammen mit anderen Maßnahmen wie Agrarreform, Verstaatlichung des Außenhandels und aller Monopolunternehmen durchgeführt wird. Dennoch können wir sie als eine der grundlegenden Entscheidungen ansehen, um eine patriotische und demokratische Erneuerung des politischen Lebens, die das Land dringend benötigt, zu erreichen, die von der großen Mehrheit des Landes gefordert wird.

Die Schlüsselpositionen in der Wirtschaft, die die Banken besitzen, dürfen weder anonym noch von Ausländern besetzt sein.

Die Kontrolle über die Finanzgeschäfte darf nicht nur durch die Banco Central erfolgen, sondern muß hauptsächlich von den Arbeitern und den Benutzern ausgeübt werden.

Die öffentlichen Rücklagen dürfen nicht von den Entscheidungen einer winzigen Gruppe abhängen, die die Wirtschaft nach Belieben steuern kann.

Die nationale Produktion muß der tatsächlichen Entwicklung des Landes angepaßt sein und nicht dem Profitstreben der Bankiers.

Wenn wir hinzufügen, daß die derzeit gültige Bankgesetzgebung selbst bei nur geringem Kapitalanteil eine Kontrolle der Bankunternehmen und darüberhinaus die Kontrolle über die anderen Wirtschaftszweige zuläßt, bedeutet das, Verstaatlichungsmaßnahmen vornehmen zu können, ohne die Produktion zu unterbrechen. Diesen Akt zu unterlassen würde bedeuten, daß ein ganzes Jahrhundert demokratischer Errungenschaften auf dem Gebiet der Finanzorganisation verloren gingen.

Anhang I

Die Klasse der Bourgeoisie

Auszug aus dem vom Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebenen Werk „Politische Ökonomie des heutigen Monopolkapitalismus“, Dietz Verlag Berlin/DDR (Lizenzausgabe für die BRD: Verlag Marxistische Blätter) 1972, S. 675–679

Die Konzentrations- und Zentralisationsprozesse des Kapitals, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution und durch die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus rapide verstärkt wurden, führen zu wesentlichen Veränderungen in der Struktur des Bürgertums als Klasse und vertiefen die Differenzierung zwischen seinen verschiedenen Gruppen und Schichten. Unter diesen Bedingungen erlangt die richtige Festlegung der Grenzen und der inneren Gliederung der Kapitalistenklasse große Bedeutung.

Ein Kapitalbesitzer (ganz gleich, ob das Kapital in seiner produktiven, Waren- oder Geldform auftritt) wird zu einem Vertreter der Klasse der Bourgeoisie, wenn die Größe des Kapitals dem Hauptziel und dem Charakter der kapitalistischen Produktion entspricht. Das bedeutet, daß die Masse des vom Kapital abgeworfenen Profits ausreichend sein muß für einen dem Kapitalisten angemessenen Konsumtions- und auch Akkumulationsfonds, der die Realisierung der erweiterten Reproduktion des Kapitals gestattet. Kapital von dieser Größe besitzen nur große und mittlere Kapitalisten. Die Größe des Kapitals der Kleineigentümer entspricht nicht den Zielen, dem Charakter und den Bedingungen der gegenwärtigen kapitalistischen Produktion. Deshalb werden nur die großen und die mittleren Kapitalisten zur Klasse der Bourgeoisie gerechnet. Das Kleinbürgertum oder die kleinen Kapitalisten bilden eine gesonderte Klasse, die zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat steht.

In der sozialökonomischen Literatur werden mitunter die weniger großen Kapitaleigentümer, die zur Klasse der Bourgeoisie gehören, Kleinkapitalisten genannt. Hier ist terminologische Genauigkeit notwendig, denn hinter dem quantitativen Maß des Kapitals verbergen sich die Charakteristiken bestimmter Produktionsverhältnisse. Im Kapitalismus besitzen Geld und Waren die potentielle Eigenschaft, Kapital zu sein. Um so wichtiger ist es, zu ermitteln, ob wir es mit einem solchen Kapital zu tun haben, das allen Anforderungen der kapitalistischen Produktion entspricht, oder mit einem Kapital, das für eine wirklich kapitalistische Produktion nicht ausreicht. Unter Bedingungen, da ungezählte Aktien in Umlauf gesetzt werden und ebenfalls zahlreiche Vertreter der werktätigen Klassen deren Inhaber sind, kann der Kapitalbesitz auch rein nominellen Charakter tragen. Deshalb muß bei der Merkmalbestimmung der Klasse der Bourgeoisie die quantitative Seite des Kapitals untrennbar mit der qualitativen verbunden sein, die das Wesen des Produktionsverhältnisse aufdeckt. Die Ermittlung des Charakters, der Herkunft und der Existenzbedingungen des erzielten Einkommens ist für diese Bestimmung von großer Bedeutung, da das Ziel des Kapitals die Erreichung von Profit ist, der sich heute häufig hinter verschiedenen Begriffen und Rubriken verbirgt.

Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht eine der wesentlichsten Strukturveränderungen innerhalb der Bourgeoisie in der beträchtlichen Verstärkung ihrer monopolistischen Oberschicht, das heißt der aus der Großbourgeoisie herausragenden mächtigsten Gruppen des Finanzkapitals, die die Wirtschaftspolitik der bürgerlichen Klasse maßgeblich beeinflussen. Zu einem wichtigen Charaktermerkmal der gesamten Wirtschaftstätigkeit des Großbürgertums und insbesondere der Monopolbourgeoisie wurde dabei der Einsatz einer wachsenden Anzahl von Verwaltungsmanagern, die für Lohn arbeiten. Diese

Fachleute, die Lohnarbeiter sind, üben führende Verwaltungs- und Leitungsfunktionen in den größten Industrie-, Handels- und Finanzfirmen aus.

Ihrer Form und ihrem Wesen nach muß die Bezahlung für Leistungstätigkeit eine Abart des Lohns sein, das heißt den Marktpreis für eine gewisse Art qualifizierte Arbeit ausdrücken. Das Gehalt und die zusätzlichen Zuwendungen, die die Präsidenten und Vizepräsidenten der Firmen und andere höhere Beamte der Firmenspitze beziehen, übersteigt jedoch nicht selten um ein Vielfaches den Marktpreis für die entsprechende qualifizierte Arbeit und wahrt nur noch den Anschein von Lohn. In Wirklichkeit verbirgt sich im Lohn und in den zusätzlichen Einkommen höherer Manager der Profit. Bei einigen Managern ist der Profit so groß, daß man sie nicht nur zu mittleren Bourgeoisie rechnen kann, sondern auch zur Großbourgeoisie.

Für die heutige Bourgeoisie ist mehr als je zuvor die Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion charakteristisch, und in den größten Firmen üben für Lohn tätige Manager Handels- und Unternehmerfunktionen aus.

Die mittlere und ein Teil der nichtmonopolistischen Großbourgeoisie verwirklicht bestimmte Handels- und Unternehmerfunktionen. Das betrifft hauptsächlich Kapitalisten, deren Betriebe im Gegensatz zu Aktiengesellschaften individuelles Eigentum sind. Dort, wo die Produktion hinlänglich große Ausmaße erreicht hat, wird sie nicht von einzelnen Unternehmern betrieben, sondern von Aktiengesellschaften, die von einer Verwaltung geleitet werden und die Handels- und Unternehmerfunktionen übernehmen. Die wachsende Anzahl der kapitalistischen Rentiers ist eines der eindrucksvollsten Zeugnisse des Parasitismus der gegenwärtigen Bourgeoisie.

Die geschilderten Prozesse veranlaßten bürgerliche Ökonomen und Soziologen zu der Behauptung von der angeblichen „Revolution der Manager“, durch welche die Kontrolle über die Firmen in die Hände von bezahlten Verwaltern gelegt wird, die nicht die Interessen der Kapitalisten, sondern der Betriebe als gesellschaftlicher Institution zum Ausdruck bringen¹. Viele bürgerliche Ökonomen leugnen den kapitalistischen Charakter der Produktion in den Großfirmen überhaupt und verkünden, daß sich die ökonomische und soziale Natur des Kapitals verändert habe, das heißt, daß die Klasse der Kapitalisten verschwunden sei.

Die administrative Macht in den Firmen gehört bezahlten Managern, die im Interesse der Firma als kollektiver Kapitalist handeln. Die Trennung des Kapitaleigentums von der Kapitalfunktion bedeutet durchaus nicht, daß die ökonomische Macht der Bourgeoisie vernichtet ist. Wer die Kontrollpakte der Aktien besitzt, der übt den entscheidenden Einfluß auf die Politik der Firmen aus. Die Großbourgeoisie im Finanzwesen und in der Industrie verwirklicht ihre Macht und kontrolliert die größten Aktiengesellschaften mittels eines komplizierten, sich gegenseitig überschneidenden Systems von Banken, Investitionsfirmen und Aktienkontrollpaketen.

Die Großbourgeoisie übt ihre wirtschaftliche Macht auch dadurch aus, daß sie unmittelbar in den Vorständen der Banken und der Industriefirmen mitarbeitet. Die Vertreter der reichsten Familien bekleiden durchweg gleichzeitig Dutzende von Funktionen als Aufsichtsratsmitglieder in den verschiedensten Industrie-, Handels- und anderen Firmen und Banken. Die Großbourgeoisie dehnt ihre Macht auf die gesamte Geschäftswelt aus und beeinflußt diese ebenfalls, indem sie höhere Verwaltungsposten in Firmen mit ihren Vertrauenspersonen besetzt. So bewahrt sie faktisch weiterhin ihre Macht und ihre Kontrolle über die Wirtschaft,

¹ Siehe beispielsweise A. Berle: The Twentieth Century Capitalist Revolution, New York 1955. - A. Berle: Power without Property, New York 1959. - A. Berle: The American Economic Republic, New York 1963.

und gleichzeitig weiterhin ihre Macht und ihre Kontrolle über die Wirtschaft, und gleichzeitig bleibt der Macht- und Kontrollmechanismus breiten Bevölkerungskreisen verborgen.

Zu einem immer wichtigeren Bestandteil der herrschenden Klasse werden die Träger der politischen Macht in der bürgerlichen Gesellschaft, die sogenannte politische Elite. Dazu gehören Staatsmänner, hochgestellte Beamte und Verwaltungsfachleute, einflußreiche Persönlichkeiten der Armee und der bürgerlichen politischen Parteien. Während sich diese Kategorie in der Vergangenheit völlig oder nahezu völlig aus der Großbourgeoisie und der Landaristokratie rekrutierte, so besteht sie heute zu einem beträchtlichen Teil ebenfalls aus Personen, die zur Oberschicht der Intelligenz und der Angestellten gehören. Diese Gruppe ist eng mit der Monopolbourgeoisie liert und bildet zusammen mit ihr die herrschende Oberschicht des heutigen Kapitalismus, die durch gemeinsame Klasseninteressen verbunden ist und die Haupthebel der wirtschaftlichen und politischen Macht in ihren Händen vereinigt.

Die Gemeinsamkeit der grundlegenden Klassenziele der herrschenden Oberschicht der bürgerlichen Gesellschaft schließt nicht aus, daß innerhalb dieser Schicht einzelne Gruppierungen und Schichten mit spezifischen Interessen und Bestrebungen bestehen. So haben sich in einer Reihe kapitalistischer Länder unter den Bedingungen des Wettrüstens und der Entwicklung der dem Imperialismus innewohnenden Tendenzen zur Militarisierung die zu dem sogenannten Militär-Industrie-Komplex gehörenden Monopole und die unmittelbar mit ihnen verbundenen militärischen Kreise und Glieder des Staatsapparates zu einer besonderen Gruppe entwickelt, deren spezifisches Gewicht und Einfluß wachsen. Die Verstärkung der ökonomischen und politischen Rolle des Militär-Industrie-Komplexes ist besonders charakteristisch für die USA. Der Militär-Industrie-Komplex stellt eine enge Vereinigung der Monopole der Rüstungsindustrie und der Militärführung dar. Er umfaßt einer Charakteristik des amerikanischen Senators *McGovern* zufolge sowohl mächtige Industriegiganten, die voller Gier nach Ausdehnung des Rüstungsgeschäfts streben, als auch Mitarbeiter des Pentagon, die sich mit der militärischen Planung befassen und die Produktion neuer Waffenarten organisieren wollen. Weiterhin gehören dazu ebenso Angehörige des Kongresses, deren Wahlkreise aus den zu erwartenden Verträgen unmittelbaren Profit ziehen. Der Militär-Industrie-Komplex versucht, seinen Einfluß auf Millionen von Amerikanern auszudehnen, angefangen von dem Arbeiter einer Flugzeugfabrik bis hin zu einem Universitätsphysiker, der sein Gehalt für die Beteiligung an der Waffenproduktion bezieht. Der wachsende Einfluß des Militär-Industrie-Komplexes auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Außen- und Innenpolitik des Landes ist eine der charakteristischsten Auswirkungen der gegenwärtigen Veränderungen in der Struktur der herrschenden Klasse. Als Produkt der Militarisierung tritt dieser Komplex immer offenkundiger als wichtigster Faktor bei der weiteren Entwicklung der aggressiven und militaristischen Tendenzen des Imperialismus auf.

Innerhalb der Monopol- und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie gibt es bedeutende Gruppen, die nicht mit der Rüstungsindustrie verbunden sind. Ihre unmittelbaren wirtschaftlichen und politischen Interessen unterscheiden sich in vieler Hinsicht von den Interessen der Monopole des Militär-Industrie-Komplexes. Die Vertiefung der Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse trägt in gewissem Maße ebenfalls zur Stärkung der Rolle und des Einflusses der im Staatsapparat und insbesondere in den Organen der staatsmonopolistischen Regulierung tätigen Fachleute bei. Obwohl diese Kategorie der Fachleute bei der Ausarbeitung und Durchführung der Politik von den Interessen der Monopolbourgeoisie und den Aufgaben bei der Festigung der kapitalistischen Ordnung ausgeht, wird sie nicht selten mit dem Widerstand einzelner Monopole und Monopolgruppen konfrontiert, die auf die langfristigen Interessen der Klasse der Bourgeoisie insgesamt keine Rücksicht nehmen wollen und nur ihre eigennützigen Interessen verfolgen.

Dazu heißt es in dem von der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien im Jahre 1969 angenommenen Dokument: „*Die Widersprüche vertiefen sich auch innerhalb der herrschenden Kreise der imperialistischen Ländern, zwischen den militätesten Gruppierungen, die auf die Anwendung äußerster Maßnahmen, auf den Krieg, setzen, und den Gruppierungen, die dem neuen Klassenkräfteverhältnis in der Welt, der wachsenden Macht der sozialistischen Länder Rechnung tragen und geneigt sind, realistischer an die internationalen Probleme heranzugehen und sie im Geiste der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung zu lösen... Die kommunistischen und Arbeiterparteien, die Arbeiterklasse, die antiimperialistischen Kräfte berücksichtigen alle Widersprüche im Lager des Feindes und sind bestrebt, sie zu vertiefen und im Interesse des Friedens und des Fortschritts zu nutzen.*“

Anhang II

Die Bourgeoisie in Frankreich

Auszug aus dem Werk, Traité marxiste d'économie politique, Band I, Paris 1971, S. 222–229.

Bourgeoisie und Finanzoligarchie

Auf dem anderen Pol der Gesellschaft verzeichnet auch die Bourgeoisie tiefgreifende Veränderungen, ohne jedoch ihr Wesen zu wandeln. Tatsächlich zeichnet sich die Bourgeoisie als Klasse der Eigentümer von Produktions- und Austauschmitteln aus; die mittlere und die große Bourgeoisie, die deren kapitalistische Funktion bilden, eignen sich aufgrund dieses Rechts den Mehrwert an und leben somit im wesentlichen von der Ausbeutung der Arbeit.

Demnach umfaßt die Bourgeoisie die Gesamtheit aller individuellen und kollektiven Eigentümer der Produktionsmittel. Dazu gehören an erster Stelle die Leiter der Industrie- und Finanzunternehmen: Generaldirektoren, Mitglieder der Aufsichtsräte, Großaktionäre. Dazu gehören auch die Chefs der Handelsgesellschaften (im wesentlichen des Großhandels, aber auch des kapitalistischen Sektors im Einzelhandel) und sie schließt endlich auch die Immobilienbesitzer, die Großgrundbesitzer und die Eigentümer der kapitalistischen Landwirtschaftsunternehmen ein. Diese letztere Schicht zeigt besondere Merkmale. Zu ihr gehören Landwirte, die sehr große Anbauflächen besitzen oder pachten, ständig lohnabhängige Arbeitskräfte (mehr als zwei Vollzeit-Lohnarbeiter), mindestens den Durchschnittsprofit erzielen und daher in der Lage sind, die Grundrente zu zahlen und eine bedeutend erweiterte Reproduktion zu sichern. Teil der mittleren Bourgeoisie sind ebenfalls die Chefs der „freien Berufe“, die Großhändler sowie die kleinen und mittleren Industriellen, die in ihrem Tätigkeitsbereich mindestens mehrere Lohnabhängige beschäftigen und ausbeuten. Im Gegensatz dazu gehören die kleinen und mittleren Bauern, die kleinen Handwerker und Händler, die Ärzte und Rechtsanwälte ohne mehrere Hilfskräfte, zum Kleinbürgertum. Dies sind keine ausgesprochen kapitalistischen Schichten, denn ihre Tätigkeit beruht nicht oder nur wenig auf der Ausbeutung der Lohnarbeit. Sie sind dennoch „bürgerlich“ infolge ihres Eigentums an Produktionsmitteln oder Arbeitsinstrumenten. Gleichfalls zur Bourgeoisie gehört die zahlenmäßig schwache aber wachsende Schicht sozialer Parasiten, die von den Umtrieben der Spekulation leben, deren Entwicklung durch die Monopolgruppen gefördert wird. Endlich verfügt die Bourgeoisie noch über Helfer, die dazu beitragen, sie an der Macht zu halten. Hier ist an erster Stelle die Berufsarmee und die Polizei zu nennen. Aber auf andere Weise auch der – zahlenmäßig begrenzte – Teil der Intellektuellen, der sich direkt und aktiv der Leitung der wichtigsten Geschäfte (grandes affaires) und der Ausarbeitung und Verbreitung der Ideologie der herrschenden Bourgeoisiefraktion widmet.

Die Bourgeoisie lebt heute nicht mehr in Harmonie mit sich selbst, wie sie in ihrer aufsteigenden Phase noch glauben machen konnte. Wachsende Spannungen entstehen zwischen den Hauptschichten, aus denen sie sich zusammensetzt. Eine immer tiefere Spaltung entsteht zwischen der Finanzoligarchie – bestehend aus den Leitern der herrschenden monopolistischen Gruppen – und der kleinen und mittleren Bourgeoisie. Die komplexe Stufenleiter der sozialen Schichtung, die sich ehemals ohne scharfe Diskontinuität von den selbstständig Tätigsegenden bis zur Großbourgeoisie erstreckte, ist heute unterbrochen.

Indem die Finanzoligarchie ihre Aktionssphäre immer weiter ausdehnt und im wachsen- dem Maße die wichtigsten Zweige der Wirtschaft monopolisiert, tritt sie in immer offeneren

Widerspruch zu den Eigentümern der kleinen und mittleren Unternehmern. Auf verschiedene Weise, insbesondere durch die Entwicklung des Zulieferungswesens oder noch komplexere Formen der Abhängigkeit, bemüht sie sich, vor allem in der Landwirtschaft und im Handel, diese Unternehmen in den monopolisierten Sektor zu integrieren. In der Tat bereitet das Zuliefersystem häufig nur die vollständige Integration vor. Wenn auch diese Integration manchmal wieder aufgegeben wird, so wächst doch die soziale und politische Instabilität der kleinen und mittleren Bourgeoisie, die von der Finanzoligarchie gleichzeitig abhängig ist und zerschlagen wird.

Dieser Prozeß spiegelt bis zu einem gewissen Grad die Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion; er hat eine fortschreitende Ausmerzung der Mittelschichten und der nicht-monopolistischen Fraktion der Bourgeoisie zur Folge. Diese Entwicklung ist in allen Sektoren spürbar, in denen die kleine und mittlere Bourgeoisie noch wichtige Positionen besitzt. Sie lässt sich insbesondere in der Landwirtschaft beobachten, wo sich eine Tendenz zur Spaltung der kapitalistischen Landwirte durchsetzt: die schwächsten (mit zwei oder drei ständigen Lohnarbeitern) werden auf die einfache Bauernwirtschaft zurückgeworfen, während die anderen (mit mehr als drei Lohnarbeitern) ihre Tätigkeitsgebiete ausweiten.

Die Monopolbourgeoisie als kollektiver Ausbeuter

Indem sie ihre Macht verstärkt, isoliert sich die Monopolbourgeoisie jedoch gleichzeitig immer mehr. Die Ausdehnung der Herrschaft, die sie über die ganze Nation ausübt, richtet in immer stärkeren Maße alle anderen sozialen Schichten objektiv gegen sie.

Aber die Monopolbourgeoisie stützt sich auch – und zwar auf immer offener Weise – auf die Macht und die hochentwickelte Technik der Intervention seitens des Staatsapparates. Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus führt die Ausweitung der Tätigkeitsbereiche der öffentlichen Gewalt zu einer direkten Verschärfung der kapitalistischen Ausbeutung. Es handelt sich also gleichzeitig:

- um eine zugesetzte Monopolisierung der Wirtschaft, die eine Konzentration der Entscheidungsgewalt und der Kontrolle auf höchster Ebene (bei etwa zehn kapitalistischen Gruppen) nach sich zieht;
- um eine verstärkte Tendenz zum Kosmopolitismus der Finanzoligarchie unter den widersprüchlichen Pressionen der gewachsenen „Internationalisierung“ des Wirtschaftslebens und der daraus resultierenden Zuspitzung der inter-monopolistischen Rivalitäten;
- und um die gegenseitige Durchdringung dieser herrschenden Schicht mit dem Staatsapparat zum Zweck der Ausrichtung seiner Interventionen an den allgemeinen Interessen der Monopolbourgeoisie.

Die Leiter des Staatsapparates tragen also auf entscheidende Weise zur Aufrechterhaltung der Macht der Monopolbourgeoisie bei. Sie bilden mit ihr eine Einheit und sind nicht von ihr zu trennen. In diesem Sinne wird die Monopolbourgeoisie in der Epoche des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einem echten kollektiven Ausbeuter, der dazu über spezifische Mittel verfügt.

Eng miteinander verbunden intervenieren die Leiter der großen Monopolgruppen und des Staates (wobei es sich manchmal um die gleichen Personen handeln kann) mit ihren jeweiligen Mitteln auf sich ergänzende Weise:

- um den Prozeß der Akkumulation und der monopolistischen Konzentration voranzutreiben;

- um die Aktionssphäre der großen kapitalistischen Gruppen auf neue Tätigkeitsbereiche im nationalen und mehr und mehr auch im internationalen Rahmen auszudehnen;
- um die Profite zu steigern, indem man einen dauernden Druck auf die Löhne und den Konsum der Volksmassen ausübt, dabei aber gleichzeitig die öffentliche Finanzierung der privaten Produktion ausdehnt, um die kapitalistische Profitrate zu erhalten oder zu erhöhen;
- um die Formen kollektiver Ausbeutung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene zu intensivieren und auszubauen, insbesondere durch die Steuern, die Inflation und die Beschränkung des gesellschaftlichen Konsums.

Das Geschick der Monopolbourgeoisie ist heute im staatsmonopolistischen Kapitalismus eng mit der Entwicklung der Staatstätigkeit zu ihren Gunsten verknüpft. Die gesamte ökonomische, politische und ideologische Macht des Staates ist in den Dienst der Monopolgruppen gestellt und wird somit fortentwickelt wie dies möglich ist, ohne das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der privaten Aneignung der Produktionsmittel selbst in Frage zu stellen. Diese Intervention kann jedoch die objektiv wachsende Isolierung der Monopolbourgeoisie nicht verhindern. Als kollektiver Ausbeuter wird sie von ihren Opfern immer heftiger bekämpft, vor allem von der Arbeiterklasse und der wachsenden Masse der lohnabhängigen Zwischenschichten.

Über die Streiks in der chemischen Industrie im Juni/Juli 1971 in einigen Zentren der Tarifbewegung in Hessen und Rheinland

130 Seiten DIN A4, Heft 7 der Reihe Informationsberichte des IMSF, DM 8,—, bei Abnahme von mindestens 5 Exemplaren DM 7,— pro Bericht.
2., verbesserte Auflage
Verfaßt von Dr. Johannes Henrich v. Heiseler,
Marcella Heiseler, André Leisewitz

Hinweise der Redaktion

Der 4. Jahrgang des Marxismus Digest (1973) wird sich mit den nachfolgenden Themen beschäftigen:

Heft 1

Pädagogik und Gesellschaft. Zu Grundkonzeptionen der Pädagogik in den sozialistischen Ländern

Erscheinungstermin: Ende Januar 1973

Heft 2

Staatlich-öffentlicher Wirtschaftssektor und Nationalisierung in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Erscheinungstermin: Ende April 1973

Heft 3

Bedürfnisse, Reproduktionsbedingungen der Arbeitskraft und Konsum im Kapitalismus

Erscheinungstermin: Mitte Juli 1973

Heft 4

Philosophische Probleme der Naturwissenschaften

Erscheinungstermin: Ende Oktober 1973

Bitte geben Sie uns bei Adressenwechsel rechtzeitig
Ihre neue Adresse bekannt.

November 1972

Wissenschaftlicher Kommunismus

Autorenkollektiv unter Leitung von P. N. Fedossejew

Übersetzung aus dem Russischen

Etwa 600 Seiten. Leinen 11,80 M

Das seit Jahren in der Sowjetunion erprobte Grundlagenwerk in seiner neuen Ausgabe von 1971 gliedert sich wie folgt:

Der wissenschaftliche Kommunismus – Bestandteil des Marxismus-Leninismus: Gegenstand, Entstehung und Hauptentwicklungstendenzen des wissenschaftlichen Kommunismus.

Übergang zum Kommunismus – Entwicklungsweg der Menschheit:
Theorie der sozialistischen Revolution, gegenwärtige Epoche und revolutionäre Hauptkraft der Gegenwart; Krise des Kapitalismus; nationale Befreiungsbewegung; Probleme von Krieg und Frieden.

Errichtung und Sieg des Sozialismus: Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus; Diktatur des Proletariats und ihre Formen; sozialistische Gesellschaft.

Die Entwicklung des Sozialismus und der Übergang zum Kommunismus: Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus und wissenschaftlich-technische Revolution; Klassenstruktur der sozialistischen Gesellschaft; politische Organisation; wissenschaftliche Leitung der sozialistischen Gesellschaft und Sozialismus und Entwicklung der Nationen.



DIETZ VERLAG BERLIN
DDR-102 Berlin
Wallstraße 76–79

eva titel:

evareihe: „Politische Ökonomie
Geschichte und Kritik“

Elmar Altäver
Die Weltwährungskrise
144 Seiten mit 24 Tabellen, kartoniert DM 9,-

Kapitalismus und Krise
Eine Kontroverse um das Gesetz des tendenziellen Falles der Profiteure
Mit Beiträgen von Maurice Dobb, Paul Mattick, Ronald L. Meek, Joan Robinson u. a.
Herausgegeben von Claus Rolshausen
120 Seiten, kartoniert DM 9,-, Leinen DM 14,-

Paul Mattick
Marx und Keynes
Aus dem Amerikanischen von Reiner Diederich und Klaus Hermann
350 Seiten, kartoniert DM 35,-, Leinen DM 45,-

Otto Morf
Geschichte und Dialektik in der politischen Ökonomie
Zum Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx
302 Seiten, kartoniert DM 22,-, Leinen DM 30,-

Claus Rolshausen
Rationalität und Herrschaft
Zum Verhältnis von Marktsoziologie und Entscheidungslogik
116 Seiten, kartoniert DM 12,-, Leinen DM 20,-

T 1/72

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Politische Sachbücher

- Beyer, Wilhelm Raimund
Vier Kritiken: Heidegger, Sartre, Adorno, Lukács
Kleine Bibliothek 5. 232 Seiten. DM 9,80.
Deppe, Fülbérth, Kühnl, Steinhaus, Tjaden u. a.
BRD — DDR. Vergleich der Gesellschaftssysteme
Kleine Bibliothek 13. 442 Seiten. DM 12,80.
Deppe, Frank
Das Bewußtsein der Arbeiter
Kleine Bibliothek 12. 359 Seiten. DM 12,80.
Wortlaut und Kritik der verfassungswidrigen Januarbechlässe
Materiellen für Studenten, Beamte, Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst 97 Seiten. DM 5,-.
Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß
Herausgegeben von Dieter Halfmann
Kleine Bibliothek 14. 239 Seiten. DM 9,80.
Kon, I. S.
Soziologie der Persönlichkeit
Aus dem Russischen von Willi Hoepp. 496 Seiten. Leinen DM 19,80.
Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung. Handbuch
Herausgegeben von Werner Berthold, Gerhard Lozek, Helmut Meier, Walter Schmidt
566 Seiten. Leinen DM 28,-
Lange, Hellmuth
Wissenschaftlich-technische Intelligenz
Neue Bourgeoisie oder neue Arbeiterklasse?
Kleine Bibliothek 27. Etwa 250 Seiten. Etwa DM 12,80.
Autorenkollektiv des IMSF
Mitbestimmung als Kampfaufgabe. Grundlagen, Möglichkeiten, Zielrichtungen
280 Seiten. Studienausgabe etwa DM 10,-
Ley, Hermann, und Thomas Müller
Kritische Vernunft und Revolution. Zur Kontroverse zwischen Hans Albert und Jürgen Habermas
Kleine Bibliothek 11. 267 Seiten. DM 9,80.
Pätzoldt, Björn
Ausländerstudium in der BRD
Ein Beitrag zur Imperialismuskritik
Sammlung Junge Wissenschaft. Etwa 200 Seiten. Etwa DM 14,80.
Peter, Lothar
Literarische Intelligenz und Klassenkampf. „Die Aktion“ 1911–1932
Sammlung Junge Wissenschaft. 221 Seiten, glanzkart. DM 17,80.
- Priester, Karin
Der italienische Faschismus. Ökonomische und Ideologische Grundlagen
Kleine Bibliothek 25. 336 Seiten. DM 14,80.
Rau, Eugen
Der Verfall des Fortschrittsgedankens in der ökonomischen Theorie. Zum Irrationalismus in der bürgerlichen Ökonomie
Kleine Bibliothek 28. Etwa 300 Seiten. Etwa DM 14,80.
Schuon, Karl Theodor
Wissenschaft, Politik und wissenschaftliche Politik
Kleine Bibliothek 21. 264 Seiten. DM 12,80.
Semjenow, W. S.
Der Kapitalismus und die Klassen. Die Erforschung der Sozialstruktur in der modernen kapitalistischen Gesellschaft
Übersetzung aus dem Russischen. Etwa 370 Seiten. DM 20,-.
Streisand, Joachim
Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Eine marxistische Einführung
484 Seiten. Paperback. DM 7,80.
Suchodolski, Bogdan
Einführung in die marxistische Erziehungstheorie
Aus dem Polnischen übersetzt von Marian Kunze.
562 Seiten. Paperback. DM 9,80.
Treutheit, Werner
Sozialismus in Entwicklungsländern
Sammlung Junge Wissenschaft. 243 Seiten. DM 16,-.
Wahsner, Roderich
Sozialismus in Entwicklungsländern
Sammlung Junge Wissenschaft. 243 Seiten. DM 16,-.
Wahsner, Roderich
Erfassung und Integration als System. Militär- und Zivildienstpflicht in der BRD
Sammlung Junge Wissenschaft. 260 Seiten. DM 17,80.
Wygodski, S. L.
Der gegenwärtige Kapitalismus
Versuch einer theoretischen Analyse
Übersetzung aus dem Russischen. 548 Seiten. DM 14,50.
Wyniger, Willy
Demokratie und Plan in der DDR
Sammlung Junge Wissenschaft. 140 Seiten. DM 14,80.

Pahl-Rugenstein



Bestellungen
richten Sie bitte
an Ihre
Buchhandlung oder
senden Sie sie
direkt
an den Verlag.



Staatsverlag
der Deutschen
Demokratischen
Republik

DDR-108 Berlin,
Otto-Grotewohl-Str. 17

Guljew, W. E.
**Demokratie
und heutiger
Imperialismus**

Aus dem Russischen
Etwa 320 Seiten.
Leinen 8,50 M

Jegorow, W.-N.
**Friedliche
Koexistenz und
revolutionärer
Prozeß**

Etwa 168 Seiten.
Leinen 9,80 M

**BRD-Politik
im Spannungsfeld
imperialistischer
Widersprüche**

Autorenkollektiv
Redaktion:
Prof. Dr. W. Ersil
Etwa 460 Seiten.
Leinen etwa 13 M

Neokeynesianismus

Kritische Untersuchung einer modernen staatsmonopol-kapitalistischen
Wirtschaftslehre

Von Dr. KLAUS MÜLLER
1972. Etwa 288 Seiten – 8° – etwa M 18,–
Bestell-Nr. 751 893 1 (5904)

Die vorliegende kritische Auseinandersetzung mit dem Neokeynesianismus bezieht sich auf eine der einflußreichsten Strömungen der gegenwärtigen bürgerlichen politischen Ökonomie, insbesondere in der BRD. Es werden zunächst das reaktionäre Wesen und die apologetische Zielsetzung des politökonomischen Lehrsystems von John Maynard Keynes, dem Begründer der nach ihm benannten Richtung in der modernen bürgerlichen politischen Ökonomie, detailliert untersucht. Besonderes Gewicht wird der Analyse der wirtschaftstheoretischen und wirtschaftspolitischen Grundzüge sowie der ideologisch-apologetischen Zielsetzung des Neokeynesianismus beigemessen. So werden die gesamtwirtschaftlichen Auffassungen der Neokeynesianer (Wachstumstheorie, Verteilungstheorie, Multiplikator- und Akzeleratortheorie usw.) sowie die aus diesen politökonomischen Doktrinen abgeleiteten wirtschafts- und finanz-politischen Entscheidungen und die demagogischen, auf die Erhaltung und Festigung des imperialistischen Systems ausgerichteten Phrasen, aufgedeckt.

Bestellungen durch eine Buchhandlung oder direkt an den Verlag erbeten



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN
Deutsche Demokratische Republik